



25. Oktober 1929

## WOLFGANG HEINE . LEO ARONS ZUM GEDÄCHTNIS

**J**ETZT sind es 10 Jahre her, seit wir Leo Arons zur letzten Ruhe geleiteten. In dieser Zeitschrift haben im Oktober und November 1919 berufene Beurteiler seine Leistungen als Physiker und Universitätslehrer, als gesinnungstreuer Sozialist und praktischer Politiker, namentlich auf dem Gebiet der preußischen und der Kommunalpolitik, seine Stellung zu den Gewerkschaften und den Genossenschaften geschildert. Jüngere Parteigenossen, die das noch nicht miterleben konnten, und ältere, die es vergessen haben, täten gut diese Aufsätze nachdenklich nachzulesen. Nicht nur, weil die Einzelprobleme zum Teil noch lange nicht veraltet sind, sondern weil in Leo Arons' Leben und Werk die Frage hervortritt, die dem geistig arbeitenden Politiker immer wieder gestellt werden wird: die nach dem Verhältnis der durch das Gefühl seiner eigenen Verantwortung geleiteten Persönlichkeit zu der Umgebung, auf die und in der sie zu wirken genötigt ist, mag es sich um Organisationen des Staats oder der Parteien, um Tatsachen des gesellschaftlichen Daseins oder um geistige Überlieferungen handeln, mögen sie die eigene Person oder andere betreffen.

Der Mensch Arons ist vor 10 Jahren von seinen Freunden, die so viel an ihm verloren hatten, gefeiert worden, mit Wärme, aber mit der Zurückhaltung, die guter Geschmack gebietet. Wenn jeder von uns sagen wollte, in welchem Maß Arons' Herzengüte, sein Zartgefühl, seine Treue bei Hunderten von Gelegenheiten hervorgetreten sind, es gäbe kein Ende.

Der Politiker Arons aber stieß mit seinen selbständigen, durchaus folgerichtigen Gedanken und seinen klaren Erkenntnissen fortgesetzt auf den Widerstand nicht nur des reaktionären Staats sondern auch der eigenen Parteigenossen. Es ist gut und nötig sich daran zu erinnern, wie Arons in allen wichtigen Fragen, in denen seine Vorschläge anfänglich teilweise mit Hohn abgelehnt wurden, schließlich recht behalten hat. So ging es ihm bei seinem Eintreten für die Gewerkschaften in Köln 1893, seinem Vorschlag Konsumgenossenschaften, die anderwärts längst florierten, auch in Berlin ins Leben zu rufen, seiner Gründung des Gewerkschaftshauses, die anfangs unter den Parteibudikern Entrüstung erregte, aber der erste Schritt einer großartigen Entwicklung wurde. Für seine wichtigste und fruchtbarste Anregung, daß die

Partei der preußischen Politik als dem damaligen Angelpunkt aller Unterdrückungsmaßregeln Beachtung schenken und sich an den Wahlen beteiligen sollte, wurde er als Tor und Verräter gerade von der Seite verschrien, die 10 Jahre später, als sein Gedanke durchgedrungen war, es verstand sich selbst in den Landtag zu bugsieren, Arons aber von ihm fernzuhalten. Arons antwortete auf alle diese und unzählige andere, sagen wir: Rückständigkeiten, um einen stärkern Ausdruck zu vermeiden, mit einem Lächeln, nicht einmal der Verachtung sondern der Verzeihung. Niemals aber nahm er ein Wort von seiner Erkenntnis, von seiner Überzeugung zurück, nie machte er eine Konzession an die Phrasen des landläufigen "Radikalismus"; er arbeitete weiter, blieb der Sache treu, ließ die Dinge reifen. Er fand auch eine immer wachsende Zahl von Parteigenossen, keineswegs nur Akademikern sondern noch mehr Arbeitern aus der politischen und gewerkschaftlichen Praxis, mit denen Verstehen und Zusammenwirken sich entwickelten und bewährten.

Daß Leo Arons dieses geduldige Abwarten wirklich üben konnte, war zum Teil eine Frucht seiner Warmherzigkeit, Güte, Uneigennützigkeit, die ihn aus moralischem Pflichtgefühl zu einer Aufgabe geführt hatten, bei der er der Natur der Sache und des Orts nach Verkennung, Entstellung und Undank ernten mußte. Aber die Hauptquelle seiner wahrhaft vorbildlichen Haltung sehe ich darin, daß er von der wissenschaftlichen Arbeit herkam, und zwar von der sachlichsten Wissenschaft, die es gibt: Physik und Mathematik. So stark sein eigenes Handeln von den moralischen Motiven beherrscht war, die sich immer von selbst verstehen, von der sittlichen Forderung, die man immer nur an sich selber richten darf, so mischte er doch in sein wissenschaftliches *Erkennen* keine Weltanschauung, keine Religion und kein Programm, weder ein eigenes noch das der Partei. Was seiner persönlichen Überzeugung nach richtig war, das auszusprechen ließ er sich durch nichts und niemand hindern. Wohl nannte er sich im Gespräch gelegentlich scherzhaft einen "Parteiochsen", aber damit wollte er nur seine Anhänglichkeit an die Sache bezeichnen. Das Recht der Kritik an der Partei und den Parteigenossen behielt er sich so selbstverständlich vor, wie er es dem Staat und der Nation gegenüber in Anspruch nahm. Er war sich bewußt, daß jede geistige Bewegung ohne solche Freiheit der Überzeugungen eintrocknen müßte.

Gerade jetzt muß man dies ins Gedächtnis rufen, wo es üblich wird unter Berufung auf "kollektiven Geist" die Verantwortung der Persönlichkeit, auf die doch immer die Pflicht zum Urteilen und Handeln zurückfällt, auszuschalten. Selbstverständlich richten sich meine Worte nicht gegen das Bewußtsein von der Gesamtheit und dem Zusammenwirken der natürlichen und gesellschaftlichen Kräfte, worüber in den Sozialistischen Monatsheften vor einem Vierteljahr, am 15. Juli, Lisbeth Stern Zutreffendes gesagt hat, sondern es handelt sich um die Aufgaben des einzelnen dieser Umwelt gegenüber. Die Generation um Arons, die sich in den achtziger und neunziger Jahren der Sozialdemokratie zuwandte, besaß gerade dieses Kollektivgefühl. Aus ihm entnahm sie das Bewußtsein, daß jeder von uns persönlich verantwortlich wäre für das Leben und Schaffen unseres gesamten Volks und darüber hinaus der Menschheit. Und weil wir sahen, daß der Kapitalismus den größten Teil des Volkes unter einem wirtschaftlichen und geistigen Druck hält, der dem einzelnen freies Urteilen und Handeln unmöglich macht, wurden wir Sozialdemokraten, auch diejenigen, die kein proletarisches Klasseninteresse dazu

antrieb. Heute schmuggelt man gerade in die Kreise, die früher ihre beste Arbeit darangesetzt haben die Seelen freizumachen, die Lehre ein, es sei anderen es tun. Vor dem Weltkrieg hätten deutsche Sozialdemokraten sich nicht vorstellen können, daß die Tyrannei eines immer enger werdenden Gruppenegoismus über ein großes eigenartiges bodenständiges Volk sich mit dem Namen Karl Marx' zu schmücken wagen würde, daß im Land der Großen Revolution von 1789 angebliche Sozialisten im Namen der Revolution die Diktatur fordern würden, daß mit Gewalttat bis zum Mord und mit der Unterdrückung jedes unabhängigen Gedankens und Worts regierende Diktatoren den Beifall schreibender Theoretiker finden würden, die sich für Sozialisten halten. Viel verwerflicher als die einzelnen verbrecherischen Exzesse ist dabei das Prinzip, das einen solchen Anspruch auf Kneblung des Geistes und der Persönlichkeit zu erheben wagt. Solcher Bocksprünge wäre das reinliche, wissenschaftlich geschulte Denken unseres Leo Arons, man kann sagen: seiner ganzen Zeit, nicht fähig gewesen. Ohne gewissenhafte Forschung und klare, ihrer Grenzen bewußte Erkenntnis schweben auch unsere politischen Entschlüsse in der Luft. Die Umkehr, die man uns empfiehlt, von der Wissenschaft zum Glauben, der sich einbildet Berge zu versetzen (es aber doch nie getan hat), zur Utopie, wäre ein Rückschritt um ein halbes Jahrhundert.

Arons wurzelte mit seiner ganzen Persönlichkeit tief in der geistigen Bildung der unabhängigen Teile des deutschen Bürgertums, aus deren 100jährigem Kulturboden er hervorgewachsen war, zugleich ein Kind der wahrhaft idealistischen Periode der deutschen Sozialdemokratie, als diese sich rühmte das Erbe der deutschen klassischen Literatur und Philosophie zu verwaiten. So war es ihm selbstverständlich sich als Deutscher zu fühlen, national zu sein: freilich nicht im Sinn derer, die dieses Wort zur Maske für persönlichen Egoismus und impotenten Haß mißbrauchen. Das bestimmte seine Haltung während des Krieges. Auch für Leo Arons konnte nur kraftvolle Selbstbehauptung unseres Volks und Vaterlands als Aufgabe der Sozialdemokratie in Frage kommen. Daß er weit von einem engherzigen Völkerhaß entfernt war, bewies sein Glaube an eine Verbindung der europäischen Staaten zur dauernden Sicherung der Wirtschaft, der Kultur und des Friedens. Hierbei, wie in vielen anderen Dingen, trat bei Arons auch der Einfluß Georg von Vollmars hervor, der in ihm einen wahren Freund gefunden hatte und ihn hochschätzte. Beide waren nach persönlicher Herkunft und dem Boden, dem sie entstammten, so entfernt von einander wie möglich: der altbayrische Katholik und der Berliner Jude, der Soldat, der als Jüngling durch Abenteuerlust in den päpstlichen Dienst zum Kampf gegen Briganten verlockt worden war, und der Gelehrte, dessen Werk am Büchertisch und im Laboratorium begonnen hatte. Aber beide trafen und ähnelten sich in dem, was tiefe Bildung und unbestechliche Wahrheitstreue, was Menschenliebe und feines Gefühl verleihen. Diese Freundschaft dehnte sich auch auf die hochgesinnten Frauen aus, die beiden zur Seite standen. Beide haben das grausame Geschick erlebt, bei regster geistiger Teilnahme an den Ereignissen der Zeit, die ihre Gedanken bestätigen sollten, durch körperliches Leiden von der Mitarbeit ferngehalten zu sein. Sie haben es mit der Fassung und Geduld großer Seelen ertragen.

Arons empfand es als eine seiner wichtigsten Aufgaben die deutsche Sozialdemokratie in Verbindung mit der deutschen Bildung und Wissenschaft zu halten, die in seiner Jugend noch keineswegs in solchem Maß kapitalistisch

infiziert und politisch verspießert waren wie es leider heute bei vielen ihrer Träger der Fall zu sein scheint. Das wechselseitige Verstehen zwischen der nach den Gütern der Kultur begierigen aufstrebenden Arbeiterklasse, die von einem wahren Idealismus des Lernenwollens erfüllt war, mit den vorurteilsloseren Männern des Gelehrtentums war möglich und hat sich als sehr fruchtbar erwiesen. Das war auch das Motiv, durch das Arons sich bewegen ließ die Sozialistischen Monatshefte erst zu fördern, später ganz zu unterhalten. So bedeutet unsere Zeitschrift zugleich ein Denkmal für Leo Arons.

Einen tiefen Einschnitt in sein Leben bewirkte der schämliche Prozeß, durch den die preußische Regierung dem Physiker und Mathematiker Arons die Möglichkeit zur wissenschaftlichen Arbeit an der Universität abschnitt, weil er zugleich der Sozialdemokrat Arons war, der in seinem persönlichen Leben aus seiner politischen Überzeugung kein Hehl machte. Da Privatdozenten damals nicht der Disziplinarordnung für Beamte unterstanden, mußte auf jahrelanges Drängen der Konservativen in Preußen ein besonderes Gesetz gemacht werden. Dem Landtagsabgeordneten, der sich durch seine gehässigen Angriffe gegen Arons hervorgetan hatte, diente das zugleich als Sprungbrett zu einer Stelle als Hilfsarbeiter im Kultusministerium. Dann kamen die Anklage und die Verhandlung vor der Philosophischen Fakultät der Universität vom 22. Juli 1899. Das Urteil, das das unwürdige Verlangen der Regierung ablehnt, trägt die Unterschriften einer Reihe der größten Forscher und Lehrer ihrer Zeit. Besser konnte die Friedrich-Wilhelm-Universität sich selbst nicht ehren, ihre große Vergangenheit nicht stolzer bestätigen als durch diese Entscheidung. Als Staatsanwalt fungierte der Professor und Geheime Regierungsrat Elster, der ebenfalls zu diesem Zweck in das Kultusministerium berufen worden war, und der diese Rolle übernahm, obgleich er einst über einen Namen in der Wissenschaft verfügt hatte. Er legte Berufung gegen die Freisprechung ein. Der Preußische Große Disziplinarhof gab auf Grund einer mündlichen Verhandlung ein geheimes Gutachten ab, worauf das Staatsministerium als letzte Instanz mit der Unterschrift des einst als Demokrat verrufenen Ministerpräsidenten Fürst Hohenlohe, des Onkels des Kaisers, Arons die Eigenschaft als Privatdozent entzog. Dies alles stand von vornherein fest; die Verhandlung vor dem Disziplinarhof war eine Justizkomödie. 15 Jahre später, während des Krieges, fing die preußische Regierung an sich dieses Streichs zu schämen. Die Universität forderte die Wiederzulassung von Arons und fand "an höchster Stelle" prinzipielle Zustimmung. Das konnte nur noch theoretische Bedeutung haben, denn Arons war inzwischen ein kranker Mann geworden, der nicht mehr imstande gewesen wäre seine Lehrtätigkeit wiederaufzunehmen. Was ihm in der Zwischenzeit an wissenschaftlicher Arbeit unmöglich gemacht worden war, hatte der allzeit Tätige um so freier an politischer Parteiarbeit leisten können.

Dieser Fall ist nicht nur ein Zeichen der Borniertheit des alten Staats, sondern er rollt auch eine uns heute berührende praktische Frage auf. In der Verhandlung vor dem Disziplinarhof schien es einen Moment, als ob die Anklage eine Schwenkung versuchen, und als ob die Regierung irgendeinen formellen Verstoß Arons' in der Agitation herausdestillieren wollte, um ihn mit einer gelinden Maßreglung davonkommen zu lassen. Wenn das eine Schlinge war, so durchhieb Arons sie durch ein männliches freimütiges Wort. Er erklärte mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit, daß er auch fernerhin

das Recht für sich in Anspruch nehmen würde seine sozialdemokratische Gesinnung nicht nur zu behalten sondern auch zu betätigen. Darüber verlangte er eine Entscheidung. Das Urteil des Staatsministeriums sagt hierzu: »Nach dem eigenen Zugeständnisse des Angeschuldigten steht fest, daß er der Sozialdemokratischen Partei angehört und es sich angelegen sein läßt ihre Bestrebungen zu unterstützen und öffentlich zu fördern. Die Disziplinarbehörde 1. Instanz nimmt an, daß der Angeschuldigte sich dadurch noch nicht in Widerspruch mit seiner Stellung gesetzt habe, solange er in seiner Agitation gewisse Grenzen des Taktes und des Anstandes beobachtete und sich aller ungerechten, unwahren Behauptungen und gehässigen Angriffe enthalte. Dieser Ansicht kann nicht beigetreten werden. Die Sozialdemokratische Partei erstrebt den Umsturz der gegenwärtigen Staats- und Rechtsordnung mit Hilfe der zur politischen Macht gelangten Arbeiterklasse. Die bewußte Förderung dieser Bestrebungen ist unvereinbar mit der Stellung eines Lehrers an der Königlichen Universität und der sich daraus ergebenden Verpflichtung die jungen Leute, welche sich dieser Anstalt anvertrauen, »zum Eintritt in die verschiedenen Zweige des höheren Staats- und Kirchendienstes tüchtig zu machen« (§ 1 der Statuten der Berliner Universität). Ein akademischer Lehrer, der mit derartigen Gegnern der bestehenden Staats- und Rechtsordnung gemeinsame Sache macht, zeigt sich des Vertrauens, das sein Beruf erfordert, unwürdig.« Es könnte scheinen, als ob sich diese Beweisführung einigermaßen mit der heutigen Forderung einer Republikanisierung der Beamten- und Lehrerschaft berührte. Aber der Unterschied liegt auf der Hand. Arons verlangte das Recht seine Überzeugung auszusprechen und für sie einzutreten, niemals erhob er den Anspruch Deutschland in den Schmutz zu ziehen und seine Fahne zu beschimpfen. In der Universität betrieb er mathematisch-physikalische Forschungen und lehrte ihre Methoden. Welcher Unterschied gegen Beamte, denen staatliche Dienste übertragen sind, gegen Lehrer, die die Jugend zu Wahrheit, Gerechtigkeit und Liebe ihres Volks und seiner Kultur erziehen sollen, die aber dem Staat und seinen Symbolen unaufhörlich in ihrem Beruf selbst und außer ihm ihre Mißachtung bezeugen.

Als die Republik den Beamten verfassungsmäßig das Recht einräumte ihre politische Überzeugung frei zu wählen und zu betätigen, wußten wir ganz genau, daß sie diese Freiheit auch gegen die Republik gebrauchen könnten, aber wir durften nicht anders handeln. Wir konnten nicht an die Stelle einer alten Tyrannei eine neue setzen, ohne uns selber untreu zu werden. Ich höre es nicht gern, wenn hie und da den Anhängern nichtrepublikanischer Parteien vorgerechnet wird, daß sie als jetzige oder frühere Beamte von der Republik Gehalt oder Pension nehmen. Das erinnert etwas an das fatale "Wes Brot ich esse, des Lied ich singe", dessen Unsittlichkeit die sozialdemokratischen Arbeiter so oft gebrandmarkt haben. Man braucht auch gar nicht diesen zweifelhaften Appell, denn die Grenze versteht sich auch hier eigentlich von selbst. Was wir ablehnen müssen, ist nicht ein Recht der Beamten wahr und sich treu zu bleiben, sondern der Anspruch auf Lüge in der Lebensführung und auf Untreue gegen die eigene Arbeit: das übertragene Amt. Und abgesehen von dieser grundsätzlichen Erwägung: Wer sind denn diejenigen, die jetzt lärmern, weil man sie zur Ordnung ruft? Man braucht sich nur ihre Agitationsweise, ihre Gewaltakte, Verleumdungen und ihre bezahlte Abhängigkeit zu vergegenwärtigen, um daran zu denken, was Gottfried Keller, gewiß ein aufrechter Republikaner und fester Parteimann, sagt:

»Als Gegner achte, wer's auch sei,  
Strauchdiebe aber sind keine Partei.«

Niemals wird und darf die Republik der wissenschaftlichen Forschung und Lehre Schranken ziehen. Lächerlich war die bürokratische Überhebung in

dem Urteil des Staatsministeriums gegen Arons, die den Universitäten vor allem die Aufgabe zuweisen wollte Staatsbeamte zu züchten. Dazu brauchte man überhaupt nicht den großen und kostspieligen Apparat einer universitas litterarum, sondern diesen Drill könnte man Seminaren und dem grünen Tisch überlassen. Was die wissenschaftliche Arbeit verleihen soll, was nur aus ihr gelernt werden kann, und was auch den künftigen Beamten auf eine höhere geistige Stufe hebt, das ist die Achtung vor unabhängigem, nicht durch Tendenzen oder Rücksichten verfälschtem wissenschaftlichen Denken. Wer wollte behaupten, daß dies der Universität abhanden kommen könnte, wenn sie aufrechte Männer an sich duldet? Die Schimpfkanonaden gegen den heutigen Staat, zu denen manche Dozenten den Hörsaal mißbrauchen, haben allerdings mit wissenschaftlicher Lehrfreiheit nichts zu tun.

Die Erinnerung an Leo Arons und den Kreis, der sich in seinem "roten Salon" zu treffen pflegte, führt uns in eine Zeit zurück, die verdient nicht vergessen zu werden. Demokraten und Sozialisten, auch wenn sie keineswegs unserer Partei angehörten, hatten es damals nicht leicht, hatten nichts anderes zu erwarten als Verkennung und Verfolgung. Das Sozialistengesetz lag noch nicht weit zurück, Umsturzgesetz /1895/ und Zuchthausgesetz /1899/ drohten und mußten abgeschlagen werden. Zugleich aber entwickelte sich in der Partei eine nicht weniger gehässige orthodoxe Unduldsamkeit und Schwerfälligkeit. Die Besucher der Abende bei Arons wurden nicht nur durch die Geheimpolizei notiert sondern auch durch "radikale" Spitzel überwacht. Das Eigenartige dieser Epoche der Sozialdemokratie, in deren Mitte auch das Wirken Leo Arons' fällt, war die Verbindung der Einsicht in die Notwendigkeit praktischer Arbeit und einer den gegebenen Kräften angepaßten Entwicklung mit dem wissenschaftlichen Sinn, der nicht in Grundsatzlosigkeit verfiel sondern theoretische Klarheit und die Verbindlichkeit der Denkgesetze festhielt. Nur beiläufig und als selbstverständlich sei erwähnt, daß manche Erscheinungen, die uns heute Sorge machen, damals unmöglich gewesen wären, weil altbürgerliche und beamtliche Korrektheit noch nicht durch Krieg und Inflation, durch Verarmung auf der einen, Gewinn gier auf der andern Seite angefressen waren.

Dieser bescheidene und dabei selbstbewußte Bürgersinn, den heute "Kommunisten" und allerhand Berlin-WW-Leute der Sozialdemokratie höhnisch vorwerfen, lebte in Kant und Fichte, in Robert Blum und den besten Männern der Paulskirche, aber auch in Marx und Engels, in Wilhelm Liebknecht, August Bebel und Paul Singer ebenso wie in Ignaz Auer, Georg von Vollmar und ungezählten anderen. Durch ihn ist die Partei groß geworden, und er gestattete es, daß Genossen aller Lebensschichten im Haus des Sprößlings einer Millionärsfamilie verkehrten, ohne ihrer und seiner Würde etwas zu vergeben.

## KARL RENNER · DER SCHLAG, DER DANEBEN GING



AUF den Herbst des Jahres 1929 war der große Entscheidungskampf angesetzt worden, durch den das rote Wien erobert und den Österreichern ein neues Vaterland beschert werden sollte. In 4 Städten im Vorgelände Wiens, in Mödling, Sankt Pölten, Stockerau und Zwettl, sollten die Heimwehrtruppen sich am Sonntag den 29. September versammeln: offenbar eine Drohung von hier aus

sofort nach Wien aufzubrechen, um den berühmten Marsch auf Rom zu kopieren. Der Austromarxismus sollte nun endlich vertilgt werden. Der großartig angekündigte Feldzug endigte als harmloses Herbstmanöver, und dieses wurde unter einer vernichtenden Manöverkritik abgeblasen. Ein entscheidender Schlag gegen die Republik und den Sozialismus sollte geführt werden, er hat nicht diese getroffen sondern das Bürgertum, die Reaktion, die Heimwehr. Die Missetäter haben sich selbst gezüchtigt. Die Größe dieser Niederlage ist heute gar nicht zu ermessen. Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie, der in der Zeit vom 8. bis zum 10. Oktober in Wien tagte, hat dieser völlig veränderten Lage würdig Ausdruck verliehen.

Die österreichische Politik war im Juli höchst befriedigt in Sommerferien gegangen. Das Parlament hatte eifrig und fruchtbringend gearbeitet. Die Regierung Streeruwitz hatte einen Riesenerfolg errungen: Was dem frühern Kanzler Seipel dank seiner herausfordernden und doktrinären Methoden durch Jahre nicht gelungen war, das löste die Regierung Streeruwitz in kurzer Zeit. Sie hatte sich als Verständigungsregierung eingeführt und war zugleich eine verständnisvolle Regierung. Streeruwitz, der zwar zum Offizier erzogen, aber schon vor dem Krieg aus dem Kavalleriedienst ausgeschieden und zur Industrie übergegangen war, hatte in der Leitung mehrerer Fabriken Erfahrungen gesammelt, war dann als eine Art Syndikus in Verbände der Industrie eingetreten und hatte dort auch in Verhandlungen mit Gewerkschaften Erfahrungen gemacht. Natürlich ein Gegner des Sozialismus. Aber ein Mann, der aus dem Wirtschaftsleben kommt und in erster Linie wirtschaftlich interessiert ist, brachte er weit mehr Geschick in Fragen der wirtschaftlichen Verwaltung mit als der vielgerühmte Seipel. Der Versuch einer Verständigungspolitik gelang glänzend. Aber gerade das war es, was die Heimwehren außer Rand und Band brachte. Daß man mit den Sozialdemokraten, die der Heimwehrredner Steidle vertilgen will, auf dem Boden des Parlaments paktierte und den Parlamentarismus, den die Heimwehrtheoretiker für bankrott erklären, als leistungsfähig erwies, trieb die Steidle, Pfriemer und Pabst dazu der Regierung und den bürgerlichen Parteien ein Ultimatum zu stellen, das eine grundstürzende Änderung der Verfassung im Sinn des Ständewesens forderte. Eine ständische Verfassung müßte natürlich die Arbeiterklasse dauernd und rettungslos minorisieren, der 40jährige Wahlrechtskampf der österreichischen Arbeiter wäre mit einem Federstrich um seine Frucht gebracht. Angesichts dieser Bedrohung rüsteten die österreichischen Arbeiter zur Gegenwehr. Sie beriefen auf den Vorabend des 29. September in die oben genannten 4 Städte Massenversammlungen unter freiem Himmel ein, die gewaltig besucht waren, und veranstalteten im Land Niederösterreich in allen Orten, selbst in größeren Bauerndörfern, am Aufmarschsonntag anderthalb hundert Volksversammlungen. In Wien aber wurden in allen Bezirken wochenlang Massenversammlungen abgehalten, um die Bevölkerung über die Ziele der Heimwehrbewegung aufzuklären. Für den 29. September wurde Alarmbereitschaft des ganzen Schutzbunds angeordnet. Diese Gegenwehr entsprang nicht nur der gebotenen Vorsicht, sie war auch deshalb völlig notwendig, um den Heimwehrführern von den tatsächlichen Machtverhältnissen in Österreich eine unmittelbare Anschauung zu vermitteln und ihnen die Überzeugung einzubläuen, daß die österreichische Arbeiterklasse im Ernstfall durchaus bereit ist den Kampf aufzunehmen, koste es, was es wolle.

Und nun trat eine Wirkung ein, die die Heimwehler wahrhaftig nie vermutet hätten. Ob sie tatsächlich den Marsch auf Wien geplant hatten, das wird immer ihr Geheimnis bleiben. Sicher ist, daß die Bourgeoisie ebenso die Ankündigungen ihrer verhätschelten Lieblinge als auch die Gegenmaßnahmen der Partei ernst nahm. Die Fremden verließen die Wiener Hotels, die wohlhabenden Bürger begaben sich auf ihre Landsitze, die Einleger der Banken kündigten ihre Guthaben, das Publikum kaufte fremde Valuten, in den Kaffeehäusern etablierte sich ein schwunghafter Dollarhandel, ausländische Gläubiger zogen die kurzfristigen Kredite zurück, und alle Begleiterscheinungen eines wirklichen Umsturzes stellten sich pünktlich ein. Das Bürgertum erschrak auf einmal vor seinem eigenen Mut und demonstrierte sich selbst vor, welche Wirtschaftskatastrophe der geplante Umsturz bedeuten müßte. Und so wurden wir denn durch ein eigenartiges Schauspiel überrascht. Just jene Vertreter der Banken und der Großindustrie, die die Heimwehren selbst finanziert hatten, erschienen im Parlament, wo sich Streeruwitz gerade auf die Rede vorbereitete, mit der er die Herbstsaison eröffnen wollte, und forderten, daß im Interesse der Wiederherstellung des Kredits sofort ein Ministerium der starken Hand mit dem Polizeipräsidenten Schober an der Spitze eingesetzt werde, das die Machtmittel und den Willen hätte den Marsch auf Wien abzuhalten, die Katastrophe abzuwenden und so das Ausland zu beruhigen. Im Handumdrehen beriefen die bürgerlichen Parteien Streeruwitz ab und vollzogen den Wunsch der Nährväter der Heimwehren. Einige Tage vor dem 29. September trat die Regierung Schober unvermutet ins Amt. Sie wurde von den Heimwehrlführern mit süß-saurer Miene begrüßt, von der Sozialdemokratischen Partei mit Gewehr bei Fuß aufgenommen.

Der Geldmarkt beruhigte sich sofort, der Dollarhandel hörte mit einem Schlag auf. Aber da zeigte sich, daß die revolutionären Herbstmanöver der Heimwehren schon unwiederbringlichen Schaden angerichtet hatten: Von den 4 Großbanken, die die Inflationszeit überstanden hatten, war die vornehmste und reichste die 60 Jahre alte Bodenkreditanstalt. Sie war bis zum Umsturz die Bank des Kaiserhauses und des hohen Adels. Sie war die Bank der größten unter den großen Bourgeois und kontrollierte die allergrößten Unternehmungen der alten Monarchie. In der Ära Seipel war diese Bank von der herrschenden Partei benutzt worden, um alle Parteigründungen zu finanzieren und faule Parteiunternehmungen zu sanieren. Seipels Finanzminister Kienböck schanzte ihr dafür alle nur erdenklichen staatlichen Vorteile zu. Die Bodenkreditanstalt hatte außerdem ihre Mittel überspannt und war in hohem Grad illiquid geworden. Nichtsdestoweniger gab es keinen Volkswirt in Österreich, der annahm, daß dieser Berg von Reichtümern wirklich von einer ernsthaften Gefahr bedroht oder auch nur unterhöhlt war. Die "Boden", wie man in Österreich kurz sagt, war der ragende Turm der Kapitalmacht im Land und war ja mit einer der Nährväter der Heimwehr. Der 29. September schuf nun der Arbeiterklasse eine überraschende Vergeltung und Genugtuung: Er hat die Bodenkreditanstalt weggeschwemmt. Die Kündigung von Auslandskrediten und die Abhebung von Depositen gerieten ihr zum Verhängnis, sie kam in Zahlungsschwierigkeiten, die Kunde davon verbreitete sich wie ein Lauffeuer, am Sonnabend den 5. Oktober vor Börsenschluß konnte die Bank ihre eigenen Aktien nicht mehr stützen, am Montag hätte sie ihre Schalter schließen müssen. Die Regierung Schober sah sich genötigt zu intervenieren, und der ganze antisemitische Bürgerblock samt seiner pogromlüsternen

Heimwehrgarde sah sich gezwungen vom Haus Rothschild Hilfe zu erbitten. Die Kreditanstalt, eine solide, ordentlich, wenn auch nicht genial geführte Bank des Hauses Rothschild, übernahm die Bodenkreditanstalt, indem sie die Aktien zu  $\frac{1}{4}$  ihres Werts gegen Kreditanstaltsaktien eintauschte. Die Begleitumstände dieses Zusammenbruchs aber stellten die Regierung Seipel-Kienböck bloß, wie man sich's nicht hatte träumen lassen. So endete der Feldzug zur Vernichtung der Sozialdemokratie mit dem Zusammenbruch des bis dahin führenden bürgerlichen Geldinstituts. Die Großsprechereien der Heimwehren verdienten, wenn ihre wirtschaftlichen Folgen nicht zum Weinen wären, wahrhaftig unauslöschliches Gelächter.

2 Tage nach dieser Peripetie trat der sozialdemokratische Parteitag zusammen. Seine Beschlüsse waren von vornherein gewiß gehört zu werden, sowohl vom Proletariat als auch von der Bourgeoisie. Die Arbeiterklasse erklärte mit unzweideutiger Schärfe und voller Einmütigkeit: Eine Verfassungsreform, die die Demokratie fortbildet, kann mit unserer Hilfe gemacht werden, jede andere wird auf den eisernen Widerstand des Proletariats stoßen. Fordert man die Arbeiterklasse durch Gewalt heraus, so wird sie den Kampf mit allen Mitteln aufnehmen. Jeder sogenannte kalte Staatsstreich aber, der die Verfassung durch einen Regierungsakt ändern will, hebt den Rechtszustand auf und setzt den Zustand der Revolution. Der Parteitag hat unserer Bourgeoisie klargemacht, welche Risiken die Heimwehrpolitik vor allem für sie selbst bedeutet, und nach den Ereignissen, die den 29. September begleiteten, versteht und erkennt sie dies auch. Damit aber ist die Sturmkraft des Heimatschutzes gebrochen, mag er fortrandalieren, wie in Deutschland der Stahlhelm auch. Die Entschlossenheit der Arbeiterklasse hat, von mancherlei zufälligen Umständen begünstigt, dem Land eine große Katastrophe erspart.

Während die Sozialdemokratie tagte, arbeitete die Regierung Schober Hals über Kopf einen Entwurf zu einer Verfassungsreform aus, den sie dann am 18. Oktober im Nationalrat einbrachte. Die alte Bureaukratie, die noch in den Staatsämtern sitzt, hat alle ihre Schubladen durchstöbert und alle erdenklichen reaktionären Maßregeln herausgeholt, um sie dem Ministerkomitee zu unterbreiten. Der Kern der Verfassungsreform soll die Allmacht der Polizei sein, die mit dem Ausnahmezustand ausgerüstet wird. Der Bundesrat soll in eine Länder- und Ständekammer umgewandelt werden; der Bundespräsident soll die Berufung der Regierung, die Einberufung und Auflösung des Parlaments besorgen; die Stadt Wien soll in ihren Rechten beschränkt und der Ministerialverwaltung besonders in Bau- und Steuersachen unterstellt werden; die Schule, die bisher überwiegend unter der Selbstverwaltung der Länder gestanden hat, soll völlig verstaatlicht werden usw. Ein Ministerkomitee hat schon eine Säuberung dieser Vorschläge vornehmen müssen, um die Allmacht der Bureaukratie einzuschränken. Aber was übriggeblieben ist, ist noch haarsträubend. Vor allem fällt auf, daß die Regierung, die von vornherein für Verfassungsgesetze die Zweidrittelmehrheit und daher die Zustimmung der Sozialdemokraten braucht, so viele Punkte in die Verfassung aufgenommen hat, für die Sozialdemokraten absolut nicht stimmen können. Das erweckt den Anschein, als ob es die Regierung auf den Konflikt hinführen möchte. Indessen scheint mir dieser Schluß vorschnell. Die bürgerlichen Parteien und insbesondere die bürgerlich und bäuerlich regierten Länder außerhalb Wiens können selbst unmöglich in die Verringerung ihrer

Macht einstimmen und werden deshalb selbst auf Umarbeitung drängen. Das aber bedeutet, daß verhandelt werden muß, und die parlamentarischen Verhandlungen werden erst zeigen, ob ein Ausweg gegeben ist oder nicht. Den Heimwehren scheint der Entwurf, obschon er für die Sozialdemokraten unannehmbar ist, noch geradezu waschlappig. Ihre Haltung bewirkt eine vollständige Zerfaserung des bürgerlichen Parteiensystems, es ist also problematisch, bis zu welchem Grad die Bourgeoisie in Österreich überhaupt noch handlungsfähig ist. Davon aber hängt es ab, ob der Verfassungsstreit innerhalb des parlamentarischen Bodens ruhig verhandelt werden kann.

Der Streit ist im Augenblick von der Straße in das Parlament verlegt. Ob dieser Zustand aufrechtzuerhalten, und ob auf dem legalen Boden ein Ausweg zu finden ist, das werden allerdings erst die nächsten Wochen zeigen.

## RICHARD KLEINEIBST · FRIEDENSSICHERUNG DURCH ABRÜSTUNG?



DEE und Wirklichkeit sind gewiß nicht polare Gegensätze. Sie stehen in einem notwendigen Zusammenhang, dem des Werdenen zum Gewordenen. Doch ist das Ideal, das Geschaute, eine Reduktion auf einfache Linien, die sogenannte Realität ein Komplex aus mannigfaltigen Faktoren. Die Verwirklichung der Idee wird so immer nur Stückwerk bleiben, sie muß sich an die realen Gegebenheiten anpassen, die dann ihrerseits durch die erwirkte Verbindung freilich umgestaltet werden können und sollen. Jedoch kann es geschehen, daß der reale Faktor stärker ist als der Ideenplan, und daß dieser unversehens umgebildet wird, ja, um ein beliebteres Wort zu gebrauchen, gerade in sein Gegenteil umschlagen kann. Das ist ein Vorgang, der sich auf dem Gebiet der Politik oft und oft wiederholt. Die Romantiker haben ihn die Ironie der Geschichte genannt. Wenn nicht alles täuscht, führen die gegenwärtigen sicher pazifistisch gemeinten Vorstöße der britischen Labourregierung diesen Weg. Da ist zuerst der Versuch der Flotteneinigung mit Amerika. Die ideelle Absicht MacDonaldis, daran darf man bei ihm als Sozialisten nicht zweifeln, ist Dienst an der Gestaltung des Friedens. Die Gegensätze zwischen dem Britischen Reich und den Vereinigten Staaten von Amerika, soweit solche überhaupt bestehen, sollen ausgeglichen werden. MacDonald aber ist dabei ausführendes Organ eines durchaus nicht so pazifistischen Plans, der bestimmt ist durch ganz deutliche ökonomisch-politische Bedingungen, die seit dem Krieg geschaffen worden sind oder sich deutlicher herausgearbeitet haben. In diesen Heften ist das oft genug klargelegt worden.

In Kürze sei noch einmal darauf hingedeutet: Einem Rüstungswettkampf zur See mit den Vereinigten Staaten ist Großbritannien heute kaum gewachsen. Es sucht daher folgerichtig die Einigung. Das bedingt scheinbar die Preisgabe des Seeherrschaftsmonopols, das das Vereinigte Königreich jahrhundertlang innegehabt hat. Aber dieses geht nur für Großbritannien, nicht für das Angelsächsentum als Ganzes verloren. An seine Stelle tritt eine Art Konzern oder Kartell der beiden angelsächsischen Weltreiche. Sie teilen sich in die Herrschaft zur See, grenzen die Einflußsphären ab, um eine für beide Teile unbequeme Konkurrenz zu beseitigen. Es sei nicht verschwiegen, daß die (allerdings nicht sehr erfolgreiche) Reise des Ministers für Arbeits-

beschaffung James Harry Thomas, daß in noch höherm Grad der Geschäftsabschluß des Viscount d'Abernon mit Argentinien auf eine verschärfte wirtschaftliche Konkurrenz hindeuten. Aber es bleibt abzuwarten, ob sich diese Vorgänge nicht ganz anders deuten lassen, ob sie nicht schon Hand in Hand mit bestimmten Vereinbarungen gehen. Und auch wenn man nicht an solche Hintergründe denkt, fügen sich diese Vorgänge unserer Analogie, wären etwa mit einem vorbereitenden Quotenkampf in einem Kartell zu vergleichen.

Nun ist es ganz so wie bei der Bildung eines Kartells, daß einem Monopolstreben die Außenseiter mißtrauisch gegenüberstehen: ein Mißtrauen, das auch sehr gerechtfertigt ist, da Hand in Hand mit der Einigung der angelsächsischen Reiche ein allgemeiner Plan der Seeabrüstung aufgestellt werden soll, der den gemeinsamen und den besonderen Interessen der beiden Konzernglieder entspricht, der den besonderen Interessen der Außenseiter zuwiderläuft. Betrachtet man die Dinge so und natürlich unter Berücksichtigung des gegenwärtigen Zustands der (kapitalistischen) Welt, so muß man verstehen, daß Frankreich, Italien und Japan sich dagegen wehren Objekte einer Planung zu werden, die ihre Interessen nicht nur nicht berücksichtigt sondern schwer beeinträchtigt. Der englische Wunsch die Unterseeboote abzuschaffen, um dies eine Beispiel zu nehmen, bedeutet für die 3 anderen Seemächte, immer nach dem heutigen Stand der Dinge, eine Wehrlosmachung. Damit fielen sie (und mit ihnen der europäische Kontinent) unter die Botmäßigkeit der angelsächsischen Weltreiche. Es versteht sich, wenn man sich einmal bemüht ohne Brille zu sehen, von selbst, daß die französische Öffentlichkeit solches Verlangen mit aller Energie und Deutlichkeit zurückweist.

Man kann einen Zustand beklagen, der solche Gegensätze, solch feindseliges Mißtrauen, nährt, aber man darf ihn nicht übersehen, wenn man nicht falsche Wege gehen und zu Konflikten beitragen will, statt sie zu beseitigen. Nochmals: Die Labourregierung mag friedfertige Absichten haben, aber sie ist eine Minderheitsregierung, ihre Herrschaft ist ein Übergangsregime, und welche Regierung ihr folgt, unter welchen Bedingungen, mit welchen Tendenzen sie arbeiten wird, läßt sich keineswegs übersehen. Besteht schon die Gefahr, daß das Wirken einer unzweifelhaft friedensfreundlichen Regierung unter dem Zwang der Umstände in sein Gegenteil verkehrt wird, so besteht gewiß keine Gewähr für die friedliche Absicht einer wiederkehrenden bürgerlichen Regierung, deren Ideologie imperialistisch und nicht pazifistisch gefärbt ist. Eine Berufung auf die Vergangenheit, die (meist ganz falsch eingeschätzte) Abhängigkeit der konservativen Regierung von Frankreich ist wahrlich kein stichhaltiges Argument. Besteht doch die Wahrscheinlichkeit, wie hier schon dargelegt wurde<sup>1</sup>, daß die Arbeiterregierung nur das ausführt, was der konservativen Regierung auszuführen unbequem war. Idee und Wirklichkeit bewegen sich auf verschiedenen Bahnen, die Linien werden sich eines Tages, das ist die Befürchtung, das ist die Gefahr, schneiden, und die Frage ist dann, in welche Richtung die reale Politik gelenkt wird.

Ähnliche Bedingungen gelten für den Abrüstungsvorstoß in Genf. Hier noch kompliziert durch die besonderen Verhältnisse des europäischen Kontinents. An sich könnten die Bedingungen günstiger sein. Denn die Öffentliche Meinung in Europa könnte wesentlich beeinflusst werden durch die Sozialistische

1) Siehe *Kleineibst* Die Labourregierung und Europa, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 677 und folgende.

Internationale, die in ihrem Wirken heute noch in der Hauptsache auf Europa beschränkt ist. Da jedoch fehlt es an inneren Zusammenklängen und Zusammenhängen, nicht zuletzt, weil die Sozialistischen Parteien scheinbar nationalen Interessen glauben dienen zu müssen oder auch unbewußt und gegen ihren Willen dienen. So gilt es zuerst das Blickfeld zu erweitern, um Begriffe zu klären, die ohne Prüfung auf ihren wirklichen Gehalt als gängige Scheidemünze in jeder Diskussion verwandt werden. Die deutschen Sozialisten zumindest, ob rechter oder linker Flügel, von wenigen Ausnahmen abgesehen, haben ohne Prüfung die Frage "Sicherheit oder Abrüstung?" respektive die der Reihenfolge dieser beiden Faktoren oder Phasen als gelöst betrachtet. Abrüstung zuerst: das ist bei uns allgemein anerkanntes Schlagwort. Das Sicherheitsmoment, das die Franzosen als Vorbedingung in den Vordergrund rücken, wird als Heuchelei abgetan, und Aristide Briand von der Kreuzzeitung bis zum Vorwärts und darüber hinaus als der Saboteur der Abrüstung, der Vertreter des französischen Imperialismus, der kriegslüsternden Demagogie, abgetan. Man konnte es zwar im Vorwärts auch einmal ganz anders lesen, aber das ist längst vergessen. Die so oft gespielte Weise ist unversehens wieder in die Finger gerutscht und wird nun dröhnend gepaukt. Es klingt wie eine kontrapunktische Verarbeitung von God save the king. Ebenso inkonsequent verhält sich die Parteilinke. Sie hat vielfach festgestellt, daß der moderne Krieg, mit einem kleinen Organisationsheer begonnen, durch die ideelle Rüstungsfähigkeit (das sonst so verpönte *potentiel de guerre*) und die Möglichkeit der Heranziehung von Reservisten (Bevölkerungsfrage!) entschieden wird, hat in diesem Zusammenhang von einer außerordentlichen Kriegsfähigkeit Deutschlands gesprochen, hat das Abrüstungsgeschrei der Rechten als den Willen zur (relativen) Aufrüstung gekennzeichnet. Es steht in krassem Gegensatz zu dieser Betrachtung der Dinge, wenn nunmehr die "Abrüstung zu Lande" als erstes Erfordernis der Kriegsverhinderung gepriesen wird, nur weil Großbritannien auch unter der Labourregierung diesen Weg geht. Ihn geht im Gegensatz zur Haltung der Labour Party im Jahr 1924, dem Jahr des Genfer Protokolls (das MacDonald selber mitgeschaffen hat, das er aber jetzt nicht wieder vorbringen kann<sup>2</sup>).

In diesem war der Gedanke der Schiedsgerichtsbarkeit und Sicherheit in den Vordergrund gerückt, die Abrüstung respektive Rüstungsbeschränkung als ihre Konsequenz ins Auge gefaßt. Was besonders die Parteilinke (und manche Pazifisten) störte und heute stört, war die Möglichkeit des "Sanktionskriegs". Auch das zeugt wieder von einer besondern Inkonsequenz, weil je und je, und gewiß nicht ohne Berechtigung, Bestimmungen und Verträge mit bissiger Ironie als "Fetzen Papier" abgetan wurden, die im Augenblick des Konflikts ohne Zaudern zerrissen würden, eben weil keine Macht dahinter stände ihre Durchführung zu erzwingen. Ein beliebtes Schlagwort war der hübsche Witz Lichtenbergs vom Messer ohne Heft und Klinge, angewandt auf den Völkerbund. Daß diese Institution aber, um ihren Schiedssprüchen Geltung zu verschaffen, mit Exekutivgewalt versehen würde, betrachtete man nun wiederum als ein Attentat auf den Frieden. Begründung: Werkzeug in den Händen der Mächtigen. Wir denken gar nicht daran diese Gefahr als nicht existent zu betrachten. Aber besteht die gleiche Gefahr nicht in jedem Staat?

2) Siehe darüber auch Cohen Deutschland nach dem Haag und in Genf, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 776.

Ist nicht auch dort die Exekutive Werkzeug in der Hand dessen, der die Macht hat? Wird da etwa die Schlußfolgerung gezogen, daß sie, wir meinen die Polizei, radikal abzuschaffen, und das Faustrecht einzuführen sei? Behauptet jemand, daß der heutige, der kapitalistische Staat sich jeder Exekutivgewalt begeben müsse, oder nimmt man nicht vielmehr diese Unvollkommenheit als ein notwendiges Übel hin und sinnt nur darauf die Macht im Staat zu erobern, um die Exekutive in den Schranken einer sozialen Idee zu halten und zu verwenden? Genau das gleiche gilt doch wohl grundsätzlich für die Gesellschaft der Nationen, die als ein übernationaler Staat der Staaten, wenigstens der Idee nach, aufgefaßt wird.

Mag, wie gesagt, Mißbrauch der Gewalt ebenso gut möglich sein wie im kleineren "nationalen" Staatswesen, so ist doch die Bestimmung eines Schiedsgerichts für alle, auch für politische Streitfragen, eine Friedensgewähr, wie sie bis jetzt jedenfalls keine andere Kombination und schon gar nicht die "völlige Abrüstung" bietet, da wirkliche Abrüstung im Zeitalter der Chemischen Industrie und des Flugzeugs eine Utopie ist, als solche auch stets gerade von der Parteilinken gekennzeichnet wurde. Worauf es zuerst ankommt, wäre: eine Rechtsnorm zu schaffen, der sich der einzelne Staat zu unterwerfen hat, mit dem Risiko allgemein als Friedensstörer behandelt zu werden, wenn er diese Norm bricht. Sicherlich läßt sich das Genfer Protokoll verbessern. Es mag auch sein, daß die Kennzeichnung als Friedensbrecher, wie sie das Protokoll vorsieht, nicht ausreicht. Mag es als gewiß hingestellt werden, daß die Justiz des Völkerbunds ebenso unvollkommen sein wird wie die einzelstaatliche Justiz, daß sie, ebenso wie diese, gewollte und ungewollte Fehlurteile fällen, daß sie "Klassenjustiz" sein wird: ja, all das zugegeben, ist dann der gewaltige Fortschritt gegenüber einer anarchischen Rechtsunsicherheit im Leben der Staaten zu verkennen? Das Unvollkommene kann verbessert, kann ausgebaut werden. Im Leeren kann man nicht bauen. Durch Schiedsgerichtsbarkeit, die mit ausreichender Exekutivgewalt in welcher Form immer (auch wirtschaftlicher Boykott) versehen ist, wird dem psychologisch verständlichen Sicherheitsbedürfnis erst Genugtuung werden. Ein Blick auf die verschiedenen Phasen der Nachkriegspolitik von Versailles bis zum Haag sollte auch den Skeptiker überzeugen, daß der französische Wunsch nach Sicherheit einem tiefen Gefühl des Ausgesetztseins entspricht, daß er keine heuchlerische Phrase ist, und daß gerade der Wortbruch Amerikas und Englands (der Ausdruck ist wohl nicht ungerecht) nach dem Abschluß des Krieges das Unsicherheitsgefühl und das Sicherheitsbedürfnis verstärkt hat. Die Politik Frankreichs ist überhaupt nicht zu verstehen, wenn man dieses Moment übersieht, und es wird in Deutschland meist übersehen.

Aber auch eine ganz allgemeine Betrachtung offenbart die Logik dieser Reihenfolge: Schiedsgericht, Sicherheit, Abrüstung. Denn, um es noch einmal zu sagen, Abrüstung im Sinn des englischen Vorstoßes bedeutet Aufrüstung der einen Seite, als die sie auch von der Parteilinken erkannt wurde, bedeutet Verstärkung der Unsicherheit für Frankreich, bedeutet Atmosphäre des Mißtrauens, der heimlichen Rüstung, der Spaltung der europäischen Staaten, befördert die militärische Bündnispolitik und alles, was kriegerischen Konflikten den Weg ebnet. Wer freilich das "Gleichgewicht der Mächte", die britische Balance-of-power-Doktrin als Friedenspolitik ansieht, kann diesen Weg empfehlen. Aber er bedeutet in Wahrheit nicht Stabilisierung sondern

Balkanisierung und ewige Unruhe in Europa. Erst wenn die offene oder latente Spannung zwischen den europäischen Staaten durch eine Rechtsnorm abgeschwächt oder beseitigt wäre, gewönne der Gedanke der Abrüstung an Boden, könnte wiederum, genau wie im Einzelstaat, den "Bürgern" der überstaatlichen Republik das "Waffentragen" verboten werden, weil der individuelle Schutz des Faustrechts durch eine Rechtsnorm ersetzt ist, weil die Gemeinschaft den Schutz des einzelnen übernommen hat.

Dieser überstaatliche Schutz aber muß vorhanden sein, wenn die Abrüstungsforderung ideologisch wirksam werden soll. Und deshalb besteht die These "Schiedsgericht, Sicherheit, Abrüstung" in der logischen Folge und auf Grund der realen Tatsachen (was nie getrennt werden sollte) zu Recht. Erst wenn diese Einsicht in den Kreisen der Sozialistischen Internationale sich Bahn gebrochen hat, ist der erste Schritt zur Rüstungsverminderung in Europa getan, wird die Last verringert, wird der erste Spatenstich an den Grenzpfählen getan werden können. Der Wille unserer englischen Genossen mag noch so ehrlich sein: sie sehen die Welt mit englischen Augen an, wie ja ganz naiv Thomas sich als den *commis voyageur* des Britischen Reichs bezeichnet hat. Aber wer wollte ihnen das übelnehmen, wenn auch die deutschen Genossen noch die englische Brille auf der Nase tragen und so die Einigung der Internationale nicht erleichtern sondern erschweren?

## JULIUS KALISKI · DER AUSSENPOLITIKER STRESEMANN

**W**AS der Weltkrieg in den Tiefen noch nicht aufgewühlt, erschüttert und erschöpft hatte, wurde durch den Ruhrkrieg nachgeholt. Führungslosigkeit taumelte von begeisterter Selbsttäuschung bis zur fassungslosen Verzweiflung. Die Mittel der Nation flossen in Goldströmen, Quellen der Vergeudung und der Korruption erschlossen sich, und aus der Führung und Finanzierung des sogenannten passiven Widerstands erwuchs in ungezügelter Tempo die Inflation. Wieder meinten die führenden Kreise aller deutschen Parteien der Unterstützung Englands sicher zu sein; wurde man doch, als die Erkenntnis von der Aussichtslosigkeit des Ruhrkriegs zu dämmern begann, von englischer Seite ermuntert ihn noch weiter fortzusetzen. Und während England den kontinentalen Kohlenmarkt, der sich ihm durch die Stilllegung des deutschen Kohlenbergbaus eröffnet hatte, weiterversorgte, und die Kluft zwischen Deutschland und Frankreich durch Haß und Verzweiflung immer stärker erweitert wurde, bis England die Gefahr einer deutsch-französischen Zusammenarbeit fürs erste und vielleicht für lange Zeit gebannt schien, glaubte man in Deutschland unentwegt an die nahe englische Hilfe, mit der man Frankreich siegreich schlagen und jegliche Reparationsverpflichtung, das heißt die Wiedergutmachung der Kriegsverwüstung, loswerden würde.

Am 13. August 1923 hatte das Kabinett Cuno endlich seine Sendung bis auf den Rest erfüllt. Gustav Stresemann übernahm die Führung als Reichskanzler und Minister des Auswärtigen. Er stellte den Ruhrkrieg ein, unterband dessen Fortsetzung und verkündete die Stabilisierung der Währung. Deutschland hatte einen Führer und einen Staatsmann. Und was erwies sich nun? Von rechts bis links schwenkte alles widerstandslos ein, man

gehorchte einem Willen, der sich äußerte, gar nicht mit eiserner Kraft, bescheiden, aber mit Selbstverständlichkeit. Die Tat hat ihre eigenen Gesetze, die sich nun offenbarten. Die Geschichte der Stabilisierung unserer Währung, die Beendigung der Inflation zeigt, wie überraschend leicht ein Erfolg zu erlangen ist. Das Wunder war auch hier der Glaube. Mit der Abstellung der schlimmsten Mißstände kehrte die Sicherheit der Währung wieder, die materiellen Leistungen zur Fundierung der Stabilisierung hielten sich in den allerbescheidensten Grenzen. Daß er die nationalen Kräfte, die sich im Chaos aufzulösen begonnen hatten, wieder als gestaltungsfähig erkannte, gab Stresemann Selbstvertrauen, brachte das Vertrauen des eigenen Volks zu dem Können des leitenden Mannes, dem ebenso gesetzmäßig die Achtung der fremden Staaten folgte.

Nichts wäre weniger angebracht als die Behauptung, daß Stresemann nun in ununterbrochener Folge mit eherner Festigkeit die Politik des Reichs geführt hat. An Einsicht in Notwendigkeiten mangelte es ihm nicht, sein Intellekt erfaßte den Zusammenhang vermeintlicher Zusammenhanglosigkeiten, er sah den Ursprung vieler Fehlschläge deutscher Politik vor, in und seit dem Krieg. Aber es entsprach seiner Art sich breit und intensiv den Schwierigkeiten einzufühlen, die sich aus dem innenpolitischen Leben Deutschlands ergaben. Er war geneigt Auseinandersetzungen aus dem Weg zu gehen, er sah in der ebennenden Kraft der abrollenden Zeit einen Ersatz für bewußtes Eingreifen. Schließlich, und nicht zuletzt, vertraute er immer wieder und stark auf das Verständnis der leitenden Männer des Auslands für seine innenpolitischen Schwierigkeiten, auf das er stets rechnen zu dürfen glaubte. Das tat er in einem Übermaß, in dem, vielleicht nicht ganz bewußt, die Anerkennung der überlegenen politischen Einsicht seiner Kontrahenten lag. Was ihn gegenüber seinen Vorgängern in der Regierung Deutschlands auszeichnete, war die Erkenntnis der Lebensinteressen des Reichs und der Staaten des Versailler Vertrags. Nicht daß sie plötzlich gekommen wäre. Schon in den ersten Kriegsmonaten hatte Stresemann in Unterhaltungen über die Stellung Deutschlands zu Rußland absolut Verständnis für kontinental-europäische Zusammenhänge erkennen lassen. Frühzeitig überwog bei ihm das Interesse für die Außenpolitik des Landes, also die Voraussetzung für die Fähigkeit die Politik eines Landes zu führen. In der Vorkriegsperiode war für die Erprobung dieses Verständnisses in der politischen Praxis die Basis nur sehr schmal, und es entsprach nicht der Art Stresemanns zu begehren, was persönlich zu erlangen ihm aussichtslos schien. Vielleicht erklärt sich aus den gesellschaftlichen Bedingtheiten, vor allem des kaiserlichen Deutschlands, zu einem erheblichen Teil auch die Wahl seines parteipolitischen Standorts. Ehrgeiz des politischen Menschen, der verantwortungsfreudig ist und führen will, ließ ihn offenbar einen politischen Anschluß meiden, von dem er befürchtete auf ein totes Gleis im Sinn der unmittelbaren politischen Mitwirkung zu geraten. Bei der Führung des Reichstagswahlkampfes im Jahr 1912, der ihn mandatlos machte, wollte er in seinem frühern Wahlkreis Verständnis für die Blockpolitik Bülow's erwecken, er versuchte in häufigen Debatten die Blockbildung als den einzig möglichen Weg zur Stärkung des parlamentarischen Einflusses zu zeigen. Treffsicher war seine Beweisführung, die dahin ging, daß kein Reichskanzler dem Kaiser ernsthaften Widerstand leisten könne, der sich nicht auf längere Frist auf eine arbeitsfähige Reichstagsmehrheit zu stützen vermöchte. Die Selbstausschal-

tung der Sozialdemokratie zerstörte die (an sich vorhandene) Grundlage einer Entwicklung zum Parlamentarismus und förderte damit, wie er mit Überzeugung versicherte, das Verlangen der Parteien nach Unverantwortlichkeit. Stresemann sah die Dinge damals schon ganz richtig an, ohne aber den Entschluß zu finden für sich selbst den Platz der Entscheidung außerhalb der von ihm abgelehnten Gruppierungen zu suchen. In der Kriegszeit konnte man von ihm in außenpolitischen Erörterungen außerhalb der Öffentlichkeit oft den Ausspruch hören: Meine Freunde sind noch nicht so weit. Es wäre müßiges Beginnen heute untersuchen zu wollen, wie weit Freunde und Gegner Stresemanns damals einem Willen gefolgt wären, wenn er klar und bewußt innerhalb der entscheidenden Stellen geäußert worden wäre.

An Stresemann vollzog sich das Gesetz, nach dem mit der Einsicht in die Notwendigkeit und dem Willen zur richtigen Tat die Kraft über das Vermögen des Trägers hinauswächst und ihm die Möglichkeit zu größerem Tun verschafft. Der Dienst an der richtigen Idee läßt größer werden, Arbeit für das Falsche und Unmögliche macht klein, unklug und unproduktiv. Auf alle, die mitwirken, übertragen sich sowohl die Vorzüge des auf dem richtigen wie die Fehler des auf dem falschen Weg Marschierenden. Zunächst stand Stresemann politisch im Schatten des britischen Botschafters (der in seinen kürzlich veröffentlichten Erinnerungen seinen überragenden Einfluß in Deutschland selbst geschildert hat): Lord d'Abernon wurde nach seinem Scheiden von dem amerikanischen Botschafter Jacob Gould Shurman abgelöst, der die angelsächsische Oberherrschaft, anders als Lord d'Abernon, aber ebenfalls genügend wirksam, zu praktizieren versteht. Zerbrach nun Stresemann den angelsächsischen Rahmen der deutschen Politik keineswegs, so wußte er doch, daß eine Politik unter angelsächsischer Führung weder zum europäischen Frieden noch zu einem wirklichen Aufbau Deutschlands führen könne. So bestimmen seine Politik ebenso der Wunsch einer engen Verbindung mit den angelsächsischen Mächten, die schon traditionell war und nicht nur dem beflissenen Verlangen der Weimarer Koalition sondern auch dem der Rechtsparteien entsprach, wie das wachsende Wissen, daß nur eine Verständigung mit Frankreich zur Befriedung des Kontinents führen könne. Es war ein ihm durch die deutsche Geisteslage aufgezwungener Versuch das einander Widerstrebende zu vereinigen. Und daher konnte sich die Kontinentalpolitik Stresemanns nur unter heftigen Schwankungen und Rückschlägen entwickeln, weil die angelsächsische Sehnsucht seiner Umgebung, der Parteien und aller nur erdenklichen Stellen der deutschen Öffentlichkeit Maßnahmen und Entscheidungen durch eigenes Gewicht mitbestimmte. In diesem Zeichen stand sein Streben nach dem Eintritt in den Völkerbund, in dem auch nach seiner Erkenntnis eine fruchtbare Politik für Deutschland nur bei Annäherung und ihr folgender Verbindung der kontinentaleuropäischen Staaten zu erlangen war. Sobald man der Gegenströmung nachgab, hatte man eine Verschlechterung der Situation und meist auch einen schmerzhaften Beweis des Fehlgangs. Stresemann widerstrebte vielen Versuchen nicht; so ließ er sich auch die Konstruktion eines Patronats des Deutschen Reichs über alle Deutschen in der Welt einige Zeit gefallen, um dann freilich das von Bismarck mit Abscheu gemiedene Projekt wieder fallen zu lassen. Nach seinem Willen war eine Verschärfung der Beziehungen zu irgendeinem kontinentaleuropäischen Land unerwünscht, aber nicht immer unterdrückte er unbequeme Bewegungen, denn er wollte den Parteien innenpolitischen

Spielraum lassen. Außenpolitik wurde Gegenstand innenpolitischer Bedürfnisse, und dies noch so oft, daß die guten Ansätze einer produktiven Außenpolitik zu verschlammen schienen und nicht selten auch verschlammten. So gerade bei jenen beiden wesentlichen Ereignissen seiner Außenpolitik, die durch die Namen Locarno und Thoiry bezeichnet werden.

Einer englischen Idee entsprang der Vorschlag des Angebots des Friedenspakts an Frankreich, schmackhaft gemacht durch die Lockung, daß Frankreich durch Ablehnung des Angebots seine Stellung arg verschlechtern würde, bei einer Annahme des Pakts aber gebunden wäre, wenn Deutschland nach vollzogenem Vertrag die Grenzfragen im Osten gegen Polen aufwürfe; in diesem Fall erlangte Deutschland freie Hand im Osten, oder es stünde einem vertragsbrüchigen Frankreich gegenüber, wobei es nicht ohne Verbündete bleiben würde. Bei den Verhandlungen in Locarno erwies sich die Notwendigkeit einer Verständigung mit Frankreich aber als so stark, daß der Plan englischer Prägung mißlang; mindestens die spontane Einsicht Stresemanns ließ ihn die Gefahren der britischen Anlage des Pakts für Deutschland erkennen. (Später wurde es in England fast unumwunden ausgesprochen, daß die britische Regierung den Zeitpunkt einer Auseinandersetzung Deutschlands mit dem Osten bestimme.) Mit sicherem Instinkt erkannte die britische Politik, daß der Vertrag von Locarno, dem englischen Plan zuwider, die keimfähige Möglichkeit der deutsch-französischen Verständigung in sich trage. Deshalb wurde in Deutschland die Auffassung propagiert, daß die deutschen Unterhändler den Franzosen zu weit entgegengekommen wären, so daß sich die englische Politik gegen ihren Willen nicht für Deutschland einsetzen könnte. Solcher Weisung folgte die Rechte offen, und die Linke ließ sie sich gern gefallen. Daß Stresemann ihr widerstand, bleibt sein Verdienst.

Dann kam Thoiry. Mittlerweile hatten die Gegenspieler, die auf eine Nichtfortführung der Locarnopolitik durch Deutschland hinzielten, ihre Bemühungen erfolgreich fortgesetzt. Mit tätigem Wohlwollen sah England der Attacke auf den französischen Franc zu, es fand nur zu bald kontinentale Bundesgenossen, und die Spekulation witterte französische Inflationsgewinne. Wie Frankreich mit ungeheurer nationaler Energie unter Führung Poincarés auch diese Angriffe abschlug, braucht hier nicht dargestellt zu werden. In Thoiry bemühte sich Briand, entsprechend dem Interesse und dem Willen Frankreichs, um eine Zusammenarbeit mit Deutschland, das die französischen Versuche der Mobilisierung von Mitteln im Kampf gegen eine Inflation, die man Frankreich von außen aufzudrängen suchte, aktiv fördern sollte. Aber es geschah in Deutschland nichts. Dem Gespräch von Thoiry folgte keine Tat. Gewiß gegen den innern Wunsch Stresemanns, der aber die Kraft des Entschlusses aus den Tagen der Beendigung des Ruhrkriegs gegenüber dem Meer von politischer Ahnungslosigkeit und parteipolitischer Befangenheit diesmal nicht aufbringen konnte. Das ganz große Format als Staatsmann, das man ihm nach seinem Tod zuschrieb, hätte er vielleicht erreicht, wenn die Zusammenkunft in Thoiry zu dem Ergebnis geführt hätte, das die Einladung Briands im Auge hatte. Es ist deutsches Verhängnis, daß es dazu nicht kam. Stresemann selbst hat ohne Zweifel auch damals die Lage nicht verkannt, er hing anscheinend der Hoffnung nach gleichartige Situationen im Interesse Deutschlands auch später noch zu finden. Es mag sein, daß ihn das Bewußtsein dessen drückte, was damals versäumt wurde, und daß er den Grund in der Unterlassung der möglichen Tat erkannte.

Was aus den Verhandlungen über den Dawesplan und aus den Vorarbeiten über den Youngplan hätte herauskommen können, übersteigt sicher das, was Stresemann aus dieser Umgestaltung des Versailler Vertrags herausgeholt hat. Gleichviel, seine Führung lag in der Hauptsache in dem Wollen den Weg zur Verständigung mit Frankreich offenzuhalten, und dieser Wille erwies sich unendlich fruchtbarer als das armselige Gestöhn seiner Gegner im Land. Das war für das deutsche Volk immerhin nicht wenig. Auch Stresemann stand einst im Lager derer, die aus der Annahme des Vertrags von Versailles den Verlust der Rheinlande und den Zusammenbruch Deutschlands mit Sicherheit vorausszusehen glaubten. Daher sympathisierte er sogar mit denen, die dem schlimmen Mangel einer konstruktiven Politik einen noch ideenlosern Putschismus entgegenstellen wollten. Aber sein Blick war so weit kontinentaleuropäisch geschärft, daß, wenn er auch die immer mißglückten und immer erneuerten Versuche Deutschlands Rettung dem amerikanischen Dollar und englischem Rat anzuvertrauen niemals ablehnte, er sich doch immer wieder dessen erinnerte, daß es überhaupt nur zu etwas kommen konnte, wenn ein deutsch-französischer Gegensatz ausgeschlossen blieb. Stresemann hätte zu den Parteien von rechts bis links, zur Koalition wie zur Opposition etwa sprechen können: Hugenberg hat in privaten Sendschreiben und in allgemeinen Aufrufen an Amerika appelliert, um Unterstützung gegen Frankreich, das nach seiner Versicherung aus den Geldern Deutschlands, die schließlich amerikanischen Ursprungs wären, den französischen Militarismus finanziere. Die Parteien der Koalition haben, mit anderen Worten und in anderen Formen, das gleiche Amerika angerufen. Allen diesen deutschen Parteien ward der Erfolg: Sie hatten Amerika als Schiedsrichter bei den Pariser Verhandlungen für den Youngplan. Und daß sich nicht alle englisch-amerikanischen Herrschaftsträume erfüllten, war nur Frankreichs Politik zu verdanken, das natürlich französische Interessen wahrnahm, die aber den deutschen kongruent sind, weil sie die Produktivkräfte des Kontinents entfesseln müssen. Daran hat Stresemann keinen Zweifel mehr gelassen, daß nur durch tätige und stetige Erfüllung der Wiedergutmachungsverpflichtungen eine Minderung unserer Lasten erwachsen kann, und daß die Steigerung unseres produktiven Schaffens keineswegs in Widerspruch zu einer loyalen Durchführung der Reparationspolitik steht, sondern daß diese gerade die Voraussetzung für eine Stärkung und Ausdehnung des deutschen Wirkens ist (was sich am deutlichsten darin zeigt, daß England in der Reparationspolitik auf nichts energischer hinarbeitete als auf eine Einschränkung und möglichste Beseitigung der deutschen Sachlieferungen, das heißt eben der Ergebnisse und damit des neuen Auftriebs dieses deutschen Schaffens).

In nicht ganz 5 Jahren vollzog sich unter dem zwingenden Gang der Dinge die geistige und politische Wandlung Gustav Stresemanns, den seine ehemaligen Gegner von links heute als unersetzlich in der Führung der deutschen Außenpolitik betrachten, dessen Wollen die Gegner von rechts nichts Besseres entgegenzustellen wußten als ein durch seine Armseligkeit erschreckendes Volksbegehren. Stresemann stand am Anfang. Das Programm der deutsch-französischen Verständigung als Grundpunkt eines kontinentaleuropäischen Gebildes: diese vom Schaffensgebot uns eingegebene Forderung zu erfüllen bleibt die Aufgabe, und gerade auch derer, die heute mit schönem Eifer versichern die Politik Stresemanns fortsetzen zu wollen.



## BALTHASAR WEINGARTZ · DIE LABOURREGIERUNG IM SPIEGEL DER KRITIK IHRER PARTEI

**M**IT den "parteilpolitischen Rücksichten" war es schon von jeher eine recht eigenartige Sache. Selbst August Bebel, der Agitator aus Prinzip, meinte einst, als Versammlungsredner führe man eine andere Sprache denn als Staatsmann. Für eine ähnliche, nur etwas drastischere Äußerung mußte Georg Bernhard in Dresden 1903 schwer büßen. Nun sich die Zeiten geändert haben, sind auch die Agitatoren aus Prinzip ausgestorben. Die Verantwortung steht im Mittelpunkt des Parteilebens, wie die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nun schon öfter erfahren mußte.

Auch auf dem Parteitag der Labour Party, der vom 30. September bis zum 5. Oktober in Brighton tagte, spielten Wahlagitation und Regierungsverantwortung eine nicht unbedeutende Rolle. Das ist um so bemerkenswerter, als die Männer der Labour Party, wie James Ramsay MacDonal und Philip Snowden, doch wahrlich nicht mit Prinzipien überladen sind. MacDonal war vorsichtig genug vor den Wahlen zu erklären, er halte es für unmöglich das Arbeitslosenproblem innerhalb eines Jahres zu lösen, wie das Lloyd George versprach. Aber schließlich sind Wahlprogramme da, um verwirklicht zu werden. So gab es auf dem Parteitag für die Regierung kritische Stunden.

Die Parteiexekutive hatte einen neuen Verhandlungsmodus eingeführt, der dem englischen Kongreßleben neues Leben einflößen soll; was auch zweifellos gelang. Er bestimmte, daß die 3 Hauptminister an 3 aufeinanderfolgenden Tagen reden sollten. Für die Außenwelt bekam der Kongreß dadurch die Bedeutung eines Parlaments. Die Minister hatten die Aufgabe Bericht über ihre Tätigkeit zu erstatten. Die angesetzte Zeit zur Fragestellung erhöhte die Bedeutung der ministeriellen Äußerungen. Freilich wurde diese Neuerung von den Kongreßteilnehmern nicht ohne weiteres begrüßt. Sie bewährte sich auch nicht in jedem Fall. Das trat besonders bei James Harry Thomas in die Erscheinung. Er sprach während der Debatte über ein bereits angeschnittenes Problem, mit dem er als Minister gar nichts zu tun hatte, wodurch, geschäftsordnungsmäßig gesprochen, Verwirrung oder wenigstens Vermischung ganz verschiedenartiger Dinge entstehen mußte. Vielleicht war das ein Glück, da das wirklich zur Debatte stehende Problem allerlei Staub aufwirbelte und Beunruhigung hervorrief; so aber wurde für Ablenkung gesorgt.

Es handelte sich um die administrativen Maßnahmen zur Handhabung des Gesetzes der Erwerbslosenunterstützung. Man lief Sturm gegen die Regierung, weil es ihr nicht gelungen war in den ersten 4 Monaten ihrer Regierungstätigkeit greifbare Reformen durchzuführen. Und, was das Auffallende war, die Attacke wurde von den angesehensten Gewerkschaftsführern geritten. Was Anlaß zur schärfsten Kritik gab, war die gesetzlich festgelegte Definition des Begriffs erwerbslos, von der das Recht auf Erwerbslosenunterstützung abhängt. Die Gewerkschaftsführer sind der Meinung, die beanstandeten Mängel hätten sich auf dem Verwaltungsweg beseitigen lassen; die Regierung behauptet, die Beseitigung der Mängel sei nur auf Gesetzesweg möglich. In jenem beanstandeten Gesetzespassus wird als erwerbslos nur angesehen, wer »ehrlich Arbeit suchend, außerstande ist passende Arbeit zu finden (genuinely seeking work but unable to find suitable employment)«. Es

dreht sich also um 2 Dinge: daß man ehrlich Arbeit sucht, und daß man außerstande ist passende Arbeit zu finden. Irre ich nicht, so wurde diese Definition sogar von einem Gewerkschaftsstatut übernommen. In Gewerkschaftskreisen herrscht die Meinung vor, die Definition an sich sei gar nicht so schlecht, nur auf die Auslegung komme es an. Und wie ist die Auslegung? Der erwerbslose Arbeiter muß nicht nur "stempeln" gehen, sondern er muß beweisen, daß er ehrlich nach Arbeit sucht. Er muß an den Fabrikatoren um Arbeit nachfragen. Aber wozu sind denn eigentlich die Arbeitsämter da? Trotz diesen Ämtern verlangen die Beamten, daß der Erwerbslose täglich auf die Suche nach Arbeit geht. Um herauszufinden, ob dies geschieht, werden sie in Kreuzverhör genommen. Tausende und Abertausende verlieren das Recht auf Unterstützung, weil sie sich angeblich nicht ehrlich bemühen Arbeit zu finden. Margaret Bondfield hat als Arbeitsminister eine Kommission zur Untersuchung der Angelegenheit eingesetzt; ihr Bericht soll Ende Oktober erscheinen. Die großen Gewerkschaften haben in Gutachten ihre Stellungnahme zu dem gesetzlichen Zustand, gleichzeitig aber auch die ihnen notwendig erscheinenden Reformen bezeichnet. Und hier zeigt sich, daß die englischen Gewerkschaften doch gar manches versäumt haben. Der Einrichtung der Arbeitsämter hatte man bisher überhaupt keine Aufmerksamkeit geschenkt. Im bestehenden Versicherungsgesetz ist nur wenig Raum für Selbstverwaltung, und selbst das Vorhandene ist von den Gewerkschaften in unverantwortlicher Weise vernachlässigt, und dadurch das Unheil verschlimmert worden. Man ließ die Versicherungsbeamten schalten und walten.

Auf dem Parteitag kam nun die Meinung zum Ausdruck, durch seine spärlichen Maßnahmen habe der Arbeitsminister die Lage noch verschlimmert. In dem von der Exekutive dem Parteitag unterbreiteten Jahresbericht heißt es, die notwendige Änderung sei auf dem Verwaltungsweg nicht zu erreichen. Hiergegen richtete sich der Sturm, und nur mit Mühe gelang es Parteiexecutive und Regierung vor einer schweren Niederlage zu behüten. Es war beantragt worden jenen Passus im Bericht abzulehnen oder zurückzuverweisen, wie der Ausdruck lautet. Über das Ergebnis der Debatte schrieb Ernest E. Hunter, der neue Chefredakteur des *New Leader*, am 4. Oktober:

»Durch die von dem Parlamentsmitglied William Tom Kelly begonnene Debatte über die administrativen Maßnahmen zog sich klar und deutlich ein unverhohlenes Gefühl des Unwillens und der Ungeduld ob der Untätigkeit des verantwortlichen Ministers, der es unterläßt Verbesserungen einzuführen. Unwille und Ungeduld waren keine Mache der Linken; alle Kreise des Parteitages waren davon erfaßt. Hinter der Delegation der Independent Labour Party saßen die Vertreter des Fabrik- und Gemeindearbeiterverbands, also Margaret Bondfields engere Kollegen. Aber merkwürdigerweise kam die Opposition in deren Reihen ebenso zum Ausdruck wie bei allen anderen Delegierten. Aus ihrem Kreis erhob sich Arthur Hayday, um in eindrucksvoller Weise dem Verlangen nach entschiedenen Reformen Ausdruck zu verleihen. Die große Stimmenmacht seines Verbands verhinderte schließlich die Annahme des Antrags, der eine Art Mißtrauensvotum bedeutet hätte.«

Während dieser Debatte kam der Lordsiegelbewahrer und Arbeitsbeschaffungsminister James Harry Thomas zu Wort, sprach aber nur über seine angestregten Bemühungen um Arbeitsbeschaffung. In der Tat ist hier der Schlüssel zur Lösung des Problems zu suchen. Es kommt nicht darauf an einfach Staatsgelder zum Fenster herauszuwerfen, sondern es gilt produktive Arbeit zu schaffen. Das von Thomas entwickelte Programm war aber recht dürftig. Als "commis voyageur" war er nach Canada gereist. Über das Ergebnis der Reise ließ er sich also aus:

»Ich bin wegen des Zwecks meiner Reise scharf kritisiert worden. Ich bin nicht hingegangen, um unsere Arbeitslosen nach Canada zu verpflanzen. Durch Vermischung der Probleme der Emigration und der Erwerbslosigkeit wird der größte Schade angerichtet. Das Problem der Erwerbslosigkeit kann überhaupt auf alleiniger Grundlage der Auswanderung nicht gelöst werden.«

Des weitern führte Thomas aus:

»Wir sind Canadas bester Kunde. Unser Volk kauft 51% seines Getreides. Für jedes Pfund Sterling jedoch, das Canada an Waren von uns bezieht, bezieht es von Amerika für 5 Pfund. Ich vertrete nun die Ansicht, Canadas größter Kunde hat das Recht zu der Frage: Wohin soll das führen? Und ich erörterte dort diese Dinge nicht nur, sondern wir verständigten uns auch ohne große Schwierigkeiten. Ich untersuchte die ganze Lage; vor allem kam es mir auf Vergleiche für gegenseitig auszutauschende Waren an. Die Austuhr von Kohle und Stahl ist entscheidend für das Problem unserer Erwerbslosigkeit, und dabei verbraucht Canada 16½ Millionen Tonnen amerikanischer Kohle. Ich hörte nun etwas von dem Preisunterschied, der einer Verständigung im Weg stehe. Niemand wußte jedoch, daß ich eine Schiffsladung Kohle bei mir hatte; so war ein praktischer Vergleich nicht schwer. Auch damit gab ich mich nicht zufrieden sondern suchte im Areal zwischen Quebec und Montreal Kunden auf, die mehr als 5000 Tonnen Kohle aus den Vereinigten Staaten von Amerika beziehen. Der Grund hierfür lag in folgender Erwägung: Für jede 300 Tonnen Kohle, die wir verkaufen, hat ein Bergarbeiter 12 Monate hindurch Arbeit; außerdem steckt hierin Arbeit für Eisenbahner, Verkehrsarbeiter, Kohlenträger, Docker, und viele andere Gewerbe gewinnen durch solche Transaktion.«

Über den Handel mit Stahl bemerkte Thomas: Canada führe jährlich 300 000 Tonnen ein. Eine der größten Firmen versprach ihm aber von nun an in England zu kaufen; bis jetzt war sie noch nicht auf den Gedanken gekommen.

Der Parteitag gab sich mit diesen Äußerungen nicht zufrieden. Das ministerielle Programm wurde sehr mißtrauisch entgegengenommen, etwa so: »Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.« Geht man ganz unvoreingenommen an die Prüfung jener Pläne heran, so erkennt man bald, daß in ihnen die Gedanken eines andern (und sehr bedeutenden) britischen Staatsmanns ihre Auferstehung feiern: Joseph Chamberlains, des großen Unionisten, dessen Plan eines britischen Zollvereins vor einem Vierteljahrhundert durch den Wahlsieg der (geistig konservativen) Liberalen scheiterte. Auch die Kritik auf diesem Parteitag war im Grunde reichlich altliberal. John Wheatley meinte, der von Thomas entwickelte Gedanke erwecke den Eindruck, daß, während MacDonalld nach Amerika zur Befestigung des Friedens wandere, Thomas die Gefahr eines Handelskriegs mit Amerika heraufbeschwöre. Übrigens sei sein Plan zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit am verkehrten Ende angepackt, da es sich nicht um ein Problem der Produktion sondern um ein solches der Konsumtion handle; also die typisch liberale Denkweise. Ernest Bevin, vom Großen Verkehrsbund, versuchte die Diskonterhöhung von 5½ % auf 6½ % mit dem Problem der Erwerbslosigkeit in Verbindung zu bringen. Er sagte, der Gewerkschafter erstrebe Stabilität. Es sei »ein Jammer dauernd um den Lohn kämpfen zu müssen«. Notwendig sei Stabilität im Wirtschaftsleben, basierend auf dem System eines menschenwürdigen Lebensstandards. In 6 Monaten werde sich die Diskonterhöhung in einer Erhöhung der Arbeitslosenzahl um 250 000 ausdrücken. Diese Manipulation habe aber noch andere Wirkungen. Der Kredit werde um 108 Millionen Pfund Sterling eingeschränkt, und das wiederum erzeuge ein Sinken der Preise sowie der Löhne. Man stehe also vor der Gefahr große Lohnkämpfe heraufzubeschwören, die der Regierung unüberbrückbare Schwierigkeiten bereiten könnten. Auch Arthur Hayday meinte, durch jenes Vorgehen der Bankiers käme es schließlich dahin, daß für jeden Mann, den die

Regierung in Arbeit setze, 50 andere entlassen würden. Allen diesen auftauchenden Zweifeln begegnete Thomas nur damit, daß, wenn er auch die Erwerbslosigkeit nicht beseitigen könne, so doch die Anzahl der Erwerbslosen bis Februar oder März bedeutend verringert werden würde. Das war freilich ein magerer Trost. Der oben bereits genannte Hunter schrieb im *New Leader* über den Eindruck der Thomasschen Rede:

»Herrn Thomas' Rede erweckte nicht Vertrauen. Außer einem befremdenden und unklaren Hinweis auf seine Canadareise handelte es sich nur um eine unbefriedigende Wiederholung seiner Parlamentsrede. Seine Pläne die Kommunen zur Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten anzuregen waren bekannt. Dann aber kann eine Ausgabe von 6 Millionen Pfund Sterling durchaus nicht als eine große Errungenschaft gelten. Wie Herr Wheatly ausführte, werden dadurch nur 24 000 Arbeiter Beschäftigung finden. Wir kannten auch seine Einladung an die gemeinnützigen Gesellschaften, wir kannten sein Wegebauprogramm. Was neu war, waren seine geheimnisvollen Andeutungen über die Nova-Scotia-Kohle sowie die Möglichkeit eines beschränkten Austausches von britischer Kohle gegen canadisches Getreide. Von einem wirklich großartig entworfenen konstruktiven Programm merkte man nichts. Hier war es Ernest Bevin, der ein Programm nationaler Politik dem Parteitag unterbreitete ... Die Erhöhung des Diskonts und die Drohung der City eine weitere folgen zu lassen erleichtert die Lage durchaus nicht. Ist Herr Thomas bereit einen erfolversprechenden Kampf gegen diese unnötigen wie unhaltbaren Beschränkungen der Industrie aufzunehmen? Tut er das nicht, so ist seine Stellung noch hoffnungsloser. Herr Bevin wußte genau, was er mit seiner Warnung sagte, die Erhöhung des Diskonts um 1 % könne sehr leicht eine Vergrößerung des Arbeitslosenheeres von 250 000 im Gefolge haben.«

Bemerkenswert ist auch das Urteil Hunters über den Gesamteindruck des Parteitags. Er beginnt seinen Artikel, überschrieben *Die harte Probe*, wie folgt:

»Was am meisten bei der Präsidualrede, die Herr Herbert Morrison am Eröffnungstag hielt, in die Augen sprang, war der Farbenreichtum jener Stellen, wo von den außenpolitischen Erfolgen die Rede war. In krassem Gegensatz hierzu standen die geradezu dürftigen Hinweise, wo es sich um Erfolge auf innenpolitischem Gebiet handelte. Es stünde um die Unabhängige Arbeiterpartei schlecht, wollte sie den in der Welt bestehenden neuen Geist unterschätzen. Daß unsere Arbeiterminister sich nicht nur als gute Europäer erweisen sondern auch als Weltbürger, ist der dringende Wunsch aller Sozialisten. Dies ist der springende Punkt. Zu versuchen eine bessere Gesellschaft zu Hause aufzubauen, aber um das große Weltproblem, worauf Friede und Sicherheit ruhen, sich nicht zu kümmern; das wäre unsinnig und sogar verbrecherisch. Jedoch ist das [der Weltfriede] nicht die einzige fundamentale Notwendigkeit. Wäre es die einzige, so könnte in der unterdrückten Arbeiter-schaft leicht die Meinung entstehen, die Arbeiterpartei richte wohl ihr Augenmerk auf das Ausland, sei aber apathisch und blind, wenn es sich um die Angelegenheiten des eigenen Landes handelt. Das Land ist über Hendersons Erfolge in Genf erfreut, es hofft ferner, daß es dem Premierminister in Amerika gelingen wird zu einer Verständigung über die Marinefragen zu kommen; aber zu gleicher Zeit hofft das Volk, daß die Minister mit dem selben Schneid und der selben Tatkraft vorgehen, wenn es gilt die Probleme der Heimat zu meistern. Bis jetzt merkt das Volk nichts hiervon. Nach dieser Richtung herrschen Zaghaftigkeit und Schwäche. Das ist besonders beim Erwerbslosenproblem der Fall ... Hier ist die harte Probe zu bestehen. Gelingt es nicht in angemessener Zeit wirksame Mittel zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit zu ergreifen, so wird die Regierung in den Abgrund stürzen. Auch die schönsten Anstrengungen auf dem Feld der Außenpolitik werden in diesem Fall nicht verhindern, daß die Industriegebiete von einer Welle der Unzufriedenheit und Enttäuschung erfaßt werden. Man wird sich von der Arbeiterpartei abwenden.« Das will also besagen, daß die Labourregierung bis jetzt auf innenpolitischem Gebiet wenig Heroisches vollbracht hat. Und auf außenpolitischem?

Thomas' Ministerkollegen, Arthur Henderson und Philip Snowden, hatten auf dem Parteitag freilich viel mehr Glück als er. Hendersons Rede erzeugte einen nicht endenwollenden Jubel. Es war die beste Rede seines Lebens. Aber die *Times* haben nicht unrecht, wenn sie am 4. Oktober schrieben:

»Herrn Snowdens klare und instruktive Rede auf dem Parteitag der Labour Party stand in hellem Gegensatz zu den mit Überlegung gesprochenen dunklen Andeutungen Herrn Hendersons.«

Über die außenpolitischen Erfolge soll in diesem Zusammenhang nicht im einzelnen gesprochen werden; das ist von berufener Seite hier bereits geschehen<sup>1</sup>. Richard Kleineibst hat klar gezeigt, daß die Labourregierung da nur ein Erbe, nämlich der frühern konservativen, wie überhaupt jeder britischen Regierung angetreten hätte. Reiht man die einzelnen Regierungsakte an einander, so schrumpfen die außenpolitischen Erfolge der Labour Party sehr zusammen. Mit gutem Grund erwähnte Henderson das nun im Vordergrund des Interesses stehende Problem der Vereinigten Staaten von Europa mit keinem Wort. Auch sagte er nichts über das Ziel der anglo-amerikanischen Bündnispolitik.

Das größte Glück war Snowden beschieden, dem neuen Scheilock, wie er von den Franzosen zur Zeit der Konferenz im Haag genannt wurde. Die große Beunruhigung, die auf dem Parteitag wegen der Diskonterhöhung herrschte, gab Snowden Gelegenheit über die sonderbaren Eigenschaften des gelben Metalls einen Vortrag zu halten. So blieb es ihm erspart über seine "Erfolge" im Haag etwas sagen zu müssen. Das war schade, sehr schade. Hatte doch sein Vorgehen im Haag in den Kreisen der Independent Labour Party den größten Unwillen erregt. Henry Noel Brailsford, der vom Haag aus das Vorgehen Snowdens in 3 Artikeln im New Leader in der unbarmherzigsten Weise zerpflückt hatte, schrieb nun dort am 4. Oktober in einem Artikel, den er City fordert Labour heraus betitelt:

»Die versammelte Labour Party in Brighton feiert in dieser Woche ihren Maisieg. Die Grundlage, auf der dies geschieht, ist interessant, auch auf den ersten Blick einleuchtend. Jeder, vom besuchenden Minister bis zum Reihe-und-Glied-Delegierten, steht unter dem Eindruck, daß Labour regiert. Es steckt etwas in dieser Annahme. Herr MacDonald eilt über den Atlantischen Ozean. In Washington angekommen, wird er über Kreuzer reden. Mit gleicher Machtvollkommenheit ausgerüstet, trifft er mit Herrn Hoover, dem erwählten Herrscher Amerikas, zusammen. Herr Henderson ist von Genf zurückgekommen, wo er sein Wort geben konnte, daß über alle zu rechtfertigenden Streitfragen schiedsgerichtlich entschieden werden soll. Er konnte den letzten "stolzierenden Statthalter" entlassen und Agypten effektive Unabhängigkeit geben. Auf seine volle und eigene Verantwortung konnte Herr Snowden Europa warten lassen und einem erstaunten Kontinent für uns alle einen Shilling pro Kopf oder weniger abzwängen. Es ist entschuldbar alles dies irrträglich für Macht zu halten. Jedoch am Vorabend der Beglückwünschungswoche geschah in der City etwas von einiger Bedeutung. Mehrere Herren trafen sich im innern Sanktuarium eines ehrwürdigen und klassischen Gebäudes. Es klingelt, und der Portier eilt zum Tor, um eine Tafel aufzuhängen, auf der die Worte stehen: »Diskont 6½%.« In 5 Minuten war durch die moderne Technik diese Neuigkeit nach allen Himmelsrichtungen der Erde hin verbreitet. Die Konsequenzen werden sich gar bald zeigen. Die meisten von uns kannten sie im voraus. Für diejenigen, die sich auf das Interpretieren von einfacher Prosa verstehen, genügt ein Satz: Der Kredit ist scharf begrenzt worden. Allen Anstrengungen, öffentlicher wie privater Natur, gegenüber die Aktivität der Nation zu steigern wurde eine Schranke aufgerichtet. Jeder, der jetzt Geld aufnehmen will, selbst die Regierung zur Inangriffnahme von Arbeitsbeschaffungsplänen oder zur Modernisierung vorhandener Anlagen, einschließlich Kohlengruben, muß für den Kredit 1% mehr zahlen. Das Unvermeidliche wird eintreffen: Man wird den Gang zur Bank aufschieben.«

Also auch Brailsford ist der Meinung, daß durch die Diskonterhöhung die besten Pläne der Regierung durchkreuzt werden müssen. Das Übel liege in der Volkswirtschaft begründet. Die Erhöhung des Diskonts sei ein Ergebnis

<sup>1</sup> Siehe *Kleineibst* Die Labourregierung und Europa, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 677 und folgende.

wirtschaftlicher Schwäche Englands. Es könne seine Waren nicht in Tausch geben, weshalb es sein Gold den amerikanischen Freunden schicken müsse. Das Verschwinden des Goldes ist zum Teil ein Ergebnis des niedrigen Standes der Warenausfuhr. »Das Gold wird in Flugzeugen verschickt, weil wir zu wenig Kohlen und Baumwolle ausführen«, schreibt Brailsford. Deshalb ruft er nach einer »starken Führerschaft«. Brailsford hatte 1926 mit den sozialistischen Volkswirtschaftlern John Arthur Hobson, Arthur Creech Jones und Ernest F. Wise die Theorie des »Sozialismus unserer Zeit« aufgestellt, die schon auf dem vorjährigen Parteitag katastrophal zusammenbrach<sup>2</sup>. Brailsford hatte wohl frühzeitig genug die Undurchführbarkeit seiner Theorie erkannt, weshalb er sich durch die Propagierung einer Koalition mit den Liberalen von der Linken lossagte und so den Anstoß zur Zerrüttung dieser "revolutionären Elitetruppe" gab. Der Angelpunkt der Theorie lag in der staatlichen Kontrolle des Kredit- und Bankwesens. So rief man nach der Nationalisierung der Bank von England, die auch jetzt kurz vor dem Parteitag eine nicht unbedeutende Rolle spielte. Rücksichtslos zerstörte Snowden diese Illusion vor dem erstaunten Parteitag. Mit Befriedigung konnten deshalb auch die Times in ihrem oben erwähnten Artikel schreiben:

»In der mutigen Verteidigung, die der Schatzkanzler der Aktion der Bank von England mit ihrer Erhöhung des Diskonts zuteil werden ließ, war nichts von Verschleierung zu merken. Die tadelnden Worte, die er an die Adresse derjenigen richtete, die in Unkenntnis der Dinge mit einer grundlosen Kritik gegen das zentrale Bankinstitut nicht zurückgehalten hatten, waren zeitgemäß und angebracht. Seine energische Verteidigung der Finanzorthodoxie hat zweifellos den Unwillen eines Teils seiner Zuhörer erregt (unter den so Betroffenen befanden sich sogar 2 oder 3 seiner Ministerkollegen), scheint aber fruchtbar gewesen zu sein. Die von der Independent Labour Party beantragte Resolution, die vom »zerstörenden Einfluß der Diskonterhöhung auf Industrie und Arbeitsmarkt« spricht, wurde auf Vorschlag des Präsidenten prompt zurückgezogen. Herrn Snowdens lebendige Exposition der Prinzipien des internationalen Goldstandards, seine überzeugende Demonstration, daß die Erhöhung des Diskonts eine unabwendbare Notwendigkeit zur Verhinderung schlimmerer Folgen war, konnte gar nicht deutlicher sein.«

Die bemerkenswerte Allianz zwischen der City und Snowden, die von den Times so freudestrahlend anerkannt wird, verdient größte Aufmerksamkeit, schon deshalb, weil im Hintergrund des hartnäckigen Kampfs um den "Schilling pro Kopf oder weniger" ein ganz anderes Problem stand: das der Internationalen Bank. Vielleicht wäre Snowden viel konzilianter gewesen, hätte er für seinen Plan: die neue Institution in den britischen Bannkreis zu ziehen, bessern Resonanzboden gefunden. Die kommunistische Labour Monthly, die in internationalen und Wirtschaftsfragen immer sehr gut informiert ist, schrieb im Oktober in ihren Noten des Monats:

»Nach den aus der kontinentalen und amerikanischen Presse übermittelten Urteilen über das Problem der Internationalen Bank (die britische Presse ist hier auffallenderweise äußerst zurückhaltend; sie versichert, die Bankfrage habe den britischen Standpunkt nicht beeinflußt) hat sich Snowden in den Zusammenkünften der 6 Mächte intensiv dafür eingesetzt London als Sitz für das Institut zu bekommen; die Mächte wollten hiervon jedoch nichts wissen, weshalb die Sache ins Hintertreffen geriet; sie wurde zur weitem Beratung einer Unterkommission überwiesen. Vor Beendigung der Haager Konferenz erfuhr man dann, England habe 16 Abänderungsanträge zur Konstitution des Instituts gestellt. Es handelt sich hier um mehr als um den Sitz des Instituts. Gelingt es den Briten nicht London durchzusetzen, dann werden sie versuchen den Einfluß der Bank strikt auf Reparation und Schuldentilgung zu beschränken, das heißt das Institut zu einer einfachen Agentur buchmäßigen

<sup>2</sup>) Siehe Weingartz Der sozialpolitische Standort der englischen Arbeiterklasse, in den Sozialistischen Monatsheften 1928 II Seite 853.

Clearings zu machen, anstatt zu einem internationalen Kreditzentrum . . . Nicht ohne Grund berichtet die amerikanische Presse, es sei sowohl die Ansicht Amerikas wie die Youngs, daß der Kern des Sachverständigenberichts in der Internationalen Bank liege. Die New Yorker Bankiers sehen gerade hierin ihren größten nach dem Krieg errungenen Sieg.«

Die Chicago Tribune schrieb, wie die Labour Monthly zitiert:

»London als Sitz der Internationalen Bank zu bestimmen wurde definitiv aufgegeben. Die Engländer befürworten nunmehr eine Stadt in der Schweiz. Die Labourregierung unterstützt die Finanzkreise der City in ihren Bestrebungen den Wirkungskreis des Instituts einzuengen.«

Der Pariser Korrespondent des Londoner Economist schrieb in seinem Bericht, den diese Wochenschrift am 14. September brachte:

»Die Frage des Sitzes der Internationalen Bank scheint auf große Schwierigkeiten zu stoßen. Zweifellos sind starke Strömungen gegen den Snowdenschen Versuch am Werk London als Sitz zu erhalten. Im Haag gab es einflußreiche Kreise, die Paris befürworten. Die Vorliebe für Paris, die, wie verlautet, bei den Belgiern, Italienern und wahrscheinlich auch bei den Deutschen besteht, erklärt sich aus den Meinungsverschiedenheiten über die Aufgaben des Instituts, die zwischen den kontinentalen und den britischen Bankiers vorhanden sind. Nach den Äußerungen der Londoner Presse zu urteilen geht die britische Ansicht dahin die Aktivität der Bank auf Reparation und Schuldentilgung zu beschränken, während die im Youngplan vorgesehene »Handels«funktionen stillschweigend fallen gelassen werden sollen, da eine solche Verbreiterung der Funktionen von schädigendem Einfluß für die bestehenden zentralen Bankinstitutionen sein würde. Die Franzosen wiederum sind sehr daran interessiert, daß die Bank sich schnellstens zu einem veritablen Zentrum des internationalen Kredits entwickelt. Die Verwandtschaft dieser Thesen mit dem Wunsch Paris als Sitz zu bekommen bedarf keines weiteren Kommentars. Wenn es zur Entscheidung kommt, wird es von Interesse sein zu sehen, welche Stellung die amerikanischen Vertreter einnehmen werden.«

Es ist ferner nicht ohne Interesse zu vermerken, daß nach der Labour Monthly in Frankreich die Ansicht bestehe, die bulldoggmäßige Halsstarrigkeit Snowdens im Haag hätte ihren eigentlichen Grund in der Gegnerschaft gegen die Bestimmungen über die Internationale Bank gehabt.

Es blieb Philip Snowden erspart über seinen "Sieg" im Haag reden zu müssen. Warum sollte er auch? Lange ist es her, seit ein Staatsmann von seinen Landsleuten so gefeiert wurde wie er. Während das erstaunte Europa in atemloser Spannung und Befürchtung nach dem Haag schaute, war Snowden das Idol des englischen Kinos. Tosender, nicht endenwollender Beifall ertönte allabendlich, wenn Snowdens Bild auf der Leinwand erschien. Das alles erinnerte an die schlimmsten Episoden während des Burenkriegs, wo auf ähnliche Art patriotische Begeisterung zur Siedehitze gesteigert wurde. Dem internationalen Sozialismus wurde durch diese Episode schwerer Schaden zugefügt. Darüber kann auch die Apologie William Gillies' in seinem Artikel Haag und Internationale im Vorwärts vom 3. Oktober 1929 nicht hinwegtäuschen. Im Gegenteil, dieser Artikel, der in der ungeniertesten Weise die Wiedergutmachung der Kriegsverwüstung in Frankreich wegskamotiert, um an deren Statt die englischen Ansprüche zu begründen (ein Verfahren, das schon Brailsford entlarvt hatte<sup>3)</sup>, zeigt jedem, der Denken und Recht noch nicht ganz verlernt hat, wie unhaltbar die Stellung der Labourregierung in der Reparationsfrage vom sozialistischen Standpunkt aus ist. »Schließlich verurteilten wir die damals bestehenden Reparationsabkommen wegen ihrer Wirkung auf den britischen Kohlenexport«, berichtet Gillies ganz naiv. So wurde der englische Laboursieg auf Kosten

<sup>3)</sup> Siehe *Cohen* Deutschland nach dem Haag und in Genf, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 775.

Deutschlands errungen. In einem Artikel mit dem Titel Können wir die Bremen schlagen? schrieb John Hill, der Generalsekretär der Kesselschmiede, am 3. Oktober im Daily Herald, das Geheimnis der deutschen Idee von der Freiheit der Meere sei in der Furcht vor dem englischen Schiffbau begründet. Auch das ist ein Beitrag zum Kapitel der internationalen Verständigung. Hill verlangt Staatssubventionen zum Schutz gegen den deutschen Schiffbau, der den englischen niederkonkurrieren könnte. Er schreibt dann weiter:

»Durch die sich aus dem Friedensvertrag ergebende Reparationspolitik erlitt unsere Schiffbauindustrie wie unsere Vormachtstellung in der Schifffahrt den empfindlichsten Schlag, weil man durch die deutschen Reparationsschiffe den englischen Markt dumpte.«

Snowdens Stellung im Haag ist und bleibt vom sozialistischen Standpunkt aus betrachtet nicht zu rechtfertigen, mag das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sich auch noch so große Mühe geben sie zu glorifizieren. Es ist zu begrüßen, daß Emile Vandervelde am 2. Oktober einem Vertreter des Kasseler Volksblatts erklärte:

»Damit der Youngplan nicht das letzte Wort in der Reparationsfrage sei, müßte man erreichen, daß die Vereinigten Staaten von Amerika ihr letztes Wort in der Reparationsfrage noch sprechen. Sie erinnern sich an die Zusammenkunft der Sozialistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs, Englands, Italiens und Belgiens in Frankfurt am Main im Jahr 1922. Man war dort der übereinstimmenden Ansicht, daß die Reparationen beschränkt und nur für den unmittelbaren Schaden (nicht militärische Pensionen usw.) erhoben werden müßten, daß andererseits die Schulden zwischen den Alliierten annulliert werden sollen. Wenn das Programm von Frankfurt nicht verwirklicht werden konnte, so zum größten Teil deshalb, weil in Amerika der Einfluß der Sozialisten nicht genügend groß ist. An dem Tag, wo die Vereinigten Staaten von Amerika, sei es die Annullierung der Schulden oder wenigstens eine Verminderung der alliierten Reparationen zuließen, könnte der Youngplan im Sinn der Frankfurter Resultate revidiert werden.«

Das ist genau das, was die Sozialistischen Monatshefte zur Reparationsfrage seit jeher ausgeführt hatten. Im speziellen wird von Vandervelde genau so, wie das hier geschehen ist<sup>4</sup>, wenn auch naturgemäß in anderer Form, das Verfahren gekennzeichnet, daß das Angelsachsentum es fertiggebracht hat den eigentlichen Sinn der Reparationsleistung, nämlich die Wiedergutmachung der Kriegsverwüstung, ganz vergessen zu machen und dafür die Bezahlung der sogenannten interalliierten Schulden, das heißt also die Bereicherung des Gläubigerlands Amerika, als oberste Pflicht hinzustellen: was dann die deutsche Presse ganz gutwillig geschehen ließ und sogar mitmachte, obgleich es auf Kosten Deutschlands ging. Um der dadurch drohenden Abhängigkeit Europas von Amerika zu entrinnen, gibt es nur ein Mittel: den Zusammenschluß der Staaten des europäischen Kontinents zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebilde oder, wie Aristide Briand es jetzt auch genannt hat, die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa. Es wäre gerade die besondere Aufgabe der in den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie vertretenen Arbeiterklasse auf dieses von den Sozialistischen Monatsheften aufgestellte Ziel hinzuarbeiten. Die Kritik, die die Arbeiterpartei Englands auf ihrem Parteitag an ihrer Arbeiterregierung geübt hat, sollte uns anregen auch unsere Stellung zu überprüfen und uns veranlassen nicht länger das Interesse Großbritanniens (und sei es auch unter der Leitung einer Labourregierung) dem Interesse des Sozialismus gleichzusetzen.

4) Siehe Quessel Kriegsgewinne und Reparationen, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 565 und folgende.

## LUDWIG QUESSEL · DEUTSCHLANDS UMKEHR



CURTIUS, bisher Reichswirtschaftsminister und vorläufig Nachfolger Stresemanns, hat in einer kleinen, von der Zentrale für Heimatdienst herausgegebenen Schrift, betitelt Was im Haag erreicht wurde, dargelegt, daß die intransigente Haltung der britischen Labourregierung im Haag glücklicherweise für Deutschland zu keiner wesentlichen Verschlechterung des Youngplans geführt habe. Als die Labourregierung ihren Anspruch auf Erhöhung der britischen Jahresquote um 48 Millionen Mark erhob, habe sich die deutsche Delegation »mit größtem Nachdruck dagegen gewehrt, daß die Befriedigung dieser Forderung auf Kosten Deutschlands erfolge«. Schließlich habe sie aber, um die Haager Konferenz »nicht an Punkten geringfügiger Bedeutung scheitern zu lassen«, doch Zugeständnisse machen müssen, »die gewiß die Möglichkeiten der Entlastung bis zum 1. April 1930 etwas herabsetzen«, auch habe sie diejenige Summe, die selbst im Fall des Moratoriums gezahlt werden muß, erhöhen lassen, wodurch jedoch unsere jährlichen Gesamtleistungen um keinen Pfennig vermehrt worden seien. Im übrigen aber, sagt Julius Curtius, unterscheidet sich der Youngplan »in keinem wesentlichen Punkte von den großen internationalen Schuldentilgungsabkommen, die andere Staaten unter sich geschlossen haben«. Im Haag sei also eine Herabsetzung der Summen, die Deutschland jährlich zu leisten haben wird, um  $\frac{1}{2}$  Milliarde und darüber erreicht worden, selbst wenn man die im Dawesplan vorgesehene Erhöhung durch den Wohlstandsindex noch so niedrig einschätzt. Zu diesem finanziellen Erfolg geselle sich der politische der vorzeitigen Räumung der besetzten Gebiete, der »endgültigen Erlösung des Rheinlands von fremder Besatzung«.

Um das Ergebnis vom Haag, dessen endgültige Form noch nicht feststeht sondern erst nach Abschluß der Beratungen der einzelnen Ausschüsse bestimmt werden wird, tobt jetzt ein heftiger innenpolitischer Streit, der starke Besorgnisse in Europa erregt, obwohl eine große Mehrheit im Parlament für den Youngplan vorhanden ist, und eine solche Mehrheit sich auch bei einer direkten Volksabstimmung zeigen würde. Angesichts der Unruhe Europas über die vermeintliche Stärke der auf einen Reparationskrieg hinzielenden Strömung in Deutschland, die am 22. Oktober in der französischen Kammer beim Sturz Briands drastisch zum Ausdruck gelangte, könnte es im Grunde gar nichts schaden, wäre sogar zur Sicherung des europäischen Friedens zu wünschen, daß die 4,2 Millionen Einzeichnungen, die notwendig sind, um das Volksbegehren der Rechtsparteien gegen den Youngplan zum Volksscheid zu bringen, erreicht werden würden. Die geheime Abstimmung beim Volksscheid würde offenbar machen, daß nur ein geringer Bruchteil der in Deutschland vorhandenen 41 Millionen Wahlberechtigten wirklich Gegner der Erfüllungs- und Verständigungspolitik ist.

Immer wieder muß aber betont werden, daß der Wert des Youngplans gar nicht in erster Linie in den Zahlungserleichterungen zu suchen ist, die er uns fürs erste bringt, sondern in dem Zwang zu einer Umkehr unserer Finanzwirtschaft, die er in sich schließt. Der Youngplan zerstört zunächst grausam die noch in vielen deutschen Köpfen steckende Illusion, daß Reich, Länder und Gemeinden sich durch die Inflation von allen Schulden freigemacht hätten und deshalb ruhig die aus der Personalinflation und Besoldungserhöhung stammenden Haushaltsdefizite durch Neuverschuldung decken

könnten. Sobald er Reichsgesetz geworden ist, muß diese Einbildung verschwinden, weil es der obern Bürokratie dann nicht mehr möglich ist dem deutschen Volk die Tatsache zu verschleiern, daß rigoros überall gespart werden muß, weil nämlich das Reich eine Schuld von über 50 000 Millionen Mark fortab zu verzinsen haben wird. Zu dieser gewaltigen Reichverschuldung von 50 Milliarden tritt die Verschuldung der Länder hinzu, die ungeachtet der großen Entschuldung durch die Inflation am 31. März 1928 schon wieder 1685 Millionen Mark betrug und heute wohl schon den Betrag von 2000 Millionen Mark erreicht haben wird. Bei der engen Verflechtung der Finanzen von Reich, Ländern und Gemeinden, die nach dem Krieg eingetreten ist, stellt aber auch die kommunale Verschuldung einen Teil der großen deutschen Gesamtschuld dar, deren Höhe die Fortsetzung der bisherigen Finanzwirtschaft schon aus dem Grund unmöglich macht, weil das Ausland gar nicht daran denkt Deutschland für öffentliche Zwecke weitere Kredite ohne ausreichende Pfänder in größerem Maßstab zur Verfügung zu stellen, solange seine Finanzwirtschaft so bleibt wie bisher. Das Ausland ist durch die fortgesetzten Warnungsrufe Parker Gilberts über die in Deutschland herrschende Defizitwirtschaft aufgeklärt worden und verschließt sich deutschen Anleihegesuchen oder gewährt solche nur unter überaus drückenden Bedingungen, wie Hilferdings Reichsanleihe beim Schwedentrust beweist.

Nichts wäre verhängnisvoller, als wenn sich jetzt in den Köpfen der Wahn festsetzte, daß die Zahlungserleichterung von  $\frac{1}{2}$  Milliarde, die uns der Youngplan bringt, ausreicht die deutsche Finanznot erheblich zu mildern. Gemessen an unseren, gegenüber der Vorkriegszeit ins Riesenhafte gesteigerten öffentlichen Ausgaben macht diese Erleichterung des Youngplans wirklich nicht viel aus. Wie die Dinge sich für die öffentlichen Ausgaben in Deutschland gestaltet haben, das hat uns in diesen Tagen Gustav Stolper in seiner Schrift Ein Finanzplan eindrucksvoll vor Augen geführt:

»Die öffentlichen Ausgaben Deutschlands (Reich, Länder und Gemeinden zusammengekommen) haben 1913  $7\frac{1}{4}$  Milliarden betragen. Bei einem angenommenen Volkseinkommen von 40 Milliarden waren das 18%. Man kann sie für 1929 getrost mit 18 Milliarden annehmen, das sind bei einem Volkseinkommen von 60 bis 65 Milliarden rund 30%. Zum öffentlichen Aufwand gehören aber natürlich auch die sozialen Lasten. Sie haben vor dem Krieg rund 1 Milliarde betragen, sie erfordern heute rund 5 Milliarden. Und will man die Reichweite der öffentlichen Hand, die Reichweite unmittelbaren politischen Einflusses auf die deutsche Gesamtwirtschaft ermessen, so muß man dazu noch alle Summen rechnen, die durch die öffentlichen Unternehmungen, Reichsbahn, Post, die zahllosen öffentlichen Versorgungsbetriebe und sonstigen öffentlichen Unternehmungen, fließen . . . Mit anderen Worten: Weit über 50% des heutigen deutschen Volkseinkommens sind in ihrer Verwendung unmittelbar politisch bestimmt.«

Man kann die Tatsache, daß durch Krieg, Revolution und Inflation sich Zustände entwickelt haben, die bewirken, daß die Hälfte des ganzen deutschen Sozialprodukts zunächst in öffentliche Kassen fließt, gar nicht stark genug unterstreichen. Gewiß könnte man einwenden, es wäre ja nur ein quantitativer Unterschied vorhanden. Wenn das Kaiserreich für öffentliche Zwecke (ohne Soziallasten) 18 % des Volkseinkommens an sich gezogen hätte, warum könne dann nicht die Republik, die Reparationen und Kriegsrenten in Fülle zu zahlen habe, 30 % des Volkseinkommens für öffentliche Zwecke und außerdem 8 % dieses Einkommens zur Deckung der Soziallasten an sich ziehen? Zu diesem Einwand sei bemerkt, daß der Unterschied so groß geworden ist, daß hier, um mit Hegel zu sprechen, die Quantität in die

Qualität umschlägt. Wenn die gewaltigen Bureaukratien von Reich, Ländern, Gemeinden und öffentlichen Betrieben in Form von Steuern und Gebühren weit über 50 % des heutigen deutschen Volkseinkommens an sich ziehen, so ist damit ein ganz neuer gesellschaftlicher Zustand geschaffen worden, neu für den Sozialwissenschaftler, neu aber auch für den Politiker, der sich klar darüber sein muß, daß das Gegenwärtige nicht einfach die Fortsetzung des Alten ist. An der für Theorie und Praxis fundamentalen Erkenntnis, daß weit über 50 % des heutigen deutschen Volkseinkommens in öffentliche Kassen fließt, kann nicht mehr gerüttelt werden. Was die Gegenleistung der Bureaukratien anlangt, die die Hälfte unseres Volkseinkommens in die öffentlichen Kassen ziehen, so ist das allerdings ein Kapitel für sich, das noch einer sehr gründlichen Durchleuchtung bedarf.

Auf dem demokratischen Parteitag in Halle gab Stolper der fundamentalen Erkenntnis, daß in Deutschland neben dem kapitalistischen System ein bürokratisches entstanden ist, das weit über die Hälfte des deutschen Sozialprodukts in seine Verfügungsgewalt bringt, noch eine neue, stärkere Formulierung. Der Wichtigkeit des Gegenstands wegen sei auch diese hier, nach dem Bericht der Vossischen Zeitung, wiedergegeben:

»Die öffentlichen Ausgaben Deutschlands betragen einschließlich der Soziallasten vor dem Krieg  $8\frac{1}{4}$  Milliarden. Sie betragen heute über 23 Milliarden. Rechnet man dazu, um die Reichweite der öffentlichen Hand zu ermessen, die Summen, die heute durch die Kassen der Reichsbahn, der Post, Straßenbahn, Gas-, Elektrizitäts-, Wasserwerke laufen, bedenkt man, daß die ganze Wohnbautätigkeit und der private Mietaufwand politisch bestimmt sind, so kommen wir zu dem Ergebnis, daß heute der politische Wille mehr als die Hälfte des Volkseinkommens kontrolliert. Damit wird die Höhe der öffentlichen Ausgaben zum entscheidenden Bestimmungsgrund des Reallohns der Massen. So ist die Finanzpolitik heute das Zentralproblem aller Wirtschaftspolitik geworden.«

Wenn Stolper in vorstehender Formulierung seiner unanfechtbaren These, daß weit über die Hälfte unseres Volkseinkommens in öffentliche Kassen fließt, davon spricht, daß heute der politische Wille mehr als die Hälfte des Volkseinkommens »kontrolliert«, so wird man dahinter allerdings ein Fragezeichen machen müssen. Wer die Undurchsichtigkeit der öffentlichen Haushalte in Deutschland kennt, wer weiß, wie wenig der »politische Wille« den Gang der öffentlichen Betriebe zu beeinflussen vermag, wird viel mehr geneigt sein von einem bürokratischen als von einem politischen Willen bei der Kontrolle des größeren Teils des Volkseinkommens zu sprechen. Wo war diese politische Kontrolle, als die Berliner Bureaukratie ihre Monopolverträge über Lieferungen im Wert von 40 Millionen Mark schloß? Die neue Gesellschaftsordnung, bei der weit über die Hälfte des deutschen Volkseinkommens in die Verfügungsgewalt der öffentlichen Bureaukratien gelangt, stellt an die politische Kontrolle Ansprüche, die zurzeit auf keinem Gebiet erfüllt werden können. Daher tritt uns fast überall die Erscheinung entgegen, daß von mehr als der Hälfte des deutschen Volkseinkommens, das die Bureaukraten an sich ziehen, viel zu wenig als Gegenleistung an die nicht im Beamtenverhältnis stehende Volksmasse zurückfließt. Dafür ein Beispiel: Die Pensionslast der Reichsbahn betrug 1927 rund 408 Millionen Mark, gegen 123 Millionen Mark im Jahr 1913. Die Mehrkosten werden von der Reichsbahnverwaltung im wesentlichen auf die Personalinflation nach dem Krieg und die Wartegeldlast des Personalabbaus zurückgeführt. Die Personalinflation, die die Reichsbahn heute sicher mit mehr als 300 Millionen Mark jährlich belastet, ist aber das selbtherrliche Werk der Reichsbahnbureaukratie.

Sie hat sich unbemerkt hinter dem Rücken der Parlamente vollzogen. Der Reichstag hat daran nicht mitgewirkt, ja nicht einmal Kenntnis davon gehabt. Daß in der kritischen Zeit nach dem militärischen Zusammenbruch Deutschlands es der Wunsch der Nationalversammlung gewesen sein mag möglichst viele Arbeitslose im Reichsbahnbetrieb unterzubringen, soll nicht bestritten werden. Niemals aber ist von parlamentarischer Seite verlangt worden Arbeitslose nach ihrer Einstellung in den Reichsbahnbetrieb gleich massenhaft ins Beamtenverhältnis überzuführen. Bei dieser Personalinflation sprach nicht der politische, sondern der bürokratische Wille sein Machtwort.

Daß in Deutschland nicht die Parlamente, sondern die Bürokratien den Gang der Dinge bestimmen, zeigt klar die Verwendung der Hauszinssteuer. Der politische Wille ging dahin den Ertrag der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau und etwaige Überschüsse zur Senkung der Realsteuern zu verwenden. Der bürokratische Wille war aber am Wohnungsbau nur wenig interessiert. Nach der Reichsstatistik zogen die Länderbürokratien durch die Hauszinssteuer im Jahr 1925 genau 1260,5 Millionen Mark an sich, aber nur 560 Millionen Mark wurden zur Förderung der Bautätigkeit freigegeben, der weitaus größere Teil (674,5 Millionen Mark) wurde von ihnen zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs verwendet, wozu die Länderparlamente zweifellos entgegen dem politischen Willen des Volks ihre Zustimmung erteilten. Eine Senkung der Realsteuern hat der bürokratische Wille gleichfalls überall erfolgreich hintertrieben. Seit 1925 scheinen sich die Verhältnisse bei der Verwendung der Hauszinssteuer noch verschlechtert zu haben. Wie heute die Dinge liegen, zeigte ein Artikel des Berliner Tageblatts über die Wohnungsnot in Berlin, in dem folgendes festgestellt wurde:

»Die Stadt braucht jährlich 180 bis 200 Millionen Hypotheken für Hauszinssteuerwohnungen. Dabei sind Hypotheken zu 10, 11 und 12 % oder Geld auf 25 Jahre für 7 bis 8 %, was allein noch auf längere Zeit tragbar erscheint, nirgends zu haben. Wenn es noch im Frühjahr möglich schien Gelder zu erträglichen Bedingungen aufzunehmen, so gilt das heute nicht mehr. Der Magistrat hat aus diesem Grunde mit den verschiedensten Bauinteressentengruppen Verhandlungen angeknüpft. Einzelne Verhandlungen scheinen zurzeit aussichtsreich, aber von einer sichergestellten Finanzierung, wenigstens des Zusatzbauprogramms, kann vorläufig noch nicht gesprochen werden. So erfreulich die Entwicklung der Neubautätigkeit immerhin ist, so wenig genügt sie doch dem Bedarf. Es ist bekannt, daß die fertiggestellten Wohnungen bisher noch nicht einmal dem jährlichen Zuzug von außerhalb genügt haben, daß also die Wohnungsnot immer noch steigt. Dazu kommt, daß es in Berlin auch heute noch 11 600 sogenannte Behelfswohnungen, das heißt Wohnungen in Schuppen oder Lauben gibt, von denen 4678 weder Wasserleitung noch Klosett aufweisen! Dabei gibt es eine große Zahl von Neubauwohnungen, die keinen Abnehmer finden, weil der Mietspreis für den größten Teil der Bevölkerung zu hoch ist. Außerdem stehen in größerem Umfang ältere Wohnungen leer, die von den Hausbesitzern in Geschäftsräume umgewandelt sind, um höhere Mieten herauszuschlagen.«

Nicht besser als in Berlin liegen die Dinge in den anderen Großstädten. Es wird wohl stimmen, wenn der Berliner Magistrat behauptet, daß, was Neubauten betrifft, »Berlin den Vergleich mit jeder anderen Stadt aushält«; womit gesagt wird, daß das Wohnungselend in den anderen Städten Deutschlands ebenso groß, vielleicht sogar noch größer ist als in Berlin. Die Rückwirkung dieser Zustände auf den deutschen Arbeitsmarkt läßt sich statistisch einwandfrei nachweisen. Die Statistik der Arbeitsnachweise ergibt, daß in diesem Jahr von Ende Juli bis Ende August die Anzahl der verfügbaren Arbeitssuchenden im Baugewerbe um 18 % auf 62 095 gestiegen ist, während in den gleichen Monaten des Vorjahrs eine Zunahme der verfügbaren Arbeit-



Auslandsabsatz von Pfandbriefen sozusagen auf dem Nullpunkt angelangt ist. Aber auch die Sozialversicherungen leisten als Geldgeber für die Bauwirtschaft zurzeit wenig, weil Reich und Länder deren Mittel zur Finanzierung ihrer Beamtenapparate an sich ziehen. Gleichzeitig versagen auch die Sparkassen bei der Finanzierung der Bauwirtschaft, weil die Kommunen die Spargelder zur Bezahlung der Beamtengehälter benötigen. Wie man während des Kriegs die Spareinlagen in Anleihen zur Finanzierung des Kriegs verwandelte, so legt man jetzt Stadtanleihen zur Finanzierung der Beamtenbesoldung in die Tresors der Sparkassen. Kein Wunder, daß die Bauwirtschaft vor geldleerem Kapitalmarkt steht, und der Zinssatz für erststellige Hypotheken von 10 % auf 11 und sogar 12 % (bei Privatgeld) gestiegen ist.

Kapitalmangel und hoher Zinsfuß legen aber nicht bloß die Bauwirtschaft still, sie zehren auch wie eine schleichende Krankheit an den Lebensenergieen der deutschen Landwirtschaft. Auf einer demokratischen Tagung in Ems sagte der preußische Handelsminister Walther Schreiber, daß eine Senkung des Zinsfußes um nur 1 % bei der gewaltigen Verschuldung der Landwirtschaft ungefähr ebensoviel bedeute wie die Erhöhung des Weizenzolls um 40 Mark die Tonne. Man mißachte ja die Landwirtschaft nicht, wozu der Städter zuweilen geneigt ist. Sie umfaßt mehr als  $\frac{1}{4}$  der Erwerbstätigen in Deutschland und nahezu  $\frac{1}{4}$  der deutschen Bevölkerung überhaupt. Von größter Bedeutung für die Arbeiterklasse ist insbesondere der industrielle Absatz an die Landwirtschaft. Sie ist der Hauptkunde der Stickstoff-, Kali- und Phosphorindustrie, von deren Erzeugnissen sie 63 % aufnimmt. Sie nimmt ferner der Werkzeugindustrie 16 %, der Maschinenindustrie 12 %, der Bekleidungsindustrie 15 %, der Möbelindustrie 7 % ihrer gesamten Erzeugnisse ab. Je weiter wir in Deutschland nach dem Osten und Norden vordringen, um so mehr treten aber auch für die Arbeiterklasse Land- und Forstwirtschaft als unmittelbare Erwerbsquellen in den Vordergrund. Es gibt weite Gebiete an der Nord- und Ostsee, an der Elbe, an der Oder und am Pregel, wo von je 5 Arbeitern 3 nur Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft finden können. Die Verwandlung lebensunfähiger Großgüter in bäuerliche Betriebe wäre heute ohne staatlichen Zwang möglich, weil viele aus der Feudalzeit stammende Rittergüter zur Zwangsversteigerung gelangen. Sie scheitert aber an der Kapitalarmut und an dem hohen Zinsfuß in Deutschland. Um aus einem Rittergut von 250 Hektar 10 Bauerngüter zu machen, ist  $\frac{1}{4}$  Million notwendig. Jeder mittlere Bauernhof braucht 25 000 Mark zur Errichtung des Wohngebäudes, der Stallungen und Scheunen, zur Anschaffung des lebenden und toten Inventars. Milliarden Goldmark wären notwendig, um im Osten und Norden Deutschlands im großen Maßstab Bauernland zu schaffen, und zwar Milliarden, die zu 4, höchstens 5 % Zins zu erlangen sein müßten. Bei dem gegenwärtigen Zinsfuß von 11 % für Hypothekar- und 15 % für Personalkredit ist die Errichtung neuer Höfe dort unmöglich.

Die Produktionskraft der deutschen Landwirtschaft bildet die physische Basis unserer Existenz. 85 % des Nahrungsbedarfs der deutschen Bevölkerung werden von der deutschen Landwirtschaft geliefert. Nur 15 % stammen aus der Einfuhr. Aber diese 15 % kosten uns jährlich 3 Milliarden Mark. Ginge die Produktionskraft der deutschen Landwirtschaft langsam durch Verwandlung von Ackerland in wilde Weide und Wald um 15 % zurück, so würden wir uns durch forcierte Ausfuhr 3 Milliarden Goldmark mehr zum Ankauf ausländischer Lebensmittel beschaffen müssen. Ob eine solche Ausfuhrsteigerung

auf die Dauer überhaupt möglich wäre, ist zu bezweifeln. Wer es mit der Arbeiterklasse gut meint, muß daher bestrebt sein die Produktionskraft der deutschen Landwirtschaft zu erhalten und zu vergrößern. So wie die Dinge liegen, bedeutet jedes Anwachsen der Produktionskraft der deutschen Landwirtschaft eine Entlastung, jede Abnahme aber eine Belastung des Arbeitsmarkts. Ein Aufstieg der Lebenshaltung des deutschen Volks hat das Wachstum der produktiven Kräfte der Landwirtschaft zur Voraussetzung.

Kein Zweifel: Die Lage der Landwirtschaft im Norden und Osten wird ernst. Diejenigen, die Großgüter zu billigen Hektarpreisen erwerben, geben die intensive, das heißt viele Lohnarbeiter benötigende Betriebsweise auf und verwandeln Ackerland in Schafweide oder in Wald. Die freigesetzten Landarbeiter, denen in der Heimat durch diesen wirtschaftlichen Prozeß jede Existenzmöglichkeit genommen wird, strömen die Weser, die Elbe, die Oder hinauf nach den Industriegebieten Süd- und Mitteldeutschlands, wo sie das Arbeitsangebot vermehren. Dieser Vorgang macht die Agrarkrise zu einem wichtigen Bestandteil der deutschen Arbeiterfrage. Wie weit die Verwandlung von Ackerland in Weide bereits gediehen ist, ist jüngst in der amtlichen Zeitschrift *Wirtschaft und Statistik* wie folgt geschildert worden:

»Innerhalb der landwirtschaftlichen Nutzfläche zeigt sich als bedeutsamste Veränderung eine Vergrößerung der Wiesen und Viehweiden (um zusammen 460 000 Hektar = 6 %), die zum Teil auf Kosten des Ackerlandes erfolgt ist, das gegenüber der Vorkriegszeit eine Verringerung um 905 000 Hektar = 4,2 % aufweist. In dieser Verkleinerung der Ackerflächen kommt... die in neuerer Zeit sich anbahnende Umwandlung von Ackerland in Grünland zum Ausdruck, die namentlich auf denjenigen Ackerländereien vor sich geht, auf denen sich ein Getreideanbau als nicht lohnend erweist. Daraus erklärt sich auch die Verringerung der Getreideflächen, die bei den Hauptgetreidearten im Vergleich zu den Verhältnissen der Vorkriegszeit bereits über 1 Million Hektar = 8,6 % beträgt. Ein Rückgang gegenüber der Vorkriegszeit in nennenswertem Maße zeigt sich weiterhin nur noch im Anbau von Handelsgewächsen (um 30,4 %). Am stärksten ist der Rückgang im einzelnen bei Raps und Rübsen (um 48 %) und bei Hopfen (um 31 %). Sehr stark zurückgegangen ist außerdem ganz allgemein die Brache (um 24,5 %).«

Die Vergrößerung der Wiesen und Viehweiden auf Kosten des Ackerlands verdient die stärkste Beachtung. Sie stellt kein Fortschreiten sondern ein Abgleiten der deutschen Landwirtschaft zu geringerer Produktivität dar. Das selbe gilt auch von dem Rückgang beim Anbau von Handelsgewächsen, der zu den arbeitsintensivsten Zweigen der Landwirtschaft gehört.

Agrarkrise, Hypothekenkrise, Börsenderoute sind ernste Mahnungen zur Umkehr. Diese ist nicht nur unvermeidlich geworden, sie muß auch schnell und radikal vollzogen werden, wenn Deutschland vor tiefem Fall bewahrt werden soll.

## WALTHER PAHL · DIE ÖKONOMISCHEN UND POLITISCH-MORALISCHEN LEHREN DER SKLA-REKAFFÄRE

**W**IR stehen vor den Kommunalwahlen. Nirgendwo hat sich die Sozialdemokratische Partei besser in sachlich aufbauender Arbeit bewährt als in den Zellen des Staats, den Selbstverwaltungskörpern. Die Selbstverwaltungskörper stehen der Exekutive viel näher als ein Landes- oder Reichsparlament, ihre Arbeit hat für die Bevölkerung direkt sichtbare Auswirkungen. Deshalb bedeutete hier die

Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts mehr als eine politische Machtverschiebung. Die Demokratisierung der Selbstverwaltungskörper und damit der Einzug der Vertreter der Arbeiterklasse in die kommunalen Parlamente hat das Gewicht der kommunalen Arbeit außerordentlich stark nach der sozialen Seite hin verlagert. Es ist der sozialdemokratischen Mitarbeit in den Selbstverwaltungskörpern an allererster Stelle zu danken, wenn die sozialen Leistungen der Kommunen heute einen so großen Umfang angenommen haben. Die Partei hat durch diese Leistungen mehr als durch alle anderen ihre Werbungskraft unter den Massen verstärken können. Die Selbstverwaltungskörper sind an die Linderung von Nöten des täglichen Lebens herangegangen und haben dadurch das Schicksal des einzelnen in der Masse unmittelbar erleichtert. Unsere politischen Gegner fürchten mit Recht, daß das weitere Eindringen der Sozialdemokratie in die kommunalen Parlamente das Vertrauen zu ihrer gesamtpolitischen Arbeit im Reich stärken muß. Deshalb suchen sie die Positionen der Sozialdemokratischen Partei gerade in den Selbstverwaltungskörpern zu erschüttern.

Die Erweiterung des sozialen Leistungskreises der Selbstverwaltungskörper war nur möglich durch den Ausbau der kommunalen Versorgungswirtschaft, an dem die Sozialdemokratie in erster Linie beteiligt war. Die Funktion der Befriedigung von Massenbedürfnissen ist in zunehmendem Maß auf die kommunalen Wirtschaftsbetriebe übergegangen. Der Förderung und der Ausdehnung der öffentlichen, insbesondere kommunalen Wirtschaft kommt im Rahmen der ökonomisch-politischen Ziele der Sozialdemokratie eine hervorragende Bedeutung zu. Die kommunalen Betriebe haben im ganzen mustergültige Arbeit geleistet. Das Privatkapital will nun eine weitere Ausdehnung der öffentlichen Wirtschaft verhindern und die Kommunen aus den wirtschaftlichen Positionen, die sie heute innehaben, verdrängen. Man spürt sehr wohl, daß die Erfolge der sozialdemokratischen Arbeit in den Selbstverwaltungskörpern nicht zuletzt auf den Ausbau der kommunalen Wirtschaft zurückzuführen sind. Dafür, daß es durch die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts unmöglich geworden ist sich als Herrn im Haus aufzuspielen, will man sich entschädigen, indem man den Kommunen die wirtschaftlichen Betriebe zu entreißen sucht. Vor dem Krieg ist die Berechtigung und die Notwendigkeit kommunaler Versorgungswirtschaft niemals in dem Maß bezweifelt worden wie heute. Bei der unbefriedigenden Lage der Gesamtwirtschaft ist einem die öffentliche Wirtschaft als Prügelknabe willkommen, an dem man seine Verstimmung auslassen kann. Aber bisher ist es nirgends gelungen den Kampf gegen die öffentliche Wirtschaft mit durchschlagenden Gründen sachlich zu motivieren. Die Massen sind für das immer wieder gebrauchte Argument "Die öffentliche Körperschaft soll über der Wirtschaft stehen, nicht in ihr" unzugänglich geblieben. Vielmehr scheint ihnen heute, da die Selbstverwaltung den Bedürfnissen des täglichen Lebens viel näher steht als vor dem Krieg, nichts selbstverständlicher, als daß die Kommunen neben ihren Hoheitsaufgaben auch wirtschaftliche Aufgaben im Interesse der Befriedigung von Massenbedürfnissen erfüllen.

Die bürgerlichen Parteien sind sich bewußt, daß die Erschütterung der kommunalen Wirtschaft am ehesten erfolgen kann, wenn sie die kommunalen Parlamente für sich erobern. Sie benutzen deshalb jetzt den kommunalen Wahlkampf zu einem Generalangriff gegen die kommunale Versorgungswirtschaft. Da es mit der geschliffenen Waffe der Sachlichkeit nicht gelingt,

ist auch das Mittel eines "Sinowjewbriefs" recht. So ist man jetzt bemüht aus der Sklarekaffäre politisches Kapital zu schlagen. Man hat diesen Skandal auf politisches Gebiet verschoben, um die Machtstellung der Sozialdemokratie in den Gemeindevertretungen zu erschüttern. Das kommt klar in den Anträgen der Wirtschaftspartei im Berliner Stadtparlament zum Ausdruck, die die Beschaffung des Textilwarenbedarfs der Kommunen im freien Handel und die Auflösung der kommunalen Anschaffungsgesellschaft fordern.

Wir haben allen Grund in der Beurteilung der Sklarekaffäre und insbesondere in der Verurteilung von Menschen, die in diese Affäre verstrickt sind, Zurückhaltung zu üben, solange das Ergebnis der amtlichen Untersuchungen noch nicht vorliegt. Es steht fest, und das ist hier für uns von besonderem Interesse, daß diese Korruptionsaffäre aus der Zone herausgewachsen ist, in der sich öffentliche Wirtschaft und private Wirtschaft berühren. Es ist nicht zu umgehen, daß die öffentliche Verwaltung, sobald sie wirtschaftliche Aufgaben übernimmt, in diese Zone hineingerät. Die öffentliche Wirtschaft ist eine Insel im Raum des noch durchaus geltenden und wirkenden privatkapitalistischen Wirtschaftssystems. Von selbst ergeben sich daraus für sie Berührungs- oder Reibungsflächen mit diesem System. Mögen die Prinzipien, nach denen die öffentliche und die private Wirtschaft arbeiten, in ihrem innersten Kern grundverschieden sein, die Sicherung ihrer Lebensfähigkeit im Rahmen des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems zwingt die Öffentliche Hand in der praktischen Arbeit des Tages mit der Privatwirtschaft des öfters zusammenzugehen und zusammenzuhandeln. Daß in solchen Fällen Gefahr im Verzug ist, lehrt der Sklarekfall. Es ist billig daraus die Folgerung zu ziehen: Also müssen die Berührungsflächen zwischen privater und öffentlicher Wirtschaft ausgeschaltet werden. Gewiß wäre es eine ideale Situation, wenn die öffentlichen Gemeinwesen, die, sobald sie Wirtschaftsaufgaben übernehmen, diese notwendig mit Mitteln lösen müssen, die denen der privaten Wirtschaft entgegengesetzt sind, schon so viele Wirtschaftskräfte in eigenen Händen hätten, daß sie auf die Hilfe der privaten Wirtschaft verzichten könnten. Jedoch kann heute davon noch gar keine Rede sein. Um so dringlicher erwächst uns die Aufgabe in solcher Zwangslage Mißbräuchen gegenüber wachsamer denn je zu bleiben.

**B**INEN Angriff auf die öffentliche Wirtschaft können wir am ehesten abschlagen, wenn wir durch sachliche Aufbauarbeit in unseren öffentlichen Unternehmungen beweisen, daß diese Betriebe mustergültige Leistungen zu erzielen vermögen. Schon heute ist es sicher, daß die öffentliche Wirtschaft, im ganzen gesehen, erfolgreich arbeitet. Jeder stichfesten Begründung entbehren die Behauptungen von der Unwirtschaftlichkeit der öffentlichen Betriebe. Dennoch: Wir müssen uns bewußt sein, daß im Rahmen der öffentlichen Wirtschaft noch viele Fehler- und Verlustquellen vorhanden sind. Die kommunale Versorgungswirtschaft muß sich der vollkommensten und modernsten Mittel in der Wirtschaftsführung bedienen. In der Organisation der Gemeindebetriebe muß die Entbureaukratisierung mit allen Mitteln durchgeführt werden. Es geht nicht an wirtschaftliche Aufgaben mit den organisatorischen Normen der Polizeiverwaltung zu lösen. Die tatsächliche Entwicklung hat gezeigt, daß die Ver selbständigung der Betriebe im Rahmen der kommunalen Verwaltung, sei es in der Form der Betriebsgesellschaft mit rein städtischem Kapital, sei es in

der Form der selbständigen Regie, meist ein schnelleres, sicheres und wirtschaftlich richtigeres Handeln ermöglicht. Die ganze Organisationsfrage, das muß endlich deutlich erkannt werden, ist keine Prinzipienfrage über Regiebetrieb oder nicht sondern eine rein ökonomische Zweckmäßigsfrage. Die Wahl der Organisationsform ist mit Rücksicht auf die Art, den Umfang und den Aufgabenkreis einer bestimmten öffentlichen Unternehmung zu treffen. Mehr denn je ist es um des Vertrauens der Bevölkerung zu der kommunalen Versorgungswirtschaft willen notwendig, daß die Städte nicht durch eine Preispolitik, die hart die Grenze des Wucherischen streift, den gemeinnützigen Charakter ihrer Betriebe verwischen. Die Gemeinden stehen hier allerdings unter dem Diktat des Finanzausgleichs. Der grenzenlose Drang nach Überschüssen hat heute in einer großen Reihe von öffentlichen Betrieben dazu geführt, daß sie in den sie berührenden Fragen zu Interessenten herabsinken und ihren Interessentenstandpunkt nicht anders als Privatunternehmen zu behaupten suchen. Ich möchte hier das vielsagende Beispiel der staatseigenen Preußischen Bergwerks- und Hüttengesellschaft anführen. Einer der Hauptgesichtspunkte einer öffentlichen Betätigung in der Kohlen- und Kaliwirtschaft kann offenbar nur darin liegen, daß die besonderen Einwirkungsmöglichkeiten, die sich aus der Produzentenstellung des Staats ergeben, in Übereinstimmung mit der großen Linie der staatlichen Wirtschaftspolitik ausgenutzt werden. Der genannten Gesellschaft sollte eigentlich in erster Linie die Aufgabe zufallen Überspannungen des Monopolgedankens in der Kohlen- und Kaliwirtschaft zu verhindern und dadurch die wirtschaftspolitischen Aufgaben des Staats auf Grund der Kohlen- und Kaliwirtschaftsgesetze zu unterstützen. Wir beobachten aber bei ihr die genau entgegengesetzte Haltung. Dieses Unternehmen schließt sich nämlich schlechthin den privaten Kohlen- und den privaten Kaliinteressenten an, handele es sich dabei um das polnische Kohlenkontingent oder um die Frage einer Kalipreiserhöhung. Es sekundiert nicht der Wirtschaftspolitik des preußischen Staats sondern ignoriert diese Wirtschaftspolitik, obwohl es ein staatseigener Betrieb ist. Und das deshalb, weil man um jeden Preis Überschüsse erzielen will. Ein sehr gefährliches Unterfangen. Der Charakter des öffentlichen Betriebs geht dann weitgehend verloren. Ähnliches gilt für viele werbenden Betriebe der Kommunen. Auch hier ist vor einer Politik der Überschüsse um jeden Preis zu warnen. Das Selbstkostenprinzip muß sich auch bei den werbenden Betrieben der Kommunen wieder stärker durchsetzen. Ich halte es für eine große Gefahr die Überschüsse von Jahr zu Jahr zu steigern, so daß die Betriebe unter der Belastung beinahe zusammenbrechen. Es ist ein unhaltbarer Zustand in den Preisen für die Kilowattstunde Elektrizität oder den Kubikmeter Gas eine 10- bis 20prozentige indirekte Steuer einzukalkulieren. Gibt es doch Städte, die 60 Pfennig und mehr für die Kilowattstunde verlangen.

Mehr als bisher müssen in der kommunalen Versorgungswirtschaft alle technischen und organisatorischen Möglichkeiten zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit ausgenutzt werden. Eine planmäßige interkommunale wirtschaftliche Zusammenarbeit wird heute noch immer durch den unter den deutschen Kommunen grassierenden Kantönligeist verhindert. Der Bestand der kommunalen Versorgungswirtschaft wird nur gewahrt werden können, wenn die Kommunen sich entschließen mehr als bisher ihre Wirtschaftsprobleme durch Kooperation zu lösen. Sie schädigen das Ansehen ihrer wirtschaftlichen Arbeit nicht nur, sie drängen sich selbst aus ihren ökonomischen

Positionen wieder heraus, wenn sie ihr spärliches Kapital zersplittern. Es ist eine Verschwendung kommunalen Kapitals, wenn etwa die eine Stadt neben dem Schlachthaus der andern Stadt direkt an der Stadtgrenze einen eigenen Schlachthof errichtet. Es ist ein Unding um der Selbständigkeit willen den wirtschaftlichen Vorteil auszuschlagen, der aus einer interkommunalen Zusammenarbeit in der öffentlichen Elektrizitäts- und Gaswirtschaft usw. erwächst. Wir müssen in Zukunft mehr denn je daran arbeiten, daß an die Stelle der heutigen Zersplitterung die planmäßige Zusammenarbeit der öffentlichen Unternehmungen tritt. Nur so kann die öffentliche Wirtschaft ihre vornehmste Aufgabe erfüllen: die Bevölkerung vor der Ausbeutung durch neue große Privatmonopole zu schützen.

Vor allem ist es aber für die Sicherung des Bestands der kommunalen Wirtschaft notwendig, daß die Ursachen beseitigt werden, die Mißbräuche in der kommunalen Wirtschaft, wie sie die Sklarekaffäre aufgedeckt hat, überhaupt möglich machen. Es genügt nicht die Verfehlungen selber streng zu verwerfen. Wir müssen ihren Ursprüngen nachgehen und rücksichtslos ihre Beseitigung fordern. Wir verzichten darauf die Angriffe, die in diesem Augenblick gegen die öffentliche Wirtschaft geführt werden, weil in ihr an einer Stelle Mißstände zutage getreten sind, dadurch abzuwehren, daß wir die privatkapitalistischen Gegner auf ihre eigenen Fehler verweisen, deren Folgen oft genug den Gemeinden gewaltige Lasten aufbürden. Wir haben nicht die Absicht Schlimmes zu verhelen, vielmehr sind wir auf das stärkste daran interessiert die Demoralisierungserscheinungen, die in der Wirtschaft nur allzu häufig auftreten, wenigstens von der öffentlichen Wirtschaft fernzuhalten. Deshalb fordern wir von den Städten, daß sie ihre Betriebe zu einer Publizität im weitesten Umfang verpflichten. In dieser Beziehung erfüllen die öffentlichen Betriebe ihre Pflichten noch außerordentlich unzulänglich. Sie schaffen so selbst eine Atmosphäre des Mißtrauens, die die Beurteilung ihrer wirtschaftlichen Arbeit beeinträchtigen muß. Viel mehr als für die privaten Betriebe sollte es sich für die öffentlichen von selbst verstehen, daß sie der Öffentlichkeit, mit deren Pfund zu wuchern ihnen doch aufgegeben ist, ihre Leistungen voll erkennbar machen. Der Mangel eines öffentlichen Verantwortungsbewußtseins, den wir zu beklagen haben, kann nur beseitigt werden, wenn die Mandatare der Öffentlichkeit unter ihrer vollsten Kontrolle arbeiten. Die falsche Scheu, die man in dieser Beziehung heute in der öffentlichen Verwaltung und Wirtschaft hat, läßt Verdacht schöpfen.

Es ist schon oben geäußert worden, daß die Organisation der öffentlichen Betriebe mit aller Energie zu entbureaukratisieren ist. Diese Entbureaukratisierung darf sich aber nicht, wie das heute nur allzu häufig der Fall ist, dahin auswirken, daß der Betrieb sich der Kontrolle seiner Geschäftsführung durch die öffentliche Körperschaft entzieht. Die durch die private Rechtsform ermöglichte Unabhängigkeit des öffentlichen Unternehmens von der unmittelbaren Aufsicht durch die öffentliche Körperschaft darf nicht dazu führen, daß das Unternehmen den Kontakt mit dem wichtigsten Organ der öffentlichen Körperschaft, der Stadtverordnetenversammlung, verliert. Vom sozialistischen Standpunkt müssen die öffentlichen Betriebe in einer Form geführt werden, die ihnen kaufmännische Beweglichkeit und Freiheit ermöglicht und ihre unmittelbare Kontrolle durch die öffentliche Körperschaft verbürgt. Die heute angewandten Organisationsformen des privaten Rechts

geben den Unternehmungen zwar kaufmännische Freiheit, sie bringen aber die Gefahr mit sich, daß ihre enge Verbindung mit der Körperschaft verlorengeht. Deshalb haben wir allen Grund die Möglichkeiten zu prüfen, die für die Einführung einer neuen Rechtsform in der öffentlichen Wirtschaft, einer "öffentlichrechtlichen Gesellschaft", gegeben sind. Das sollte uns Sozialisten eine der wichtigsten Lehren der Sklarekaffäre sein. Das Wirtschaftsprinzip der öffentlichen Wirtschaft ist dem der privaten Wirtschaft entgegengesetzt. Deshalb reichen für die Organisation der öffentlichen Wirtschaft auch die Formen des privaten Handelsrechts nicht mehr aus.



ISHER wurden hier die ökonomisch-politischen Lehren des Sklarekandals besprochen. Es kann aber kein Zweifel sein, daß aus diesem Fall auch politisch-moralische Lehren gezogen werden müssen. Der Sklarekandal ist nur möglich geworden, weil es uns heute an öffentlichem Verantwortungsbewußtsein mangelt. Kraß gesagt: Das Verbrechen des Betrugs einer öffentlichen Kasse wird oft noch milder beurteilt als der Betrug einer privaten Kasse. Der Hauptmann von Köpenick geht immer noch um. Stadtverordnete mißbrauchen ihr öffentliches Mandat, indem sie als "Privatpersonen" mit der Stadt geschäftliche Beziehungen anknüpfen. Daraus muß sich eine unsaubere Verquickung von privaten und öffentlichen Interessen ergeben. Diesen Gefahren kann nur dadurch vorgebeugt werden, daß die politischen Parteien dem rücksichtslos das Mandat entziehen, der auch nur Versuche in dieser Richtung unternimmt. Die Privatperson, die in geschäftlichen Beziehungen zur öffentlichen Körperschaft steht, darf keinesfalls für die Stadtverordnetenwahlen kandidieren.

Das ist eine Frage, die nicht nur die bürgerlichen Parteien angeht. Es gibt auch viele Nichts-als-Interessenten, die die Mitgliedschaft in unserer Partei erwerben, weil sie sich davon eine Verbesserung ihrer Profitchancen versprechen. Der Fall Sklarek zeigt, daß private Geschäftsleute sich in dieser Hinsicht nicht immer zu irren brauchen. Die Affäre geht uns als Sozialdemokratische Partei nicht zuletzt deswegen an, weil sie gezeigt hat, daß das Gewebe, das hier aufgedeckt worden ist, auch von Männern geknüpft wurde, die sich als Mitglieder unserer Partei ausweisen konnten. Georg Decker schrieb am 11. Oktober im Vorwärts mit Recht: »Die Meldung, daß die Sklareks aus der Partei ausgeschlossen sind, war für viele Parteigenossen eine sehr peinliche Überraschung, natürlich nicht deswegen, weil sie jetzt ausgeschlossen sind, sondern weil sie Mitglieder der Partei waren.« Schwerer noch meines Erachtens wiegt der Fall des Bürgermeisters Schneider. Dieser Mann, gegen den die Sozialdemokratische Partei nun auch den Trennungstrich gezogen hat, ist der Ehre teilhaftig geworden eine Kommandohöhe des öffentlichen Dienstes einzunehmen. Wir pflegen zu sagen: Das Vertrauen seiner Parteigenossen hat ihn auf diesen verantwortungsvollen Posten berufen. Es ist möglich, daß er bei seiner Berufung von diesem Vertrauen getragen war. Ist das sicher? Ich glaube, daß wir den Fall zum Anlaß nehmen müssen uns zu überlegen, ob die Auswahl der Funktionäre, die die Partei dem öffentlichen Dienst zu stellen hat, immer auf eine Weise erfolgt, die der Wählermasse das Gefühl gibt, daß der Gewählte von ihrem Vertrauen getragen ist. Auf der andern Seite ist zu fragen, ob der Wahlmodus im Parteikörper auch dem Gewählten verbürgt, daß er das Vertrauen der Parteimassen hat. Ist die Masse der Parteimitglieder nicht hier und da in der

Freiheit ihrer Willensbildung behindert? Die Funktionsfähigkeit eines Parteikörpers hängt in entscheidendem Maß davon ab, ob der Willensbildung in ihm freie Bahn und günstigste Voraussetzungen gegeben werden. Unser Parteigebilde ist aber in dieser Beziehung an manchen Stellen erstarrt. Es hat keinen Zweck sich diese Tatsache selber zu verschleiern. Wir müssen vielmehr nach ihren Ursachen fragen und sehen, wie sie zu beseitigen sind.

Man übertreibt ohne Zweifel, aber man verdeutlicht, wenn man sagt, daß die unmittelbare Verbindung zwischen Wähler und Gewähltem in der Partei dadurch zerrissen wird, daß aus dem Kreis der wahlberechtigten Parteimitglieder ein engeres Gremium nach dem andern herausgewählt wird, bis eine kleine Gruppe übrigbleibt, die "im Auftrag" der Masse die Bestimmung des Mannes ihrer Wahl "übernimmt". Der bestimmten Empfehlung des engeren Gremiums wagt der einzelne in der Masse meist gar nicht zu widersprechen. Die Fälle sind jedenfalls nicht selten, in denen der Raum für eine wahrhaft demokratische Willensbildung in der Partei allzu eng geworden ist. Wenn der Wähler sich bei einem "Die da oben müssen es ja wissen, wer der beste ist" beruhigt, so ist das ein Zeichen dafür, daß er von der Partei noch nicht zu wirklichem Verantwortungsbewußtsein erzogen worden ist. Die Parteimitglieder werden sich um so mehr, um so intensiver der sozialistischen Sache verpflichtet fühlen, wenn der Raum erweitert wird, in dem sie zu unmittelbar entscheidender Willensäußerung berufen sind. Heute wird es nicht selten dem einzelnen Parteimitglied schwer sich zu versichern: Du hast ihn gewählt! Er fragt sich oft genug: Ist das der Mann, dem ich mein Vertrauen geschenkt habe? Solche Fragen, solche Zweifel sind heute da. Die Partei hat die ernste Pflicht sie zu beschwichtigen. Es darf gar nicht möglich sein, daß ein Parteigenosse von einem andern äußern kann: Er hat sich einen Posten verschafft. Es mangelt notwendig bei den Mitgliedern der Partei an dem Bewußtsein, daß der in den öffentlichen Dienst berufene Genosse mit höherer Verantwortung, mit einer schwerern Aufgabe im Dienst der sozialistischen Bewegung belastet ist. Diese Zustände können geändert werden, wenn die Partei sich entschließt der Mitgliedermasse größere Freiheiten in der direkten Bestimmung des Mannes ihres Vertrauens einzuräumen. Das schließt die Möglichkeit einer wirklichen Führung der Partei und ihrer Politik nicht aus. So notwendig der Raum zur Willensbildung für die Massen erweitert werden muß, in dem lebendigen Prozeß der Verwirklichung der unserer Partei gesetzten Aufgaben muß den führenden Persönlichkeiten ein genügendes Maß eigener Verantwortung gelassen werden. Beides bedingt einander.

Mag ich hier die Lage zu schwarz geschildert haben. Es kann aber durchaus kein Zweifel daran sein, daß Genossen, die einmal durch das Vertrauen ihrer Parteifreunde in vordere Stellen berufen wurden, in der Lage gewesen sind sich der direkten und unmittelbaren Kontrolle ihrer Wähler allmählich zu entziehen. Das zeigt der Fall Schneider.

Es ist Gefahr im Verzug. Hier und da verlieren die Genossen, die im öffentlichen Dienst stehen, den Kontakt mit den Parteimitgliedern. Junge Genossen sind manchmal ganz erstaunt, wenn sie mit Parteigenossen in engere Berührung kommen, die, vor wenigen Jahren noch im Betrieb, heute höhere Ämter bekleiden. Sie stellen mitunter merkwürdige Wandlungen an diesen Genossen fest. In ihrer Lebensart bemühen sie oder ihre Angehörigen sich den Kurfürstendamm nachzuahmen, sie werden seltene Gäste im Gewerkschaftshaus.



Ausbeutung? Ich glaube durch meine nun 16 Jahre dauernde Mitarbeit an den Sozialistischen Monatsheften über Fragen der Außenkolonisation vor der Vermutung geschützt zu sein, daß ich unbedingt bereit bin in kolonialen Angelegenheiten das nicht gerade sehr geistvolle Lied von der Gemeinheit der Weißen und der Engelhaftigkeit der Andersfarbigen mit anzustimmen. Ich habe vielmehr hier oft zu zeigen versucht, daß die kolonisatorische Betätigung der Europäer in Übersee eine Macht ist, die aus der Geschichte, aus der Lebenshaltung der europäischen Massen, aber auch aus der Entwicklung der farbigen Völker nicht mehr hinwegzudenken ist. Wie diese Macht, so hat auch in den beiden Jahrtausenden vorher die kolonisatorische Bewegung Vorderasiens nach Südeuropa und Südeuropas nach Nord- und Osteuropa materielle und moralische Kräfte zu entfalten vermocht, die beim Aufstieg zum Menschentum nie und nirgends entbehrt werden können. Und noch mehr: Die Entwicklung der moralischen und materiellen Kräfte in Wirtschaft und Gesellschaft, die hier vorliegt, ist sicherlich eher nach europäischen als etwa nach afrikanischen oder indischen Vorstellungen idealer Natur. Es hat gar keinen Zweck zu bestreiten, daß hier grundlegende Verschiedenheiten der Gesinnung vorliegen. Die Europäisierung der Welt entspricht bestenfalls europäischen Vorstellungen dessen, was wahr, gut und schön ist<sup>1</sup>. Einst seufzten und sangen Kulturelegiker: »Schöne Welt, wo bist du? Kehre wieder, holdes Blütenalter der Natur!« Ihnen schien es auch ein lohnender Gegenstand den Untergang der animistischen Belebtheit der afrikanischen Welt zu beklagen und zu verfluchen. Betätigt man sich aber nicht bloß auf dem wehrlosen Druckpapier jener "radikalen" Zeitschriften, deren Mitarbeiter immer links von sich selber stehen, bis sie plötzlich in den Armen eines Diktators erwachen, so kann man doch als Europäer nicht umhin die europäischen Wirtschaftsideale für besser als die afrikanischen zu halten, und man wird dann danach streben sie alle Völker zu lehren.

Es ist Kenntnislosigkeit oder Heuchelei den Urstand der Natur in Mittelafrika und bei den Kopffägern Neuguineas seligzupreisen. Ebenso ist es aber auch Unkenntnis oder Heuchelei, wenn man verschweigt oder bestreitet, daß die Geschichte der Kolonisation zu allen Zeiten und auch heute noch mit Blut geschrieben und mit Tränen getränkt ist. Die Gesellschaft des europäisch-amerikanischen Kapitalismus ist sehr leicht bereit mit Sprengstoffen, Eisen und Giftgasen zu wüten; es müßte eine merkwürdige Welt sein, in der dies nur gilt, solange die Kämpfe in Europa ausgetragen werden, in der aber, wenn die Meere überschritten werden, alle Menschen in denen, die ihnen ausgeliefert sind, nur noch Brüder sehen und sie danach behandeln. Die Geschichte der Kolonisation der Gebiete westlich von Coruña, südlich von Malta, östlich von Port Said, durch die Völker der europäischen und neuerdings auch der nordamerikanischen Industriegesellschaft ist und bleibt eine Geschichte der Eroberung. Freilich lassen wir uns durch diesen Hinweis nicht ohne weiteres davon überzeugen, daß nun diese Kolonisation auf schnellstem Weg abzuschaffen sei. Wir ziehen ja aus der uns ebenfalls tausendfältig fühlbaren und nur zu gut bekannten Tatsache, daß in sich diese europäische Gesellschaft nach dem System der Ausbeutung eingerichtet ist, auch nicht die Folgerung, daß

1) Allerdings muß man sich hüten von jedem Befürworter der Kolonisationsarbeit zu glauben, daß er vorzugsweise ideale Forderungen präsentiert; wer sich davon überzeugen will, der lese etwa *Rohrbachs Monographie Die Kolonie* /Frankfurt 1908/, die zwar Buber in seine Sammlung *Die Gesellschaft* aufnahm, die aber trotzdem ein Dokument weißen Rassedünkels und europäischer Sklavenhalterphilosophie darstellt.

diese nun sofort umzustürzen, und die ausbeutungslose Gesellschaft herbeizuführen sei; weil nämlich mit dem bloßen Umsturz noch gar nichts gemacht wäre, zur Sicherung der Ausbeutungslosigkeit vielmehr Voraussetzungen auf dem Produktionsgebiet notwendig sind, die aber erst durch unsere Arbeit geschaffen werden müssen. So ist auch mit der Anerkennung, daß die europäischen Kolonien Teile der Ausbeutungsorganisation der europäischen Wirtschaftswelt sind, zum Problem der Kolonisation an sich auch für uns erst sehr wenig gesagt. Deshalb betont diese Zeitschrift bei der Behandlung der außerkolonisatorischen Fragen diese Seite der Sache nicht immer wieder ausdrücklich. Es darf in einem sozialistischen Organ eben vorausgesetzt werden, daß alle seine Bemühungen um eine Änderung der Gesellschaftsordnung am Ende immer auf die Aufhebung der Ausbeutung zielen.

Trotzdem ist es von Zeit zu Zeit geboten sich mit den moralischen Qualitäten der europäischen Kolonisation zu beschäftigen. Und das ist gerade jetzt wieder der Fall. Der Grund dafür liegt in dem Zusammenhang, in dem neuerdings das "moralische Antikolonialargument" ausgespielt wird. Allmählich wächst der europäische Kontinent zu einer Einheit zusammen, trotz allen politischen Widerständen, die das Angelsachsenum ohne Unterschied der Parteirichtung beständig dieser Entwicklung entgegenzustellen versucht. Das ist hier oft dargelegt und von uns um so freudiger begrüßt worden, als hier der Gang der Dinge, trotz allen zeitweiligen und oft schweren Rückschlägen, auf lange Sicht so außerordentlich weitgehend mit dem zusammentrifft, was "wir immer gesagt haben". Eins der wesentlichsten Hemmnisse, eine Hauptquelle der Schwierigkeiten und Verzögerungen für diesen Sieg der praktischen Vernunft des guten Europäertums, ist, daß ein großer Teil der grundsätzlich demokratisch gerichteten Linken glaubt, dem Angelsachsenum seien vor allen anderen Völkern die hervorragendsten Leistungen auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet nachzurühmen, so daß eine möglichst schnelle und vollständige Anglisierung als das beste Schicksal des europäischen Kontinents und als die Erfüllung seiner wahren Sendung erscheint. Die Angelsachsen sind, mehr noch als in den Augen der Briten, in denen dieser Deutschen das auserwählte Volk Gottes in diesem Jammertal; die Vereinigten Staaten von Amerika sind nicht nur für Babbitt und Elmer Gantry und den Mann, der Coolidge kannte, sondern auch für die Redaktionen des Vorwärts, des Mosseverlags, der Blätter der Frankfurter Sozietätsdruckerei e tutti quanti "God's own country". Aus diesen und zahlreichen verwandten Kehlen werden uns Tugend und Tüchtigkeit des Angelsachsenums beständig als Musterstücke staatsbürgerlicher Gesinnung, wird das angelsächsische Volk daher als vom Geist der Geschichte prädestinierter Herr und Lehrer aller weißfarbenen Welt geschildert und empfohlen. Diese Autoren sprechen sonst von Kolonien nur als von Barbarien und sind stramm und unentwegt, wenn auch unamüsan, "gegen" Kolonien. Die kolonisatorische Leistung der britischen Welt muß ihnen, wie alles ihnen zum Besten dienen muß, als das große Vorbild erscheinen, dem die Völker des europäischen Festlands zwar beileibe nicht nachzueifern bestrebt sein sollen (das geht nicht, denn da wären wir ja plötzlich "für" Kolonien), das bei ihnen aber die Bereitschaft erwecken müßte sich dem allbritischen Völkerfrieden, der pax britannica, zu unterwerfen. In der Tat: Die Behandlung der Natives durch das Angelsachsenum in Afrika, in dem Süden der Vereinigten Staaten,

in Australien und Neuseeland wird uns dauernd als vorbildlich mit der ganzen Autorität eines im Besitz eines muntern Leitartikelstils prangenden Linksjournalisten geschildert; wen müßte es da nicht leidenschaftlich drängen die hehren Rechte eines Native im britischen Kolonialgebiet gleichfalls zu genießen? Fehlt noch etwas zu dieser Entschlußfreudigkeit? Nun, dann zeigt man, wie schlecht die Natives es in den Kolonien der Mächte des europäischen Festlands haben. Es ist schier ein Wunder, daß man im letzten Augenblick sich doch ziert nun auch noch ausdrücklich auszusprechen: Also wird es auch uns Deutschen ergehen, wenn wir uns nicht der Gefahr französische Untertanen zu werden durch unentwegt britische Orientierung entziehen.

Selbst wenn jene Schilderung der kolonialen Verhältnisse richtig wäre, wäre sie kein Argument zugunsten angelsächsischer Orientierung. Da sie aber nicht richtig ist, so wollen wir es auch nicht einmal auf die Möglichkeit ankommen lassen, daß sie demagogisch ausgespielt wird, sondern durch Klarstellung des Sachverhalts reine Bahn für ehrliche Erörterung schaffen. Dabei müssen wir uns freilich vor allen Schematismen hüten. Den Engländer, den Franzosen usw. gibt es auch in diesen Dingen so wenig, wie die Heidelberger Kellner rote Haare haben und lahmen. Das Britische Reich, die Französische Republik sind groß; sehr verschieden sind von Fleck zu Fleck Natur und Mensch, Sitte und Gesetz auch innerhalb ihrer Grenzen. Keine voreilige Proklamation neuer Engel an Stelle entthronter! Trotzdem wird es möglich sein zu gewissen allgemeinen und selbst bei knappem Inhalt für unsere Gesinnung und Entscheidung schon wertvollen Sätzen zu kommen. Eine große Schwierigkeit besteht dabei freilich darin, daß im ganzen die Engländer und die Amerikaner reicher sind als die anderen Kolonialvölker und es sich daher eher gestatten können bei den anderen nach kolonialen "atrocities" zu forschen, als diese Völker im angelsächsischen Kolonialgebiet. Und die reicheren Völker haben auch die Möglichkeit mehr zu publizieren. Nun sieht aber derartige Kritik lieber den Splitter im Auge des Bruders als den Balken im eigenen. Es ist allerdings falsch diesen Tatbestand vorzugsweise den Briten nachzusagen. Mir sind in langen Jahren kaum mehr (sachlich fundierte) kritische Bücher aus Deutschland über die deutschen, aus Frankreich über die französischen Kolonien bekannt geworden als englische über die englischen Kolonien<sup>2</sup>. Aber im Fall des Britischen Reichs verteilt sich dieses Material über einen viel größern Raum; die beiderseitigen Beiträge zur Kenntnis der Sünden der anderen sind demnach so verteilt, daß es schwer ist sich ein vergleichsweise ebenmäßig stark begründetes Urteil zu bilden. Deutsche Literatur über die französische Kolonisation existiert überhaupt nur in geringem Umfang. Das amtliche, größtenteils apologetische Material über die britischen Kolonien strömt aus dem Colonial Office dauernd in breitem Fluß, über Frankreichs Kolonien dagegen nur ziemlich knapp. Das englische Material ist sehr leicht, das französische sehr schwer zu erhalten. Trotzdem kann im ganzen doch ein ungefähr zutreffendes Vergleichsbild gezeichnet werden.

2) Für das folgende ist in der Hauptsache aus *englischen* Quellen geschöpft worden. Erwähnt seien, neben den Colonial Reports der britischen Verwaltung, von denen Jahr für Jahr etwa 50 Hefte erscheinen, Lord Sidney Olivier *The Anatomy of African Misery* /London 1927/, *White Capital and Coloured Labour* /London 1929/, Norman Leys (*Fulani bin Fulani*) *Kenya* /London 1926/; ferner die Blaubücher über Britisch Ostafrika, namentlich *Report of the Commission on Closer Union of the Dependencies in Eastern and Central Africa* /London 1929/, sowie das englische Weißbuch *Memorandum Showing the Progress and Development in the Colonial Empire* /London 1929/. Im übrigen beruht das in diesem Artikel Ausgeführte auf den Bergen von Kolonialliteratur, die seit 2 Jahrzehnten in der Kolonisationsrundschau der Sozialistischen Monatshefte besprochen wurde.



ORIN besteht die Ausbeutung der kolonialen Völker durch das kolonisierende Europäertum? Hier sind offenbar 2 Begriffskomplexe auseinanderzuhalten: die auch in Europa heute "normale" Ausbeutung des Arbeiters durch den Kapitalisten, und die bei uns nicht gegebene Ausbeutung der Eingeborenen in geschlossener Gruppe durch die europäischen Einwanderer als geschlossene Gruppe. Ausbeutung ist, wie ich an anderer Stelle dargelegt habe<sup>3</sup>, ein gesellschaftliches Verhältnis, das bestimmte Personen oder geschlossene Personengruppen in der aktiven Rolle des Ausbeutenden zur Voraussetzung hat. Es genügt, wenn man zeigt, daß die einen mehr, die anderen weniger vom Gesamtertrag der gesellschaftlichen Wirtschaft erhalten als sie erhalten sollten. So läßt sich der ausbeuterische Charakter der europäischen Wirtschaftsgesellschaft mit einer für die Zwecke politischer Willensbildung hinreichenden Eindeutigkeit und Klarheit bestimmen. Wir sehen dann, daß gerade große Gruppen, Klassen, einander gegenüberstehen, von denen die eine die andere ausbeutet. Daß es im Einzelfall schwierig ist bestimmte Personen der richtigen Gruppe zuzurechnen, soll nicht bestritten werden, und ebensowenig, daß es Personen geben mag, die weder der einen noch der andern Gruppe angehören. Beides tut aber der Richtigkeit der Lehre, daß die moderne kapitalistische Gesellschaft eine Gesellschaft der Ausbeutung ist, keinen Eintrag.

Betrachtet man nun in den kolonialen Ländern die Gesellschaft unter dem selben Gesichtswinkel, und rechnet man dabei, was nicht von einer europäischen Rasse rein abstammt, auch zu den Menschen (was in Anbetracht mancher Produkte der Kolonialliteratur nicht ganz so selbstverständlich ist, wie man vielleicht hoffen sollte, und was deshalb besonders ausgesprochen werden muß), so findet man das folgende: In den kolonialen Gebieten gehört das unterworfenen Volk, das ursprüngliche Volk, das Volk nichteuropäischer Rassenherkunft, ganz regelmäßig in seiner großen Mehrzahl zu der Gruppe der Ausgebeuteten, und es verbleibt auch, ungeachtet allen Glücks und aller Tüchtigkeit, dauernd in ihr. Gewiß kommen Ausnahmen vor. So gibt es in Westafrika einzelne eingeborene Kaufleute, die reich geworden sind. Aber wie wenig auch diese, selbst bei ihrem Reichtum, in die ausbeutende Klasse eingehen, dafür gibt es vielerorts sehr laut sprechende Beweise. Nur auf einen will ich hinweisen, nämlich auf die reichen Kaufleute aus dem Stamm der Duala in Deutsch Kamerun, die, trotz Reichtum und Bildung und Zivilisiertheit, mit größter Unbefangenheit in der letzten Zeit vor dem Krieg von der deutschen Verwaltung aus ihrem Stadtviertel herausgesetzt wurden, weil die dort ansässigen Europäer besseres Wohnland für sich haben wollten. Ähnliche Vorgänge ereigneten sich auch in den Jahren nach dem Krieg noch in Britisch Westafrika, von Süd- und Ostafrika ganz zu schweigen. Zu dem Merkmal der Reichtumsverteilung zwischen der Gruppe der Ausbeuter und der der Ausgebeuteten tritt also auch noch das Merkmal der Rassenzugehörigkeit. In der Hauptsache sind zwar in den Kolonialgebieten nicht alle Weißen Ausbeuter, es gibt auch weiße Ausgebeutete; aber alle Andersfarbigen sind Ausgebeutete, es gibt keine farbigen Ausbeuter. Und besonders bemerkenswert ist die Konstanz dieses Schicksals der Klassenzugehörigkeit für die Nichtweißen trotz Zeit und Raum<sup>4</sup>. Wird der Neger nach den Ver-

3) Siehe *Kranold* Erste Bekanntschaft mit dem Sozialismus /Görlitz 1929/.

4) Von der Geltung dieses Satzes und den daraus gezogenen Folgerungen ist Britisch Indien ausdrücklich auszunehmen; das ist aber überhaupt ein Erdteil für sich.

einigten Staaten verpflanzt, so muß er doch im Niggerabteil der Eisenbahn fahren usw., und wenn eine Negerrepublik, etwa Haiti oder Liberia, dunkelfarbige Staatsbeamte nach Europa schickt, so werden sie zwar vielleicht von denen umhudelt, die ihnen etwas verkaufen wollen, im übrigen aber bilden sie für den gebildeten Pöbel Europas nur komische Figuren, wenn sie auf gesellschaftliche Gleichberechtigung Anspruch erheben. Das Fehlen des Halbmonds am Fingernagel ächtet in dem so niggerfreundlichen Norden der Vereinigten Staaten jeden, an dem man es sieht, und während im angelsächsischen Sprachbereich *gentleman* als eine Bezeichnung gilt, die Anerkennung ausdrücken soll, besagt "*coloured gentleman*" gewiß das Gegenteil, und zwischen beiden Gruppen von *Gentlemen* liegt jene Schattenlinie, *that shadow line*, die Mensch und Untermensch trennt.

Was hier geschildert wurde, muß durch einen weitem Hinweis ergänzt werden. Vielfach wird nämlich die Staatsmacht in den kolonialen Gebieten benutzt, um nicht nur dem Nichtweißen die Gleichberechtigung zu verweigern, auch wenn er aufhört arm zu sein und gelernt haben sollte reich zu werden; der Apparat von Gesetzgebung und Verwaltung ist auch mehr oder weniger vollständig darauf gerichtet den Aufstieg der Armen zum Reichtum zu versperren. In Südafrika ist alle gelernte industrielle Arbeit Nichtweißen durch Gesetz verboten. Sie werden unter besondern Paßzwang gestellt. Jeder Neger muß ein einziges Kleidungsstück bei sich tragen: Nicht der "Schurz der Lenden" ist für den Kaffern in Transvaal, den Kikuyu in Kenya, den Waganda in Uganda *de rigueur*, sondern eine Blechkapsel mit dem Paß, in dem Fingerabdrücke, vollzählig zu 10, genaue Beschreibung der Person mit anthropometrischen Zahlen, Nennung der Heimat und des Arbeitsverhältnisses mit anderen Angaben zu einem Kulturdokument vereinigt sind. Jeder Weiße, ob Höhenmensch oder Rowdy, darf ihn jederzeit auffordern den Paß vorzuzeigen und sich darüber auszuweisen, daß es sein Paß ist. Erst nimmt man diesen Menschen das Land weg, damit sie nicht mehr davon leben können, daß sie ein paar Hackfrüchte anbauen und auf die Tiere des Waldes und der Steppe das so kümmerliche Geschoß richten. Dann verlangt man von ihnen Steuerzahlung und empfiehlt ihnen beim Einwanderer, im Bergwerk oder auf der Plantage, unter gedrücktesten Lohnverhältnissen, zu arbeiten. Schließlich, weil ja auch der getretene Wurm sich noch krümmen könnte, erklärt man den Streik für ein Verbrechen, ein *criminal offence*, konserviert Gesindeordnungen (in Südafrika) oder führt sie neu ein (in Britisch Ostafrika), und zwar Gesindeordnungen von einer Art, wie sie heutzutage selbst der wildeste "Juncker" in Ostelbien nicht mehr unzensuriert zu träumen wagen würde.

All dies läßt sich mit vielen Beispielen belegen. Das wollen wir uns hier ersparen. Auch müssen wir, um streng bei der Wahrheit zu bleiben, feststellen, daß der geschilderte Typus einen Grenzfall darstellt, und daß in den wirklichen Kolonialgebieten von diesem abscheulichsten Fall an in fortschreitender Milderung alle Schattierungen vorkommen, die man sich nur ausmalen kann. Es gibt zweifellos Kolonialgebiete, in denen wirtschaftlich und moralisch die Farbenschranke viel weniger hoch, viel weniger starr ist, als sie hier geschildert wurde. Es gibt sogar zweifellos auch große Gebiete europäischer kolonialisatorischer Betätigung, in denen die Farbenschranke kaum noch oder tatsächlich überhaupt nicht mehr besteht; in denen die andersfarbige Bevölkerung das selbe Wahlrecht hat (oder nicht hat) wie die Weißen aus Europa; in denen der Ertrag der Hüttensteuer nicht dazu dient *Colleges* für British

boys and girls sondern Elementar- und Fortbildungsschulen für Eingeborenenachwuchs zu finanzieren; in denen die Landwirtschaftsämter weniger die Pflanzen der Plantagen als die Kleinbetriebe der Eingesessenen pflegen; in denen Bodenerwerb dem Kind des Landes leicht und dem Fremdling aus Europa schwer gemacht wird. Wollte man alle diese Typen beschreiben, so müßte man eine Landeskunde aller einzelnen Kolonialgebiete hersetzen.

Es genügt aber für uns aus der Fülle der quellenmäßigen Kenntnisse einen Satz herauszuschälen: In der Reihe dieser Typen spezifisch kolonialer Ausbeutung sind die britischen Kolonialgebiete weit näher dem Pol der Farbenschanke zu finden als etwa die französischen. Und umgekehrt: Eine Reihe französischer Kolonialgebiete ist so auffallend nahe dem Pol absoluten Fehlens jeglicher Farbendiskriminierung, daß große Massen von Einwohnern französischer Kolonialgebiete heute mit Stolz und auch berechtigterweise sagen und fühlen dürfen: Ich bin ein französischer Bürger.



S ist kein Zufall, daß alle Beispiele für Abstufung der Menschenrechte nach der Hautfarbe, die ich oben anführte, aus britischem oder nordamerikanischem Gebiet stammen. Es sind in der Tat heute diese Gebiete und daneben höchstens noch die portugiesischen, in denen diese Zustände, und zwar oft in einer schrecken-erregenden Deutlichkeit und Unverhülltheit, sich finden. Freilich nicht überall: große Gebiete der angelsächsischen Welt haben heute, im Gegensatz zu allen anderen Kolonialgebieten, aus einem ganz andern Grund kein Farbigenproblem mehr: weil dort nämlich einstmals die Objekte dieser Diskriminierung so erfolgreich diskriminiert wurden, daß sie aus der Welt verschwunden sind. Kein anderes Volk ist mit seinen Natives so gründlich durch Vernichtung fertig geworden wie die Angelsachsen; und so können sie es sich erlauben vom Gipfel neuengländischer, canadischer, australischer, neuseeländischer Moral über die Greuel bei den Belgiern im Kongogebiet zu klagen, den Peruanern Putumayo um die Ohren zu schlagen und die Franzosen grausamer Massenaushebungen für den Eisenbahnbau in Äquatorialafrika anzuklagen. Ganz entsprechend erscheinen die angelsächsischen Kolonialgebiete in der Materialsammlung des Völkerbunds über die Zwangsarbeit als Stätten reinster Schönheit, während die anderen Kolonialvölker die schwarzen Schafe abgeben müssen. Freilich, wer durch Landraub und Kopfsteuer und Paß den andersfarbigen Mann in die Plantagenarbeit lockt, der braucht ihn nicht erst zu rekrutieren; und wer der liberischen Regierung eine Anleihe gibt, sofern sie sich verpflichtet dafür zu sorgen, daß eine genügende Anzahl menschlicher Arbeitstiere durch den Einfluß ihrer Häuptlinge für die Pflanzungen der Firestone Plantation Company zur Verfügung steht, die für jedes gelieferte Armeepaar pro Tag der Benutzungsdauer 4 Pfennig Prämie an die Lieferanten zahlt, der kann selbst vom Beispiel jener Zierden der deutschen Kleinsouveränität im 18. Jahrhundert nichts lernen, die ihre Kinder nach dem Hudson und der Chesapeakebai verfrachteten, um eine Lady Milford amüsieren zu können.

Aber die Selbstverwaltung der Eingeborenen? Auch hier darf man sich nicht durch den Schein irreführen lassen. Freilich liegen da die Dinge im Britischen Reich sehr verschieden. Indien ist heute, trotz aller seiner geographischen, sozialen, religiösen, wirtschaftlichen Zerrissenheit, schon ein solcher Machtfaktor, daß es sich ein gewisses Maß wirklicher Selbstverwaltung (allerdings gerade in den größten Dingen nicht) selber geholt hat. Und es gibt englische

Kolonieen, alte wie Jamaica und junge wie das Kapland, in denen die Selbstverwaltung der Natives etwas Wirkliches bedeutet und trotzdem nicht zum Verhungern sondern zu ihrem Gedeihen geführt hat. Im übrigen aber hält das, was sich Selbstverwaltung der Eingeborenen nennt, im Britischen Reich näherer Nachprüfung kaum stand. Auffallend ist schon, daß selbst von gouvernementaler Seite immer wieder ängstlich betont wird, es handle sich darum die angestammten Rechte der angestammten Häuptlinge zu pflegen und auszubauen. Ganz klar, weshalb (und bei Olivier kann man genau bewiesen finden, daß dem so ist): Es ist viel angenehmer zwischen die regierende Schicht der Einwanderer und die bloße unterworfenen Masse einen eingeborenen Hebelsteller einzuschalten. Klassisch dafür ist die leider auf dem europäischen Festland nicht genug bekannte Verordnung aus Kenya vom 23. Oktober 1919, vom Haupteingeborenenkommissar John Ainsworth erlassen, von den Bischöfen von Mombassa und Uganda und dem Chef der schottischen Mission in Britisch Ostafrika zum großen Teil ausdrücklich gebilligt, in der es unter anderm heißt: »Alle mit der Verwaltung von Eingeborenengebieten betrauten Regierungsbeamten müssen jeden möglichen legalen Einfluß benutzen, um rüstige eingeborene Männer zur Lohnarbeit zu bestimmen. Wo Farmen in der Nähe eines Eingeborenengebiets liegen, sollten Frauen und Kinder ermutigt werden solche Arbeit anzunehmen, die sie leisten können. Eingeborene Häuptlinge und Älteste müssen zu allen Zeiten dabei jede mögliche legale Hilfe leisten... Die Distriktkommissare werden eine Liste der Namen derjenigen Häuptlinge und Ältesten führen, die hilfreich, und derjenigen, die nicht hilfreich sind, und werden von Zeit zu Zeit an mich zur Information seiner Exzellenz Bericht erstatten... In Fällen, in denen Beweis dafür vorliegt, daß irgendein von der Regierung eingesetzter Ältester den Wünschen seiner Exzellenz unzugänglich ist, sollte der Fall mir zur Vorlage an seine Exzellenz, zusammen mit den Vorschlägen, die Sie zu machen wünschen, vorgetragen werden.«

Ist es da noch ein Wunder, daß bei großen Stämmen, die vor der Errichtung der britischen Schutzherrschaft gar keine Häuptlinge kannten sondern in sehr freien demokratischen Formen der gesellschaftlichen Ordnung daherlebten (etwa wie Uri, Schwyz und Unterwalden mit ihren der deutschen Klassik so teuer gewordenen Völkern), zunächst einmal, zum Beispiel bei den Kikuyus in Ostafrika, aber auch anderswo, Lehnssouveräne in Gestalt von Häuptlingen und Oberhäuptlingen zwangsweise geschaffen wurden, damit diese dann als traditionell überkommene Kostbarkeiten vorgefundener und sorgsam gehüteter Eingeborenenselbstverwaltung Büttel der britischen Verwaltung spielen können? Über dieses Maß hinaus ist, soweit ich sehe, die britische Kolonialverwaltung in der Förderung der Selbstverwaltung ihrer nichtweißen Untertanen freiwillig bisher nie gegangen. Nur mit der Waffe in der Hand, oder wenn sie bereit waren lieber zu verhungern als sich zufriedenzugeben, errangen Natives im Britischen Imperium mehr, ernsthaftere Selbstregierung.

Anders die Einwanderer. Sie haben nicht nur da, wo sie zahlenmäßig stark waren, wo sie die Natives »wie die Tapire und Wasserschweine gejagt« und dadurch ausgerottet haben, und nicht nur mit der Waffe in der Hand oder mit der stumpfen, aber unzerbrechlich harten Waffe der passiven Resistenz, Selbstverwaltung, oft weit über das Maß des Local Government hinaus, schon erreicht; auch in Gebieten, in denen sie als kleine Minderheit zwischen Negern sitzen, ist es zwar noch nicht so weit, aber sie sind auch dort drauf und dran das gleiche zu erreichen. Diese "Selbstverwaltung" in rassenmäßig gemischten Kolonieen ist freilich etwas ganz anderes als das, was *wir* bei dem Wort denken, und ist, wie gerade auch wieder Olivier zeigt, oft vor allem deshalb so begehrt, weil die Missionen und die mit lokalen wirtschaftlichen Inter-

essen der Kolonisten nicht so eng verfitzten Bürokraten der Reichsverwaltung die Andersfarbigen gelegentlich gegen alle zu schlimmen Exzesse kalter Versklavung schützen. Auch hier nur 2 Beispiele: Der ehemalige Major Grogan, ein sehr einflußreicher Politiker in Kenya, sagte in einer Rede vor kurzem: »Ein gutes gesundes System der Zwangsarbeit würde in 5 Jahren mehr tun, um den Nigger zu heben, als alle Millionen, die in den letzten 50 Jahren in missionarische Tätigkeit gesteckt worden sind... Der Native mag gezwungen werden so und so viele Monate im Jahr zu arbeiten, und dann nenne man es Schulzwang, wie wir unsere wöchentliche Betparade Kirchgang nennen. Unter einem solchen Rechtstitel kann das zarteste britische Gewissen ganz ruhig sein.«

Und im African Standard vom 16. Februar 1926, also wirklich vor noch nicht langer Zeit, kann man einen Auszug aus einer Rede an das Parlament von Kenya lesen, die ein Vorkämpfer der Selbstverwaltung der Weißen in dieser Kolonie, der Captain Coney, hielt, und in der es unter anderm hieß:

»Die Lage des Arbeitsmarkts war wirklich ernst, Ihr werdet die Frage der Arbeiterbeschaffung nie lösen, ehe ihr das Land selbst verwaltet, und wenn ihr das tut, so werdet ihr jenes Problem unverzüglich lösen.«

Auch hier muß wieder betont werden, daß in einem so großen Kolonialreich wie dem britischen diese Erscheinungen keineswegs überall im selben Grad wahrzunehmen sind; zum Teil sind sie verschieden stark ausgebildet, zum Teil kommt der unterschiedliche Eindruck wohl daher, daß für die einzelnen Teile des Reichs unsere Quellen verschieden reich fließen. Nicht überall herrscht ein so erfrischender Soldatenton wie im Parlament von Nairobi. Tendenziell aber ist es nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß die Selbstverwaltung eingewanderter Minderheiten in den Überseekolonien Englands, wo und soweit sie bei gleichzeitiger Rassenmischung der Bevölkerung besteht, nichts ist als ein demokratisch ausgeputztes fadenscheiniges Mäntelchen der einfachen Ausbeutung andersfarbiger Arbeit durch weißes Kapital.



WIE ist es in den französischen Gebieten? In den eigentlichen Kolonien ist von Selbstverwaltung der Eingeborenen nicht weiter groß die Rede. Straffe Zentralisierung einer stark bürokratisch vorgehenden Verwaltung, Erscheinungen, die der Sekretärsherrschaft Preußens nicht unverwandt sind, sind dort reichlich zu finden. Aber es gibt auch kein Mitregieren, keine einseitig gewährte Selbstverwaltung der eingewanderten Europäer, und deshalb fehlt es an der dadurch bedingten "Rassenausbeutung" geradeso wie an der Verschleierung der Regierungstätigkeit durch das Dazwischenschieben angestammter nichtweißer Miniaturmonarchen von Gnaden des Landrats. Anders in den Protektoraten: Dort haben die Franzosen in der Tat feudale Ordnungen, soweit sie sie vorfanden, möglichst wenig berührt. Dort bedeuten aber auch Recht und Macht der beschützten eingeborenen Fürsten noch etwas, jedenfalls in Tunis und Marokko, mehr als der Wille "souveräner" Radschahs und Maharadschahs im Innern Britisch Indiens; und dort hat daher alles das einen zwar sehr konservativen, aber doch nicht die Eingeborenen als willenlose Beute der Einwanderer betrachtenden Sinn, was an eingewurzelter Verwaltung erhalten, gepflegt und erzogen wird. Aber so wie der Franzose Rassenmischung nicht ächtet, so gibt er auch in seinen Kolonien im großen und ganzen allen, von welcher Farbe ihre Haut auch sein mag, das selbe Recht; wo er ihnen Unterricht gibt, erschließt er allen durch das Tor der französischen Sprache die Wege zum Geistesgut Europas in Wirtschaft und Kultur. Der Engländer dagegen erteilt so lange wie möglich (scheinbar außerordent-

lich liberal und in Wirklichkeit so unfreundlich wie nur denkbar) den Schulunterricht an Natives in ihren Dialekten, ihren "vernaculars", die doch zu Hunderten, wie sie im Britischen Reich vorkommen, Sinn für größere Zusammenhänge als die des Kraals und seines Horizonts und Verständnis für größere Geistesschätze als Rechnen bis 100, Lesen bis Amen und Schreiben bis zum Namenszeichen unter einem 2jährigen Arbeitskontrakt nicht aufkommen lassen können. Geht das Britentum wirklich einmal darüber hinaus, versucht es der eingeborenen Bevölkerung größerer Gebiete eine Verkehrssprache, eine lingua franca, zu schaffen, weil sonst, da die Scharwerker immer bunter aus Dutzenden verschiedener Sprachstämme zusammenströmen, der Antreiber auf der Plantage nicht mehr weiß, in welchem Idiom er mit Wirkung fluchen, drohen und kajolieren soll, dann wird, wie jetzt in Uganda, das dort ganz landesfremde, in Tanganyika zwar ziemlich weit, sonst aber nicht eben üppig verbreitete und mit gedruckter Literatur und modernem Begriffswerkzeug nicht bereicherte Kisuaheli importiert und zur andern Landessprache ernannt: zu der Landessprache, die für Natives gut genug ist, damit sie nur die Herrensprache Englisch nicht mißbrauchen und doch den Anforderungen von Wirtschaft und Verkehr, die im Interesse ihrer Beschützer an sie gestellt werden, gewachsen sind.

Der ganz andere Geist, der in den französischen Kolonialgebieten herrscht, fällt auch, bewußt oder unbewußt, den Reisenden auf, die die französischen Kolonien besuchen. Ihre Zahl ist freilich gering und zwar gerade wegen der gängigen Vorurteile, die oben angedeutet wurden. Ein treffsicher erfaßtes und gut gezeichnetes Bild geben uns die Artikel Rosie Graefenbergs, die in diesem Jahr das französische Afrika besuchte und trotz der Kürze ihres Aufenthalts sehr bestimmte Eindrücke gewonnen hat<sup>5</sup>. Ihre Schilderungen, wenn sie ebenso vorurteilslos gelesen werden, wie sie geschrieben sind, dürften manchen zur Revision eines althergebrachten Vorurteils veranlassen.

**T**ROTZ den oben gezeichneten dunklen Seiten der Menschenbehandlung durch die weißen Kolonisatoren dürfen wir uns nicht die Vorstellung machen, als ginge es in der kolonialen Welt mit Wirtschaft und Menschentum nicht vorwärts. Im Gegenteil, es geht vorwärts. Mit Riesenschritten. Die Zahl der Menschen wächst; sie leben länger, sie leben gesünder, sie leben sicherer und wohlhabender, und sie europäisieren sich, im Guten wie im Bösen, in erstaunlicher Geschwindigkeit. Die Quellen der Rohstoffe und Nahrungsmittel strömen aus der schwarzen in die weiße Welt von Jahr zu Jahr reicher. An den Golfen von Mexico und Guinea, gegenüber Sansibar, in den Straits Settlements wie in Tunis und Algier und auf Java und Madoera drängen sich Bauern und Handwerker, Händler und Intellektuelle nichtweißer Abkunft immer dichter an einander. Durch den Gürtel, den die Tropen um den Erdball legen, geht ein riesiges Wachsen, Wimmeln, Wuseln. Noch 2 Jahrzehnte, und der letzte Winkel dieser Welt hängt an den Kabelsträngen, die das Wirtschaftsleben jener Gebiete mit den Börsen der Alten und Neuen Welt verbinden. Reicherer Ertrag entspringt leichter Arbeit, Arbeiterschutz erblüht in einem Tempo, das manche europäische Arbeitergruppe neidisch machen könnte. Industrien schießen empor, Automobile krachen, und Flie-

5) Siehe Graefenberg Ein französisches Afrikaschiff, Mein Boy, Bei den Herren des Urwalds, Städte der Elfenbeinküste, Reisen in Französisch Westafrika, Marschall Lyautey, in der Vossischen Zeitung vom 1. März, 1., 13., 26. Juni, 23., 31. Juli 1929.



die neuerlichen Bearbeitungen nach dem Krieg die Tafeln auf eine breitere Grundlage gestellt, indem sie dem schon 1908 vom Reichsgesundheitsamt ausgesprochenen Wunsch nach Unterteilung für die größeren Reichsgebiete Rechnung trugen. Die Arbeiten sind immer mehr verfeinert worden, und wir haben jetzt zur Beurteilung der Sterblichkeitsverhältnisse ausgezeichnetes Material, das schon weitgehenden Ansprüchen genügt. Die privaten Lebensversicherungsgesellschaften, die Angestellten- und die Invalidenversicherung des Reichs haben so Unterlagen erhalten, die bei ihrer Einrichtung fehlten.

Die durch diese Sterbetafeln über die deutsche Bevölkerung erhaltenen Aufschlüsse sind überaus wichtig. Ergibt sich doch daraus, daß die mittlere Lebensdauer der ganzen deutschen Bevölkerung in einem halben Jahrhundert um 20 Jahre zugenommen hat. Da man früher für eine Generation 33 Jahre rechnete, so bedeutet das eine Lebensverlängerung der Deutschen um  $\frac{2}{3}$ .

An diesem gewaltigen Vorteil haben alle Altersgruppen teilgenommen. Die Ordnung, in der die Bevölkerung mit wachsendem Alter abstirbt, geht aus der folgenden Übersicht hervor:

Alter (in Jahren)	Männliches Geschlecht		Weibliches Geschlecht	
	Anzahl der Überlebenden	Mittlere Lebenserwartung (in Jahren)	Anzahl der Überlebenden	Mittlere Lebenserwartung (in Jahren)
0	100 000	55,97	100 000	58,82
1	88 462	62,24	90 608	63,89
2	87 030	62,26	89 255	63,85
5	85 855	60,09	88 169	61,62
10	85 070	55,63	87 452	57,11
12	84 837	53,78	87 243	55,24
15	84 469	51,00	86 877	52,47
20	83 268	46,70	85 808	48,09
25	81 429	42,70	84 275	43,92
30	79 726	38,56	82 597	39,76
35	78 111	34,30	80 847	35,56
40	76 313	30,05	78 917	31,37
45	74 032	25,90	76 704	27,20
50	71 006	21,89	73 943	23,12
60	60 883	14,60	65 076	15,51
70	41 906	8,74	47 255	9,27
80	16 066	4,77	19 711	5,06
90	1 599	2,68	2 356	2,92
100	20	1,75	45	1,90

Das weibliche Geschlecht ist auch heute noch begünstigt, indem das Absterben bei ihm langsamer vor sich geht. Sogar nach dem vollendeten 1. Lebensjahr ist in einer bestimmten abgegrenzten Bevölkerungsmasse, zum Beispiel von 100 000 Menschen, wofür die obige Übersicht aufgestellt ist, der Bestand der weiblichen Bevölkerung verhältnismäßig größer als der der Männer. Im ganzen werden bekanntlich nicht unerheblich mehr Knaben geboren als Mädchen. Im Reich waren es 1926 632 000 gegen 595 000, also 37 000 mehr Knaben, so daß auf 100 lebend geborene Mädchen über 106 Knaben kamen. Dieses Verhältnis war in den Jahren vorher übrigens noch etwas krasser. Das starke Absterben der Knaben im 1. Lebensjahr bringt aber sofort die Verschiebung der Geschlechter gegen einander zustande, so daß im ganzen ein Frauenüberschuß vorhanden ist, der nach der letzten Volkszählung in Deutschland 7 % beträgt; auf 100 Männer entfallen 107 Frauen.

Die Unterschiede in der Absterbeordnung der beiden Geschlechter sind, wie aus der Anzahl der Überlebenden hervorgeht, nicht gering und erstrecken sich bis in die höchsten Alter. An 100jährigen sind mehr als doppelt so viel Frauen vorhanden wie Männer. Deshalb ist auch in allen Lebensaltern die mittlere Lebenserwartung, das heißt die Anzahl Jahre, die zu erleben ein Mensch bestimmten Alters erwarten kann, beim weiblichen Geschlecht in allen Gruppen größer als beim männlichen. Den größten Tribut an den Tod liefern wie schon immer die Säuglinge. Von 100 000 männlichen sind nach einem Jahr noch 88 462 vorhanden, bei den Mädchen aber noch 90 608; der Unterschied beträgt also über 2 %. Die Lebenserwartung eines neugeborenen Knaben beträgt jetzt 56, die eines neugeborenen Mädchens fast 59 Jahre.

Eine Vergleichung mit den früheren Sterbetafeln ergibt die überaus günstige Gestaltung der Sterblichkeitsverhältnisse im deutschen Volk. Im 1. Jahrzehnt nach der Reichsgründung betrug die Anzahl der das erste Altersjahr überlebenden Säuglinge bei den Knaben nur 74 700, bei den Mädchen 78 300. Die Besserung ist also außerordentlich stark. Das drückt sich auch in den Zahlen für die Lebenserwartung aus, die für einen neugeborenen Knaben damals nur auf  $35\frac{1}{2}$  Jahre, für ein neugeborenes Mädchen auf  $38\frac{1}{2}$  Jahre lauteten. Der Altersaufbau der deutschen Bevölkerung gewinnt also dadurch eine stets sich ändernde Form. Die höheren Alter werden stärker besetzt, und die Basis der Alterspyramide wird schmaler. Besonders stark drückt sich das seit 1910 aus; die Alterspyramiden, die die Volkszählungen 1910 und 1925 darstellen, sind erheblich von einander verschieden. Bis zum 11. Lebensjahr ist die Basis 1910 stärker ausgefüllt, 1925 jedoch sind es alle höheren Altersgruppen; mit Ausnahme natürlich der männlichen Alter, die im Krieg ganz besonders stark gelitten haben.

Die immerhin noch starke Säuglingssterblichkeit hat bekanntlich 2 Ursachen: eine biologische und eine soziale. In der biologischen drückt sich der Übergang des Menschen vom vorgeburtlichen Leben zum nachgeburtlichen aus. Das entspricht einem Übergang von einer Art amphibischen Lebens zum Landleben. Daß dabei der junge selbständige Körper besonders stark gefährdet ist, ist zu verstehen. Die Ernährungs- und Lebensweise werden durch den Geburtsakt sprunghaft unterbrochen und geändert, wodurch eine besondere Sorgfalt in der Ernährung notwendig wird. Wie stark dabei die sozialen Faktoren mitsprechen, geht daraus hervor, daß viel mehr Kinder armer Leute der Säuglingssterblichkeit anheimfallen, als solche, die in bessere soziale Position hineingeboren sind. Aber nicht bloß in der minderbemittelten Bevölkerung herrscht noch immer unnötig große Säuglingssterblichkeit. Die Unkenntnis richtiger Behandlung der Kinder herrscht auch in bessersituierten Bevölkerungskreisen. Im Durchschnitt sind die Kinder wohlhabenderer Eltern allerdings wesentlich besser daran. Aufklärung, Wartung und Pflege hat eben in günstigeren sozialen Verhältnissen einen günstigeren Boden. Eine parallel gehende Aufstellung über die Einkommensverhältnisse und die Säuglingssterblichkeit würde das eindeutig feststellen. Für das ganze Reich liegen derartige Nachweise freilich noch nicht vor; aber einzelne städtestatistische Ämter haben diese Tatsachen auch durch klare Zahlenreihen belegen können.

Die Sterbenswahrscheinlichkeit in den einzelnen Altersgruppen hat sich nicht nur allgemein verringert sondern auch verschoben. Das bestätigt besonders eine Vergleichung mit dem 1. Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts. Die Säuglings-

sterblichkeit hat seitdem um 44 % abgenommen. Im 2. Lebensjahr sterben mit 16,2 respektive 14,9 jetzt nur noch  $\frac{2}{3}$  so viele Kinder wie im Jahrzehnt 1901 bis 1910, und nur noch  $\frac{1}{4}$  so viele Kinder wie in den siebziger Jahren, und die Sterblichkeit der 2- bis 5jährigen Knaben und Mädchen ist im Verhältnis zum Jahrzehnt 1871 bis 1880 sogar auf  $\frac{1}{5}$  bis  $\frac{1}{6}$  gesunken. Die Wahrscheinlichkeit der 10jährigen im nächsten Altersjahr zu sterben, hat für die Knaben von 2,4 in den Jahren 1901 bis 1910 auf 1,4 auf 1000 und für die Mädchen von 2,6 auf 1,2 auf 1000 abgenommen. Demgegenüber ist die Sterblichkeit der 20jährigen männlichen und weiblichen Personen heute mit 4,3 respektive 3,3 auf 1000 nur um rund 15 respektive 21 % niedriger als im Jahrzehnt 1901 bis 1910 (5,0 respektive 4,2); desgleichen hat die Sterblichkeit der 25jährigen Männer und Frauen von 5,1 und 5,4 nur um 14 respektive 27 % auf 4,4 respektive 3,9 (auf 1000 Lebende) abgenommen. Die verhältnismäßig schwache Verminderung der Sterbefälle in diesen Altersstufen ist wohl hauptsächlich auf die Konstitutionsschwächung zahlreicher jugendlicher Personen im Entwicklungsstadium der Geschlechtsreife zurückzuführen. In den nächsthöheren Altersstufen, wo die durch diese Umstellung des Organismus besonders geschwächten Personen zum größten Teil weggestorben sind (zum Beispiel an Tuberkulose), ist ein erheblich stärkerer Rückgang der Sterblichkeit, insbesondere der Männer, zu verzeichnen. So ist die Sterbenswahrscheinlichkeit der 30jährigen Männer mit 4,1 auf 1000 jetzt um 27 % niedriger als in den Jahren 1901 bis 1910 (5,6), und die Sterblichkeit der 35- und 40jährigen Männer hat gleichzeitig mit 4,3 und 5,4 auf 1000 Lebende gegenüber 7 und 9,2 sogar um rund 40 % abgenommen. Infolgedessen sterben jetzt im Alter von 30 bis unter 35 Jahren weniger Männer als in der jüngern Altersstufe von 20 bis 25 Jahren, während noch in den letzten Vorkriegsjahren die Sterbefälle von 30- bis 40jährigen Männern weit zahlreicher waren als die von 20- bis 30jährigen. Auch beim weiblichen Geschlecht ist die Sterblichkeit in den mittleren Altersstufen stärker zurückgegangen als in den jugendlichen Altersjahren. Die Sterbenswahrscheinlichkeiten der 30- und 35jährigen Frauen sind jedoch mit 4,1 respektive 4,5 auf 1000 auch jetzt noch beträchtlich höher als die der 20- und 25jährigen (3,3 respektive 3,9 auf 1000). Besonders bemerkenswert ist, daß im Alter von 30 bis 65 Jahren die Sterblichkeit der Männer erheblich stärker abgenommen hat als die der Frauen. So sind die Sterbenswahrscheinlichkeiten der 45- und 50jährigen Männer mit 7,2 und 10,3 auf 1000 Lebende jetzt um rund 40 % niedriger als in den Jahren 1901 bis 1910 (12,4 respektive 16,9), während die Sterblichkeit der gleichaltrigen Frauen von 8,5 und 11,3 nur um 25 respektive 21 % auf 6,4 und 8,9 auf 1000 Lebende zurückgegangen ist. Die Sterblichkeit der 55- bis 65jährigen Männer hat um 34 bis 22 % abgenommen, die der Frauen dieses Alters dagegen durchweg nur um 20 %. In den höheren Altersstufen von 70 Jahren aufwärts war die Besserung der Sterblichkeit bei beiden Geschlechtern nur gering. Die geringste Sterbenswahrscheinlichkeit besteht übrigens für die 12jährigen Knaben und die 11jährigen Mädchen. Die Gefahr für einen 12jährigen Knaben im nächsten Jahr zu sterben ist überaus gering: 0,00131; noch geringer für das 11jährige Mädchen: 0,00119. Von 1871 bis 1881 lag die geringste Sterbenswahrscheinlichkeit bei den 13jährigen Knaben mit 0,00347, bei den 13jährigen Mädchen mit 0,00394. Damals war sie also in die Alter höher hinaufgeschoben und bei den Mädchen etwas größer.

Eine Eigenschaft der neuen Sterbetafeln ist die Scheidung der Bevölkerung nach dem Familienstand. Daraus ergibt sich, daß die Verheirateten in ihren Sterblichkeitsverhältnissen im Durchschnitt günstiger dastehen als die anderen, daß nur in den höchsten Altersgruppen die Ledigen begünstigt sind, daß dagegen die Geschiedenen überall am ungünstigsten abschneiden.

Neben der allgemeinen wissenschaftlichen Bedeutung der Sterbetafeln, die allein genaue Aufschlüsse über die Sterblichkeitsverhältnisse liefern, haben sie außerordentliche praktische Bedeutung. Die Sozialversicherung dehnt sich ja je länger desto mehr auf immer größere Volksteile aus, und für die solide und richtige Finanzierung dieser Einrichtungen ist das Vorhandensein allgemeiner Sterbetafeln unerläßlich. Eine gesunde Staatsfinanzwirtschaft muß auch in dieser Beziehung sauber und sorgfältig arbeiten und kann sich nicht auf allgemeine Annahmen verlassen. Werden die Sterblichkeitsverhältnisse zu ungünstig genommen, wie das die Versicherungsgesellschaften namentlich früher ganz allgemein taten, so werden die Versicherten durch unnütz hohe Prämien belastet und dadurch benachteiligt; die Gesellschaften dagegen heimsen unnütz hohe Gewinne ein. Für eine Sozialversicherung dürfen aber weder die gegenwärtigen noch die künftigen Generationen falsch belastet werden. Bei einer weitem Senkung der Sterblichkeit werden die späteren Generationen sogar noch dadurch begünstigt, daß die Versicherungsbeiträge aller früheren Jahre etwas zu hoch sind.

Aber auch die volkshygienische Seite der Sterblichkeitsprobleme erfordert Berücksichtigung. In einer allgemeinen großen Sterbetafel gehen naturgemäß alle die Unterschiede verloren, die die verschiedenen Lebens- und Arbeitsverhältnisse mit sich bringen, unter denen die Bevölkerung lebt. Es gibt gewisse Berufe, deren Lebensgefährdung oder auch deren Arbeitsbedingungen besonders ungünstig gestellt sind. In gewissen chemischen Industrien, aber auch in Gewerben, die mit gefährlichen Stoffen arbeiten, ist die Lebensdauer der Berufsangehörigen geringer als in anderen. Aber selbst in den einzelnen Berufsgruppen des betreffenden Gewerbes oder der Industrie ist sie je nach der sozialen und wirtschaftlichen Stellung ganz verschieden. Auch unter den verschiedenen Gruppen in diesen Industrien und Berufen finden sich wesentliche Unterschiede. Im allgemeinen ist natürlich die Tätigkeit von Angestellten, die ihre Arbeit zu jeder Jahreszeit in geschützten Räumen ausführen, die also von dem Wechsel der Witterung und anderen nachteiligen Umständen nicht beeinträchtigt werden, durchschnittlich günstiger als die der Arbeiter. Aus Erwägungen solcher Art heraus ist es namentlich eine Forderung der Arbeiterklasse die Sterbetafeln auf die verschiedenen Berufe auszudehnen. In erster Linie also müssen die Sterblichkeitsverhältnisse in den einzelnen Berufen gesondert ermittelt und dargestellt werden. Sodann aber auch für die einzelnen Gruppen der innerhalb des Berufs Tätigen nach ihrer sozialen Stellung. Da in Deutschland im letzten Jahrhundert die Industrialisierung gewaltige Fortschritte gemacht hat, ist es schließlich wichtig zu erfahren, wie das alles auf die Sterblichkeit der betreffenden Berufsgruppen einwirkt. Nachweise darüber fehlen bisher vollständig. Bei der großen Rationalisierungswelle, die über Deutschland gegangen ist, hätten auch Erwägungen dieser Art eine Rolle spielen müssen. Wie soll man aber die Wirkung dieser Maßnahmen auf die Volksgesundheit beurteilen, wenn man keine exakten Unterlagen dafür besitzt? Die Kosten, die solche Arbeiten verur-



# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft / Gerhard Kreyssig

Deutschland Seit die Großbanken dazu übergegangen sind ihrem Kundenkreis eigene Meinungen über die Lage der Wirtschaft in eigenen Nachrichtenblättern zur öffentlichen Kenntnis zu bringen, und kein einigermaßen anständiges Bankinstitut mehr glaubt auf solchen "Dienst am Kunden" verzichten zu können, erleben wir immer häufiger, daß 10 Organe 10 verschiedene Konjunkturanalysen liefern. Durch die Riesenfusion der Deutschen Bank mit der Diskontogesellschaft verschwindet wohl eins dieser Blätter; das neue, kombinierte Informationsorgan wird aber deshalb keineswegs darauf verzichten weiterhin Konjunkturprophetie zu treiben. Diese Seheneigenschaft ist eines der größten Übel deutscher Wirtschaftsbeobachtung; Konjunkturbeobachtung ist Instrument der Interessenpolitik geworden und wird damit entwertet. Dies muß man beachten, wenn man sich aus den vielen Äußerungen das richtige Bild machen will.

Wie so häufig sind sich auch jetzt die Beobachter des Wirtschaftslebens in der Beurteilung der Symptome nicht einig; Konjunkturoptimisten und -pessimisten liegen mit einander im Wettstreit, der erfreulicherweise wenigstens dazu geführt hat das amtliche Konjunkturforschungsinstitut auf seine eigentliche Aufgabe: Schilderung der Lage statt Prognose, sich besinnen zu lassen. Abgesehen von der saisonmäßig bedingten sommerlichen Stille verharrte die Wirtschaft vor der entscheidenden herbstlichen Belebung in einer Atempause, deren Dauer von der Lösung der Kreditfragen entscheidend mitbestimmt wird. Wenn auch die Produktionszahlen der wichtigsten Schlüsselindustrien (Bergbau und Schwereisenindustrie) dauernden Schwankungen unterliegen, so ist insgesamt doch festzustellen, daß sie sowohl monatlich als auch arbeitstäglich höher als im Vorjahr liegen. Auch die industrielle Produktionsstatistik des Statistischen Reichsamts, so unzulänglich sie im einzelnen ist, läßt erkennen, daß die wirtschaftliche Entwicklung aufwärts gegangen ist. Von 1925 bis 1927 stieg der Produktionsumfang zum Beispiel im Steinkohlenbergbau um rund 15%, in der Schwereisenindustrie um über 30%. Im Verhältnis zu den Produktionsmittel-

industriellen, die von einer günstigen Auslandskonjunktur profitieren konnten, haben die Verbrauchsgüterindustrien allerdings ungünstiger abgeschnitten, da ihr Hauptabsatzgebiet das Inland ist, das sich mangels ausreichender Kaufkraft der Massen nicht aufnahmefähig genug erwies. Immerhin konnten die Baumwoll-, die Woll- und die Lederindustrie ihre Produktion von 1925 bis 1927 um 15 bis 20% erhöhen; sie ging später allerdings wieder zurück.

Die unbefriedigenden Absatzverhältnisse im Inland verlegen das Schwergewicht der kommerziellen Tätigkeit auf den Export. Für die Beurteilung der Gesamtlage ist es deshalb von größter Bedeutung, daß die Exportzahlen sich dauernd nach oben bewegt haben und wesentlich höher sind als im Vorjahr. Im August zum Beispiel wurde mit einem Ausführüberschuß von 117 Millionen Mark ein Rekord erzielt, wie er seit mehr als 1½ Jahren nicht mehr verzeichnet war, und im September erreichte der Ausführüberschuß sogar einen noch höhern Betrag: 166 Millionen Mark.

Mit der gesamten Wirtschaft hängt auch der Geld- und Kapitalmarkt von saisonmäßigen Einflüssen ab, die sich vor den Quartalsabschlüssen besonders stark bemerkbar machen. Trotz dem 1. Oktober ist jedoch auf dem Weltmarkt eine weitere Entspannung eingetreten, die auf den starken Rückgang der Lombarddarlehen bei der Reichsbank zurückzuführen war. Da es dem Reich gelungen ist das Fälligwerden von 140 Millionen Schatzanweisungen durch Vermittlung der Großbanken auf den Beginn des Jahres 1930 zu verschieben, war für den Quartalsabschluß die Gefahr einer besonders großen Anspannung des Geldmarkts vermieden, der jetzt im Herbst vor allem durch die Finanzierung der Ernte erneut in Anspruch genommen wird. Darüber hinaus haben aber besonders die Kommunen einen sehr starken Kapitalbedarf, der lange Zeit unbefriedigt bleiben mußte und kürzlich in der Auflegung mehrerer Stadtanleihen (darunter auch für Berlin und Frankfurt) seinen Niederschlag fand. So floß der Gesamtbetrag der Inlandsanleihen von 107 Millionen Mark im August ausschließlich 5 Städten zu, ohne daß deren Kapitalbedarf damit voll gedeckt worden wäre. Auslandskapital war auch im 3. Quartal kaum verfügbar. Die Kapitalknappheit, durch die Zurückhaltung des Auslands verschärft, wirkte

sich besonders nachteilig auf die Finanzierung des Wohnungsbaus aus, die noch durch die Stockung im Absatz von Pfandbriefen und Kommunalobligationen erschwert wurde. Von Januar bis August 1929 konnten die Realkreditinstitute nur 686 Millionen Mark neu auflegen, gegen 1433 Millionen in den ersten 8 Monaten des Jahres 1928. So verständlich an sich die Absicht ist durch Erhöhung des Zinsfußes zum Kauf von Pfandbriefen anzuregen, so erfreulich ist der Beschluß der Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken keine 9prozentigen Pfandbriefe auszugeben, da eine noch weitere Verteuerung des Wohnungsbaus die Folge dieser Maßnahme gewesen wäre, die auch auf dem gesamten Kapitalmarkt darüber hinaus zu unerfreulichen Konsequenzen geführt hätte. Gerade im Gegenteil scheint es notwendig, daß die Reichsbank sich ihrer konjunkturpolitischen Aufgaben wieder entsinnt und durch Senkung des weit über dem Durchschnitt anderer Länder liegenden Diskontsatzes die Auftriebstenzenzen der deutschen Wirtschaft unterstützt. Das Ausland wird zur Hergabe von langfristigen Krediten nur dann geneigt sein, wenn es sie einer Wirtschaft zur Verfügung stellen kann, die nach der Lethargie der letzten Monate wieder zu aktivem Aufbau übergegangen ist. Die Reichsbank hat Aufgaben wirtschaftspolitischer Natur zu erfüllen, die nicht immer mit dem notwendigen Verantwortungsgefühl durchgeführt werden. Um so erfreulicher ist es demgegenüber, daß das Reichsarbeitsministerium seine Möglichkeiten konjunkturmildernd und -ausgleichend zu wirken durch planvollere Vergabung der Aufträge der öffentlichen Hand auszunutzen bestrebt ist. Die Börse befindet sich in einem so katastrophalen Stadium ewiger Baisse, daß sich die Großbanken entschlossen haben eine Stützungsaktion einzuleiten. Sie tun das keineswegs, um das Publikum, dessen Zutrauen zur Sicherheit deutscher Effekten durch allerhand Krache und Skandale immer stärker erschüttert wird, vor jenen Baisseespekulanten zu schützen, die die Unsicherheit zu neuen Attacken ausnutzen; es ist längst kein Geheimnis mehr, daß die Banken seit langer Zeit zum erstenmal wieder selbst empfindliche Verluste durch die Entwertung ihrer Portefeuilles erlitten haben. Der erneute Impuls für "Dienst am Kunden" ist in viel höherem Maß Dienst für den eigenen Beutel, zumal es zugleich gilt den Emissionskredit zu wahren und nicht in Verfall kommen zu lassen.

**Preisgestaltung** Wie steht es angesichts dieser Wirtschaftslage in Deutschland mit der Preisentwicklung? Bei einer kritischen Betrachtung der Indexzahlen fällt am meisten die Tatsache auf, daß sich die Preisgestaltung der Konjunkturbewegung nicht angepaßt hat. Zwar ging der Großhandelsindex seit Januar 1929 von 138,6 auf 135,1 im Juni zurück, er lag auch trotz Wiederanstieg im Juli und August mit 138,1 noch tiefer als im Januar, doch zeigt der Lebenshaltungsindex, daß die Allgemeinheit von dieser vorübergehenden Preissenkung keine Vorteile hatte; denn er lag in allen Monaten des Jahres höher als im Januar und steigt weiter. Dieser abnorme Zustand läßt sich nur mit Mißständen der Absatzorganisation und der Übersetzung des Handelsapparats erklären, der alle Preisverbilligungen absorbiert und eine Hebung des Massenwohlstands verhindert. Besonders stark sorgen die Kartelle und Syndikate dafür, daß keine Preisanpassung an die veränderte Wirtschaftslage erfolgt. Lehrreich ist in dieser Beziehung der Bericht des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-syndikats für 1928-1929, aus dem sich errechnen läßt, daß der Konkurrenzkampf um den Absatz im bestrittenen Gebiet das Syndikat rund 230 Millionen Mark gekostet hat, die den Inlandsverbrauchern durch entsprechend hohe Kohlenpreise zur Tragung auferlegt wurden. Aus dem Preisindex für industrielle Rohstoffe und Halbwaren wird diese preistreibende Tendenz, verallgemeinert, ebenfalls deutlich. Während (auf der Basis 100 für 1926) der Index für Waren, die dem Preisdiktat von Kartellen und Syndikaten nicht unterworfen sind, seit Januar 1929 von 101,9 auf 96,9 im Juli gesunken ist, stieg der Index der kartellgeregelten Preise in der gleichen Zeit von 104,6 auf 104,9. Alle Exportbestrebungen, so erwünscht sie an sich sein mögen, werden aber auf die Dauer nicht den Absatzausfall wettmachen können, der auf die ungenügende innere Kaufkraft zurückzuführen ist.

**Lebensraum und Wirtschaft** Wie stark bei dem Problem der Massenkauflkraft, die gleichbedeutend ist mit dem Wohlstand der arbeitstätigen Bevölkerung, eine ganze Kette sozialer Fragen in unmittelbarem Zusammenhang mit wirtschaftlichen steht, wird aus einer Denkschrift über die gesundheitlichen Verhältnisse des deutschen Volkes 1927 erkennbar. Die unzureichenden Erwerbsverhältnisse wirken sich schädlich aus

auf die Ernährung; zusammen mit völlig unzulänglichen Wohnverhältnissen bestimmen sie die Gesundheitsverhältnisse des ganzen deutschen Volkes.

Die Tuberkuloseerkrankungen, die mit gesunden Wohnungen zweckmäßiger und erfolgreicher als mit Sanatoriumskuren bekämpft werden können, sind zwar erfreulicherweise zurückgegangen. Um so bedenklicher ist demgegenüber die Tatsache, daß 1927 bei der Berliner Ortskrankenkasse zum Beispiel von 100 Krankheitsfällen, die zu Arbeitsunfähigkeit führten, 8 bis 10 auf Erkrankungen der Verdauungsorgane zurückzuführen waren. Hier wird der enge Zusammenhang zwischen Lebenshaltung und Leistungsfähigkeit im Beruf besonders auffallend klar; es sind Vorgänge, die, obgleich sie in die Zone der Sozialpolitiker fallen, den Wirtschaftspolitikern nicht entgehen sollten. Die Ursache der Erkrankungen liegt zweifellos nicht so sehr im "unrationellen Großstadtleben" als vielmehr in den unzureichenden Ernährungsmöglichkeiten. Die Tatsache, daß nach Erhebungen des Reichsausschusses der Deutschen Jugendverbände 10 % der Schulkinder unterernährt sind, und weitere 40 % nur "ausreichend" ernährt, rückt die Gefahren der mangelhaften Ernährung in das grellste Licht.

**Konzernpraxis** Die Bergwerksgesellschaft Georg von Giesches Erben legte dieses Jahr der Öffentlichkeit zum erstenmal einen Abschluß, und zwar für das Geschäftsjahr 1928, vor, der weniger den Charakter einer Bilanzveröffentlichung als den eines Prospekts trägt. Die neuen Pläne der Gesellschaft lassen es ratsam erscheinen der Öffentlichkeit einmal Zahlen mitzuteilen, weil Giesche aus seiner Grenzposition in Oberschlesien nach Mitteldeutschland rücken will und daraus die Konsequenzen zieht: wieder national zu werden. Man muß sich in die Erinnerung zurückrufen, daß die Bergwerksgesellschaft Georg von Giesches Erben durch Kabinettsorder von 1862 eine juristische Persönlichkeit geworden ist, die unter dem Schutz jahrhundertalter Privilegien eine wirtschaftliche Position erhielt, die sie zu einem wichtigen Faktor der internationalen Zinkproduktion machte. Als 10000teilige Gewerkschaft, von der sich 9000 Anteile in wohlverwahrtem Familienbesitz befinden, brauchte sie der Öffentlichkeit keine Bilanzen vorzulegen; sie konnte so unter dem Schutz der Undurchsichtigkeit einen Konzern aufbauen, über dessen Ausmaß erst Klar-

heit geschaffen wurde, als Teile des Gieschebesitzes durch die Abtrennung Oberschlesiens an Polen fielen. Durch die neue Grenzverlegung behauptete Giesche eine Schuldenlast von 35 Millionen übernommen zu haben, die einen jährlichen Zinsendienst von 3 Millionen erforderte. In der Gemarkung der Stadt Beuthen baute sie ihre Zink- und Kohlenbetriebe aus und benutzte schließlich im Frühjahr 1928 ihre privatwirtschaftliche Machtstellung, um von der Stadt Beuthen für die Jahre 1927 bis 1932 eine fast 50prozentige Gewerbesteuerermäßigung, von 6¼ Millionen auf 3½ Millionen Mark, zu fordern. Mit der Ankündigung, man werde sonst die Beuthener gewerblichen Unternehmungen boykottieren, wurde rigoros der Forderung der nötige Nachdruck verliehen. Mit diesem Angriff des "Grenzopfers" auf die Steuerhoheit der Stadt und der Drohung; diese Steuerkraft durch Boykott der Gewerbetreibenden zu zerrütten, verträgt sich offenbar anstandslos die Tatsache, daß Giesche mit der amerikanischen Finanzgruppe Harriman recht lohnende Geschäfte machte. Amerika und England, als Hauptinteressenten am internationalen Zinkmarkt, liefen sich jahrelang den Rang ab, um das oberschlesische Zinkrevier zu erobern, über das Giesche herrschte. Harriman behielt die Oberhand und sicherte sich einen namhaften Einfluß vor allem durch Ankauf polnischer Blei- und Zinkgruben der Familie Giesche; ebenso konnte er erfolgreich seine Beteiligungen an den wichtigsten Kohlen-, Zink- und Eisenhütten in Polnisch Oberschlesien erweitern. Die Transaktionen Bismarckhütte, Königs- und Laurahütte, Silesiahütte und Kattowitzer Bergbauaktiengesellschaft, die schon seit Juli 1928 laufen, sind jetzt zum Abschluß gekommen. Giesche verarbeitete bisher einen Teil ihrer Zinkerze in der polnischen Giesche Spolka Akcyjna weiter, verkaufte aber den größten Teil an Lipine, Hohenlohe und Henckel-Donnersmarck. Mit einem Kostenaufwand von 35 Millionen Mark sollen jetzt, in Zusammenarbeit mit der Dessauer Gasgesellschaft, bei Magdeburg neue Zinkhüttenanlagen geschaffen werden, in denen Giesche ihre Zinkerze selbst aufbereiten will. Der Plan entspringt einmal der Tatsache, daß die Erzielungsverträge mit dem Ausland ablaufen, ihrer Verlängerung offenbar Schwierigkeiten entgegenstehen, und die bisherigen Haupteinnahmequellen damit versiegen. Zwar wird als Grund für die Flucht aus Oberschlesien die hohe Steuerlast angegeben; doch dürfte sie keines-

wegs den Ausschlag geben. Bestimmend ist wohl der Wunsch nach Sicherung des Besitzes von der Grenznahe und wohl auch die Nachbarschaft der Interessengemeinschaft Farbenindustrie in Leuna und Merseburg. Kanalbau und Lage im neuen Industriezentrum Deutschlands eröffnen zudem Standortsgewinne. Giesche beabsichtigt den Zinkbedarf Deutschlands, der fast noch zur Hälfte aus dem Ausland eingeführt wird und rund 200 000 Tonnen jährlich beträgt, selbst zu erzeugen und stellt die neuen Hütten auf eine Kapazität von 60 000 Tonnen ein. Das Projekt soll durch die in der Schweiz neugegründete Monferrumgesellschaft finanziert werden, in die der Gieschebesitz der wiederum von Harriman kontrollierten Silesian American Corporation eingebracht wird. Die 5 Millionen von im ganzen 12 Millionen Dollars 7-prozentiger preferred shares, die Giesche gehören, sowie 98 000 von 200 000 Stück common shares der Silesian American Corporation repräsentieren einen Wert von 45 Millionen Mark und sind neben nominal 11 Millionen Mark Dessauer Gasaktien die wichtigsten Beteiligungen im Besitz der Gieschegesellschaft.

#### Informationsmittel

Youngplan und Haager Konferenz haben eine Flut von Schriften entstehen lassen, die alle um das Thema *Deutschland und die Reparationen* kreisen. Die notwendige Orientierung über die im Haag getroffenen politischen und finanziellen Vereinbarungen erfolgt am zweckmäßigsten durch den amtlichen Text der Haager Protokolle, der bei Reimar Hobbing in Berlin erschien. Lesenswert ist, was Adolf Weber /München/ über Reparationen, Youngplan und Volkswirtschaft sagt /Berlin, Junker & Dünnhaupt/. Materialmäßig umfassend ist die Abhandlung Friedrich Raabs *Youngplan oder Dawesplan?* /Berlin, Reimar Hobbing/, die sich unter Aufrechterhaltung bestimmter Forderungen für den Youngplan als kleineres Übel ausspricht. Ähnliche Tendenz hat die Schrift Bernhard Spangenberg *Deutschlands Reparationslasten* /Dresden, Wilhelm Limpert/. Doch werden alle diese Publikationen nur dann wirkliche Dienste leisten, wenn ihnen die Lektüre der oben angezeigten offiziellen Haager Protokolle vorausging.

Für die bevorstehende Änderung der Statuten der *Reichsbank* sei auf den Enquetebericht des Unterausschusses für Geld-, Kredit- und Finanzwesen über die *Reichsbank* /Berlin, E. S. Mittler & Sohn/ aufmerksam gemacht.

**Kurze Chronik** Aus den Mitteln der Doktor-Walcker-Stiftung setzte die Universität Leipzig 2 Preise zu je 1500 Mark für die beste Bearbeitung dieser beiden Themen aus: »Wirtschaftskrisen und Kriminalität« und »Reparationslasten und äußere Handelspolitik«. Die Arbeiten müssen bis zum 1. Oktober 1930 eingereicht sein. ◊ Die immer engere Verflechtung deutscher mit amerikanischen Industriegruppen, die damit begann, daß die General Motors Company die Adam-Opel-Aktiengesellschaft erwarb (siehe diese Rundschau, in diesem Band Seite 722), wurde jetzt durch das Zusammengehen der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft mit der General Electric Company fortgesetzt. Die amerikanische Gesellschaft sendet 3 Aufsichtsräte, darunter Owen Young, in das deutsche Unternehmen, ohne daß der deutschen Gesellschaft ein entsprechender Einfluß auf sie gewährt wird. Das ist ein Prozeß, der, wenn er fortgesetzt wird, die deutsche Wirtschaft ganz in die Hände Amerikas legt. ◊ In England wird die Bildung eines nationalen Kohlenzwangssyndikats betrieben, dessen Existenz die Möglichkeit böte die Regelung der *Kohlenwirtschaft* auf dem Kontinent zu beeinflussen. Dieser Plan hat zunächst keine großen Aussichten, da England in dem Bestreben seinen technisch äußerst mangelhaften Zechen einen möglichst großen Absatzmarkt in Europa zu sichern den Widerstand der deutschen Montanindustrie hervorrufen muß, deren Absatzmöglichkeiten sich durch die von Philip Snowden im Haag durchgesetzte weitere Einschränkung der Sachlieferungen auf Reparationskonto verschlechtert haben. Hier wird sich die deutsch-französische Interessengemeinschaft notgedrungen stärker erweisen als die proenglische Neigung der deutschen Politik. ◊ Ähnlich dem Frankfurter Versicherungskrach und all den anderen sich häufenden Vorkommnissen gleicher Art in Deutschland erlebte auch England seinen *Finanzskandal* mit dem Zusammenbruch des Photomatonkonzerns des Spekulanten Hatry, der auf die Londoner Börse katastrophal wirkte und innerhalb weniger Tage zu über 200 Millionen Mark Kursverlusten führte.

#### Literatur

Eine Reihe guter Neuerscheinungen behandelt Fragen, die Deutschland re-spektive Europa in Beziehung zu weltwirtschaftlichen Problemen setzen. Der Schweizer Bankier *Felix Somary* behandelt die Wandlungen der Weltwirtschaft

seit dem Kriege /Tübingen, J. C. B. Mohr/ und stellt die Frage der wirtschaftlichen Organisation Europas in den Vordergrund. Die Lösung der kontinental-europäischen Fragen hält er nur unter gemeinsamer deutsch-französischer Führung für möglich, wobei ihm aber ein Einvernehmen mit England unerlässlich scheint; der Gedanke, daß der europäische Kontinent ganz unabhängig seine Angelegenheiten regelt, scheint ihm nicht zu kommen.  $\diamond$  In einem umfassenden Buch, betitelt *Amerikas Schutzzollpolitik und Europa* /Berlin, Walther Rothschild/, zeigt *Wilhelm Grotkopp* in scharf pointierender Weise, daß Amerika seine Wirtschaftspolitik in völliger Autarkie lediglich unter dem Gesichtswinkel der Aufrechterhaltung seines Lebensstandards orientiert. Grotkopp zieht daraus den richtigen Schluß, daß gegenüber der Hochschutzzollpolitik nur eine Europäische Zollunion wirkungsvoll sein kann. Alle Pläne europäischen Wiederaufbaus müssen die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten von Amerika als Absatzgebiet gesperrt sind und bleiben werden, in Rechnung stellen. Tut man das, so kommt man zu dem Ergebnis: Eine wirkliche Lösung bringt nur der zu schaffende Vereinigte Europäische Kontinent.  $\diamond$  Von kleineren Schriften, die eine rasche Orientierung über Einzelgebiete ermöglichen, sei *Theodor Mayers Deutsche Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit* /Leipzig, Quelle & Meyer/ genannt.  $\diamond$  Bei B. G. Teubner in Leipzig kam *Max Georg Schmidts* Geschichte des Welthandels in 5. Auflage heraus.  $\diamond$  Dort erschien auch *Theodor Plauts* Deutsche Handelspolitik, völlig neu überarbeitet, in 2. Auflage.  $\diamond$  Den Konjunkturpolitikern sei das 30. Heft der Kieler Vorträge /Jena, Gustav Fischer/ empfohlen, in dem *Moritz Rudolf Weyermann* die Konjunktur und ihre Beziehungen zur Wirtschaftsstruktur behandelt.  $\diamond$  In einem 3. Band des hier (1928 II Seite 1094, 1929 I Seite 236 und folgende) schon angezeigten Werks *12 Jahre Ruhrbergbau* /Berlin, Reimar Hobbing/ behandelt Hans Spethmann den Ruhrkampf 1923 bis 1925 in seinen Leitlinien. Gerade zu dem Zeitpunkt, da die Befreiung der Rheinlande Fortschritte macht, ist es interessant und aktuell zugleich sich an authentischem Material über den Ablauf der Zeit zu orientieren, die jetzt zum Abschluß kommt. Das umfassende Werk wird im Frühjahr mit einem 4. Band abgeschlossen und durch einen Bilder- und Dokumentenband ergänzt werden. Man wird dann auf das Gesamtwerk zurückkommen müssen.

### Sozialistische Bewegung / Valtin Hartig

**Österreich** Zeichnet<sup>2</sup> das Jahrbuch 1928 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands das Bild eines Organisationsapparats von hervorragender Durchbildung und imponierender Größe, so zwingt das Jahrbuch 1928 der österreichischen Arbeiterbewegung geradezu zur Bewunderung. Als organisatorische Leistung steht die Sozialdemokratische Partei Österreichs an 1. Stelle in der Sozialistischen Internationale. In einer an Zahl 10mal kleinern Bevölkerung kann sie der rund 1 Million umfassenden Mitgliedschaft der deutschen Partei  $\frac{1}{4}$  Millionen Mitglieder gegenüberstellen; die deutsche Partei müßte also bei gleichem Organisationsverhältnis rund 7 Millionen zählen. Das Jahrbuch enthält eine Reihe eindrucksvollster statistischer Angaben. Es ist der Partei gelungen 46 % derjenigen, die bei der letzten Nationalratswahl für sie stimmten, als Mitglieder zu gewinnen. Erstaunlich ist der große, in keinem andern Land erreichte Prozentsatz der Frauen unter der Mitgliedschaft: rund 32 %. Heute deckt sich die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder, die seit 1921 ständig langsam zurückging und erst seit einem Jahr wieder leicht ansteigt, mit der der Parteiangehörigen. Es ist also anzunehmen, daß fast alle Gewerkschafter auch organisierte Sozialdemokraten sind. Daraus folgt, daß die Partei eine innere Stärke aufweisen kann, die größer ist als in den Parteien der anderen Länder, und daß die Durchdringung mit sozialistischen Ideen in ihrer Mitgliedschaft ebenfalls größer sein muß. Wer die Vorgänge in Österreich in der letzten Zeit etwas näher verfolgt hat, wird sich gewundert haben, wie oft die Partei die Massen mit größtem Erfolg zu unzähligen Versammlungen gerufen hat. Die gespannte politische Situation ist dem Besuch natürlich günstig. Aber sie erklärt ihn nicht allein. Der andere Grund ist der, daß die Massen organisatorisch doppelt erfaßt und entsprechend geschult sind. Ausschlaggebend in der Partei ist Wien, dessen erwachsene Bevölkerung sich fast zu  $\frac{1}{3}$  in der sozialdemokratischen Organisation befindet; immerhin umfassen die übrigen Bundesländer 42 % der Gesamtmitgliedschaft. Das Erstaunlichste dürfte wohl sein zu lesen, daß in der Hauptstadt 82 % der sozialdemokratischen männlichen Wähler in der Partei organisiert sind. Wien bringt 45 % der Wahlstimmen auf, umfaßt aber 58 % der Parteimitglied-

schaft; das Verhältnis der erwachsenen Einwohner Wiens zu denen des gesamten Landes ist 1,3 : 4. Besonders interessant ist eine Statistik über die Alterszusammensetzung der Partei in Wien. Nach ihr umfaßt die stärkste Gruppe das Alter von 21 bis 30 Jahren (im Bezirk Ottakring 30,96%), die Mitglieder bis zu 40 Jahren machen im Arbeiterviertel Ottakring 63,32% aus. Interessant wäre es diese Zahlen mit den entsprechenden deutschen zu vergleichen. Wahrscheinlich schnitten in Deutschland die jüngeren Jahrgänge weniger günstig ab. Man redet zuweilen von einer Überalterung der Partei. Auf die Mitgliedschaft trifft dies also keineswegs zu. Anders steht es dagegen wohl mit dem Funktionärkörper; darüber wurde auf dem Parteitag am 10. Oktober einmal deutlich gesprochen. Ein so starker und gut gefügter Parteikörper hat einen tüchtigen, opferwilligen, gut durchgebildeten Funktionärstamm zur Voraussetzung. Das Jahrbuch gibt für Wien mit 417 000 Parteimitgliedern 15 151 Vertrauensmänner und 3549 Funktionärinnen an; unter den 417 000 Mitgliedern sind 149 000 Frauen. Es wäre zu wünschen, daß die in diesem Jahrbuch begonnenen statistischen Darlegungen in der Zukunft noch weiter ausgebaut und auch in den anderen Ländern nachgeahmt würden. Sie müßten interessante soziologische Einblicke gewähren. Leider ist die Darlegung der Kassenverhältnisse der Partei und ihrer weiteren Organisationen im Gegensatz zu den Angaben in dem deutschen Bericht recht knapp.

Das Jahrbuch bringt neben dem Bericht über die politische Tätigkeit im Nationalrat, den Landtagen und den Gemeinden auch eine gedrängte Zusammenfassung der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung. Ein ausführlicheres Kapitel ist den Arbeiterkammern gewidmet. Unter der Rubrik Bildungs- und Kulturbewegung werden knapp alle anderen sozialistisch eingestellten Vereine behandelt. Man erfährt dabei nicht nur etwas über die ausgedehnte Parteibildungsarbeit sondern auch über die Sport- und Sängerverorganisationen und liest, daß es eine Zentralstelle sozialistischer Individualpsychologen gibt. Paritätisch sieht man neben dem Freidenkerbund den Bund der Religiösen Sozialisten behandelt. Das Jahrbuch, das von der Partei in dem ihr gehörigen Wiener Volksbuchhandlungsverlag herausgegeben wird, bringt also einen Überblick über die Organisation und die Tätigkeit

der Partei selber und über alle Organisationen, die ihr befreundet sind, und in denen sie einen Einfluß besitzt.

Mitten in einer Zeit größter politischer Erregung und der damit in Zusammenhang stehenden Regierungsumbildung (siehe den Artikel Renners Der Schlag, der daneben ging, in diesem Band Seite 880 und folgende) wurde in Wien vom 8. bis zum 10. Oktober der diesjährige Parteitag abgehalten. Er mußte in dieser Situation ein politischer Faktor von höchster Bedeutung und direkter Einwirkung auf das politische Geschehen des Landes sein. Er mußte die Stärke, die Geschlossenheit und den festen Willen der Partei ihren Gegnern gegenüber zeigen. Das gelang.

Der wichtigste Verhandlungsgegenstand war der Kampf um die Demokratie. Die Sozialdemokratie ist in Österreich heute die einzige zuverlässige Verteidigerin der Demokratie. Und sie ist es rückhaltlos, ohne jede Zweideutigkeit. Man hat viel gelernt in den letzten Jahren. Eine kräftige Sprache hat man zwar immer geliebt, aber in Österreich, scheint es, darf man sie nicht so ernst nehmen. In beiden Lagern. Die österreichische Sozialdemokratie hat ihre wirkliche Stärke begriffen. Sie ist dem Ansturm der Gegner gegenüber auch zu Konzessionen bereit. Der Referent zu dem genannten Hauptpunkt, Otto Bauer, zählte 5 Punkte auf, in denen die Partei unnachgiebig sein wird. Er sprach auch erneut aus, daß man bereit sei ernsthaft den Schutzbund abzurüsten, wenn auch die Heimwehr entwaffnet werde. Über das Wahlsystem machte er einige Ausführungen, die auch in Deutschland beachtet werden sollten. Er gab zu, daß bei der Listenwahl die Fühlung zwischen Wähler und Abgeordnetem verloren geht.

Der 2. Verhandlungsgegenstand des Parteitags war der Kampf um die Bodenreform. Die Partei muß versuchen den Kleinbauern für sich zu gewinnen. Nur mit ihm kann sie die Mehrheit bekommen. Auf dem Parteitag wurde betont, daß dem Kampf um die Verfassungsreform der Kampf um die Bodenreform entgegensetzen sei.

Der große Ansturm gegen die Sozialdemokratie ist ihrem Leben bis jetzt nur förderlich gewesen. Der Parteitag zeigte, daß man auch durch Organisationsreformen zu einer Stärkung des innern Lebens der Partei kommen will. Neben den Parteivorstand soll, wie in Deutschland der Parteiausschuß, eine erweiterte Parteivertretung von 40 Mitgliedern gestellt werden, von denen 20 der Partei-

vorstand und 20 die Länder stellen. Dadurch will man auf die Länder mehr Rücksicht nehmen. Auf dem Parteitag werden in Zukunft die Sport- und Kulturorganisationen durch eine bestimmte Mandatszahl vertreten sein. Bei der Begründung dieser Vorschläge des Parteivorstands ging dessen Sprecher Julius Deutsch auch auf die Notwendigkeit ein bei den Parteifunktionen auch die Jugend stärker zu berücksichtigen. In seinem Schlußwort sprach er sogar gegen die Ämter- und Funktionenkumulierung auf eine Person.

**Holland** Auf ihrem letzten Parteitag hatte die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands zu einer eventuellen Beteiligung an der Regierung je nach dem Ausfall der Wahlen Stellung genommen und ihre Bereitwilligkeit dazu ausgesprochen (siehe diese Rundschau, 1929 I Seite 436). Die Wahlen zur Zweiten Kammer am 3. Juli haben aber keine Änderung der politischen Situation für sie gebracht. Zwar stieg die Anzahl der sozialdemokratischen Stimmen um rund 100 000, die Mandatszahl blieb aber die gleiche, nämlich 24 von den 100, die die Kammer umfaßt. Übrigens wurde auch die Abgeordnetenzahl der größten Partei, der Katholiken, mit 30 nicht verändert; die Kammer zeigt fast die gleiche Zusammensetzung wie vor der Wahl. Eigenartig sind die politischen Verhältnisse in Holland, wo seit Herbst 1925 Minderheitsregierungen bestehen. 36 Parteien beteiligten sich am Wahlkampf. Aber nur 9 errangen Mandate. Aus den Namen der Parteien: Katholiken, Christlich-Historische, Protestanten, Katholische Demokraten usw., geht schon hervor, wie sehr die Politik durch religiöse Momente bestimmt, und die Sammlung der Arbeiter und Kleinbauern den Sozialisten dadurch erschwert wird. Das große Problem, um das die Sozialdemokratie kämpft, ist völlige Abrüstung. Das Streben danach geht aus der Überzeugung hervor, daß das kleine Land sich militärisch doch nicht verteidigen kann, die hohen Militärausgaben also pure Verschwendung bedeuten, und sich nur die Aufrechterhaltung einer Polizeitruppe rechtfertigen lasse. Ein entsprechender Gesetzesantrag der Sozialdemokratie wurde 1927 mit einer Zweidrittelmehrheit verworfen. Die andere große Frage ist der Ausbau der Altersversicherung. Von sehr großer Bedeutung für das politische Leben ist in Holland das Kolonialproblem. Die Sozialisten verfechten gegenüber der

Ausbeutungspolitik in Ostindien mit den reichen Petroleumquellen und der auf verschleierte Zwangsarbeit der Einheimischen beruhenden Plantagenwirtschaft den Gedanken die Kolonialbevölkerung ernstlich an der Verwaltung zu beteiligen und sie allmählich selbständig zu machen.

**England: Parteitag 1929** Durch ihre außenpolitische Aktivität ist es der Labourregierung rasch gelungen ihre Stellung in der öffentlichen Meinung Englands außerordentlich zu festigen. Schwieriger wird es für sie sein auf innen- und sozialpolitischem Gebiet ihre eigenen Anhänger auch nur einigermaßen zufriedenzustellen. Wie heikel ihre Situation ist, zeigte bereits der Parteitag in Brighton, der vom 30. September bis zum 5. Oktober stattfand. Da er hier an anderer Stelle behandelt wird (siehe den Artikel Weingartz' Die Labourregierung im Spiegel der Kritik ihrer Partei, in diesem Band Seite 893 und folgende), genügt es hier nur kurz auf ihn einzugehen. Fast das ganze Kabinett war auf der Tagung anwesend. Arthur Henderson, Philip Snowden und James Harry Thomas sprachen über ihre bisher geleistete Arbeit. Ernsthaftige Kritik gab es bei Thomas, dem Minister für Arbeitsbeschaffung, der ja der schwierigsten Aufgabe gegenübersteht. Bei der Diskussion des Parteiberichts wurde lebhaft über die Behandlung der Arbeitslosen durch die Bürokratie geklagt und der Regierung deshalb Untätigkeit vorgeworfen. Eine Abstimmung zu diesem Punkt ergab nur eine knappe Mehrheit für den Parteivorstand und damit auch für die Regierung. Da die Gewerkschaften jetzt nur für die Mitglieder den Parteibeitrag zahlen dürfen, die ausdrücklich damit einverstanden sind, ist die Mitgliedschaft auf 1,2 Millionen zurückgegangen. Der Vorstand machte Vorschläge zur Änderung des Parteistatuts. Er wollte eine neue, eine 3. Gruppe von Parteimitgliedern einführen, national associate members, die, ohne einer der bestehenden Mitgliedskörperschaften anzugehören, sich der Gesamtpartei direkt anschließen sollten. Der Vorschlag, hinter dem man den Versuch sah Leuten den Zutritt zur Partei zu ermöglichen, die sich nicht offen zu ihr zu bekennen wagen, und von dessen Verwirklichung man fürchtete, daß sie den Strebern und Abenteuerern das Eindringen in die Partei erleichtern könnte, stieß auf den schärfsten Widerspruch und mußte schließlich zurückgezogen werden.

Den Vorsitz in der Partei erhielt Susan Lawrence, die sich bisher besonders in der Kommunalpolitik betätigt hat; seit 1900 ist sie Mitglied der Londoner Schulverwaltung, seit 1910 des Londoner Grafschaftsrats, seit 1923 Parlamentsmitglied für den Londoner Bezirk East-Ham, und sie hat jetzt in der neuen Regierung MacDonald das Amt eines Parlamentarischen Sekretärs im Ministerium für Volksgesundheit inne.

Die Gewerkschaften gehen daran die Tageszeitung der Labour Party, den Daily Herald, zu einem großen Blatt von hoher Auflage umzugestalten. Überraschend dürfte erscheinen, daß man die geschäftliche Seite einer Privatfirma überträgt, der Odhams Press Limited. Der Beschluß zu dieser Ausgestaltung wurde auf dem Gewerkschaftskongreß in Belfast angenommen. Die Gewerkschaften waren seit einiger Zeit die einzigen Eigentümer der Zeitung, da die Partei ihre Aktien an sie abtreten mußte. In Zukunft besitzt die Odhams-Press-Gesellschaft 51% der Anteile, die Gewerkschaften behalten aber vertraglich den Einfluß auf die Haltung der Zeitung.

#### Australien

Das Land mit den besten Verhältnissen für die Arbeiterklasse und mit den modernsten sozialen staatlichen Einrichtungen ist Australien, das vom europäischen Sozialismus zu wenig beachtet wird. Schon Jahrzehnte vor dem Krieg wurde dort gesetzlich der Achtstundentag eingeführt, die ersten Arbeiterregierungen kamen dort, und schon vor dem Krieg, zustande. In der Nachkriegszeit wurde die australische Arbeiterklasse durch die "Kommunisten" gespalten, und das Ergebnis war der Verlust der Mehrheit in 2 Ländern und im Bund. Die konservative Regierung unter Führung Stanley Bruce suchte die soziale Gesetzgebung zu verschlechtern, insbesondere die 44-Stunden-Woche und das obligatorische Schlichtungswesen zu beseitigen. Darüber kam sie im September gegen eine Mehrheit von nur 1 Stimme zu Fall, bei der zu den 31 Stimmen der Arbeiterpartei 4 Mitglieder der Koalitionsparteien gekommen waren, darunter William Hughes, früher Führer der Australischen Arbeiterpartei; er hatte diese während des Kriegs verlassen und war von 1915 bis 1923 Ministerpräsident. Die Bestrebungen der letzten konservativen Regierung wendeten sich gegen das, was er selbst hatte schaffen helfen; die stärkste persönliche Feindschaft zwischen ihm und Bruce entstand, und

so kam der Sturz der Regierung. Die Wahlen hatten ein klares sozialpolitisches Ziel: für oder gegen die staatliche Schlichtung und für oder gegen ein Bundesschiedsgericht in Arbeitsstreitigkeiten statt bloßer Ländergerichte. Die Wahlen brachten der Arbeiterklasse selbst eine Überraschung: Sie ergaben fast eine Zweidrittelmehrheit ihrer Partei, die damit die Bundesregierung übernimmt. Dieses Resultat kommt auch der Außenpolitik der englischen Labour Party zugute, der die frühere Regierung in der Flottenverständigungsfrage mit Amerika Schwierigkeiten machte. Die günstige soziale Situation der australischen Arbeiter ist zum großen Teil auf die kolonialen Verhältnisse des großen und menschenarmen Landes zurückzuführen. Die Arbeitskräfte sind rar, also werden sie hoch bezahlt. Hinzu kommt eine sehr starke gewerkschaftliche Organisation. Das von Europa und Amerika so weit entfernte Gebiet liegt verhältnismäßig den am stärksten überbevölkerten Ländern der Erde nahe: China und Japan, deren natürliches Auswanderungsziel es sein müßte. Den "Gelben" gegenüber aber schließt sich Australien ab. Es ist die Frage, ob die Arbeiterklasse Australiens, um ihren hohen Lebensstandard zu erhalten, nicht auch, wie die amerikanische, Maßnahmen gegen die "weiße" Einwanderung ergreift. Neigung dazu ist deutlich erkennbar.

#### Forschungsgesellschaft

Am 17. und 18. Mai war auf Einladung eines aus sozialistischen Wissenschaftern und Praktikern bestehenden Vorbereitenden Komitees eine Konferenz in Eisenach zusammengetreten, um eine Sozialistische Vereinigung für Wirtschafts- und Gesellschaftsforschung zu gründen. Das Einladungsmemorandum sprach den Gedanken aus, »daß eine große Reihe von Problemen der Nationalökonomie und der Soziologie, die für die Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik und der Sozialpolitik von der größten praktischen Bedeutung ist, der Bearbeitung durch eine Zusammenfassung wissenschaftlicher Kräfte harzt, und daß die systematische Bearbeitung gerade dieser Probleme von den bestehenden wissenschaftlichen Vereinigungen nicht zu erwarten ist, wie diesen Organisationen ihrer uneinheitlichen Zusammensetzung nach naturgemäß nicht die gleichen Probleme als die brennendsten erscheinen können, die vom sozialistischen Standpunkt aus theoretisch wie praktisch als die zentralen angesehen werden müssen«. Ein Kreis

von Theoretikern und Praktikern sollte sich zusammenschließen, »der sich durch die Erkenntnis verbunden fühlt, daß es die Tatsachen selber sind, die in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zum Aufbau des Sozialismus hindrängen«. Um die »Geschlossenheit, Arbeitsfähigkeit und Aktivität des Kreises zu sichern«, sollte ihm »nicht die Form eines Vereins, dem jeder beitreten kann, sondern die einer Gesellschaft gegeben werden«, deren Mitglied man auf Vorschlag und Aufforderung wird. Es waren 80 Genossen erschienen. Über Ziel und Aufgaben sprachen Fritz Tarnow /Berlin/ und Rudolf Goldscheid /Wien/. Die Gesellschaft wurde gegründet, ihre Statuten wurden beschlossen, und 4 Arbeitsgruppen gebildet, mit folgenden Untersuchungsgebieten: 1. Die wirtschaftlichen Funktionen der Sozialversicherung (Leitung Hilde Oppenheimer /Berlin/), 2. Umfang, Bedeutung und Wirkung der Zwangskapitalbildung durch die Öffentliche Hand (Leitung Alfred Braunthal /Berlin/), 3. Die soziale und wirtschaftliche Bedeutung der Grundrechte nach der Weimarer Verfassung (Leitung Ernst Fränkel /Berlin/), 4. Ideologie des Unternehmertums und der kapitalistischen Zwischenschichten (Leitung Hugo Lederer /Heidelberg/ und Jurij Denicke /Berlin/). Der Vorstand der Gesellschaft wurde aus 15 Personen gebildet. Der 1. Vorsitzende ist Fritz Tarnow /Berlin/, Stellvertretende Vorsitzende sind Karl Renner /Wien/ und Hugo Lederer /Heidelberg/; zum Schriftführer wählte man Fritz Naphtali /Berlin/, zum Kassierer Ernst Kahn /Frankfurt/.

**Kurze Chronik** Die deutsche sozialistische Arbeiterbewegung in der *Tschechoslowakei* veranstaltete vom 16. bis zum 18. August in Karlsbad einen großen Arbeitertag. Es war eine eindrucksvolle Kundgebung aller der sozialistischen Bewegung zugehörigen Organe, Verbände, Personen, insbesondere auch der Kulturorganisationen. Zu dem Aufmarsch kamen etwa 60 000 Teilnehmer zusammen. Der Arbeitertag schloß mit einem Massenfestspiel. Im Rahmen des Arbeitertags fand ein außerordentlicher Parteitag am 17. August statt. Die deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei standen zu den tschechischen im Gegensatz. Die Nationalitätenfrage trennte sie. Dieser Parteitag hat die Annäherung gefördert. Der Vertreter der tschechischen Sozialdemokratie sagte in seiner Begrüßungsansprache, daß das Marxsche

Wort »Proletarier aller Länder, vereinigt euch!« in diesem Land variiert werden, daß es zuerst lauten müsse: Proletarier der Tschechoslowakei, vereinigt euch! ◊ Der 5. Kongreß der *Arbeiter-sportinternationale* tagte vom 12. bis zum 14. Oktober in Prag. Der Organisation gehören jetzt 1,8 Millionen Mitglieder an. ◊ Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kaufte das *Geburtshaus Karl Marx* in Trier an, um es so wiederherstellen zu lassen wie es zur Zeit der Geburt Marxens war und es dann als Marxmuseum und Archiv zur Marxforschung aufrechtzuerhalten. So sollen unter anderm die Duplikate sämtlicher Marxschen Handschriften dort aufbewahrt werden. ◊ Am 10. Oktober waren es 10 Jahre, daß *Leo Arons* starb. Es ist, wie Heine in seinem Gedächtnisartikel (in diesem Band Seite 875 und folgende) ausführt, notwendig die junge Generation unserer Partei auf ihn hinzuweisen; sie wird dann besser die ihr gestellte Aufgabe erkennen. Denn Arons war nicht nur einer der Besten unserer Bewegung überhaupt, er gehörte auch zu den wenigen, die bei ihrer Gegenwartsarbeit stets die Zukunft im Auge haben. Daher war er den Sozialistischen Monatsheften der engste Freund und stets bereit Helfer; der Verlust, den ihnen sein Tod zufügte, war und ist durch nichts auszugleichen. ◊ Am 16. Oktober wurde *Karl Kautsky* 75 Jahre alt. Jahrzehnte hindurch als offizieller Theoretiker des Marxismus anerkannt, von den »Radikalen« wegen seiner (freilich nicht gelungenen) Vernichtung des Revisionismus bejubelt, ist er jetzt, da er sich nicht dazu verstehen konnte dem Bolschewismus einen marxistischen Charakter zuzuerkennen, von den Kommunisten exkommuniziert. Die Berliner Rote Fahne bringt es fertig ihn einen »verächtlichen Renegaten« und, selbstverständlich, einen »Konterrevolutionär« zu nennen und ihn mit ekelhaften Schimpfworten zu belegen. Diesen Dank hat Kautsky von dem »Radikalismus«, dem er seine besten Kräfte gewidmet hatte, wirklich nicht verdient. An der Bedeutung Karl Kautskys für den kontinentalen Sozialismus, die auch auf revisionistischer Seite nicht bestritten wird und in den Sozialistischen Monatsheften, die stets mit ihm im Kampf lagen, anerkannt wurde (siehe hier die Besprechung seines Werks *Die materialistische Geschichtsauffassung*, in der Rundschau Sozialwissenschaften, 1928 I Seite 353 und folgende), kann das bolschewistische Schimpftrommelfeuer nichts ändern.

Gewerkschaftsbewegung / Franz Große

**Internationales Wirtschaftsprogramm** In dieser Rundschau ist mehrfach darauf hingewiesen worden, daß die Forderungen und nächsten Ziele der Gewerkschaftsbewegungen aller großen europäischen Länder heute fast die gleichen sind, daß die wirtschaftspolitischen Programme und Richtlinien eine merkwürdig starke Übereinstimmung aufweisen. Sie bewegen sich alle in der Richtung, die in Deutschland mit dem Namen Demokratisierung der Wirtschaft umschrieben wurde. In dieser Situation war es für den Internationalen Gewerkschaftsbund möglich und notwendig sich ein internationales Wirtschaftsprogramm zu geben. Es hat einer verhältnismäßig langen Zeit bedurft, bis er diesen Schritt tun konnte. Aber man muß immer dabei bedenken, daß der Internationale Gewerkschaftsbund ein Bund freier autonomer Gewerkschaftsbünde ist, die alle unter Berücksichtigung der besonderen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse ihres Landes den Kampf um die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaft, um den Aufbau einer sozialistischen Wirtschaftsordnung führen müssen. Für alle diese Bünde konnte der Internationale Gewerkschaftsbund nicht, wie es manche Scheinradikalen oft wünschten, ein Programm dekretieren, das zwar alle möglichen schönen Vorschläge und Forderungen enthielt, das aber doch nicht realisierbar war. Er mußte warten, bis durch die kapitalistische Entwicklung die Voraussetzung für ein wirklich von allen wesentlichen Gewerkschaftsbünden anzuerkennendes und auch zu verwirklichendes Programm geschaffen war. Er mußte warten, bis die Forderungen der einzelnen Bünde im großen und ganzen einander angeglichen waren. Dann konnte er das Gemeinsame noch stärker und sichtbarer herausstellen und so deutlich den Weg der großen Internationale für die Zukunft aufweisen. Das neue Wirtschaftsprogramm, das auf der Tagung des Ausschusses des Internationalen Gewerkschaftsbunds in Prag vom 23. bis zum 25. Mai nach einem ausführlichen Referat Theodor Leiparts angenommen wurde, enthält denn auch in straffer und gesammelter Form die Forderungen und Wünsche, die in den Programmen der deutschen, der englischen und der französischen Gewerkschaften zu finden sind. Es vermeidet alle die wohlklingenden, aber nichtssagenden Phrasen von der sozialistischen Zukunftswirtschaft, die in Kundgebungen früherer Zeit zu finden sind. So erfreulich dies ist, man

hätte doch in der Einleitung des Programms eine stärkere Hervorhebung des Ziels gewünscht. Dieses fordert nur an einer Stelle »die Verstaatlichung der Bodenschätze, Naturkräfte und des Transportwesens, die Ausdehnung staatlicher und gemeindlicher Wirtschaft auf dem Gebiet der Versorgung des allgemeinen Bedarfs«. Das Programm zerfällt in einen Internationalen und einen Nationalen Teil. Über diese Scheidung heißt es in der Einleitung: »Es handelt sich hierbei aber nicht um Gegensätze in den Aufgaben, sondern die nationalen und die internationalen Aufgaben sollen sich gegenseitig ergänzen. Beide Aufgaben, die auf internationalem wie die auf nationalem Wirtschaftsgebiet, müssen erfüllt werden. Der Kampf um ihre Verwirklichung muß in einem harmonischen Ganzen zusammenwachsen.«

In den Forderungen auf internationalem Gebiet ist ein klares Bekenntnis zum Völkerbund in Genf und zum Internationalen Arbeitsamt abgelegt. In den sicher heute noch unvollkommenen und in jeder Hinsicht auszubauenden Institutionen des Völkerbunds sieht der Internationale Gewerkschaftsbund zum mindesten die ersten Ansatzpunkte zu einer großzügigen internationalen Wirtschaftspolitik. So wird ein Internationales Wirtschaftsamt in Genf gefordert, das in enger Verbindung mit dem Internationalen Arbeitsamt stehen soll. In ihm soll der organisierten Arbeiterschaft eine entscheidende Mitwirkung gewährt sein. Durch dieses Wirtschaftsamt sollen die internationalen Trusts, Kartelle und Vereinbarungen kontrolliert werden. Alle wirtschaftlichen Konflikte sollen einem internationalen Schiedsgericht unterbreitet werden. Der Internationale Gewerkschaftsbund fordert weiter die volle Durchführung der Stabilisierung der Währungen und die größtmögliche Stabilisierung der Kaufkraft des Geldes. Aus sozialpolitischen und vor allem auch aus wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten wird die Ratifizierung, strikte Anwendung und Erweiterung der internationalen Arbeitskonventionen gefordert. Zur Frage des internationalen Güterauswechsels heißt es: »Der Internationale Gewerkschaftsbund unterstützt aufs energischste die auf Initiative der Weltwirtschaftskonferenz des Jahres 1927 eingeleiteten Bestrebungen. Er wiederholt seine Forderung auf Abschaffung der Zollschranken, die die Gesundung der Weltwirtschaft behindern. Insbesondere fordert er die Beseitigung der Zollmauern Europas.« Es ist immerhin erfreulich, daß in dem Manifest wenigstens an einer

Stelle, allerdings kaum stark betont (und noch dazu aus traditioneller Freihandelsideologie heraus), die Idee des europäischen Zusammenschlusses zu finden ist. So sehr die Forderungen des Internationalen Gewerkschaftsbunds auf internationalem Gebiet auch im einzelnen durchaus zu unterschreiben sind, ihre Verwirklichung liegt größtenteils noch in weiter Ferne. Solange es nicht gelingt dem Völkerbund eine starke Exekutivgewalt zu geben, solange nicht große wirtschaftliche und politische Gebilde mit wirklich einheitlicher Leitung, vor allem der Vereinigte Europäische Kontinent, geschaffen sind, wird selbst die Verwirklichung vieler Forderungen des Internationalen Gewerkschaftsbunds doch nur einen sehr bedingten Wert haben. Freilich, die Frage, ob der Völkerbund und seine Institutionen eine wirkliche Macht gewinnen, wird von der Politik aus beantwortet. Die Gewerkschaften können nur helfen in den einzelnen Ländern die politischen Voraussetzungen zu schaffen. Dies wird auch in den folgenden Sätzen des Programms zum Ausdruck gebracht: »Nur eine starke öffentliche Meinung kann in den verschiedenen Ländern die Regierungen zwingen internationale Übereinkommen und Konventionen auszuführen. Es ist deshalb Aufgabe der organisierten Arbeiter diese öffentliche Meinung zu schaffen und aufrechtzuerhalten.« Gerade an der Verwirklichung der internationalen Forderungen wird die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaft und Partei deutlich. In den Forderungen auf nationalem Gebiet fällt besonders die Stellungnahme zur Rationalisierung auf. Die Rationalisierung der Industrie wird bejaht. »Die Gewerkschaften sollen die planmäßige Entwicklung der Industrie, ihre rationelle Zusammenfassung in größere Einheiten, die finanzielle Reorganisation und die Ersetzung älterer Maschinen und Methoden durch neue Anlagen und technische Methoden fördern.« Es wird dann aber weiter mit allem Nachdruck betont, »daß die nötigen Schutzmaßnahmen gegen die Ausbeutung der Arbeiter getroffen werden müssen, und daß besonders die Steigerung des Lebensstandards mit der steigenden Produktion Schritt zu halten hat«. Einige ganz konkrete Forderungen ergänzen diese allgemeinen Ausführungen. Es wird weiter dann die Überwachung der nationalen Währungs- und Kreditpolitik unter Mitwirkung der Gewerkschaften und die Offenlegung und Überwachung der Wirtschaft, vor allem auch durch eine umfassende Produktions- und

Wirtschaftsstatistik, gefordert. In der Förderung der öffentlichen Wirtschaft, der Ausbreitung der Konsumgenossenschaften sowie der Entwicklung gewerkschaftlicher Eigenbetriebe werden geeignete Mittel gesehen, um die monopolistische Beherrschung der Wirtschaft durch das private Kapital einzuschränken und die Gewerkschaften in ihrem Kampf zu unterstützen. Daß die Gewerkschaften auch an das Interesse der Gesamtwirtschaft denken, zeigt die Forderung nach einer planmäßigen Förderung der Landwirtschaft. Die Versuche die Lohnpolitik der Gewerkschaften auch wissenschaftlich zu begründen und sie auch in ihrer Bedeutung für den Kampf um das Ziel des Sozialismus klar zu erkennen, kommt in dem Inneren Markt überschriebenen Abschnitt des Programms zum Ausdruck. Hier heißt es unter andern: »Darum sind die täglichen Kämpfe der Gewerkschaften um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie die Politik der hohen Löhne unerlässlich für den Aufbau einer gerechtern Wirtschaftsordnung.« Am Schluß des Programms wird darum eine aktive Beteiligung der Gewerkschaften an der Wirtschaftsführung in den einzelnen Ländern gefordert. Es wird vor allem betont, daß die Gewerkschaftszentralen der Länder, in denen noch kein Nationaler Wirtschaftsrat besteht, die Forderung nach einem solchen an die Spitze ihres Programms stellen sollen. Trotz allen kritischen Bedenken, die hier und da im einzelnen geltend zu machen sind, bleiben die Richtlinien für die Wirtschaftspolitik des Internationalen Gewerkschaftsbunds doch ein hochbedeutendes, in seinem Wert gar nicht zu überschätzendes Dokument. Sie sind ein Zeichen dafür, daß der Internationale Gewerkschaftsbund, der gerade in diesem Jahr sein 10jähriges Jubiläum feiert, die innere Schwäche, die man bei ihm in den letzten Jahren öfters beobachten konnte, endgültig überwunden hat, und daß er in ein Stadium einer noch aktiveren Politik einzutreten beginnt als es bisher der Fall war.

**Amerika und Internationale** Der Internationale Gewerkschaftsbund ist heute noch im wesentlichen eine europäische Organisation. Von den 27 Landeszentralen mit ihren 13 144 125 Mitgliedern, die sich nach der neuesten Statistik am 1. Januar 1928 in der Gewerkschaftsinternationale vereinigten, entfallen nur 5 Landeszentralen mit 305 902 Mitgliedern, das heißt also nur 2,3%, auf außereuropäische Länder. Es sind dies in Asien

nur die Gewerkschaften in Palästina mit ihren 21 873 Mitgliedern, in Afrika die südafrikanischen mit 60 660 und die südwestafrikanischen mit nur 600 Mitgliedern. In Amerika gehören dem Internationalen Gewerkschaftsbund 2 relativ starke Gewerkschaftsbünde an; der canadische mit 140 195 Mitgliedern und der argentinische mit 82 574 Mitgliedern. Hinzu kommt allerdings, daß der Internationale Gewerkschaftsbund einen nicht unbeträchtlichen indirekten Einfluß auf eine Reihe von außereuropäischen Gewerkschaften ausübt, die zwar nicht dem Internationalen Gewerkschaftsbund, wohl aber den Internationalen Berufssekretariaten angeschlossen sind (siehe diese Rundschau, 1929 I Seite 325 und folgende).

Die große Gewerkschaftsorganisation der Vereinigten Staaten, die American Federation of Labor, gehört der Gewerkschaftsinternationale nicht an. Wohl hat sie mit ihr immer freundschaftliche Beziehungen unterhalten, aber alle Bemühungen diesen mächtigen Bund mit seinen rund 3 Millionen Mitgliedern zum Eintritt in den Internationalen Gewerkschaftsbund zu bewegen waren erfolglos. Die Amerikaner geben einmal als sehr wichtigen Grund dafür an, daß die Beiträge zu hoch seien, zum andern sollte die angeblich starre Organisation des Internationalen Gewerkschaftsbunds ein Hinderungsgrund für den Eintritt sein. Auch dieser Grund hält einer näheren Prüfung nicht stand, denn der Internationale Gewerkschaftsbund gibt nach seinem Statut den einzelnen Landesorganisationen eine fast völlige Autonomie. In Wirklichkeit sind denn auch viel tiefere Ursachen für den Nichteintritt der Federation of Labor in den Internationalen Gewerkschaftsbund bestimmend. Alle die einzelnen Gewerkschaftsbünde, die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen sind, mögen in ihrem Kampf eine verschiedene Taktik anwenden. Sie richtet sich nach den jeweiligen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen jedes Landes. Aber der Kampf aller Gewerkschaftsbünde gilt doch schließlich der Beseitigung des kapitalistischen Systems, gilt dem Aufbau einer neuen sozialistischen Wirtschaftsordnung. Die amerikanischen Gewerkschaften lehnen dagegen den Kampf gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem ab. Ja, sie bejahen dieses System. Sie kämpfen nur um einen höhern Anteil des Arbeiters am Sozialprodukt. Auch die europäische Arbeiterbewegung kämpft darum. Aber für sie ist dieser Kampf ein Weg zum Ziel, für die amerikanischen Ar-

beiter, soweit sie in der American Federation of Labor organisiert sind, ist er Selbstzweck. Noch immer ist eben in diesem Gewerkschaftsbund die Elite der amerikanischen Arbeiterschaft vereinigt: hochqualifizierte, ausgezeichnet entlohnte Arbeitergruppen, die an der Prosperität der amerikanischen Wirtschaft teilhaben, die nicht, wie die europäischen Arbeiter, um jeden Pfennig Lohn erbittert kämpfen müssen. So steht ihr Interesse keineswegs im Gegensatz zum Interesse des amerikanischen Unternehmertums. Sie sind sich mit diesem einig in mancherlei Stellungnahmen. Sie lehnen mit ihm den Anschluß an das Internationale Arbeitsamt in Genf ab, sie sind Gegner der von der ganzen europäischen Arbeiterklasse geforderten Sozialpolitik. »After all the american workman is a businessman«, sagte ein früherer amerikanischer Gewerkschaftssekretär. Dieser Businessgeist läßt es denn auch durchaus verständlich erscheinen, wenn William Green, der Präsident der American Federation of Labor, kürzlich äußerte: »Auch dem Internationalen Gewerkschaftsbund wünschen wir alles Gute. Aber wir wollen und können nicht aktiv und organisch dem Internationalen Gewerkschaftsbund angehören, weil er sich auf Wegen bewegt, die wir nicht gehen können.« Das nächste internationale Ziel der American Federation of Labor ist nun nicht Amsterdam, es ist Panamerika. Von hier geht man daran die vor mehreren Jahren gegründete, von Washington aus geleitete Pan-American Federation of Labor weiter auszubauen. Von hier aus wird auch der Vorschlag des Vizepräsidenten der Pan-American Federation of Labor Matthew Woll verständlich, den er in einem Artikel des von ihm geleiteten Organs seiner Berufsorganisation macht; daß zwischen dem Panamerikanischen Gewerkschaftsbund und dem Internationalen Gewerkschaftsbund die Welt geteilt wird. Dem Internationalen Gewerkschaftsbund soll als Einflußsphäre die Alte Welt, der Pan-American Federation of Labor dagegen die Neue Welt zugewiesen werden. Diese beiden, so führt Woll aus, mögen »einen Weltgewerkschaftsbund gründen, der auf der Autonomie jeder dieser Gewerkschaftsbewegungen der beiden Erdhälften aufgebaut ist. Sie können einander weitgehend Gelegenheit geben ihre respektiven Probleme nach eigenem Gutdünken zu behandeln und gleichzeitig in allen Problemen gemeinsamen Interessen zusammenzuarbeiten«. Der Vorschlag Wolls ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung ausführlich diskutiert worden

und hat im allgemeinen auch Zustimmung gefunden, vor allem von deutscher Seite, so in den Aufsätzen Weltbund der Gewerkschaften und Eine gegliederte Gewerkschaftsinternationale? in der Gewerkschaftszeitung vom 20. Juli und 14. September 1929. Nur Cornelius Mertens, der Sekretär der belgischen Gewerkschaften, hält ihn für undurchführbar, während Léon Jouhaux bemerkt, »daß kein fundamentaler Einwand gegen die Idee der kontinentalen Autonomie gemacht werden kann, vorausgesetzt natürlich, daß tatsächlich eine wirksame Zusammenarbeit herbeigeführt werden kann«. Man kann diese zustimmende Stellungnahme verstehen, wenn man bedenkt, daß Aussichten auf den direkten Anschluß der American Federation of Labor an den Internationalen Gewerkschaftsbund wenigstens zurzeit nicht bestehen, und daß andererseits die Pan-American Federation of Labor doch schon eine gewisse Bedeutung erlangt hat. Andererseits kann man doch auf die Gefahren des Wollschen Plans nicht ernsthaft genug hinweisen. Die näheren Ausführungen Wolls, wie denn diese Teilung der Welt gedacht ist, lassen doch eine Fülle von Bedenken aufkommen. Woll erklärt: »Die Pan-American Federation of Labor hat ihre volle Souveränität über die Arbeiterbewegungen der Neuen Welt proklamiert. Sie proklamiert eine internationale Monroe doktrin für ganz Amerika.« Durch das Übereinkommen mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund soll diese Monroe doktrin vollkommen realisiert, soll »die ganze amerikanische Hemisphäre von europäischem Einfluß befreit werden«. Amerika den Amerikanern! Das heißt den Vereinigten Staaten. Ist das eine Autonomie? Wer sagt denn, daß Lateinamerika sich unter die Botmäßigkeit der Vereinigten Staaten begeben will? Gewiß, eine kontinentale Gliederung des Internationalen Gewerkschaftsbundes empfiehlt sich aus vielfachen Gründen. Der Anfang ist gemacht: mit der Gründung eines besondern Südamerikanischen Sekretariats des Internationalen Gewerkschaftsbunds unter lateinamerikanischer Führung. Aber was Woll fordert, ist die Ausdehnung des Machtbezirks der Vereinigten Staaten. Aber Lateinamerika will keine angelsächsische Führung. Soll denn der Internationale Gewerkschaftsbund die Beziehungen zu den argentinischen (übrigens auch zu den canadischen) Gewerkschaften opfern zugunsten eines Weltbunds, dessen Vorteile bei einer solchen Konstruktion und bei dem völlig andersartigen Charakter der Ameri-

can Federation of Labor nicht zu sehen sind? Wollen denn die lateinamerikanischen Länder, will auch nur Canada, seine Beziehungen zu Amsterdam und zum Internationalen Arbeitsamt in Genf lösen, um des Heils des Wirtschaftssegens der Vereinigten Staaten, alias der amerikanischen Machtpolitik, teilhaftig zu werden? Mit Recht bemerkt E. F. Rimensberger in einem sehr beachtlichen Artikel Panamerika — Paneuropa, in der Gewerkschaftszeitung vom 7. September 1929, daß die Arbeiter Südamerikas in ihren sozialpolitischen Forderungen durchaus mit denen der europäischen Arbeiterschaft übereinstimmen, daß sie eine Sozialpolitik erstreben, die in den Vereinigten Staaten von Amerika auch von den Gewerkschaften radikal abgelehnt wird. Man soll nicht vergessen, daß von den lateinamerikanischen Ländern 1926 7, 1927 10 und 1929 16 auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf vertreten waren.

Der Internationale Gewerkschaftsbund wird gewiß nicht die Vorschläge der amerikanischen Gewerkschaften ohne weiteres zurückweisen dürfen. Er wird sie ernsthaft prüfen müssen, vor allem aber auch die letzten Motive, die sie bestimmen. Er wird vor allem auch abwarten müssen, was die hiervon am nächsten betroffenen Länder dazu zu sagen haben. Auf keinen Fall aber darf er sich irgendwie zur Förderung des angelsächsisch-amerikanischen Machtstrebens gebrauchen lassen. Und es sind leider genug Anzeichen vorhanden, daß dieser Imperialismus der Gedankenwelt mancher maßgebender Führer der American Federation of Labor nicht fremd ist.

England: Kon- Man gewinnt mehr und  
greß 1929 mehr den Eindruck, als ob  
in der englischen Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren eine gewisse Erstarrung eingetreten ist. Das zeigt sich nicht nur rein äußerlich darin, daß die Mitgliederzahlen von Jahr zu Jahr gesunken sind. Der Gewerkschaftsbund Englands zählte am 1. Januar 1928 nur noch 3 874 842 Mitglieder, gegen 4 163 994 am 1. Januar 1927, wies also einen Verlust von 289 152 Mitgliedern auf. Es zeigt sich diese Erstarrung auch in der Behandlung bestimmter Probleme. Wohl ist die Diskussion über die Demokratisierung der Wirtschaft im Gang. Wohl laufen die Verhandlungen mit der Unternehmergruppe um Lord Melchett. Aber diese Verhandlungen werden nun auch schon seit 3 Jahren geführt, ohne ein greifbares nennenswer-

tes Ergebnis. Einesteils liegt das daran, daß auf der Unternehmerseite nicht die gesamte britische Unternehmerschaft steht, sondern nur die zwar bedeutende, aber doch bei weitem nicht die Mehrheit der britischen Industrie repräsentierende Mondgruppe. Andererseits sind aber zweifellos auch die Ursachen auf der Gewerkschaftsseite zu suchen. Man kann sich hier nur schwer zur Absteckung ganz bestimmter Ziele durchringen, man ist sich in den verschiedenen Gewerkschaften keineswegs über die nächsten Schritte einig, die einzuschlagen sind. Während zum Beispiel die deutschen Gewerkschaften ihre eindeutige Haltung zum Schlichtungswesen immer wieder bekunden, haben bisher die englischen Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit jede klare Stellungnahme zu dieser Frage vermieden. Vielleicht befruchtet das Wirtschaftsprogramm des Internationalen Gewerkschaftsbunds die Diskussion über die Demokratisierung der Wirtschaft.

Auch der Gewerkschaftskongreß dieses Jahres, der vom 1. bis zum 7. September in Belfast tagte, muß, wenn man wirklich schöpferische Gedanken, positive Beschlüsse auf ihm sucht, enttäuschen. Wieder stand wie im Vorjahr der sogenannte Mond-Turner-Ausschuß zur Diskussion. Noch einheitlicher war die Zustimmung zu den Verhandlungen. Selbst hervorragende Führer wie George Hicks, die im vorigen Jahr noch Zweifel an dem Wert dieser Konferenzen äußerten, stimmten dieses Jahr zu. Aber irgendetwas über die nächsten Schritte, die von dem Ausschuß zu gehen sind, über konkrete Ziele wurde nicht gesagt. Schärfer noch als beim vorjährigen Kongreß wurden auch diesmal alle Störungsversuche der sogenannten Kommunisten zurückgewiesen. Walter Citrine, der Sekretär des Generalrats, fand die Zustimmung des ganzen Kongresses, als er noch einmal auf die Notwendigkeit hinwies alle Spaltungsversuche aufs energischste zu verhindern.

Auch in der Resolution, die der Generalrat zum Thema Rationalisierung vorlegte, kam eine bestimmte Hilflosigkeit, ein Tasten und Suchen nach festen Zielen zum Ausdruck. Es ist dort die Rede davon, daß überall in den neuartigen Monopolen der Industrie außerhalb des gewerkschaftlichen Rahmens allerlei Wohlfahrts- und Betriebsausschüsse zur Erledigung der Beschwerden der Betriebsangehörigen auftauchen. Der Generalrat weiß dazu nur das folgende zu sagen: »Die Arbeiter haben hier zu wählen zwischen gegenseitiger Solidari-

tät und vorübergehenden Vorteilen, die die Unternehmer nach Gutdünken gewähren, ohne in Wirklichkeit den Reallohn zu erhöhen.« Von einer Forderung nach gesetzlicher Festlegung des Betriebsrätewesens, ja auch nur von einer positiven Stellungnahme zum Gedanken des Betriebsrats, ist nichts zu hören.

Von der Regierung forderte man eine Reform des zweifellos gänzlich veralteten Lebenshaltungsindex, ferner eine Reform der Erwerbslosenversicherung. Weiter wurde eine Resolution angenommen, in der der Kongreß den Generalrat beauftragt »von der Regierung die Ernennung einer Königlichen Kommission zu verlangen zur Untersuchung der Beziehungen zwischen Industrie und Finanz«. Campbell von den Metallarbeitern unterstützte diesen Antrag mit der Bemerkung, die Ursache der wirtschaftlichen Depression sei teilweise darin zu suchen, daß die Industrie vom Finanzkapital beherrscht werde. Von jeher spielte ja die Forderung nach Sozialisierung der Banken in der Diskussion der englischen Sozialisten eine bedeutende Rolle.

Auch in diesem Jahr stand wieder die Organisationsfrage zur Diskussion. Ein sehr unklarer Antrag der Bergarbeiterföderation, von C. A. Cook vertreten, der eine Reorganisation der Gewerkschaften auf der Basis anstrebt, daß für jede Industrie nur ein Verband bestehen soll, wurde nach dem Kartensystem mit 1 923 000 Stimmen gegen 1 668 000 Stimmen abgelehnt. Zweifellos ist es richtig, daß bei dem Individualismus der Engländer der Versuch einfach eine neue Organisationsform zu dekretieren noch viel unmöglicher ist als etwa in Deutschland. Ob aber nicht doch, ähnlich wie in Deutschland, der Generalrat eine stärkere Initiative entfalten könnte zur Verschmelzung und Zusammenfassung der 1100 Verbände, die in England immer noch existieren, ist eine andere Frage. Für sehr wichtig kann man die Bemerkung Ben Tillets in seiner Begrüßungsrede halten: daß bei den Reichswirtschaftskonferenzen auch die Gewerkschaftsführer Englands mit denen der Dominien und der Kolonien regelmäßig zusammenkommen sollten. Es scheint sich auch hier zu bestätigen, was in den Sozialistischen Monatsheften des öftern ausgeführt wurde: daß auch die britische Arbeiterklasse, die in den Trade Unions und in der Labour Party organisiert ist, den Bestrebungen das Empire zu befestigen und zu einer einheitlich funktionierenden wirtschaftlichen Macht auszubauen durchaus nicht ablehnend gegenübersteht.

**England: Schiedsverfahren** Am 27. Juli, ziemlich am Beginn der Labourregierung, sperrten die Textilindustriellen Lancashires rund  $\frac{1}{2}$  Million Arbeiter und Arbeiterinnen aus. Das Ziel der Unternehmer war eine Lohnverkürzung von  $12\frac{1}{2}\%$  und nach Möglichkeit auch eine Heraufsetzung der Arbeitszeit. Zweifellos geht es der Lancashirer Textilindustrie äußerst schlecht. Lancashire hat einen sehr großen Teil seines Absatzmarkts in Übersee, so vor allem in China, Indien und Japan, verloren. 1913 lieferte Lancashire rund 700 000 Yards an Stoffen, heute dagegen liefert es nur noch 400 000 Yards. Es ist auch offenkundig, daß die Eroberung der verlorenen Märkte nur durch eine bedeutende Senkung der Preise erzielt werden kann. Während aber die Unternehmer zu dem im Augenblick zweifellos einfachsten Mittel, nämlich Herabsetzung der Löhne und Heraufsetzung der Arbeitszeit, greifen wollten, forderten die Gewerkschaften eine gründliche Reorganisation der Baumwollindustrie. Daß die Gewerkschaften hier vom ökonomischen Standpunkt aus weiter blicken, bedarf keiner Begründung. Der Angriff der Unternehmer wurde im großen und ganzen abgeschlagen, wenn auch mit Verlusten für die Arbeiter. Ein Schiedskollegium fällte einen Spruch, nach dem vom 14. September ab eine Lohnkürzung von 6,41 % in Kraft trat. Daß diese Lohnkürzung auch wirtschaftlich berechtigt und vor allem zur Reorganisation der Baumwollindustrie notwendig war, ist auch in weiten Arbeiterkreisen anerkannt worden. Mehr noch als dieses Ergebnis interessieren uns hier einige für die Entwicklung in Großbritannien typische Tatsachen beim Zustandekommen der Einigung zwischen den Arbeitern und den Unternehmern. MacDonald hatte ein direktes Eingreifen der Regierung, wie es von verschiedenen Seiten gefordert wurde, abgelehnt und eine direkte Einigung der streitenden Parteien gewünscht. Am 15. August beschlossen denn auch beide Parteien den Streit einem Zwangsschiedsverfahren zu unterwerfen. Dieses Schiedsrichterkollegium, das aus 2 Unternehmer- und 2 Arbeitervertretern mit einem von diesen zu wählenden Vorsitzenden gebildet wurde, sollte einen Schiedsspruch fällen, zu dessen unbedingter Annahme sich beide Parteien von vornherein verpflichteten. Bei Nichteinigung der beiden Parteien sollte übrigens dem unparteiischen Vorsitzenden die Entscheidung zustehen.

Lange Zeit haben sich die britischen Gewerkschaften gegen die Anerkennung des Schiedsgerichtsverfahrens gesträubt. Auch bei den Mond-Turner-Konferenzen ist man der Behandlung dieser entscheidenden Frage ausgewichen. Vielleicht trägt jetzt die Tatsache, daß sich die Baumwollspinner und -weber in Lancashire von vornherein einem Schiedsspruch unterwarfen und das Schiedsgerichtsverfahren so wirklich restlos anerkannten, dazu bei, daß dieses für die Herstellung des von der Regierung und von den Gewerkschaften gewünschten wirtschaftlichen Friedens so überaus wichtige Instrument nunmehr systematischer angewandt wird.

**Legien** Heute, da die deutschen Gewerkschaften machtvoller denn je dastehen, da es sich zeigt, daß sie aus all den schweren Stürmen der letzten 15 Jahre nur stärker gefestigt hervorgegangen sind, geziemt es sich des Mannes zu gedenken, ohne dessen umsichtige und starke Führung in den allerschwersten Tagen dieses Werk nicht gelungen wäre. Das schöne und reiche Gedenkbuch, das Theodor Leipart für den toten Freund geschrieben hat, gibt uns dazu die Gelegenheit (Carl Legien, ein Gedenkbuch /Berlin, Verlagsanstalt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes/). Er konnte es mit dieser verhaltenen Wärme schreiben, weil er im Leben wie kein anderer dem großen Führer, der ein sehr einsamer Mensch war, nahestand. Carl Legien war einer der wenigen deutschen Arbeiterführer von ganz großem Format. Wie kein anderer erkennt er schon als junger Drechslergeselle den Weg, den die Gewerkschaften gehen müssen. Und er führt sie, seit 1890 an der Spitze der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands stehend, diesen Weg, sicher und unbekümmert um alle Angriffe, die sich gegen ihn richten. So versteht er es sich in der Partei durchzusetzen und viele der Führer geradezu zur Anerkennung der Gewerkschaften zu zwingen. Es kennzeichnet die Haltung des Führers, der aus seiner Überzeugung heraus handelt, wenn er 1906 auf dem Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter ausführt: »Ich habe gesagt, ich werde nur eine Handlung für die Organisation begehen, die meiner Überzeugung entspricht, und ich würde den Gewerkschaftsbeamten für den erbärmlichsten Wicht halten, der gegen seine Überzeugung, weil die Mitglieder es wollen, etwas ausführt.«

Legien war auch ein wirklich politischer Mensch. Er hat niemals die Kräfte der Bewegung überschätzt. Er hat sich vor allen scheinradikalen Worten gehütet. Er wußte, daß es besser ist radikal zu handeln als radikal zu reden. Niemals hat er sich gescheut das auszusprechen, was ist; mochte es auch den Genossen noch so unangenehm sein. Er sah klar und nüchtern die Möglichkeiten und Gefahren des Generalstreiks, er wußte, was die Internationale leisten konnte, und was nicht, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Seine ganze Größe wird in jenen denkwürdigen Stunden offenbar, da er den Lüttwitzputsch niederschlägt, mit einer Radikalität und Entschlossenheit, die freilich nur die Überraschen konnte, die die wahrhaft politische Haltung dieses Mannes nicht zu begreifen vermochten. Niemals war Legien nur Gewerkschafter, der in den Aufgaben des Tages aufging. Er wußte, daß jeder Lohnkampf auch im Hinblick auf das große Ziel seine Bedeutung hat. Auf dem stürmischen Nürnberger Gewerkschaftskongreß /1919/ sagte er darüber: »Jeder gewerkschaftliche Kampf um einen Pfennig Lohn mehr pro Stunde und eine Minute Arbeitszeitverkürzung war eine revolutionäre Aktion.« Immer waren für Legien die Gewerkschaften die großen Wegbereiter des Sozialismus. Ihnen wies er die große Aufgabe zu die Arbeiter zu Solidarität, Klassenbewußtsein und Opfermut zu erziehen. So umschreibt der junge Führer auf dem Gewerkschaftskongreß in Halberstadt /1892/ mit ungewöhnlicher Klarheit die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung: »Die Gewerkschaftsorganisationen werden nicht die Lösung der sozialen Frage herbeiführen, sie können zurzeit aber wesentlich die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterklasse unterstützen. Gleich den Pionieren haben die Gewerkschaften den Boden zu ebnet für eine höhere geistige Auffassung und durch Erzwingung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen die Arbeiterklasse vor Verelendung und Versumpfung zu bewahren, um so die Massen der Arbeiter zu befähigen die gesellschaftliche Aufgabe, welche dem Arbeiter zufällt, lösen zu können.« Aber ist es in den Sozialistischen Monatsheften, deren langjähriger treuer Mitarbeiter er war, überhaupt nötig die Bedeutung Carl Legiens hervorzuheben? Es geschieht für die neue Generation, und für diese hat Theodor Leipart, der schon vor 14 Jahren für die Sozialistischen Monatshefte (1915 III Seite 1153 und folgende) seinen ersten Artikel über Carl

Legien und die Gewerkschaftsbewegung schrieb, nun in seinem neuen Buch das Bild des Gewerkschafters, des Politikers und des Menschen gezeichnet. Auszüge aus Reden, aus Briefen und aus Aufsätzen, Photographien und die Zeichnungen Max Liebermanns und Käthe Kollwitz' ergänzen dieses Bild. Ein Verzeichnis der Schriften und Aufsätze Legiens ist beigegeben.

Die junge Generation, die sich heute ebenso entschieden von allem Scheinradikalismus wie von allem flachen Opportunismus abwendet, die es wieder lernt ihre Entscheidungen unter Berücksichtigung aller Schwierigkeiten doch radikal aus dem Glauben an das große Ziel zu fällen, wird aus dem schönen Buch Theodor Leiparts viel lernen können. Und sie wird auch wünschen, daß Leipart selbst, dessen Wirken die deutsche Arbeiterklasse nicht entbehren kann, den schweren Unfall, der ihn betroffen, und an dessen Folgen er jetzt darniederliegt, überwindet und bald gesund und heil uns allen wiedergegeben wird.

Eigenpublikationen

Ein Bild des heutigen Stands der Freien Gewerkschaften Österreichs gibt das 1. Jahrbuch des Bundes der Freien Gewerkschaften Österreichs (Wien, Verlag Arbeit und Wirtschaft/. Wir erfahren aus diesem Jahrbuch, daß die österreichischen Gewerkschaften 1928 11 705 neue Mitglieder gewonnen haben. Wenn trotzdem die offizielle Statistik des Bundes einen Verlust von 6594 Mitgliedern aufweist, so liegt das nur daran, daß die Organisation der Hausbesorger mit ihren 18 500 Mitgliedern aus organisatorischen Gründen aus dem Gewerkschaftsbund ausscheiden mußte, übrigens in bestem Einvernehmen mit diesem. In den Freien Gewerkschaften Österreichs sind insgesamt 766 168 Mitglieder organisiert: 598 699 Männer (78,1%) und 167 469 Frauen (21,9%). Von der Gesamtzahl der Mitgliedschaft sind 65% Arbeiter, 35% Angestellte (12% Privat- und 23% öffentliche Angestellte). Das Jahrbuch weiß von günstigen Lohnkämpfen im Jahr 1928 zu berichten. Trotz schwersten Angriffen von seiten der Unternehmer, die mit allen nur denkbaren Mitteln gegen die Gewerkschaften vorgehen, haben diese sich ausgezeichnet behauptet. Auch die auf dem letzten Gewerkschaftskongreß (siehe diese Rundschau 1928 II Seite 806 und folgende) begonnene Reorganisation hat weitere Fortschritte gemacht und zu innerer Festigung der Bewegung geführt. Auch die Lehrlings-

organisationen der Gewerkschaften sind weiter ausgebaut worden. Sie zählten im April 1929 über 15 000 Mitglieder gegenüber 10 000 im Dezember 1927. Von dem Bildungswesen der Gewerkschaften wird Erfreuliches berichtet. Das Jahrbuch bringt auch eine ausführliche Darstellung der ganzen österreichischen Wirtschaft. Über die Kampfmethoden der österreichischen Unternehmer unterrichtet eine kleine von den österreichischen Gewerkschaften herausgegebene Broschüre, betitelt Spitzel, wie die Unternehmer die Gewerkschaften bekämpfen /Wien, Verlag Arbeit und Wirtschaft/. Man hält es beim Lesen dieser Dokumente kaum für möglich, daß die österreichischen Unternehmer im Ernst glauben mit derartig niedrigen Mitteln eine so mächtige Bewegung niederkämpfen zu können.

**Kurze Chronik** Der *Internationale Gewerkschaftsbund* beschloß auf seiner in Amsterdam am 5. und 6. Juli abgehaltenen Vorstandssitzung das Sekretariat aufzufordern die nötigen Vorstudien für eine Reise nach dem Fernen Osten, nach Japan, China und Indien, durchzuführen. Die Reise ist für das nächste Jahr geplant und soll besonders dazu dienen engere Beziehungen mit den Gewerkschaftsbewegungen dieser Länder anzuknüpfen. ◊ Der Vorstand des *Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds* protestierte in einem Schreiben an den Reichskanzler und an den Reichsfinanzminister dagegen, daß trotz dem ausdrücklichen Wunsch der Gewerkschaften diese nicht zu den Pariser Reparationsverhandlungen gezogen worden sind. Er bedauert das um so mehr, als in den Youngplan einige für die Arbeitnehmerschaft besonders abträgliche Bestimmungen aufgenommen sind. Er verlangt, daß diese Unterlassung nachgeholt wird, »damit bei der Abfassung der Ausführungsbestimmungen wenigstens diese Fehler so weit wie möglich wieder ausgeglichen werden«. ◊ Der *Hamburger Senat* beschloß eine Reihe neuer Straßen nach deutschen Gewerkschaftsführern (die ja gerade für Hamburg so viel bedeuteten) zu benennen. Auf diese Weise sollen Carl Legien, Adolph von Elm, Theodor Bömelburg und Hermann Molkenbuhr geehrt werden.

**Literatur** Innerhalb der Gewerkschaftsinternationale steht der Gewerkschaftsbund des kleinen Österreichs mit seinen 766 168 Mitgliedern an 3. Stelle. Schon diese Tatsache sagt genug über die Bedeutung

und die Macht der österreichischen Gewerkschaften. Die Geschichte dieser Bewegung ist schon vor 20 Jahren von *Julius Deutsch* geschrieben worden. Es kommt jetzt die 2. Auflage dieses Werks heraus (Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung /Wien, Wiener Volksbuchhandlung/). Der 1. Band behandelt die Zeit bis zum Weltkrieg; ein 2. Band, der demnächst erscheinen wird, soll die Darstellung bis in unsere Zeit fortführen. Julius Deutsch sollte eine aufmerksame Leserschaft vor allem in der jungen Generation finden. Sie wird dann besser abzuschätzen wissen, wie viel heute bereits gewonnen ist, und daß die Zeit längst vorbei ist, in der der Proletarier nichts zu verlieren hatte als seine Ketten. Sie wird erkennen, wie mühevoll der Kampf der alten Generation war, wie sie sich Schritt um Schritt den Boden bereiten mußte. Deutsch hat ein sehr ausführliches, sehr anschauliches Bild von diesem in Österreich besonders harten Kampf gegeben. Obwohl er eine rein historische Schilderung bietet, werden doch die einzelnen gewerkschaftlichen Probleme, die im Lauf der Zeiten auftauchten, immer ausführlich und klar behandelt. Besonders lehrreich ist hier die den Reichsdeutschen fremde Nationalitätenfrage des alten Österreichs. Es wird an dieser Darstellung wieder einmal sehr deutlich, wie doch die Arbeiterinternationale in der Vorkriegszeit nur auf dem Papier stand, wie sie gar nicht eine selbstverständliche Voraussetzung, sondern eine immer neu zu stellende Forderung war. Eine noch weitere Bedeutung gewinnt die österreichische Gewerkschaftsgeschichte, wenn man bedenkt, daß sie zugleich ein Stück Parteigeschichte ist. Denn in wenigen europäischen Ländern ist von Anfang an Partei und Gewerkschaft so eng miteinander verbunden gewesen wie in Österreich. ◊ Die Schrift *T. Szalajs* Arbeitslohn, Arbeitszeit und Kosten /Leipzig, Verlag der Asia Major/ bereichert unser Wissen über die Probleme des Lohns nur wenig. Sie ist eine sehr fleißig durchgearbeitete Dissertation. Einige ältere Lohntheorien werden untersucht, und die verschiedenen Auffassungen einander gegenübergestellt. Wertvoll ist immerhin das auch auf Untersuchungen des Enqueteausschusses für Arbeitsleistung fußende Ergebnis, daß man »eine allgemeine Gesetzmäßigkeit zwischen Arbeitszeit und Kosten, eine Gesetzmäßigkeit, die für alle Betriebe und für alle Arbeiter gelten könnte«, aus der Beobachtung der Praxis nicht feststellen kann.

Geistige Bewegung / Herbert KühnertEuropaarbeit  
durch Erzie-  
hungBei den Debatten der dies-  
jährigen Septembertagung  
des Genfer Völkerbunds ist

sowohl von Aristide Briand als auch von Gustav Stresemann besonders eindringlich auf die Folgerungen hingewiesen worden, die sich aus der Politik europäischer Verständigung und aus einer fortschreitenden deutsch-französischen Verständigung für das Gebiet der nationalen Jugenderziehung ergeben. Mit Recht wurde von beiden Seiten betont, daß es sich dabei in erster Linie um die Durchdringung der Jugend mit einem neuen Geist handelt. Briand legte das Schwergewicht auf den Gedanken planmäßiger Gegenarbeit gegen alles, was in der Jugend Haß gegen andere Nationen erzeugen kann, Stresemann sagte: »Herr Briand hat einmal davon gesprochen, wie außerordentlich schwierig es sei für diese Gedanken der Verständigung der Völker und des Friedens die Jugend zu gewinnen, weil der Heroismus des Krieges die Poesie der vergangenen Jahrhunderte, ja die Poesie bis in die Gegenwart hinein beherrsche. Unzweifelhaft ist es richtig, und wir wollen uns darüber klar sein und uns dessen freuen, daß der Heroismus, die Hingabe des Lebens für ein großes Ideal, niemals in den Völkern aussterben wird. Aber ich glaube denen, die in den Erinnerungen leben an den Heroismus der Jugend aller Völker in der Geschichte der Jahrhunderte und Jahrtausende, das eine zurufen zu dürfen: daß die technischen Kriege der Zukunft, selbst wenn man von allem andern absieht, für persönlichen Heroismus wenig Betätigungsmöglichkeiten geben werden. Mich dünkt, daß das weite Gebiet der Siege der Menschheit über die Natur genügend Möglichkeiten gibt zum Heroismus, auch zur Hingabe des Lebens für große Ideen.« Man möchte wünschen, daß die deutsche Jugend diese Worte des deutschen Außenministers, der bald, nachdem sie gesprochen waren, starb, in ihrem Gedächtnis bewahrt. Wenn man sich nun die Versuche ansieht, die dem Zweck dienen sollen den im Völkerbund verkörperten Gedanken Eingang in das öffentliche Erziehungs- und Unterrichtswesen der deutschen Länder zu verschaffen, so ergibt sich ein ganz ähnliches Bild wie seinerzeit, als sich der von den Schulreformern vertretene Gedanke der staatsbürgerlichen Bildung und Erziehung zu ersten Versuchen praktischer Durchführung zu verdichten begann. Auf der einen Seite

wurde betont, daß es sich um einen neuen Geist, also um ein für das gesamte Erziehungs- und Unterrichtswesen grundlegendes Prinzip handelte. Auf der andern Seite wurde in der neuen Aufgabe ein neues Unterrichtsfach, ein neues Stoffgebiet gesehen. Die Lehrbücher für Staatsbürgerkunde schossen wie Pilze aus dem Boden. Aber in der Menge der Verfassungsparagraphen und der mit der Verfassung zusammenhängenden Institutionen gingen die verhältnismäßig wenigen, aber grundlegenden Ideen, die der Jugend zur Anschauung gebracht werden sollten, verloren. So entstand ein neues Fach mit neuem wichtigen Lehr- und Lernstoff, neuen Prüfungs- und Ausbildungsordnungen für die dazugehörigen Fachlehrer. Aber die eigentliche Aufgabe, auf die es ankam, blieb ungelöst. Aus der Forderung nach einem neuen Geist war in der Erziehungs- und Unterrichtspraxis ein neues Fach, ein neues Studium, eine neue Lehrberechtigung geworden. Der Untertan hatte wohl gelernt, daß es eine Verfassung mit diesen und jenen Rechten und Pflichten, Artikeln und Einrichtungen gibt. Aber er war noch kein Staatsbürger geworden.

Ebenso werden wir nun auch in Deutschland eine pädagogische Völkerbunds- und Verständigungsliteratur bekommen. Sie wird uns in Abrissen die geschichtliche Entstehung des Völkerbunds erzählen, das Statut des Völkerbunds und die Organe der neuen Einrichtung nebst ihrer bisherigen Wirksamkeit schildern, und wir werden natürlich auch die Fachlehrer bekommen, die diesen neuen komplizierten Stoff studiert und durch eine Fachprüfung das Recht erworben haben in dem neuen Fach wissenschaftlichen Unterricht zu erteilen. In gewissem Sinn mag dies alles notwendig und sogar berechtigt sein. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß es sich hier nicht in erster Linie darum handelt die für die Zukunft unvermeidlichen Spezialisten in der Kenntnis neuer völkerrechtlicher Einrichtungen heranzubilden sondern darum einer sehr einfachen und doch großen Idee Eingang in die Herzen der Jugend zu verschaffen. Diese Idee muß ebenso wie andere grundlegende kulturelle Ideen den gesamten Unterricht durchdringen. Schon im frühesten Kindesalter und von der ersten Schulstunde an muß sie in geeigneter Form der Jugend anschaulich und begeisterungswert gemacht werden. Die Hilfe, die gerade auf dieser frühen Stufe bei der Erfüllung dieser Aufgabe amtliche Richtlinien,

Lehrpläne und Lehrbücher leisten können, ist naturgemäß nur sehr bedingt. Das Schwergewicht liegt hier einerseits in der Persönlichkeit des Erziehers, andererseits in den äußeren Veranstaltungen des Gemeinschaftslebens, die die große Idee gleichsam schon im Keim enthalten und erzieherisch wirksam machen. Immerhin bedarf es da schon über die erzieherische Beeinflussung und Aufklärung der Lehrkräfte hinaus neuer methodischer Hilfsmittel, einer neuen Durcharbeitung der Unterrichtsstoffe, die hier Altes ausscheidet, dort Neues hinzufügt. Diese neue Sichtung und Behandlung des Unterrichtsstoffs wird sich vor allem in denjenigen Unterrichtsgebieten auswirken, in denen das menschliche Gemeinschaftsleben von verschiedenen Seiten her betrachtet wird, und viele konventionelle Werturteile, die von den Lesebüchern, Geschichts- und Geographiebüchern und dergleichen auch in die veränderten Verfassungsverhältnisse des Deutschen Reichs mit übernommen worden sind, werden unter dem Einfluß dieser Neugestaltung eine neue Prägung erfahren müssen. Der Prüfstein für die Qualität dieser Arbeit kann nur darin liegen, daß wir eines Tags die Entstehung einer neuen deutschen Jugend beobachten können, auf die das Kriegsgeschrei nationalistischer Verbände keine Anziehungskraft mehr ausübt, sondern die bereit ist ihre Begeisterungsfähigkeit nur in den Dienst von Strömungen mit höheren kulturellen Zielen zu stellen. Nur unter solchen Vorbehalten und Einschränkungen kann man sich von einem Erlaß wie dem des preußischen Unterrichtsministers vom 28. Mai 1927, in dem die preußischen Schulen angehalten werden die Jugend »eingehend mit dem Wesen der Arbeit und den Zielen des Völkerbundes zu befassen«, eine wirkliche Förderung des Gedankens der internationalen Verständigung versprechen. Der Erlaß betont ganz richtig, daß der Unterricht über den Völkerbund getragen sein muß vom Gefühl für die Würde des eigenen Volks, von verständnisvoller Achtung vor dem fremden Volk und von der Einsicht, daß die Entwicklung eines jeden Volks durch die Zugehörigkeit zu einer umfassenden Gemeinschaft aller Völker gefördert wird. Er ordnet an, daß in den oberen Klassen der Volksschulen und der Mittelschulen, in den Höheren Lehranstalten, den Pädagogischen Akademien sowie mit den Studienreferendaren der Völkerbund in diesem Sinn behandelt werden soll.

Ob die Broschüre Albert Kruses *Der Völkerbund: Ziele, Organisation und Tätigkeit* /Frankfurt, Moritz Diesterweg/ schon als eine geeignete Grundlage für die Durchführung der mit dem angeführten Erlaß verbundenen Absicht angesehen werden kann, muß nach allem, was oben über den Gegenstand gesagt worden ist, als zweifelhaft erscheinen. Zweifellos bietet sie zunächst für den Lehrer eine geeignete Zusammenstellung von wichtigem Material, doch wird es nun ganz darauf ankommen, ob es ihm gelingt dieses Material im Unterricht wirklich lebendig und fruchtbar zu machen. Als Ergänzung der Broschüre kann, gleichfalls unter dem Gesichtspunkt eines Informationsmittels, zunächst für den Lehrer selbst, die kleine Schrift *Das Internationale Institut für Geistige Zusammenarbeit* empfohlen werden, die das Internationale Völkerbundsinstitut in Paris im August 1927 herausgab. Sie schildert die Organisation dieses Instituts, seinen Zusammenhang mit dem Völkerbund und die vielfältigen und wichtigen Aufgaben, die es bis dahin, auch unter deutscher Mitwirkung, in Angriff genommen hat. Wenn sie auch in dieser letzten Hinsicht bereits wieder durch der weiteren Fortgang dieser Arbeiten und durch die Gründung einer deutschen Nationalen Kommission für Geistige Zusammenarbeit überholt ist, so läßt sie doch die großen Aufgaben und Wirkensmöglichkeiten, die der Völkerbund auch nach der kulturellen Seite hin hat, recht anschaulich erkennen und ist insofern ganz besonders geeignet bei Lehrern und Erziehern das richtige Verständnis für die Bedeutung und Tragweite dieser Arbeit zu erwecken.

#### Schüleraustausch

Nach einem von der Deutsch-Französischen Gesellschaft versandten Rundschreiben hat die Gesellschaft bereits in Berlin, Frankfurt, Köln, Mannheim, Stuttgart und Wien Ortsgruppen gebildet. Sie arbeitet mit französischen Zielgemeinschaften in Paris, Bordeaux, Sens und Toulouse zusammen. Ihre Mittelstelle für Schülerbriefwechsel wird von Max Bäcker, die für Schüleraustausch von Paul Friederiszick in Berlin geleitet. Jene hat in den ersten 6 Monaten ihres Bestehens über 1000 deutsche und französische Kinder mit einander in Verbindung gebracht; diese hat ihre erste Ferienkolonie nach Südfrankreich entsandt. Durch ihre beiden Zeitschriften, die *Deutsch-Französische Rundschau* und

die in Paris erscheinende Revue d'Allemagne, sowie durch Kongresse, Vorträge, Theater- und Musikaufführungen, Reisen und gesellschaftliche Veranstaltungen (Foyers Scolaires Franco-Allemands) sucht die Gesellschaft in Deutschland das Verständnis für Frankreich zu heben, zwischen Deutschland und Frankreich kulturelle Brücken zu schlagen und durch den Zusammenschluß von Deutschen und Franzosen aus allen Kreisen und Gebieten zu Arbeitsgemeinschaften gleichzeitig dem europäischen Kulturziel zu dienen. Die Wichtigkeit dieser Bestrebungen und der hier bereits geleisteten Arbeit für unser öffentliches Leben, insbesondere auch für unser Schulwesen, kann nicht genug betont werden.

In dem von der Stadt Berlin unterstützten Landschulheim Birkenwerder trafen im Juli 33 französische Schüler ein, um hier einige Wochen zusammen mit deutschen Schülern unterrichtet zu werden. Die ursprünglich nur für erholungsbedürftige Großstadtschüler eingerichteten Landschulheime werden auf diese Weise nun auch mit in den Dienst eines kulturpädagogischen Gedankens gestellt, der hoffentlich immer mehr von Eltern und Behörden in seiner Wichtigkeit erkannt werden wird. Die französischen Schüler waren von 3 französischen Lehrern begleitet. Sie wurden in Birkenwerder gemeinsam mit ebenso vielen deutschen Lehrern und Schülern untergebracht und hier 5 Wochen lang gemeinsam von deutschen und französischen Lehrern unterrichtet. Auch in Frankreich sind entsprechende Schulen nach dem gleichen System eingerichtet worden, und zwar eine in Nordfrankreich (Saint Omer), eine andere in Mittelfrankreich (Avalon). Auf französischer Seite ist die Initiative vom Staat ausgegangen. Durch die Zentralschulbehörde sowie durch die Akademien von Lille und Dijon wurden die Schüler ausgewählt, unter ihnen auch Kriegswaisen. Auf deutscher Seite dagegen wurden sowohl die nach Birkenwerder wie auch die nach Frankreich entsandten Schüler einer seit dem Herbst 1928 in Berlin bestehenden Deutsch-Französischen Schülergemeinschaft entnommen, der ungefähr 100 Schüler von Berliner Schulen angehören. Die meisten französischen Austauschschüler entstammen solchen Gegenden, die unter dem Krieg besonders zu leiden gehabt haben. Die Kosten für den Aufenthalt in Birkenwerder wurden von der Stadt Berlin getragen, während die nach Frankreich entsandten deutschen Schüler, zusammen

mit ihren französischen Kameraden, Gäste des französischen Staats, der beiden obengenannten Akademien und einer Reihe französischer Städte, darunter auch solcher aus dem ehemaligen Kriegsgebiet, gewesen sind. Ein anderer Austausch von 100 französischen Schülern und Schülerinnen mit ebenso vielen Berliner Kindern ist durch Vermittlung der Deutschen Liga für Menschenrechte auch in diesem Sommer wieder veranstaltet worden. Hier waren die deutschen Kinder zunächst 5 Ferienwochen hindurch bei französischen Gastfamilien untergebracht worden, um dann aus Frankreich je ein französisches Kind zu ebenso langem Gastaufenthalt dem elterlichen Haus in Deutschland zuzuführen. Bei ihrer Fahrt durch Paris waren die deutschen Kinder unter anderem auch im französischen Außenministerium feierlich begrüßt worden. Den französischen Gästen bot die Liga für Menschenrechte in der Volksbühne einen festlichen Empfang. Es wurde ihnen hier eine Festaufführung von Georg Büchners Drama Dantons Tod geboten.

In sehr eindringlicher Weise wurde die Bedeutung eines planmäßigen Austausches der Jugendlichen verschiedener europäischer Länder neuerdings wieder in der Vossischen Zeitung vom 19. September 1929 durch einen Schulmann, M. Schellenberger, der Öffentlichkeit nahegelegt. Mit Recht wird in diesem Aufsatz besonders darauf hingewiesen, daß der Austauschgedanke erst dann zur vollen kulturellen und sozialen Auswirkung kommen kann, wenn er nicht der gelegentlichen und nur zufälligen Initiative überlassen bleibt sondern unter Bereitstellung ausreichender öffentlicher Mittel von den in Betracht kommenden Amtsstellen des Reichs und der Länder planmäßig und in größerem Umfang gefördert wird. Hier ist eine Möglichkeit gegeben, durch die in viel nachhaltigerer Weise als durch die besten Geschichts- und Geographiebücher auf das Interesse, den Gedankenkreis und die Begeisterungsfähigkeit der Jugend eingewirkt werden kann. Die kürzlich beim Reichsministerium des Innern eingerichtete Deutsche Pädagogische Auslandsstelle, die als Zentrale für den pädagogischen Austausch mit dem Ausland gedacht ist, und die die in Deutschland bereits bestehenden Organisationen für internationale pädagogische Arbeit zusammenfassen und beraten soll, hat hier ein großes und dankbares Feld kulturpolitischer Wirksamkeit vor sich.

**Französische Friedensarbeit**

Das Friedenswirken der französischen Lehrerschaft ist hier schon mehrfach behandelt worden. Ein anschauliches Bild ihres Strebens Deutschland und Frankreich einander nahe zu bringen gab Léontine Roux in einer Zusammenkunft, die die tätige Pazifistin Alice Dullo am 19. September in Berlin veranstaltete. Roux ist Lehrerin an einem Lehrerinnenseminar in Saint-Gaudens bei Toulouse, und sie sprach als Lehrerin zur Jugend, aber auch als mitkämpfende Delegierte und Vorstandsmitglied der ältesten, aktivsten Friedensgesellschaft Frankreichs La Paix par le Droit, die heute eine geschlossene Macht mit mehreren Hunderttausenden von Mitgliedern bildet. Sie berichtete von den Anstrengungen in der Jugend die seelische Annäherung der Völker vorzubereiten, namentlich durch die Schulbücher. 78 000 französische Volksschullehrer, vereinigt in dem Syndicat National des Institutrices et Instituteurs Publics, einer öffentlichen Macht in Frankreich, haben es seit 1925 im Kampf gegen die Verleger durchgesetzt, daß in allen französischen Volksschulen kein einziges nationalistisches, Haß gegen ein anderes Land erregendes Lehrbuch mehr existiert. Da in Frankreich die Regierung sich nicht um die Schulbücher kümmert, hat jede Schule die Freiheit ihre Bücher selbst zu wählen. So wurden vom Nationalen Syndikat die alten Lehrbücher vernichtet, neue eingeführt, die schon auf ihren Titelblättern nicht mehr von glorreichen Kriegen und Siegen sondern von den 10 Millionen Toten des Weltkriegs erzählen und der Jugend vor Augen führen, »daß der Krieg dem Sieger wie dem Besiegten gleich schädlich ist«. Im Jahr 1927 richtete Edouard Herriot als Unterrichtsminister auf Wunsch des (inzwischen verstorbenen) Alphonse Aulard ein Schreiben an alle Lehrer Frankreichs, in dem er anordnete, daß in allen Schulen, nicht nur in der programmatischen Stunde für den Völkerbund sondern auch in möglichst vielen anderen Stunden, den Kindern die Wichtigkeit des Völkerbunds und seine Erfolge eindringlich gezeigt werden sollen. Einige anderen Tatsachen: Seit 1928 wird im August eine Zusammenkunft junger Mädchen aller Nationen in Thonon am Genfer See veranstaltet; die Tage werden in einige Kurse, Ausflüge und geselliges Beisammensein geteilt. In Genf finden ernstere Kurse statt, veranstaltet in der Sommerschule Théodore Ruysens, um Hunderte von jungen Lehrerinnen aller Na-

tionen zu vereinigen. Die Liga für Menschenrechte, die in Frankreich entstanden ist, umfaßt jetzt dort 2000 Sektionen mit 150 000 Mitgliedern. Besonders bemerkenswert ist die Tatsache, daß Frankreich viele höhere Offiziere hat, die ihre Aufgabe darin sehen für den Frieden zu wirken. Roux nannte die Oberstleutnants Métois, Condorcet, Mayer, Goutte-noire de Toury, die Generale Verraux, Sauret, Percin (der in einer Broschüre einen Druck auf die öffentlichen Gewalten verlangt hatte, um in den französischen Kalendern die Erwähnung der Siegestage durch die der Friedenstag zu ersetzen, und der leider vor einem Jahr starb (siehe diese Rundschau, 1929 I Seite 57)). Allgemein, und größtenteils auch in Deutschland, bekannt sind die Namen der Schriftsteller und Dichter des Friedensgedankens: Rolland, Barbusse, Duhamel, Reboux, Jouve, Latzko, Corday, Lomandé, Luce, Rioux und andere. Léontine Roux ist selbst ein Beispiel, wie ein Mensch nationale Art und Treue zum eigenen Land mit Menschheitsgesinnung verbinden kann. Ihre Worte, von Begeisterung getragen, und die Tatsachen, die sie mitteilte, hinterließen bei den Hörern einen tiefen Eindruck.

**Sozialistische Bildungsarbeit**

Wenn man das sozialistische Bildungswesen der Gegenwart einer kritischen Betrachtung unterzieht, so findet man, daß eine seiner schwachen Seiten in der unentwegten Anwendung einer Ideologie liegt, die heute nur noch historischen Wert hat und bestenfalls nur noch teilweise dazu dienen kann die konstruktiven Aufgaben, denen der Sozialismus heute gegenübersteht, zu fördern. Die wesentlichste Aufgabe des Sozialismus besteht heute nicht mehr darin die Schwächen des kapitalistischen Systems und der auf ihm beruhenden geistigen Ordnung bloßzulegen sondern darin die vielfältigen Ansätze zu einer neuen Ordnung, die dem Kapitalismus immanent sind, in der Richtung auf eine künftige sozialistische Ordnung fortzubilden. Ein den Aufgaben der Gegenwart angepaßtes sozialistisches Arbeitsprogramm wird davon ausgehen müssen, daß die marxistische Ideologie, die vorwiegend im Hinblick auf englische Verhältnisse entstanden war, nicht mehr ausreicht, um die Aufgaben, vor die sich der kontinentaleuropäische Sozialismus heute gestellt sieht, hinlänglich zu klären. Worin im einzelnen diese Fortentwicklung jener älteren Ideologie zu sehen ist, darauf braucht hier nicht näher eingegangen zu

werden: Ein großer Teil der geistigen Arbeit, die von den Sozialistischen Monatsheften geleistet worden ist, war dieser Aufgabe gewidmet und wird ihr auch weiterhin zu widmen sein. Inzwischen muß nur festgestellt werden, daß die aktuelle sozialistische Bildungsarbeit zum großen Teil deswegen so unzulänglich geblieben ist, weil sie es nicht verstanden hat sich die Ergebnisse dieser Arbeit hinreichend zu assimilieren.

Eine andere Gefahr, die das sozialistische Bildungswesen bedroht, liegt in seiner Abhängigkeit von der Welt des Bürgertums. Man begegnet dieser Abhängigkeit auf Schritt und Tritt in der Literatur, im Zeitungswesen, im Radio, in den landläufigen Umgangsformen und Wertungen geschichtlicher oder aktueller Ereignisse, und oft sind es gerade die kleinbürgerlichen Anschauungen, die in die proletarischen Massen am leichtesten Eingang finden. Wertvolle sozialistische Bildungsmittel, durch die dieser geistigen Abhängigkeit bewußt entgegengearbeitet wird, sind unter anderen: die vom Reichsausschuß für Sozialistische Bildungsarbeit in Berlin herausgegebene Monatsschrift Sozialistische Bildung, die von Gerhart Pohl herausgegebene Monatsschrift Die Neue Bücherschau /Berlin, Adalbert Schulz/, die zur Universumbücherei für Alle in Berlin gehörige Monatsschrift Magazin für Alle, die zum Arbeiterradiobund Deutschlands gehörige Zeitschrift Arbeiterfunk /Berlin, Verlag der Neuen Gesellschaft/. Diese Organe sind freilich in vielem einzelnen nicht auf der Höhe, bringen der konstruktiven Idee des Weltsozialismus wenig Verständnis entgegen, kultivieren zum Teil einen Radikalismus alter Prägung, geben überholte Losungen aus. Aber es ist doch ein Streben zur Aktivität in ihnen, darum sind sie zu begrüßen.

Endlich liegt eine typische Schwäche des sozialistischen Bildungswesens der Gegenwart in seinem oft immer noch nur grundsätzlich kritischen Charakter. Diese Schwäche teilen in gewissem Sinn selbst Veröffentlichungen, die in ihrer Art ausgezeichnet sind. Wenn es sich zum Beispiel darum handelt eine Anschauung von demjenigen Deutschland zu geben, dessen leidenschaftliche Bekämpfung und Überwindung gemeinsame Aufgabe aller derer sein sollte, die im Sozialismus ein großes und weites kulturelles Ziel sehen, so kann man einem Buch wie Kurt Tucholskys Deutschland, Deutschland über alles /Berlin, Neuer Deutscher Verlag/ gar

nicht genug Verbreitung wünschen. Aber selbst bei diesem so ausgezeichneten Werk muß es doch nachdenklich stimmen, wenn der Verfasser im Schlußkapitel als positives Gegenstück zu der vorher geübten Kulturkritik eigentlich weiter nichts zu preisen weiß als die schöne deutsche Landschaft. Gewiß erscheint es menschlich begreiflich, wenn die Anschauung von so viel hoffnungsloser Beschränktheit, wie sie das vorzügliche, dem Buch beigegebene Bildmaterial darbietet, schließlich selbst in dem Verfasser den sehlichen Wunsch erweckt sich der einsamen Schönheit des von bürgerlicher Dummheit und sozialem Leid noch unberührten deutschen Landes hinzugeben. Aber was der Sozialist hier erwartet, ist nicht der schwärmerische Ausblick auf die Natur, sondern der Ausblick auf eine Neugestaltung der deutschen Verhältnisse. Auch hier wird das Fehlen einer Grundidee sichtbar, ohne die selbst eine geistige Persönlichkeit vom Rang eines Kurt Tucholsky, der wir die Auslüftung so manchen muffigen Raums in deutschen Landen zu danken haben, eine direkt produktive Einwirkung auf die neue Generation nicht haben kann.

#### Zeitspiegel

Das *deutsche* Postministerium hatte an sämtliche Postanstalten eine Verfügung erlassen, nach der die Postanstalten angewiesen wurden die von der Stadt Dinant in Belgien an deutsche Städte versandte Broschüre Das Märchen von den Franc tireurs von Dinant gemäß § 47 der Postordnung von der Postbeförderung auszuschließen und als unbestellbare, wertlose Drucksache zu behandeln, da der mit der Versendung der Schrift angestrebte Zweck (also die Beseitigung des Franc tireursmärchens, die die endgültige Versöhnung der Deutschen mit den Belgiern erleichtern könnte) gegen das öffentliche Wohl gerichtet sei. Auf einen Protest der Presse hin ist die Verfügung wieder zurückgezogen worden. Gegen den Lehrer H. F. Geist in Thüringen ist unter der Anklage der Verbreitung unzüchtiger Schriften, Darstellungen und Abbildungen gerichtlich vorgegangen worden, weil er einem Schweizer Freund aus seiner Bibliothek einige im Buchhandel erworbene Bücher von George Grosz hatte schicken lassen wollen. Das Paket war mit Briefen auf dem Hauptzollamt Altenburg angehalten worden, und die Beschlagnahme des Inhalts durch die Kriminalpolizei, die bei dem

Lehrer daraufhin eine Haussuchung veranstaltete, erfolgte auf Grund eines Beschlusses des Amtsgerichts Altenburg. Eine Dresdener Verkäuferin war unehelich schwanger geworden und wurde, als sie sich während der Schutzfrist krank gemeldet hatte, fristlos entlassen. Ihre Klage auf Wiedereinstellung wurde vom Landesarbeitsgericht mit folgender Begründung abgewiesen: »Es steht nicht zur Entscheidung, ob in der Vollziehung des außerehelichen Geschlechtsverkehrs ein sittliches Verschulden oder ein Verschulden im Rechtssinn zu finden ist. Es kommt vielmehr nur darauf an, ob die Klägerin bei der Vollziehung des Geschlechtsverkehrs damit gerechnet hat, ... daß sie infolge des Geschlechtsverkehrs schwanger werden könne, und infolge der damit verbundenen Schwangerschaftsbeschwerden und dergleichen zur Leistung ihrer Dienste als Verkäuferin unfähig werden könne. Dies muß bejaht werden. Sie hat also ohne Rücksicht darauf, ob ihr der Geschlechtsverkehr als Schuld anzurechnen ist, ihre Dienstunfähigkeit mindestens unter dem Gesichtspunkt der Fahrlässigkeit zu vertreten und kann sich auf die Schutzbestimmungen ebensowenig berufen wie beispielsweise derjenige, der sich im Zweikampf oder durch eine besonders waghalsige Sportsübung leichtsinnig Gefahren aussetzt und sich Dienstunfähigkeit zuzieht.«

Eine seinerzeit von der Kunstdeputation des Berliner Magistrats angekaufte Bronzestatue des Bildhauers Arthur Wilhelm Lewin-Funcke, die einen nackten, den Arm tastend vorwärtstreckenden Blinden darstellt, wurde, nachdem sie in den öffentlichen Anlagen am Fichteberg aufgestellt worden war, von Unbekannten, die offenbar an der Nacktheit der Figur Anstoß genommen hatten, mit einem Hammer verstümmelt.

Der katholische Stadtpfarrer Herr erhob bei der Frankfurter Schuldeputation Einspruch gegen eine Aufführung von Lessings Nathan vor Frankfurter Volksschulen. Von dem Angebot des städtischen Theaters der Frankfurter Schulbehörde eine Anzahl Karten zu ermäßigten Preisen für die Aufführung des Nathan zur Verteilung an ältere Schüler zur Verfügung zu stellen konnte die städtische Schulbehörde keinen Gebrauch machen, da von den Beschwerdeführern geltend gemacht worden war, die Gestalt des Patriarchen passe nicht in den Rahmen einer christlichen Erziehung. Bei einer Aufführung von Georg Büchners Wozzek

im Altonaer Stadttheater kam es zu lärmenden Kundgebungen des Publikums, die ein Eingreifen der Polizei nötig machten. Bei der Aufführung des mit dem Grillparzerpreis bedachten Nachfolge-Christi-Spiels von Max Mell in Kassel kam es zu einem Theaterskandal. Im Gesetzgebungsausschuß des Thüringischen Landtags erklärten einige Abgeordnete im Zusammenhang mit der Behandlung einer vom Frauenschutzbund Eisenach eingereichten Eingabe um den Erlaß eines Gesetzes zur Bekämpfung unmoralischer Theaterstücke, das Deutsche Nationaltheater in Weimar verdiene nicht länger diesen Namen, nachdem es »sitte- und rasseverderbende« Stücke wie Kreneks Oper Jonny spielt auf gegeben hätte. Eine Aufführung von Bruckners Verbrechen im Leipziger Alten Theater wurde durch Hakenkreuzler gestört, die das Hitlerlied anstimmten, Stinkbomben warfen und eine Ansprache ans Publikum zu halten versuchten. Der Ingolstädter Bürgermeister protestierte durch Vermittlung des Deutschen Städtetags beim Berliner Polizeipräsidium, beim preußischen Innenminister und bei der Berliner Presse gegen das »gemeine Machwerk« der Ingolstädter Schriftstellerin Marieluise Fleisser Pioniere in Ingolstadt, weil darin eine Beleidigung und Kränkung der Stadt Ingolstadt, ihrer Einwohner und der ehemaligen Ingolstädter Pioniergarnison zu sehen sei. Der Deutsche Offiziersbund ließ durch die Telegraphenunion die Mitteilung verbreiten, er habe sich mit einem Schreiben an das Komitee zur Verteilung des Nobelpreises gewandt und diesem mitgeteilt, der Offiziersbund müsse schon in der bloßen kürzlich durch die Presse gebrachten Anregung den Schriftsteller Erich Maria Remarque für sein »Machwerk« Im Westen nichts Neues für den Nobelpreis in Vorschlag zu bringen eine Beleidigung der alten Wehrmacht sehen; die vom Offiziersbund vertretenen Kreise könnten in diesem Buch nur den schwächlichen Versuch erblicken durch kitschige, maßlos verzerrte und tendenziöse Darstellung zugunsten der vom Krieg zerstörten Generation das heldenhafte Ringen aller deutschen Stämme im Weltkrieg zu entstellen und herabzuwürdigen. In einem Aufsatz des Deutschen Adelsblatts, des Organs der Deutschen Adelsgenossenschaft, war Arnold Zweig als Verfasser des vor 2 Jahren veröffentlichten Kriegsromans Der Streit um den Sergeanten Grischa als »asiatischer Schmutzfink« bezeichnet wor-

den. Der Schutzverband Deutscher Schriftsteller, dessen Vorsitzender Arnold Zweig ist, verklagte das Adelsblatt, dessen verantwortlicher Redakteur vom Berliner Schöffengericht nunmehr wegen Beleidigung des Schriftstellers zu einer Geldstrafe verurteilt wurde.

Die Vossische Zeitung veröffentlichte am 19. September das Ergebnis eines journalistischen Experiments, das nicht ohne symptomatische Bedeutung für das gegenwärtige öffentliche Leben in Deutschland ist. Danach war von einer fingierten »Kulturgesellschaft von 1881«, die als »gemeinnützige Vereinigung führender Köpfe« bezeichnet worden war und sich angeblich das Ziel setzte »die kulturellen Güter unseres Volkes durch praktische Förderung zu unterstützen und ihren bewährten und weitverzweigten Einfluß an den maßgeblichen Stellen geltend zu machen«, an 200 männliche und weibliche deutsche "Prominente" ein Rundschreiben mit der Anfrage geschickt worden, ob sie an dieser Gesellschaft als Ehrenpräsidenten »mitraten und arbeiten« würden. Ungefähr 172 bekannte Größen der Literatur, Kunst, Wissenschaft, Industrie, Politik usw. fielen auf den Spaß herein und genossen, teilweise sogar, nachdem sie ihre Mitwirkung telegraphisch zugesagt hatten, ein halbes Jahr lang die Ehrenmitgliedschaft eines Vereins, der in Wirklichkeit überhaupt nicht existierte. Bei der Veröffentlichung des Ergebnisses ist der Veranstalter des Scherzes, Egon Jacobsohn, rücksichtsvoll genug gewesen die Namen jener Prominenten zu verschweigen.

In der offiziellen englischen Jahresausstellung der Royal Academy zu London wurde in diesem Jahr ein Bild der englischen Malerin Procter, betitelt Jungfräulichkeit, zurückgewiesen, weil die Nudität nicht künstlerisch genug, und die Bekleidung nicht ausreichend gewesen sei. Gleichzeitig verlangte der Redakteur einer englischen Fachzeitschrift für Herrenschneider, daß alle englischen Maler einen Schneider- und Toilettenkursus durchmachen müßten, um dem vorzubeugen, daß draußen in der Welt durch die Reproduktion der Porträts englischer Maler Vorurteile gegen das englische Bekleidungs-gewerbe entstünden.

**Kurze Chronik** Mit grundsätzlich wesentlichen Darlegungen wurden vom preußischen Unterrichtsminister Carl Heinrich Becker die in Erfurt, Hannover und Düsseldorf errichteten *Pädagogischen Akademien* er-

öffnet. Lebensnähe und Humanität bezeichnete der Minister als die Leitziele der neuen Lehrerbildung. In Thüringen, wo die künftigen Volksschullehrer zum Teil an der Universität (Jena), zum Teil an einem mit ihr verbundenen Pädagogischen Institut ausgebildet werden, ist neben der Einführung in die Aufgaben des konfessionellen Religionsunterrichts auch eine solche in die Theorie und Praxis einer unkonfessionellen Gesinnungsbildung vorgesehen; gleichzeitig wurden vom Volksbildungsministerium in Weimar für die thüringischen Volksschulen auch Richtlinien zur Gestaltung der Lehrpläne in Lebenskunde erlassen. ◊ Deutschland besitzt 160 Bibliotheken mit 29 500 000 Bänden, Frankreich 111 Bibliotheken mit 19 800 000 Bänden, England 101 Bibliotheken mit 17 000 000 Bänden, Italien 85 Bibliotheken mit 13 300 000 Bänden, Österreich 32 Bibliotheken mit 3 000 000 Bänden, Polen 14 Bibliotheken mit 2 800 000 Bänden, Spanien 14 Bibliotheken mit 2 500 000 Bänden. ◊ Die Vereinigung Evangelischer Freikirchen von Deutschland, der etwa 600 000 Mitglieder (unter anderen Methodisten, Baptisten, die evangelischen Gemeinschaften) angehören, erhob die Forderung, daß den *Freikirchen*, wie das in Bayern, Württemberg, Hamburg der Fall ist, auch in Preußen die Rechte einer öffentlichen Körperschaft zuerkannt würden. ◊ In den Kampf um die *Deutsche Studentenschaft* griff Ende Februar der Senat der Universität Leipzig ein. In einem an die Vertretung der Leipziger Studentenschaft gerichteten Schreiben bezeichnete er die weitere Zugehörigkeit der Leipziger Studentenschaft zur Deutschen Studentenschaft als unzulässig, da man den Studenten der Leipziger Universität unmöglich zumuten könne zwangsmäßig einer Organisation anzugehören, die offenkundig einer einseitig parteipolitischen Richtung verfallen sei. Das Organ der Deutschen Studentenschaft sei inhaltlich im wesentlichen auf die Ziele der Deutschen nationalen Volkspartei eingestellt. Bei weiterer Zugehörigkeit der Leipziger zu der Deutschen Studentenschaft würde somit ein Teil der Studentenschaft gezwungen sein eine Einrichtung zu fördern, die seiner politischen Überzeugung widerspricht. ◊ George Grosz, der wegen seiner Schweißkmappe Hintergrund am 10. Dezember 1928 vom Schöffengericht in Berlin wegen Gotteslästerung verurteilt worden war, wurde in der Berufungsinstanz, das heißt von der Straf-

kammer des Landgerichts III, mit einer bemerkenswerten Begründung freigesprochen. Für das Urteil war nach der Meinung des Gerichts die Erwägung maßgebend, daß es dem Künstler darauf ankam die Leiden, die Roheit und die Sinnlosigkeit des Krieges durch seine Bilder darzustellen. ◊ Über das vom Völkerbund in Rom eingerichtete *Internationale Institut für Lehrfilmwesen*, in dessen Kuratorium unter anderen auch der Generaldirektor der Preußischen Staatsbibliothek Sitz und Stimme hat, berichtete Mitte April in Berlin in einem Vortrag vor dem Bund Deutscher Kultur- und Lehrfilmhersteller der Leiter des Instituts De Feo. Das Institut wird von der italienischen Regierung zu Rom finanziert und ist in einer Villa zu Rom und in der Villa Falconieri in Frascati bei Rom untergebracht. Die einzelnen Nationen sollen veranlaßt werden die Zollschränken für Lehr- und Kulturfilme fallen zu lassen, und eine 5sprachige Monatszeitschrift soll über alle Fortschritte auf diesem Gebiet auf dem laufenden halten. ◊ Den seit einiger Zeit in *Italien* geführten Kampf zwischen einzelnen Literaturrichtungen suchte Benito Mussolini dadurch zu beenden, daß er den Futuristen F. T. Marinetti zum Vorsitzenden der fascistischen Gewerkschaft der Schriftsteller berufen und ihm diktatorische Rechte für die Durchführung eines Programms erteilt hat, das unter anderem eine straffere künstlerische Zensur der Neuerscheinungen und eine Kontrolle über den Vertrieb ausländischer Literatur in Italien vorsieht. ◊ In Köln ist im Anschluß an die *Pressa* und unter Verwertung des reichen Materials, das Staaten und Verbände der *Pressa* zur Ausstellung überlassen hatten, ein *Forschungsinstitut für Internationales Pressewesen* gegründet worden, das sich als Ziel auch die Pflege der geistigen Annäherung und der kulturellen Gemeinschaft der Völker Europas gesetzt hat. Der Verwaltungsrat ist aus Wissenschaftlern, Verlegern und Redakteuren zusammengesetzt. Die Leitung hat der Bonner Universitätsprofessor Gerhard Kallen übernommen. Das Institut ist der Universität Köln zwar angelehnt, untersteht aber unmittelbar der Verwaltung der Stadt. ◊ Der Deutsche Philologenverband hat sich auf seiner letzten Wiener Pfingsttagung für *Englisch als Grundsprache* der nichtgymnasialen höheren Lehranstalten ausgesprochen (siehe hierzu den Artikel Stössingers *Die Anglisierung Deutschlands*, in diesem Band Seite

695 und folgende). ◊ Zu einer Kundgebung deutsch-französischen Verständigungswillens gestaltete sich im Juni die diesjährige Tagung des *Reimser Flugmeetings*, auf dem besonders die von Hermann Köhl geführte Junkersmaschine G 31 allgemein anerkannt und bewundert wurde, wie überhaupt die Deutschen mit vorzüglichster Gastfreundschaft aufgenommen wurden. Hervorragendes leisteten in Kunstflügen französische Flieger. Es wurde unter allgemeinem Beifall beschlossen 1930 in Berlin zu tagen. ◊ Der Berliner Malikverlag will in einem Dokumentenband *Kriegsbriefe gefallener Proletarier* veröffentlichen. Zu diesem Zweck bittet er die Besitzer von Briefen im Feld Gefallener, die in Gedanken und Empfindungen Wesentliches über den Krieg sagen, ihm authentische Abschriften solcher Briefe zu überlassen. Es sollen daraus die wertvollsten und charakteristischsten ausgewählt werden, damit so ein wahrhaftes Bild entstehen und der romantischen Verklärung des Kriegs entgegengewirkt werden könne.

## WISSENSCHAFT

### Philosophie / Christian Herrmann

Mendelssohn Als man am 6. September den 200. Geburtstag Moses Mendelssohns feierte, geschah es in der Erinnerung an die zweifache Leistung für die neuere Philosophie und Geistesgeschichte, die sein Werk ist. Mendelssohn, der stille und ruhige Weise, gehört zu den bedeutendsten Vertretern der deutschen Aufklärungsphilosophie. Als der 14jährige arme Dessauer Lehrersohn in Berlin einwanderte und mit zähem Fleiß Locke und Spinoza, Leibniz, Wolff und Baumgarten studierte, eignete er sich die geistigen Ideen des 17. und 18. Jahrhunderts an und trat damit geistig aus dem Ghetto, in dem die Juden in Europa seit Jahrhunderten gelebt hatten. Mendelssohn begriff, daß er sich in den Strom jener geistigen Mächte stellen müsse, die seit einem Jahrhundert den Kontinent überfluteten, und die, wohin sie kamen, eine neue Art des Offenseins für die Welt der Natur und der Seele brachten. Die Epoche, die wir mit dem Wort Aufklärung bezeichnen, ist nicht dadurch gekennzeichnet, daß sie die Vernunft zum einzigen Richter machte und alle anderen Autoritäten erst von dieser legitimiert werden ließ, sondern durch eine neue Haltung, die alles Menschlich-Individuelle in freier Entfaltung harmonisch sich entwickeln und betätigen

lassen wollte. Man war überzeugt von der Vollkommenheit der Natur und alles dessen, was aus ihrer Werkstatt hervorgegangen war. Erst die Geschichte hat in ihrem Verlauf die ursprünglich so klaren Verhältnisse zwischen den Menschen in Verwirrung und Trübung gebracht. Deshalb muß die Vernunft als die untrügliche Quelle des Wahren die reinen und klaren Linien wieder herausarbeiten. Das kann geschehen, denn der Mensch will seinem eigentlichen Wesen nach der Leitung der Vernunft folgen. Das Transzendente hatte an Bedeutung verloren; der Mensch fühlte sich in dieser "vollkommensten aller Welten" zu wohl, als daß er sich gedungen fühlte den Blick hinüberschweifen zu lassen, und da man über die jenseitigen Dinge doch nichts aussagen kann, ist die Toleranz die selbstverständliche Konsequenz aus dem Verzicht auf das überkommene religiöse Dogma. Darum verzichtet man aber nicht auf Metaphysik, denn man ist überzeugt, daß die metaphysischen Wahrheiten, wie Mendelssohn sagt, »zwar nicht der selben Gewißheit, aber der selben Faßlichkeit fähig sind wie die geometrischen Wahrheiten«. Diese Ideen werden in den Schriften Mendelssohns nach allen Seiten hin durchgearbeitet. Mendelssohn gehört zu den Denkern, die, wie Wieland, der Aufklärung ihre literarische Form gegeben haben. Von philosophisch-geschichtlich größerer Bedeutung ist, daß er das Gefühl als selbstständiges Seelenvermögen dem Denken und Wollen gegenüberstellt, und daß er die Psychologie und die psychologische Ästhetik durch scharfsinnige Bemerkungen förderte, die für die Weiterentwicklung von nicht geringer Bedeutung waren.

Die von Mendelssohn zu einer gewissermaßen klassischen Form gebrachte Philosophie der deutschen Aufklärung ist längst überwunden oder, sagen wir richtiger und genauer, aufgehoben, in jenem Hegelschen Sinn, daß sie ein selbstverständliches Element jeder spätern und damit auch der heutigen Geisteslage ist. Es bedarf keines Hinweises, daß wir die Errungenschaften der Aufklärung als selbstverständliches Geistesgut übernommen haben und weitergeben werden, solange wir den Anspruch auf kulturelle Geltung mit Recht erheben. Darum ist die Ehrung Moses Mendelssohns auch zugleich die Anerkennung jenes nicht mehr wegzudenkenden Elements der Aufklärung in unserer geistigen Kultur. Nur kurz sei hier auf die andere Leistung in Mendelssohns Schaffen hingewiesen.

Indem er für sich den Anschluß an die europäische Geistesgeschichte fand, hatte er auf das gesamte Judentum, wenigstens in Deutschland, den nachhaltigsten Einfluß. Er gab den Anstoß für eine Entwicklung, die zwar heute von nationaljüdischer Seite revidiert wird, die aber nicht mehr aus der Geschichte des Geisteslebens ausgelöscht werden kann. Von hier aus gesehen darf man sagen, daß Mendelssohns geistesgeschichtliche Bedeutung die spezifisch philosophisch-geschichtliche weit überstrahlt.

Von den Publikationen, die zum 200. Geburtstag Mendelssohns herausgebracht wurden, wird noch die eine oder andere hier besprochen werden müssen. Fürs erste sei nur die Sammlung der Briefe und Gespräche Mendelssohns, auch der Zeugnisse seiner Mitwelt, angezeigt, die Bertha Badt-Strauß herausgegeben und eingeleitet hat (Moses Mendelssohn: der Mensch und das Werk /Berlin, Weltverlag/). Dieses Buch, schön gedruckt und mit 10 Tafeln und Textbildern versehen, läßt die Entwicklung Mendelssohns und den Einfluß, den er auf seine Zeit ausgeübt hat, klar erkennen. Vorangestellt ist ihm eine Silhouette Mendelssohns, über die Lavater in seinen Physiognomischen Fragmenten diese Worte gesagt hat: »Ich weide mich an diesen Umrissen! Mein Blick wälzt sich von diesem herrlichen Bogen der Stirne auf den scharfen Knochen des Auges herab . . . In dieser Tiefe des Auges sitzt eine sokratische Seele! Die Bestimmtheit der Nase, der herrliche Übergang von der Nase zur Oberlippe — die Höhe beider Lippen, ohne daß eine über die andere hervorragt . . .« In diesem Urteil Johann Kaspar Lavaters ist die Meinung des geistigen 18. Jahrhunderts über Moses Mendelssohn eingeschlossen.

**Schule und Philosophie** Die Philosophie nimmt im geistigen Leben heute eine Stellung ein, die so vielfältig und widerspruchsvoll ist wie noch zu keiner Zeit der europäischen Geistesgeschichte. Einerseits lassen Technik, Sport und die schonungslose Härte eines ungeheuer gesteigerten Wirtschaftskampfs eine in gleichem Maß wohl nicht gekannte Ungeistigkeit groß werden, die jedes tiefergehende Fragen ablehnt, und die Philosophie scheint die überflüssigste Angelegenheit der Welt. Andererseits zeigt sich, wie von den verschiedensten Ausgangspunkten her mit Energie nach einer Verbindung mit der Philosophie gestrebt wird, und die Frage nach einer tiefen Begründung unseres gesamten

Lebens als immer dringlicher empfunden wird. Es gibt kaum eine Wissenschaft, in der ihre bedeutendsten Vertreter nicht philosophische Untersuchungen über die Grundlagen und die Erkenntnisbedeutung ihrer Wissenschaft anstellten. In der Medizin und in den Naturwissenschaften wird spekuliert wie zu Schellings Zeiten; in den Geisteswissenschaften wird mit einer Überzeugung von der Selbständigkeit des Geistes gedeutet und konstruiert, die doch nur innerhalb der Philosophie begründbar ist. Es ist ein Zeichen der Zeit, daß an den Universitäten und sogar den Technischen Hochschulen die philosophischen Vorlesungen überaus stark besucht sind; daß in den Erörterungen der allgemeingeistigen Zeitschriften die philosophischen Essays überwiegen. Und denkt man erst daran, wie in allen Kreisen das Bedürfnis nach einer tiefern weltanschaulichen Orientierung besteht, so wird man zugeben, daß die Philosophie heute wieder eine geistige Macht von Bedeutung ist.

Diesem Tatbestand sucht die neue Schulreform gerecht zu werden. Die berühmten Richtlinien des Ministerialrats Hans Richert vom Jahr 1925 sind die Grundlage für den Unterricht, wie er jetzt an den Höheren Schulen in Preußen erteilt werden soll. An Stelle der alten Lernschule tritt der Arbeitsunterricht, das selbständige Erarbeiten der sogenannten Tatsachen durch das Experiment, die historischen Quellen. Der Geist des Unterrichts ist weitgehend von der Philosophie Diltheys bestimmt. Geistesgeschichtliche Betrachtungsweise im Geschichtsunterricht, Kulturkunde im fremdsprachlichen Unterricht; das sind so einige Leitgedanken. Weiter fordern aber die Richtlinien im Zusammenhang mit der arbeitsunterrichtlichen Methode Vertiefung in den Prozeß der Erkenntnisgewinnung in den einzelnen Wissenschaften und Aufzeigung der allgemeinen Prinzipien, die in dem betreffenden Wissenschaftsgebiet gelten. Und schließlich soll im Geschichts- und Literaturunterricht wenigstens eine kurze Betrachtung den wichtigsten Philosophen und ihrem Einfluß auf das allgemeine Geistesleben ihrer Zeit gewidmet werden. Auf Grund dieser methodischen und inhaltlichen Forderungen der neuen Schulreform und getragen vom philosophiebedürftigen Geist unserer Zeit hat sich in den letzten Jahren eine immer stärker werdende Bewegung entwickelt, die die Philosophie als besonderes obligatorisches Unterrichtsfach in den Lehrplan der oberen Klassen einführen will. Der

andere denkbare Weg, daß in jedem Unterrichtsfach, wie es gerade die Situation ergibt, der Lehrer an seinen Lehrstoff philosophische Erörterungen anknüpft, ist auch früher schon versucht worden, hat aber den schwerwiegenden Einwand gegen sich, daß auf diese Weise dem Schüler die innere systematische Einheit der Philosophie nicht sichtbar gemacht werden kann. Außerdem gibt es philosophische Untersuchungen von so allgemeiner Art, wie die prinzipiellen erkenntnistheoretischen, daß sie bei dieser okkasionalistischen Methode überall angestellt werden können, das heißt aber, daß es im Unterricht keine bevorzugte Stelle gibt, wo ihr Auftreten zu fordern ist. Infolgedessen geht die mächtig anschwellende Bewegung für einen philosophisch-propädeutischen Unterricht auf die Einführung eines besondern Unterrichtsfachs, das mit 2 Wochenstunden in den oberen Klassen erteilt wird. In welcher Weise und nach welchen Gesichtspunkten soll nun den Schülern eine Einführung in die Philosophie und ihre Probleme gegeben werden? Es kann keine Rede davon sein, daß der Lehrer seine persönliche Weltanschauung den Schülern vorträgt. Dazu ist die weltanschauliche Zerrissenheit bei uns viel zu groß. Es widerspräche dies auch dem ganzen Sinn der Reformbewegung in den Richtlinien. Der philosophische Unterricht soll im Zusammenhang mit den übrigen Unterrichtsfächern stehen und sie in ihrem wissenschaftlichen Charakter vertiefen. Dafür kommt aber in erster Linie die Erkenntnistheorie in Frage. In der Mathematik drängen sich die Fragen nach dem Wesen von Raum und Zahl, nach der Bedeutung der Axiome und nach der besondern Art der mathematischen Erkenntnis überhaupt, und welches ihre Methoden sind. In der Physik ist es das Verhältnis von Beobachtung, Experiment und Theorie, in der Geschichte das der historischen Erkenntnis zur historischen Wirklichkeit, das einer philosophischen Erleuchtung bedarf und durch die Methode des Arbeitsunterrichts nahegelegt wird. Daran schließen sich dann die Fragen nach dem Ursprung der Erkenntnis, ihrem Geltungsgrund und ihren Grenzen, kurzum, die ganze Fülle erkenntnistheoretischer und methodologischer Fragen eröffnet sich im Anschluß an die übrigen Unterrichtsfächer. Man sage nicht, daß die Jugend für derartige Fragen kein Interesse aufbringt. Natürlich gibt es verschiedene Interessenrichtungen, und nicht jeder hat Neigung und Teilnahme für erkenntnis-

theoretische Fragen. Aber außerordentlich zahlreiche Erfahrungen der Lehrer, die freiwillige philosophische Arbeitsgemeinschaften abhalten, weisen alle in die selbe Richtung, daß ein logisch und methodisch klarer erkenntnistheoretischer Unterricht bei älteren Schülern das größte Interesse findet. Gerade bei geistig angeregten Schülern findet beispielsweise die Behandlung der Mathematik in der Weise, daß auch ihre Grundlagen einseitig gemacht werden, weitaus größeres Interesse als die früher vielfach beliebte Methode, die sich darin erschöpfte die Anwendung notdürftig abgeleiteter Regeln in der Lösung von Aufgaben zu üben. Erst durch einen erkenntnistheoretischen Unterricht, der, wie nicht nachdrücklich genug betont werden kann, mit größter logischer Sauberkeit durchgeführt werden muß, erhalten die Schüler einen Einblick in die ganz verschiedenartige Struktur der Wissenschaften, in die Bedeutung und damit auch in die Grenzen der wissenschaftlichen Erkenntnis. Jedem jungen Menschen, der seine innere Stellung zu Welt und Leben sucht, liegen die Probleme der Ethik ganz besonders am Herzen. Nahegelegt werden sie ihm durch den Literaturunterricht, aber auch durch die Geschichte und den Religionsunterricht. In eigenen Lebenserfahrungen, in der Dichtung, tritt dem jungen Menschen das Problem des Wertes in irgendeiner konkreten Gestalt entgegen. Auch hier hat ein propädeutisch-philosophischer Unterricht die Aufgabe die dem konkreten Wertleben zugrundeliegenden Begriffe zu entwickeln und zu klären. Die vorstehend dargelegten Gedanken hat *Arthur Liebert* mit einleuchtenden Argumenten ausgeführt (Die Philosophie in der Schule /Berlin, Panverlag Kurt Metzner/). Er tritt mit Nachdruck für einen systematischen Unterricht in philosophischer Propädeutik ein, an Stelle von Gelegenheitsbetrachtungen in den einzelnen Fächern; aus unterrichtspraktischen Gründen nicht nur sondern auch aus philosophisch systematischen Erwägungen. Er möchte aber in dem Philosophieunterricht vor allem Erkenntnistheorie und Weltanschauungstheorie behandelt haben. Die Notwendigkeit der einen ist oben schon genügend beleuchtet. Für die Metaphysik oder Weltanschauungstheorie spricht, daß die älteren Schüler gerade für dieses Gebiet besondere Neigung haben. Der in der Jugend so lebendige spekulative Trieb soll durch eine objektive Darstellung der verschiedenen Weltanschauungstypen, ihrer Voraussetzung und Konsequenz, eine Klärung

empfangen. Auch hier gilt das nicht, daß eine fertige Metaphysik den Schülern vorgesetzt werden soll, sondern daß sie die verschiedenen Weltanschauungsformen als notwendige Ausprägungen des Geistes, wie er sich in der Geschichte entfaltet, begreifen lernen sollen. Die für jeden Freund einer philosophischen Vertiefung des Unterrichts überzeugend vorgetragene Idee Lieberts haben, wie man an einer inzwischen ziemlich umfangreich werdenden Literatur feststellen kann, eine große Bewegung ausgelöst. Man kann danach annehmen, daß die Vorschläge dieser Schrift bald mehr oder weniger Wirklichkeit werden.

Petzoldt † Am 1. August starb nach langem und schwerem Leiden der Führer des deutschen Positivismus aus der Schule Machs und Avenarius' Joseph Petzoldt, im Alter von 67 Jahren. Er war in Altenburg geboren. Bis zu seiner Emeritierung im Jahr 1927 war er Professor am Kantgymnasium in Spandau. 1904 habilitierte er sich an der Berliner Technischen Hochschule, wo er 1922 außerordentlicher Professor für Philosophie wurde. Er war ein bedeutender Pädagoge, der es verstand, seine Schüler zu selbständigem und kritischem Denken anzuregen. In seiner Philosophie bemühte er sich um die Begründung einer metaphysikfreien Lehre. Protagoras, Hume, Mach und Avenarius waren seine Vorbilder. In seinen beiden Hauptwerken *„Einführung in die Philosophie der reinen Erfahrung /1900/“* und *„Das Weltproblem vom Standpunkt des relativistischen Positivismus aus /1906/“* lehrt er einen Positivismus, der, wie bei Mach, von den Empfindungen als letzten Gegebenheiten ausgeht. Nicht nur alle an sich seienden Substanzen werden verworfen, sondern auch die Kategorie der Kausalität, an deren Stelle er das »Gesetz der Eindeutigkeit« setzte. Es gibt nur relativ konstante Qualitätskomplexe. Die wissenschaftliche Erkenntnis vermag nicht mehr als die mehr oder weniger schnell vorüberflutenden Qualitätsverbindungen zu beschreiben. Wir sind heute über diesen Positivismus, der das Wesen der wissenschaftlichen Erkenntnis gründlich mißverstanden, weit hinaus. Und doch war zu seiner Zeit das Auftreten Petzoldts von Bedeutung. Denn nicht nur hat er im Kreis seiner engeren Fachgenossen, der Naturwissenschaftler, den unkritischen Dogmatismus zu erschüttern mitgeholfen und auf die Notwendigkeit einer erkenntnistheoretischen Besinnung hingewiesen sondern auch

durch seinen Positivismus dem impressionistischen Lebensgefühl um die Jahrhundertwende einen beredten Ausdruck verliehen. Es ist zweifellos ein Verdienst einen philosophischen Standpunkt so bis in alle Konsequenzen durchgearbeitet zu haben, wie Petzoldt es mit dem Positivismus tat, so daß seine systematische Bedeutung wie auch seine Grenzen deutlich sichtbar geworden sind.

**Kurze Chronik** Am 28. August, am Geburtstag Goethes, wurde zum 3. Mal der *Goethepreis* der Stadt Frankfurt in Höhe von 10 000 Mark verliehen. Der Preisträger ist der Philosoph Leopold Ziegler in Karlsruhe. Im vorigen Jahr war es der Arzt und Philosoph Albert Schweitzer. Als erster erhielt 1927 bekanntlich Stefan George diesen Preis. ◊ Am 6. September wurde eine *Moses-Mendelssohn-Stiftung* zur Förderung wissenschaftlicher Zwecke ins Leben gerufen. Die Nachkommen Mendelssohns, an der Spitze der Präsident der Berliner Handelskammer Franz von Mendelssohn, stellten für sie den Betrag von 250 000 Mark zur Verfügung. Die Stiftung hat ihren Sitz in Dessau, der Geburtsstadt Mendelssohns. ◊ In dem Landerziehungsheim Walkemühle bei Kassel, das von Leonhard Nelson begründet wurde, fand eine Mitgliederversammlung der Gesellschaft der Freunde der Philosophisch-Politischen Akademie statt. Die Gesellschaft bereitet die Herausgabe des *Nachlasses Nelsons* vor. Zunächst soll sein Werk *Erziehung und Unterricht* erscheinen, aus dem Grete Hermann /Göttingen/ auf der Tagung einige Kapitel vortrug. ◊ Vor kurzem wurde eine bulgarisch geschriebene Philosophische Revue ins Leben gerufen, die sich besonders der Pflege der *Rehmkeschen Grundwissenschaft* widmen will. Sie wird von dem Professor D. Michaltschew in Sofia geleitet. ◊ Der Germanist an der Universität Poitiers *André Fauconnet* wurde in die wissenschaftliche Leitung der Schopenhauergesellschaft gewählt. In seinen Werken über Schopenhauers Ästhetik und über Spenglers Untergang des Abendlandes zeigte er sich als vorzüglichen Kenner der deutschen Philosophie. Fauconnet ist auch als rühriger Vorkämpfer des Studienaustausches und der kulturellen Zusammenarbeit Deutschlands und Frankreichs bekannt. ◊ Als Nachfolger Erich Bechers wurde *Richard Höningwald* ordentlicher Professor der Philosophie an der Universität München. Er ist ein Schüler Alois Riehls und war zuletzt Ordinarius in Breslau.

#### Literatur

In der Sammlung Frommanns Klassiker der Philosophie /Stuttgart, Fr. Frommann/ erschien eine Arbeit Rudolf Metz' über *David Hume*, die ausführlich Leben und Philosophie des großen schottischen Philosophen behandelt. Der Verfasser, einer der besten Kenner Humes in Deutschland, benutzt für die Lebensgeschichte eine Fülle bisher unbekannter Materials, durch das viele bis jetzt nicht gewußte Einzelheiten ans Licht gezogen werden. Die Darstellung der Lehre ist außerordentlich gründlich und scharfsinnig und berücksichtigt sämtliche Schriften Humes. ◊ Die Schwierigkeit die Phänomenologie lehrbuchartig darzustellen hat *Wilhelm Reyer* mit seiner Einführung in die Phänomenologie /Leipzig, Felix Meiner/ schlechthin meisterhaft gelöst. In einer außerordentlich klaren Darstellung wird eine Fülle von höchst scharfsinnigen und tieferschürfenden Untersuchungen dargeboten. Mit besonderem Nachdruck macht der Verfasser auf den Unterschied zwischen Psychologie und Phänomenologie aufmerksam. Eine Zusammenstellung der phänomenologischen Literatur und ein ausführliches Sachregister erhöhen die Brauchbarkeit des Buchs. Man wird auf das Werk noch ausführlich zurückkommen müssen. ◊ Eine Reihe interessanter Untersuchungen zur Ethik legt *Albert Hofacker* in seinem Buch *Sinnlichkeit und Vernunft* /Stuttgart, W. Kohlhammer/ vor. Das Buch geht von der empirisch gegebenen Chaotik der Triebe des Menschen aus und sucht darüber den Bau einer Vernunftethik zu errichten, die ebenfalls empirisch abgeleitet wird. Von besonderem Eindruck sind die Kapitel *Zeitlichkeit und Ewigkeit*, *Moral und Politik* und *Das sittliche Drama*. Das Buch, reich an Gedanken und Perspektiven, gehört zu jener Gruppe von ethischer Literatur, die grundsätzliche Untersuchungen mit Lebensnähe zu vereinigen trachtet.

## KUNST

### Dichtkunst / Max Hochdorf

**Hofmannsthal** † Das Leben Hugo von Hofmannsthal wurde schnell ausgelöscht. Er starb am 15. Juli und zählte erst 55 Jahre. Ein Wunderknabe war er, als er in deutscher Sprache die Majestät italienischer Terzinen formte und dann mit der Schwermut des frühreifen Talents den Toren und den Tod hymnisch verklärte. Mit 17 Jahren trat er zuerst an die Öffentlichkeit; mit einer jetzt schon legendären

Studie Gestern. Mit 20 Jahren gehörte er dem Kreis um Stefan George an. Als er 24 Jahre alt war, erschien in den Sozialistischen Monatsheften (1898 Seite 276 und folgende) der erste Aufsatz über ihn. Ria Claaßen hatte ihn geschrieben, und sie sagte schon damals von dem Dichter: »So wird er uns auch immer das am besten geben können, was wir aus seinen Versen gerade wie eine köstliche Befreiung empfinden: »nicht die Schwere vieler Erden, nur die spielenden Gebärden.« Dieses Wort hat Hofmannsthal dann in 3 weiteren Jahrzehnten bestätigt. Immer wieder singt es zauberisch in den österreichischen Genies, die auf heiterer Erde geboren wurden und doch fürchten, daß sie capuanisch verweichlichen könnten. Stolz, sogar fanatisch machte sich Hofmannsthal auf, um solche Seelenkrankheit zu überwinden. Wenn er fühlte, daß irgendein Untergang über seinem Schicksal waltete, dann wollte er diese Unglückszeichen verscheuchen. Dann wollte er die Tragik meistern und von sich abstoßen, indem er die großen Schicksale der Genies zu erkennen und zu gestalten versuchte. Er erzog sich zur Empfindsamkeit, die er lächelnd zu tragen dachte, und verhärtete die Trauerspiele der Weltichtung, in die er sich nachbildend und ergänzend vertiefte. Das Spiel von Jedermann, das ewige Sinnspiel vom Glanz und vom Tod, das Spiel eines schlichten Komödien- und Legendendichters der Vorzeit, schuf Hofmannsthal noch einmal, und es schien uns so gegenwärtig, daß wir wieder zu der Einfalt des geistlichen Glaubens zurückkehren müssen. Es war eine große künstlerische Überredungskraft notwendig, damit noch mittelalterliches Theater auf raffiniertem Luxustheater beheimatet wurde. Hofmannsthal besaß die kraftvolle Geschmeidigkeit, um solche Gedankenbrücken von der Vergangenheit zur Zukunft zu bauen. Alle seine Dramen, die für das Theater unserer Tage ausgedacht und konstruiert wurden, lehnten sich an schon Erdachtes, Phantasiertes und Geformtes an. Doch sie gewannen stets die besondere schimmernde Leichtigkeit und Regenbogennatur des Dichters. Hofmannsthal war der kultivierteste Sucher und Pfadfinder durch die Reiche des deutschen und des lateinischen Geistes. Seine literarischen Studien sind Meisterwerke des Verständnisses. Auf der Höhe seiner Existenz gab er all sein wichtiges Experimentieren auf, und er schrieb eine österreichische Komödie Der Schwierige. Da vergaß er die literarische Tradition, die ihm erzogen hatte, er wurde

lebendiger, freier. Man wartete, daß er weitergehen würde auf diesem Weg. Bevor er es vermochte, brach er zusammen, körperlich schwer getroffen, seelisch in den Tod verwundet, weil sein Sohn es nicht verstanden hatte sich in den Verwirrungen der Zeit zurechtzufinden.

**Zeitromane** Ganz luftig und leicht plaudert René Schickele einen umfangreichen Roman Symphonie für Jazz (Berlin, S. Fischer). Schickele wird mit den Jahren immer heiterer. Er freut sich an den Verwicklungen der Menschen und gefällt sich in Stimmungen, die eines klugen, ja weisen Mannes würdig sind. Es stößt ihm auch zu, daß er ein wenig am Snobismus unserer Zeit rüttelt, aber er leidet nicht mehr. Seine Ironie ist, obwohl er meistens fern von der sogenannten Welt und für sich lebt, sehr mondän. Nun hat er sich an schönen Erdenorten aufgehalten, wohl hinübergehört zu närrischen Leuten, die gar nicht mit ihrer unbeschäftigten Existenz fertig werden können. Und er erzählt fast phonographisch, was all diese Leute bewegt. So kennt er ganz vorzüglich den besondern Berliner Klüngel, der zu Geld gekommen ist und darum versucht auch zum Geist zu kommen. Was geschieht, ist nicht sehr erheblich. Ein Musiker, der gern die alten Noten abschüttelt und die neuen Töne, die durch die Atmosphäre fließen, packen möchte, schindet sich beim Entwerfen und Komponieren einer Jazzsymphonie. Ihm begegnen allerhand Widerwärtigkeiten des Herzens. Probleme sind kaum in dem Roman vorhanden. Man möchte sagen: Aus einem Nichts wurde etwas Greifbares. So wie Schickele der Dinge habhaft wird, ist alles am lustigen und doch entscheidenden Ende angeschnitten. Gerade darum, weil Schickele sich nicht sonderlich entrüstet, nur ein wenig parfümiertes Gift auf die böse Zeit träufelt, bleibt sein hübscher Spott im Gedächtnis. Natürlich soll nicht gesagt werden, daß der Dichter nun die Pein der Zeit und ihre schwelenden und brennenden Fragen vernachlässigen muß. Wer aber in die Zeit hineinhorcht, der soll richtige Ohren haben. Wer Zeitgeschichte durch den Roman veredeln und verewigen will, der soll nicht bemüht sein nur in den Tümpeln der Kolportage herumzuplättschern. Arnolt Bronnen hat einen Oberschlesienroman geschrieben (O. S. /Berlin, Ernst Rowohlt/). Ein sehr schlechtes Buch. Anfangs nimmt man das Geschreibe von den polnischen Schweinen und den deutschen Helden für Ironie, man kann es

gar nicht glauben, daß der Autor es ernst meint. Aber schließlich bleibt einem nichts anderes übrig, und man legt den Dichter Bronnen, der vor noch nicht langer Zeit zur jungen Generation gehören wollte, ad acta. Auch den Stilisten, der jetzt ein verwilderter Schmock geworden ist. Bronnen, eben erst eine Hoffnung, ist nun eine Vergangenheit. So gründlich vergangen wie der Oberschlesien- und der Ruhrkrieg.

Der Roman *Günther Birkenfelds* 3. Hof links /Berlin, Bruno Cassirer/ ist ein Buch des Mitgeföhls. Es ist der Roman der Berliner Wohnungsnot. Der Mangel an Raum führt zum entsetzlichen Mangel an jener Selbstbeherrschung, die man Moral nennt. Es kommt zur Blutschande zwischen den Geschwistern, die ständig zusammengepfercht sind. Niemand kann Birkenfeld abstreiten, daß er aufrichtig und ergriffen schildert. Er hat ein ernstes Buch geschrieben.

Ein Russe von heute, *Valentin Katajew*, schrieb einen humoristischen Roman *Die Defraudanten* /Wien, Paul Zsolnay/. Das ist die Geschichte des bolschewistischen Funktionärs, der auch nicht ehrlicher wurde als der Beamte des Zaren. Der Schnaps regiert, es regiert die Lust an der Ausschweifung. Der Beamte hat zwar geschworen, daß er die rote Fahne nie besudeln wird, doch als er einige Tausend staatlicher Rubel in Händen hält, bricht sein Gewissen zusammen. In wenigen Tagen kann er Tausende von Tschernwonen durchbringen. Obwohl alles Laster verboten ist, blüht das Laster überall, in Moskau, in Petersburg, in der verlorenen Provinz. Der Defraudant ist innüchternen Zustand durchaus ein Pionier des Bolschewismus. Doch sobald er Geld zwischen den Fingern fühlt, reizt ihn das noble Abenteuer, reizt ihn die Gesellschaft der Frau, die er für eine echte, nur von der scheußlichen Gegenwart entrechtete Fürstin hält. Alle lächerlichen Seiten des heutigen Rußlands werden entlarvt. Der bolschewistische Spießer bereichert sich an dem Defraudanten so lange, bis der Mann keinen Kopeken mehr in der Tasche hat. Dann überliefert er ihn den bolschewistischen Gerichten. Das ist ein köstliches, ein derbes, manchmal bestialisches, allem Anschein nach aber auch ein sehr wahrhaftiges Buch, dieser erste satirische Roman aus dem bolschewistischen Rußland.

Gegenwarts-  
epik

Die eingesessenen Schriftsteller, die an der Scholle kleben wollen, müssen sich gegen die Kosmopoliten wehren. Sie tun

es, wenn sie nicht schwächlich sind, mit ihrer religiösen Innigkeit, mit ihrem realistischen Stil, mit ihrer heimatlichen Bauernkraft. Der Flame *Stijn Streuvels* führt den Kampf leicht, da er gar nicht an einen solchen denkt und nur mit den Menschen seines Dorfs verbunden ist. Er erzählt eine schlichte Geschichte aus dem Landleben, das Leben des Knechts Jan /Lübeck, Otto Quitzow/, der nach einigen Anläufen zum Wohlstand und zum Liebeshausstand auf der Strecke liegen bleibt und ein verlorener Vagabund wird. Das erzählt Streuvels wie ein biblisches Märchen. Er ist vertraut mit Tieren und Saat und Ernte, mit Wetter und Wolken, mit allen Jahreszeiten. Es sind die kleinen Dinge der Erde, und sie sind ebenso bewegend wie die mächtigen Abenteuer der Ozeanflieger. Ein dichterisches Ingenium, das weder Städteunterwelten noch urweltliche Überwelten braucht, um ein dem Schöpferwerk verwandtes Dichtwerk zu schaffen.

Knut Hamsun, der eben 70 Jahre alt wurde, liebt so abgöttisch sein norwegisches Land, daß er es vor der Neugierde der Reisenden bewahren möchte. In der dokumentenreichen Biographie, die Walter Berendsohn als Festschrift für Hamsun veröffentlichte, ist über die seltsame Abneigung Hamsuns gegen die Fremden und über seine Menschenscheu allerhand Merkwürdiges zu lesen. Die Norweger selbst beklagen sich nicht, wenn die Touristen Geld in ihr Land bringen. Hamsun meint, und es spricht aus ihm der Eigensinn des Genies, daß die norwegischen Bauern besser täten den harten Boden ihrer Heimat urbar zu machen als den fremden Besucher mit Behagen zu umgeben. Das Paradies werde in Norwegen erst erstehen, wenn der Bauer sich allein auf seine Pflicht besinnt, die seine Urväter vor Jahrhunderten schon erfüllten. Nun kommt einer der jungen Norweger, *Johan Falkenberget*, und erzählt in seinem Roman *Brandopfer* /Lübeck, Otto Quitzow/, daß die Sehnsucht des norwegischen Bauern nach dem Boden zwar unendlich ist; aber der Erdboden danke nicht die Treue, die der Landmann ihm unermüdlich weiht. Es ist ein störrischer Boden, der die Menschen nicht glücklich werden läßt. Sie werden niemals so wohlhabend, daß sie ihren Hunger ganz stillen, ihre Müdigkeit vollkommen ausruhen dürfen. Und wandern sie gar in die Stadt ab, dann gehen sie erst recht zugrunde, dann werden sie erst recht zum Tier, das zwischen den baumlosen Steinstraßen eingeht. In diesem Glücksland, wie Ham-

sun meint, gedeiht das Unglück ebenso üppig auf freiem Feld wie in der engen Fabrikstadt. Johan Falkenberget ist ein sozialer Ankläger. Er kann nichts zeigen als den Untergang seines Volkes, das von der Natur nicht geliebt, und das erst recht verstoßen wird, wenn es in die Häuser der Industrie einwandert. Das Leihamt, die mordende, schlecht gelüftete Fabrik, die Wohnungsnot, die Sektenbesessenheit der religiösen Träumer, ja selbst das Aufklärungswerk der sozialen Organisationen; alles das gehört zur Heimat und zum Tagesdasein des norwegischen Proletariers. Und wenn ein Vater, der das Land verließ, um in der Stadt für seine verkrüppelte Frau und für sein schwindstüchtiges Kind Brot zu verdienen, nicht mehr aus und ein weiß und die würgenden Hände um die Kehle des siechen Kindes legt, dann straft nur der Buchstabe des Gesetzes. Das Proletarierleid ist eben international; es ist das gleiche, mag es von der Glutsonne der Tropen beschienen werden oder von dem kühlen Nordlicht.

Erzähler

Den Roman der russischen Emigranten schrieb *Joseph Kessel*, unter den jungen

Franzosen einer der pompösesten. Französisch heißt das Buch *Nuits de princes*; der Titel wurde schlecht verdeutscht in *Ab Mitternacht* /Berlin, Th. Knaur Nachfolger/. Man kennt sie, diese heimatlosen Auswanderer mit dem Nansenpaß, diese Großfürsten, die als Chauffeure ihr Brot verdienen, diese Generale, die Drehtüren zu den Nachtlokalen öffnen, diese Mathematiker und Ärzte, die keinen Lehrstuhl mehr haben und sich als Händler, Maschinenheizer, Gärtner, Zirkusreiter oder Barkellner durchbringen. Man kennt die adligen Damen, die bei Nacht für Amerikaner Tscherkessenlieder singen, um am Tag ihren kranken Kindern Milch und Brot besorgen zu können. Man kennt die Tragödie und die grimme Komödie dieser Heimatlosen, die nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren wollen oder können. Viele kamen wieder empor. Viele wurden verrückt, oder sie verkamen im Alkohol. Es sind das alles Schnaps- und Irrsinnsschicksale. Wenigstens blieben die Gescheiterten auffälliger als die anderen, die wieder im Kopf und im Herzen gesunden. Kessel schildert dies Durcheinander, ein getreuer Führer durch Pariser Montmartrelokale, ein Maler von kuriosen Episoden, die wohl für die unterhaltungsbedürftigen Lesermassen aufgetakelt werden, aber im Grunde auch viel Wahrhaftiges berich-

ten. (Dieser fesselnde und interessante Roman ist übrigens mittlerweile verfilmt worden, und es kam ein feines Werk der immer wieder neuen und überraschenden französischen Filmkunst heraus, für das die große Filmtragödin Gina Manès, die unvergessene Therese Raquin (siehe die Rundschau Bühnenkunst, 1928 I Seite 551), ihre merkwürdig zwingende Kraft zu neuer Geltung einsetzte.)

Zur selben Klasse gehört *Henri René Lenormand*. Er ist einer der sehr weltläufigen Franzosen. Die französischen Schriftsteller, die früher gern zu Hause blieben, fahren heute über die 5 Erdteile, um nach Unterhaltungsstoffen zu suchen. So bringt Lenormand in seinem Novellenband *Dissonanz* /Wien, Paul Zsolnay/ eine algerische Prostituierte und einen katholischen Missionar zusammen. Der kultivierte Mann, der Seelenbezwinger, ist bereit seinen Gott zu verleugnen. Obgleich er es ihr zu Liebe tut, versagt sich ihm die exotische Abenteurerin. Ein schlimmer Ausklang, beliebt heute bei vielen Schriftstellern der europäischen Welt, die, einem ästhetischen Aberglauben zufolge, vergreist und dazu verrottet sein soll.

Der Grieche *Konstantin Christomanos*, der als Vorleser der ermordeten Kaiserin Elisabeth von Österreich bekannt war und nach dem Verlust dieses schwierigen Amtes Begründer des nationalen Theaters Neugriechenlands wurde, war ein begabter Schriftsteller. Er hinterließ eine Athener Geschichte, die A. Steinmetz verdeutschte /Hamburg, Verlag Hellas/. Der Aberglaube des griechischen Volks kommt an den Tag. Die Menschen fürchten, daß ihr ganzes Leben durch Hölle und Teufel verwünscht werden kann. Und der griechische Erzähler beweist, daß die Gespenstermächte jenseits der Wolken wirklich existieren.

Der jetzt 60jährige *Felix Salten* hat das biblische Buch *Simson* in neuer Art erzählt /Wien, Paul Zsolnay/: in schöner und wahrer Empfindung, denn er liebt die heilige Erde, auf der Juden und Philister einstmals blutige Kriege führten. Es ist ein starkes episches Stück, gebändigt von einem Künstler der Worte, der durch Jahrzehnte eingehend bemüht ist die Sätze klangvoll zu runden.

**Volkstümliches Schauspiel** Der Begriff des Dramatischen hat sich insofern verschoben, als mit diesem

Wort nur noch etwas sehr Aufregendes bezeichnet werden soll. Die Regisseure verhehlen nicht, daß sie die ganze ihnen zulaufende oder von ihnen anzulockende

Gesellschaft der Neugierigen in Kinderträume zurückbringen möchten. Es liegt ihnen nicht daran die Denkkraft der Theaterbesucher zu reizen; es soll nur der Trieb befriedigt werden, der sich auf das Nervenerlebnis wirft. Mehr als in früheren Jahrzehnten läuft die Theorie vom sogenannten Zeittheater gegen die Praxis. Alle Denker, die sich mit den Problemen auseinandersetzen, betonen hartnäckig und sogar verbissen, daß auf der Bühne irgendwelches bewegende Zeitmoment aufgerollt werden soll. Und es siegt doch immer wieder auf der Bühne das bloße Unterhaltungsstück.

Charakteristisch für diese Strömung ist der von *Paul Mederow* unternommene Versuch Goethes riesige Faustdichtung so zusammenzustreichen, daß nur ein Spiel für das Theater, das Spiel vom Doktor Faust, übrigbleibt (Berlin, Otto Elsner). Der Bearbeiter, der die beiden Fauststücke so verkürzt, daß sie an einem Abend aufgeführt werden können, fühlt sich durchaus als einen sittlichen Dramaturgen. Er meint eben, daß die Masse der Theaterfreunde unterhalten werden muß. Er rottet mit einem Verstand, der allein durch Rampe und Rundhorizont erleuchtet wird, jene Partien ganz aus, die bei geschlossenen Augen, die bei verdämmerten Ohren auch aufzunehmen wären. Man kann ihn wegen solchen Versuchs nicht tadeln. Man muß aber seine Bedenken äußern. Der Bearbeiter etabliert sich als Armenkommissar. Er mutet dem durch die Technik des Theatralischen mechanisierten Publikum nichts zu, was Nachdenken, Begrübeln erfordert.

Das Attentat der Regisseure, die gleichzeitig den Dramaturgen spielen, glückt nicht. Die energischsten, die ehrgeizigsten Dramatiker sind bemüht die Theorie, die so eifrig dem Theater geben will, was das Theater angeblich braucht, wieder umzustürzen. Sie wollen wiederum für jene Gedankenwelt ihre Theaterdichtungen retten, die zu einer höhern Phantasie spricht. Ob dieser Versuch immer gelingt, ist eine andere Frage. Sicher ist jedoch, daß er das Wertvollere umgreift. Das Poetische im reinsten Sinn wird immer das Stärkere und Bleibende sein. Ja, man kann sagen: Das Überquellende eines Dramas muß so mächtig sein, daß der streichende, kürzende und umgruppierende Dramaturg walten und wüten darf, und daß sich nach dieser Operation noch immer ein ausreichendes Theaterstück repräsentiert.

Breit, auch zynisch, gutgelaunt und sentimental wie ein Leierkastenspieler nähert sich *Karl Zuckmayer* dem Theater. Wes-

halb gefiel sein Fröhlicher Weinberg? Weil hier wieder einmal die gesunde Lebensfreude auf die Bühne kam. Zuckmayer brauchte den Regisseur, der die Leute im Parkett und Rang in Kinder verwandeln wollte, nicht. Sein Temperament brachte diese Kindlichkeit, dieses Vorstadttheatermäßige mit. Der Erfolg war ihm sicher. Allerdings ist er ein Ausmünzer des Erfolgs, der ihm mit Recht zufiel. Er dreht sich um die gleichen Stoffe, um den Volksliedhelden Schinderhannes und um das Jahrmärktzigeunerkind Katharina Knie. Die Kolportageromane, die den Philosophen und auch den Karrenschieber gleichmäßig ergötzen, baut er als epische Dramen auf. Aber er ist noch immer sehr geschickt. Er ist nicht nur ein Dramaturg sondern auch ein fröhlich lyrisches Gemüt. Wenn der Schinderhannes zu Fall kommt, weil er ein Räuber und Mordbrenner war, bedauern wir den armen Kerl trotzdem, als er von seiner Liebsten Abschied nehmen muß und vom Henker gepackt wird. Wir bedauern den Schinderhannes natürlich nicht, weil er ein Mörder ist. Wir bedauern ihn nur, weil wir uns daran erinnern, daß solch ein Galgenheld unserm tiefsten Kinderinstinkt entspricht. Das ist der ewig gefallende Ton, den Zuckmayer erfunden hat. Natürlich kommt ein so lustiger Zuschauer des Kolportagedaseins geistig bald in die Brüche. Er wird ein Routinier der Gemütlichkeit. Sein letztes Drama Katharina Knie beschreibt Glanz und Untergang der Jahrmärktgaulker, ohne das Menschliche zu bewältigen (siehe auch die Rundschau Bühnenkunst, 1929 I Seite 83). Doch es bleibt dabei, daß die Stücke Zuckmayers auf der Bühne wirken, daß sie aber auch den Leser der Buchausgaben festhalten und amüsieren; diese erschienen sämtlich im Propyläenverlag in Berlin.

**Kurze Chronik** Auf einer Studienreise durch die Schweiz entdeckte der Prager Literaturhistoriker Josef Körner unter allerlei Papieren, die Germaine de Staël hinterlassen hat, wichtige, bisher völlig unbekanntes Schriftstücke aus der Zeit der *deutschen Romantik*, nämlich Korrespondenzen der Brüder Schlegel, darunter etwa 100 ausführliche Briefe Friedrich Schlegels, ferner Briefe Tiecks, Schellings, Schleiermachers, Jacobis. ◊ In Paris wurde eine *Marcel-Proust-Gesellschaft* ins Leben gerufen; sie erstrebt die Errichtung eines Denkmals für Proust und vor allem die Herausgabe seiner unveröffentlichten Schriften. ◊ Dem Schöpfer des Datte-

rich, *Ernst Elias Niebergall*, wird in seiner Heimat Darmstadt ein Denkmal in Gestalt eines Brunnens errichtet; die Mittel werden von der Hessischen Spielgemeinschaft und von Verehrern des heute noch so lebendigen hessischen Dialekt-dichters aufgebracht.  $\diamond$  Auf dem Dorfplatz in Engelberg /Unterwalden/ wurde zum Gedächtnis *Conrad Ferdinand Meyers* ein Brunnen feierlich enthüllt.  $\diamond$  Die Stadt Rastenburg in Ostpreußen, die jetzt gerade 600 Jahre besteht, erinnert sich bei dieser Gelegenheit, daß sie die Geburtsstadt *Arno Holz'* ist, und sie bringt an seinem Geburtshaus eine Gedenktafel an.  $\diamond$  An seinem 70. Geburtstag wurde *Werner von Heidenstam* eine Gabe von 20 000 Kronen überreicht; er stiftete sie zu einem Fonds zum Schutz und zur Erhaltung der schwedischen Tierwelt.  $\diamond$  Die Wiener Schriftstellerin *Bertha Zuckermandl* ist von der französischen Regierung für ihre Verdienste um die französische Literatur in die Ehrenlegion aufgenommen worden; sie hat Schauspiele von Raynal, Géraldy, Lenormand und anderen Dichtern ins Deutsche übertragen.

## KULTUR

### Technik / Heinrich Lux

**Schallwellenkraft** Schwingungen in der Luft zwischen 20 und 20 000 in der Sekunde nehmen wir

als Schall wahr. Wellen von höherer Schwingungszahl werden von dem normalen Ohr nicht mehr wahrgenommen, lassen sich aber auf andere Weise nachweisen. Eingehende Untersuchungen mit ultrahohen Schwingungen wurden von den amerikanischen Physikern Wood und Lomis angestellt. Zur Erzeugung dieser hohen Schwingungen dienten elektrisch angeregte Quarzplatten, die aus einem Bergkristall herausgeschnitten waren. Je nach der Dicke dieser Platten können Schwingungen fast jeder beliebigen Periodizität erzeugt werden, weshalb denn auch gegenwärtig Quarzplatten von genau definierter Schwingungszahl zur Steuerung, beziehungsweise Konstanterhaltung der ausgesandten Schwingungen funktentelegraphischer Sender benutzt werden. Wood und Lomis benutzten Quarzplatten von etwa 10 Zentimeter Kantenlänge, mit denen Schwingungen von 300 000 in der Sekunde erzeugt wurden. Die Schwingungen entwickelten sich bei den Versuchen in einer Ölatmosphäre, und hierbei wurde zunächst beobachtet, daß sich die den Kristall umgebende Ölschicht 6 bis 7 Zentimeter aufwölbte, und

daß aus der Mitte dieses Ölhügels Öltröpfchen mit großer Gewalt ausgeschleudert wurden. Die ultrahohen Schall-schwingungen übten also einen Druck aus. Der Druck wurde gemessen, indem eine Glasplatte von 50 Quadratcentimeter auf die Ölschicht gelegt und belastet wurde. Bei 150 Gramm Belastung wurde dem Schalldruck das Gleichgewicht gehalten. Bei weiteren Versuchen wurde über der Quarzplatte ein Erlenmeyerkolben, dessen Hals zu einer Spitze ausgezogen war, an einem Stativ so befestigt, daß die Bodenfläche in das Öl eintauchte, die Spitze aber frei herausragte. Nahm man die Spitze in die Hand, so verbrannte man sich die Finger, sobald die ultrahohen Schwingungen begannen; drückte man ein Stück Holz gegen die Spitze, so bohrte sie ein Loch hinein.

Es wurden also durch die Schwingungen ganz beträchtliche Energieen entwickelt. Auch biologische Wirkungen wurden erzielt. Wurde in den erwähnten Erlenmeyerkolben Wasser eingefüllt, und kleine Fischchen und Frösche eingesetzt, so wirkten die ultrahohen Schwingungen tödlich auf die kleinen Lebewesen; ebenso wurden rote Blutkörperchen durch die Wirkung der ultrahohen Schall-schwingungen zerstört. Die Schwingungsaus-schläge der Quarzplatte sind hierbei ganz minimal, sie liegen in der Größenordnung der Amplituden von Lichtwellen.

**Gasbeförderung** Sofern die Gase nicht durch Rohrleitungen an die Verbraucherstellen geleitet werden können, was nur bei Massenkonsum wirtschaftlich ist, geschieht die Beförderung im wesentlichen in Stahlflaschen, in die die Gase unter hohem Druck eingepreßt werden. Ein Verfahren, das nur als Notbehelf angesehen werden kann. Denn einmal stellen die gefüllten Stahlflaschen eine nicht geringe Gefahrenquelle dar, und auf der andern Seite ist das Verhältnis zwischen Gasgewicht und Gewicht der Flaschen höchst ungünstig. So können in eine Stahlflasche von 75 Kilogramm Gewicht nur rund 6 Kubikmeter Sauerstoff unter 150 Atmosphären Druck eingefüllt werden, die 8,2 Kilogramm wiegen. Die tote Last der Flaschen ist also 9,2 mal größer als das Nutzgewicht des Gases, und diese tote Last kostet immer doppelte Verfrachtungskosten für den gefüllten und den leeren Zustand beim Transport und Rücktransport. Für einige sehr wichtige Gase würden sich die Verhältnisse ganz wesentlich ändern, wenn man sie verflüssigt, also im drucklosen Zustand, versenden

könnte. Die Verflüssigung setzt allerdings eine starke Abkühlung voraus. So ist Sauerstoff bei  $-182,5^{\circ}$  und atmosphärischem Druck flüssig. Die Kälteerzeugung ist an sich mit nicht unbeträchtlichen Kosten verbunden; aber gerade beim Sauerstoff ist eine besondere Verflüssigung nicht erforderlich, weil zur Erzeugung des Sauerstoffs in der Praxis verflüssigte atmosphärische Luft benutzt wird. Schwieriger gestalten sich dagegen der Transport und die Aufbewahrung flüssiger Gase. Für flüssige Gase in kleineren Mengen sind die Dewarschen Flaschen bereits seit vielen Jahren mit bestem Erfolg im Gebrauch. Diese Dewarschen Flaschen, dem großen Publikum unter dem Namen Thermosflaschen bekannt, sind doppelwandige Glasgefäße, bei denen der Hohlraum zwischen den beiden Wandungen evakuiert ist, so daß eine direkte Wärmeleitung von außen nach dem Flascheninnern und umgekehrt nur in äußerst geringem Umfang erfolgt. Die sonst noch mögliche Erwärmung des Flascheninnern durch Strahlung von einer Umgebung von höherer Außentemperatur auf den niedriger temperierten Flascheninhalt wird durch innere Verspiegelung des doppelwandigen Hohlraums verhütet. In solchen Dewarschen Gefäßen lassen sich verflüssigte Gase verhältnismäßig sehr lange aufbewahren, ohne daß eine nennenswerte Verdampfung stattfindet. Im Vergleich zu den Stahlflaschen kommt das Gewicht der Dewarschen Gefäße kaum in Betracht. So sind zur Aufbewahrung von 24 Kubikmeter gasförmigem Sauerstoff unter Druck von 150 Atmosphären 4 Stahlflaschen mit einem Eigengewicht von 300 Kilogramm erforderlich. Ist der Sauerstoff aber verflüssigt, so kann er in einem Dewarschen Gefäß von nur 15 Kilogramm Eigengewicht aufbewahrt werden. Für die Aufbewahrung und den Transport größerer Mengen kommen Dewarsche Glasgefäße natürlich nicht mehr in Betracht, und es hat verhältnismäßig lange gedauert, bis geeignete Transportgefäße mit großem Fassungsraum und guter Isolierung geschaffen werden konnten. Nach mehrjährigen Versuchen ist es aber jetzt der Firma C. W. P. Heylandt in Berlin gelungen geeignete Transportgefäße aus Metall zu schaffen, die nur rund 1000 Kilogramm wiegen; in einem solchen Tank können 3400 Kilogramm flüssiger Sauerstoff, entsprechend einer Gasmenge von rund 2500 Kubikmeter, untergebracht werden. Das Nutzgewicht ist also 3,4 mal so groß wie das tote Gewicht des Gefäßes. Wollte man die

gleiche Gasmenge unter 150 Atmosphären Druck befördern, so wären 400 Stahlflaschen mit einem Leergewicht von 30 000 Kilogramm erforderlich. Man erkennt ohne weiteres den enormen Fortschritt. Außerdem sind aber noch die Gefahrenquellen beseitigt, die mit der Beförderung verdichteter Gase verbunden sind. Zum Gebrauch wird das verflüssigte Gas dem Tank entnommen und verdampft. Zur Verdampfung genügt bei der sogenannten Kaltvergasung die Wärmezufuhr aus der normal temperierten Umgebung, wenn das verflüssigte Gas in Gefäße aus gut wärmeleitendem Material umgefüllt wird. Da in dem Transportgefäß das Gas längere Zeit flüssig bleibt, so braucht immer nur so viel Flüssigkeit dem Tank entnommen zu werden wie jeweils gebraucht wird. Durch Warmvergasung kann der ganze Tankinhalt aber auch sehr rasch verdampft werden; der gasförmige Sauerstoff muß dann aber in Gasbehältern bekannter Art aufgespeichert werden.

Das Heylandtsche Verfahren eignet sich auch für die Aufbewahrung tiefsiedender brennbarer Gase, wie Methan, vielleicht auch für Wasserstoff. Beim Transport verflüssigter brennbarer Gase sind natürlich besondere Vorsichtsmaßnahmen erforderlich, um eine Feuer- und Explosionsgefahr zu vermeiden.

**Sendergefahren** Auf dem Umweg über Amerika gelangten wiederholt Meldungen von gesundheitlichen Schädigungen durch Kurzwellensender in die Presse, die in letzter Linie auf die Untersuchungen E. Schliephakes /Jena/ zurückzuführen sind. Um diese Meldungen zu verifizieren, stellte, unabhängig von Schliephake, K. Heinrich /Wismar/ eingehende Versuche über den gleichen Gegenstand an, über die er dann in der Elektrotechnischen Zeitschrift berichtete. Benutzt wurde ein Kurzwellensender von maximal 300 Watt Röhrenleistung, der abwechselnd mit der Wellenlänge von 44 Meter und 4 bis 2 Meter sandte.

Von den 3 bei der Arbeit eines Schwingkreises auftretenden Größen: 1. dem magnetischen Wechselfeld, 2. dem elektrischen Wechselfeld, 3. der von der Glühkathode ausgehenden Strahlung, scheint das magnetische Wechselfeld eines Kurzwellensenders den menschlichen Organismus in keiner Weise zu beeinflussen; auch bei anderen Lebewesen, wie Fliegen, Spinnen, Mäusen usw., war keine Beeinflussung nachweisbar. Dagegen zeigten sich unverkennbare Wirkungen des

elektrischen Wechselfelds und anscheinend auch Wirkungen der Glühkathodenstrahlung. Um die Wirkung des elektrischen Wechselfelds festzustellen, wurden die genannten Lebewesen, in Reagenzgläsern eingeschlossen, zwischen die Kondensatorplatten des Sendekreises eingebracht. Bei Sendungen auf der Welle 44 Meter wurden die in das elektrische Wechselfeld eingebrachten Insekten zunächst sehr lebhaft, nach 10 Minuten Einwirkung trat eine sichtliche Ermattung ein, die aber wieder wich, wenn die Tiere in die Sonne gebracht wurden. Bei einer Maus und einem Molch waren Einwirkungen nicht festzustellen. Bei Sendungen auf den Wellen 4 bis 2 Meter trat bei den Insekten, wenn sie in das elektrische Wechselfeld gebracht wurden, sofort starke Gliederkontraktion und nach etwa 3 Sekunden der Tod ein. Eine Maus begann lebhaft zu springen, nach 20 Sekunden begann sie sich zu krümmen und war tot. Das gleiche Verhalten zeigte auch ein Molch. Diese Erscheinungen sind wohl mit Sicherheit auf die Wärmewirkung des elektrischen Wechselfelds zurückzuführen; denn Flüssigkeiten, die zwischen die Kondensatorplatten des Sendekreises eingebracht werden, beginnen in relativ kurzer Zeit zu sieden, wie das auch schon von anderer Seite bei Versuchen mit sehr kurzen Wellen festgestellt worden ist. K. Heinrich nimmt aber außerdem noch eine Strahlungswirkung des elektrischen Wechselfelds an. Bei den Versuchen an einer Senderöhre mit parallelen Plattenanoden wurde schließlich auch das Auftreten von Röntgenstrahlen festgestellt. Zum Nachweis wurde die Schwärzung photographischer, teilweise mit Blei abgedeckter Platten benutzt. Schließlich wurde noch die Beeinflussung eines Wünschelrutengängers durch die sehr kurzen elektromagnetischen Wellen festgestellt; das erscheint freilich noch wenig sicher, da die Manifestationen eines Wünschelrutengängers zurzeit noch nicht als ein zuverlässiges Kriterium bei wissenschaftlichen Untersuchungen angesehen werden. Als positives Resultat bleibt eigentlich nur die Wärmewirkung des elektrischen Felds bestehen. Eine schädigende Wirkung findet aber nur dann statt, wenn die Organismen zwischen die Kondensatorplatten eingebracht werden. Für den Menschen liegt also kaum eine besondere Gefahr vor, es sei denn, daß er beim Arbeiten mit Kurzwellensendern aus Unvorsichtigkeit einen Finger in die Stelle des elektrischen Wechselfelds bringt, wo die stärkste Konzentration der Kraft-

linien vorhanden ist. Die Gefahr ist aber wohl kaum größer als etwa beim ungeschickten Halten einer Zigarette. Auch der beobachtete Röntgeneffekt, der übrigens auch bei Gasentladungsröhren festgestellt werden kann, ist bei Kurzwellensendern nicht so groß, daß eine wesentliche Gefährdung eintreten könnte. Baut man die Senderöhren mit Zylinderanoden, anstatt mit Plattenanoden, so kann auch jeder nennenswerte Röntgeneffekt vermieden werden.

#### Totenliste

Mitte März starb in Darmstadt, 77 Jahre alt, *Erasmus Kittler*, der sich große Verdienste auf dem Gebiet der Elektrotechnik erworben hat. Das von ihm in Darmstadt eingerichtete Elektrotechnische Institut zog bald eine große Reihe von Studierenden der sich immer weiter ausbreitenden elektrotechnischen Wissenschaft an. Von seiner hervorragenden Lehrtätigkeit legt sein, von den Studierenden viel benutztes Handbuch der Elektrotechnik Zeugnis ab. Am 24. April starb in Ladenburg bei Mannheim *Carl Benz*, im Alter von 85 Jahren. Er schuf zusammen mit Gottlieb Daimler und Wilhelm Maybach einen durch Verbrennungsmotor angetriebenen Wagen, nahm in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts in einer Werkstatt mit 8 Arbeitern den Automobilbau auf. Was er da schuf, hat die Entwicklung der Automobilindustrie in allen Ländern nachdrücklich beeinflusst. Anfang August starb in Washington *Emil Berliner*, der Erfinder des Gramophons. Er stammte aus Hannover, war Physiker und beschäftigte sich vornehmlich mit den Problemen der elektrischen Nachrichtenübermittlung. 1877 meldete er ein Patent auf ein Mikrophon an, 1887 konstruierte er das Grammophon. Er benutzte statt einer Walze eine horizontale Platte und legte damit den Grund zur Schallplattenindustrie. Er wollte ursprünglich Universitätsdozent in Deutschland werden, hatte hier aber nicht die geringsten Aussichten, ging daher nach Amerika, wo seine Patente in großem Maßstab ausgenutzt wurden. Am 4. August starb auf Schloß Welsbach in Österreich *Carl Auer von Welsbach*, fast 71 Jahre alt. Als Erfinder des Gasglühlichts hat Auer Weltruf erlangt. Diese Erfindung war das praktische Ergebnis seiner Studien der bis dahin wenig untersuchten seltenen Erden. Auer war auch der erste, der unter Benutzung von Osmium die erste brauchbare Metallfadenlampe schuf.

**Kurze Chronik** Die Weltproduktion an Gold betrug 1928 rund 610 000 Kilogramm; hiervon entfallen auf Afrika 58 %, auf Amerika 27 %, auf Europa und Asien nur je 6 %, auf Australien 3 %. ◊ Das Erzlager bei Brugg in der Schweiz kann, wie jetzt festgestellt wurde, die Schweiz für 150 Jahre mit Eisen versorgen. ◊ Das große Wasserkraftwerk am Shannon in Südirland, über dessen Planung früher schon berichtet wurde, nähert sich seiner Vollendung. Am 23. Juli wurde der Einlaufkanal durch eine Probefüllung feierlich eröffnet. ◊ In Niagara Falls wurde ein großes Gebäude von 79 Meter Länge, 22,8 Meter Breite und 13 Meter Höhe unter ausschließlicher Benutzung der Autogenschweißung hergestellt. ◊ In Königswusterhausen ist ein Weltrundfunkkurzwelligensender errichtet worden, der auf der Welle 31,38 Meter arbeitet. Während des Probetriebs überträgt er in den Abendstunden das Programm des Deutschlandsenders. ◊ Auf der Werft von Harland & Wolff in Belfast wird für die White-Star-Line ein elektrisches Passagierschiff von 60 000 Bruttoregistertonnen gebaut, das indirekten Antrieb erhalten soll. Das heißt, die Schiffswellen werden von Elektromotoren angetrieben, die ihren Strom von Dynamomaschinen erhalten, die ihrerseits entweder von Dampfturbinen oder von Dieselmotoren angetrieben werden. Diese doppelte Energieumformung ist trotz den damit verbundenen Energieverlusten wirtschaftlicher als der direkte Antrieb, weil die Manövrierfähigkeit des Schiffes wesentlich verbessert, und die Tourenzahl der Schiffsschrauben jeweils leicht auf den günstigsten Betrag gebracht werden kann. ◊ Untersuchungen über die Widerstandsfähigkeit von Luftreifendurch die Harburger Gummifabrik ergaben, daß bei Rennfahrten mit einem schweren Mercedeswagen auf dem Nürburgring bei einer mittlern Geschwindigkeit von 90,5 bis 92,75 Kilometer in der Stunde, die in den geraden Straßen bis auf 160 Kilometer gesteigert wurde, nach 220 zurückgelegten Kilometern die 8 Millimeter starke Lauffläche bis auf das Einlagegewebe abgefahren war. ◊ Die norwegische Papierindustrie verfügte 1928 über 41 Fabriken mit einer jährlichen Gesamtleistung von rund 370 000 Tonnen. ◊ Der Elektrizitätsverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung betrug 1928 in Chicago 1088, in New York 667, in Zürich 630, in Stockholm 294, in Paris 279, in Berlin 251, in Wien 210, in Kopenhagen 194, in Prag 180, in London 150, in Budapest

135 Kilowattstunden jährlich. Der Gesamtverbrauch an Glühlampen in der Welt beträgt rund 600 Millionen. ◊ Der Leuchtgasverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung beträgt in Deutschland rund 100 Kubikmeter, in den Vereinigten Staaten von Amerika exklusive Naturgas 234, in Großbritannien 242 Kubikmeter. ◊ Am 8. Oktober 1829 fand in Rainshill der Lokomotivwettbewerb auf der Liverpool-Manchester-Bahn statt, in dem Stephenson's Rocket siegte. ◊ An der Höheren Maschinenbauschule Leipzig wurde zum Gedächtnis Franz Reuleaux', der vor 100 Jahren geboren wurde, eine Anstalt für Getriebetechnik gegründet, die den Namen dieses Forschers trägt.

#### Literatur

In der Reihe der Baubücher /Stuttgart, Julius Hoffmann/ erschien als 5. Band eine überaus anziehende Abhandlung über den Beton als Gestalter, die von Ludwig Hilberseimer und Julius Vischer herrührt, und an der auch Oskar Schürer mitgearbeitet hat. Über Bauten und Eisenbeton und ihre architektonische Gestaltung schreibt Hilberseimer; ausgeführte Eisenbetonbauten, die er mit Recht Monolithe nennt, bespricht Vischer. Wenn zwar die gründliche Arbeit in erster Linie vorbildlich für den ausübenden Architekten ist, so wird sie doch auch jeden technisch interessierten Menschen lebhaft anregen, weil sie in die Methodik des Betonbaus einführt und zugleich auch durch die zahlreichen prächtigen Abbildungen einen anschaulichen Beweis dafür erbringt, welch unerschöpflicher Formenreichtum möglich ist, und mit welcher Eleganz und Leichtigkeit sich die schwierigsten Probleme der Baukunst, wie Kuppeln, Auskragungen, Treppenschwingungen usw., beim Betonbau überwinden lassen, während bei der Gebundenheit an den Steinbau das Parthenon, die Hagia Sophia, die Peterskuppel unerreichte Vorbilder waren. Das Buch ist, wie die anderen Bände der Reihe, hervorragend schön ausgestattet.

#### Landwirtschaft / Hans Wilbrandt

**Bauernarbeits-ertrag** Die Landwirtschaft ist immer noch derjenige Wirtschaftszweig, über den die sogenannte Öffentlichkeit so gut wie nichts weiß. Zwar ist in den letzten Jahren die statistische Erfassung landwirtschaftlicher Fragen des Anbaus, der Produktion, der Konjunkturbewegung, der Preise, des Einkommens, der Steuern und der Kredite weitgehend ausgebaut worden. Über das Leben und den

Verdienst der bäuerlichen Familie gab es bisher jedoch kaum eine gute Literatur. Es ist sehr verdienstvoll, daß Adolf Münzinger /Hohenheim/ sich besonders der Erforschung der bäuerlichen Arbeits- und Betriebsverhältnisse gewidmet hat. Bereits vor 4 Jahren schickte er junge ausgebildete Diplolandwirte in bäuerliche Betriebe Württembergs und Badens; jeder sollte dort 1 Jahr als Knecht im Betrieb eines Bauern genaue Aufzeichnungen über das Leben, die Betriebsform, Betriebsorganisation, die Erträge und das Einkommen des Bauern machen. Die Ergebnisse dieser in 10 Betrieben gründlich durchgeführten Untersuchung liegen nunmehr in dem 2bändigen Werk *Der Arbeitsertrag der bäuerlichen Familienwirtschaft* /Berlin, Paul Parey/ vor. Um das Ergebnis vorwegzunehmen; Der Arbeitsertrag der bäuerlichen Familienwirtschaft in den 10 erfaßten Betrieben ist gering, die Arbeitsanspannung hoch. Die durchschnittliche Arbeitszeit des Bauern betrug in den untersuchten Wirtschaften jährlich 3554 Stunden, die der Bäuerin sogar 3933 Stunden. Die Entlohnung dieser Arbeit ist nach Münzingers Untersuchung wesentlich geringer als die des Industriearbeiters, sie liegt teilweise unter der des landwirtschaftlichen Gesindes. Bei Anrechnung einer 5prozentigen Verzinsung für das gesamte im Betrieb arbeitende Kapital betrug der Stundenverdienst (in Pfennig):

Betrieb	Bauer	Landwirtschaftliches Gesinde	Industriearbeiter in der gleichen Gemeinde
I	22	36	55
II	10	36	50
III	45	31	60
IV	22	36	70
V	21	30	70
VI	10	30	57
VII	0	34	80
VIII	10	31	60
IX	24	35	50
X	24	42	80

Der Verdienst erscheint erschreckend gering. Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß Arbeitsverdienst des Bauern und Einkommen des Industriearbeiters keineswegs mit einander vergleichbar sind. Das Einkommen des Bauern besteht nicht nur aus seinem Arbeitsverdienst sondern außerdem aus der bereits abgezogenen 5prozentigen Verzinsung des im Betrieb arbeitenden Kapitals. Ob gerade in der bäuerlichen Wirtschaft, die ja meist unkapitalistisch betrieben wird, und die dem Bauern in erster Linie eine Arbeitsstätte und einen sichern Lebensunterhalt für sich und seine

Familie bieten soll, ein Abzug einer Kapitalverzinsung vor Berechnung des Arbeitslohns gerechtfertigt ist, muß bezweifelt werden; dies besonders, da die Bodenpreise in bäuerlichen Gebieten viel höher sind als es wirtschaftlich gerechtfertigt wäre. Der Bodenpreis, soweit er wirtschaftlich bedingt ist, entsteht aus der Kapitalisierung der Bodenrente. Eine angemessene Verzinsung kann von einem aus nichtwirtschaftlichen Gründen weit überhöhten Bodenkapital nicht erwartet werden. Man irrt daher auch, wenn man lediglich auf Grund der oben genannten Zahlen, die übrigens nur aus 10 Betrieben stammen, behauptet, es wäre bei den heutigen Verhältnissen für den Bauern günstiger seinen Betrieb zu verkaufen und den Erlös hochverzinslich anzulegen und als Industriearbeiter in die Stadt zu ziehen. Dadurch würden nicht nur vielleicht die Industriearbeiterlöhne gedrückt, sondern bei einer starken Abwanderung von Bauern in die Stadt würde der Bodenpreis und wahrscheinlich auch der Preis für die immobilen Gebäude außerordentlich stark, das heißt bis auf den wirtschaftlichen Wert des Bodens und der Gebäude, herabgemindert. Danach würde sich eine normale Verzinsung dieses wirtschaftlichen Werts ergeben. Wenn der Bauer diese Konsequenz aus seiner und der Lohnhöhe des Industriearbeiters nicht zieht sondern in seinem Betrieb weiterarbeitet, so hat er hierfür wohl irgendwelche wirtschaftliche oder nichtwirtschaftliche Gründe. Wenn er sich mit einer niedrigeren Entlohnung als der Industriearbeiter oder einer geringern Kapitalverzinsung zufrieden gibt, so bezahlt er eben eine gewisse Selbständigkeitsprämie dafür, daß er Herr auf seinem Hof und nicht einer von vielen Millionen Arbeitern ist.

Aber auch abgesehen hiervon können gegen den Vergleich zwischen Industriearbeiter- und Bauernlöhnen Einwände erhoben werden. Die in dem eigenen Betrieb erzeugten Lebensmittel wurden mit verhältnismäßig niedrigen Preisen eingesetzt, die Kosten der Lebenshaltung daher niedrig bewertet (durchschnittlich 1,26 Mark pro Kosttag). Die Ernährung war dabei zwar einfach, aber recht gut. Zweifellos müßte der Industriearbeiter für eine Ernährung in der selben Menge und Güte nicht 1,20 Mark sondern wesentlich mehr, wahrscheinlich über 2 Mark, aufwenden. Schließlich muß noch erwähnt werden, daß der gesamte Weg des Bauern und seiner Familie von und zu der Arbeitsstätte, der zirka 20 bis

30 % der Arbeitszeit beansprucht, voll zur Arbeitszeit gezählt, der Weg des Industriearbeiters von seiner Wohnung bis zur Arbeitsstätte dagegen nicht als entlohnte Arbeitszeit gerechnet würde. Auch Lückenbüßerarbeiten in arbeitsarmen Zeiten wurden voll gerechnet.

Alle diese und noch andere Umstände würden bei einer wirklich unanfechtbaren (wobei es fraglich bleibt, ob bei der Problematik solcher Berechnungen eine unanfechtbare Vergleichung überhaupt möglich ist) Vergleichung von Industriearbeiterlöhnen und Arbeitserträgen der untersuchten bäuerlichen Wirtschaften eine nicht unwesentliche Verringerung der Lohndifferenz zur Folge haben. Immerhin bleibt bestehen, daß der Arbeitsertrag des Bauern (es handelt sich in den untersuchten Wirtschaften zweifellos um gehobene, überdurchschnittlich bewirtschaftete Betriebe) sehr niedrig ist, und daß seine Steigerung eine der wichtigsten Aufgaben der Agrarpolitik sein muß. Dieses geringe Einkommen des Bauern führt nicht zu hoher Verschuldung und Zwangsversteigerung, wie die schlechte wirtschaftliche Lage von Großbetrieben, sondern zu übermäßiger Arbeitsanspannung und Einschränkung der Lebenshaltung und der Lebensbedürfnisse bis aufs äußerste. Es senkt die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung für Industrieerzeugnisse und trägt dadurch wiederum zur Vermehrung industrieller Arbeitslosigkeit bei.

Gerade die Münzingersche Arbeit kann nun infolge der guten betriebswirtschaftlichen Untersuchungen wirklich gangbare Wege zur Hebung des bäuerlichen Einkommens zeigen. Obwohl die untersuchten Wirtschaften weit über dem Durchschnitt in der Rationalität der Betriebsführung stehen, konnte in keiner der betriebswirtschaftlichen Einzeluntersuchungen gesagt werden, daß der Betrieb wirklich modern und rationell geführt wird, und daß durch Betriebsverbesserungen das Einkommen nicht wesentlich gesteigert werden könnte. Wir wissen seit langem aus der Kunstdüngerstatistik, aus der Maschinenverwendungsstatistik, aus der Ertragsstatistik sowie aus monographischen Beschreibungen landwirtschaftlicher Betriebe, daß die große Masse der bäuerlichen Betriebe noch sehr unzweckmäßig und unrationell bewirtschaftet wird. Die Münzingerschen Untersuchungen bestätigen dies in sämtlichen 10 Einzeluntersuchungen. In fast allen Berichten wird von der Verschwendung der menschlichen Arbeitskraft, die »den Bauern nichts kostet«, von der

falschen Kunstdüngeranwendung, der oft mangelhaften Bodenbearbeitung und Pflanzenpflege berichtet, auch von der festen Überzeugung der Bauern im Schwarzwald, daß das Wetterläuten Gewitter ablenke, und daß man im Zeichen des neuen Mondes säen müsse; lieber verschieben dort die Bauern die Saat bis auf einen für die Saat ungünstigen Regentag, als daß sie unter einem schlechten Zeichen das Getreide in den Boden bringen. In fast allen Betrieben wird berichtet, daß Kunstdünger nur nach Gutdünken des Bauern ohne Kenntnis der Düngerwirkung verwendet wird und daher oft enttäuscht, daß die Milcherträge der Kühe viel zu niedrig sind, um eine Rentabilität der Milchviehhaltung zu gewährleisten, daß die Hühner oft nur 60 bis 70 Eier legen, während gute Hühnerassen bei gleichem Futter durchschnittlich auf Legeleistungen von 150 Eiern kommen. Getreide wird teilweise auf für Getreide absolut ungeeigneten Böden gebaut, nur weil der Bauer seinen Eigenbedarf durch Produktion im eigenen Betrieb decken will, ganz gleich, ob die Produktionskosten für einen Zentner Getreide das Doppelte dessen betragen, was bei Zukauf bezahlt werden müßte. Fast alle Untersuchungen führen als Grund für diese außerordentlich unwirtschaftliche Betriebseinrichtung den Mangel an Fachbildung, außerdem aber die Tatsache an, daß der Bauer sich und seine Arbeitskraft nicht rechnet, »weil sie ihn nicht direkt Geld kostet«.

Die Untersuchungen zeigen, wie falsch es ist das Einkommen der bäuerlichen Bevölkerung lediglich durch Preismanipulationen erhöhen zu wollen. Bedeutende Rationalisierungsmöglichkeiten liegen in jedem einzelnen Betrieb. Wenn bereits in den untersuchten gehobenen Wirtschaften von den Bearbeitern darauf hingewiesen wird, daß durch eine Reihe von Maßnahmen das Betriebsergebnis wesentlich verbessert werden könnte, wie viel mehr muß sich das bäuerliche Durchschnittseinkommen lediglich durch Betriebsverbesserung in der großen Masse der bäuerlichen Betriebe steigern lassen, deren Erträge noch viel niedriger liegen, und deren Aufwendungen noch viel unzweckmäßiger sind. Durch wesentlich beschleunigte Hebung des landwirtschaftlichen Ausbildungs- und Beratungswesens, durch Unterstützung von Milchkontroll- und Schweinekontrollvereinen in großzügigster Weise läßt sich das bäuerliche Einkommen so heben, daß der Bauer nicht schlechter sondern ebenso gut und besser dasteht als der Industriearbeiter.

**Milchversorgung** Berlin verbraucht täglich rund 1,3 Millionen Liter Milch; pro Kopf beträgt der Milchverbrauch nur 0,3 Liter, in anderen Städten Europas dagegen bis zu 0,6 oder 0,7 Liter. Der Milchkonsum ist also verhältnismäßig gering. In erster Linie dürfte dieser geringe Milchverbrauch durch die unzureichende Kaufkraft weiter Bevölkerungsschichten in Berlin verursacht sein. Dazu ist der Berliner Milchpreis relativ hoch. Aber nicht nur diese geringe Kaufkraft für landwirtschaftliche Edelerzeugnisse, darunter besonders Milch, kann als Grund für den geringen Milchkonsum angeführt werden, sondern zweifellos auch die oft schlechte Milchqualität. Karl Brandt, der neue Professor für landwirtschaftliches Marktwesen an der Berliner Landwirtschaftlichen Hochschule, stellte in einer ausgezeichneten Schrift *Der heutige Stand der Berliner Milchversorgung* /Berlin, Paul Parey/ eine gründliche Untersuchung über die Berliner Milchversorgung an. Ihr Ergebnis ist nicht erfreulich: Sowohl organisatorisch als vor allem auch in hygienischer Beziehung läßt die Berliner Milchversorgung im Vergleich zu anderen Städten außerordentlich viel zu wünschen übrig. Es tritt infolge der mangelhaften Organisation in Berlin häufig eine große Milchschwemme ein, wobei oft über 200 000 Liter zum frischen Genuß nicht abzusetzender Milch in Berlin, vorbelastet durch hohe Transport- und Handelskosten, zu Käse und Butter verarbeitet werden müssen. Der Transport vom Land in die Stadt ist außerdem oft sehr unrationell. Die Zwischenhandelskosten und die Verluste aus der Verarbeitung von Überschußmilch belasten daher den Kleinhandelsmilchpreis in Berlin wesentlich stärker als in anderen Großstädten. Schlimmer noch als diese wirtschaftliche Seite sind jedoch die hygienischen Verhältnisse der Berliner Milchversorgung. Die Milch wird vielfach beim Erzeuger nicht tiefgekühlt; 60% der nach Berlin gelieferten Milch werden in meist unhygienischen Holzfässern geliefert. Nach Untersuchungen Brandts befanden sich an einem Stichtag von 257 Milchproben 70% bereits in starker Säuerung. Auch der Bazillengehalt der Milch ist infolgedessen sehr hoch. Während in Amerika Milch mit mehr als 200 000 Bazillen pro Kubikzentimeter nicht mehr als Frischmilch bezeichnet werden darf, betrug die Keimzahl der im Jahr 1926 unverarbeitet nach Berlin kommenden Milch nach Stichproben 10 Millionen pro Kubik-

zentimeter, also rund das 50fache der Höchstgrenze in Amerika. In einer großen Zahl von Proben, die in Kleinhandlungsgeschäften genommen wurden, sind bei gewöhnlicher Marktmilch durchschnittlich 1,7 Millionen, bei Flaschenmilch 1,1 Millionen Bakterien festgestellt worden. Wegen Schmutz mußte während der letzten Jahre nahezu die Hälfte der Proben beanstandet werden.

Während die vom Land nach Berlin gebrachte Milch entweder auf dem Land oder in Berlin pasteurisiert wird, kann die in den Berliner Kuhställen erzeugte Milch roh verkauft werden, was an und für sich wünschenswert ist, vorausgesetzt, daß die Kontrolle über die Hygiene der Milcherzeugung und die Gesundheit der Kühe und des Stallpersonals wirklich voll ausreichend ist.

Die Berliner Milchhygiene wird zwar zweifellos gehoben werden, wenn im nächsten Jahr das bereits lang erwartete Reichsmilchgesetz in Kraft tritt. Darüber hinaus sollte sich aber auch die Landwirtschaft mehr als bisher bemühen die Milcherzeugung im Kuhstall hygienischer zu gestalten. Denn wenn auch das Reichsmilchgesetz eine bessere Reinigung und allgemeine Pasteurisierung bringen sollte, so wird es nicht möglich sein eine hygienische Milcherzeugung bis in den letzten Stall vorzuschreiben oder zu kontrollieren. Wirklich saubere Milchgewinnung ist aber Voraussetzung einer starken Ausweitung des Milchkonsums.

**Gewächshausanlagen** Sehr interessante und erfolgreiche Versuche Industriebetriebe mit Landwirtschafts- und Gärtnereibetrieben zu verbinden wurden in den letzten Jahren durch Angliederung gärtnerischer und landwirtschaftlicher Produktionsstätten an Kraftwerke gemacht. Jedes Kraftwerk muß auf Spitzenleistung eingerichtet sein; seine Anlage ist also immer beträchtlich größer als es der Durchschnittsbelastung entspricht. Kein Kraftwerk arbeitet in der Ausnutzung seiner Anlage im strengsten Sinn ökonomisch, denn es hat während der größten Zeit seiner Benutzung überschüssige Energie zur Verfügung. Für diesen Überschuß sucht es Absatz, daher die Sondertarife für Energieabgabe zu Zeiten geringer Belastung, zum Beispiel für die Reklamebeleuchtung in großen Städten. Zweckmäßiger, aber nicht überall durchführbar, ist die Energieaufspeicherung, besonders die hydraulische Aufspeicherung. In höchstem Maß produktiv ist aber die Verwendung der überschüs-

sigen Energie zu landwirtschaftlichen Zwecken. Das beste Beispiel hierfür bietet die Boden- oder Gewächshausheizung. Von diesem Gesichtspunkt aus darf die Gewächshausanlage im Großkraftwerk Klingenberg in Berlin-Rummelsburg, die ihre Vorgängerinnen in entsprechenden Anlagen bei dem Kraftwerk Wiesmoor der Aktiengesellschaft Nordostdeutsche Kraftwerke oder im Kraftwerk Bleicherode der Überlandzentrale Südharz hatte, besonderes Interesse beanspruchen. In ihrem ersten Ausbau bedecken die Gewächshäuser des Kraftwerks 1 Hektar Grundfläche,  $\frac{1}{2}$  Hektar steht noch zur Verfügung. Vorhanden sind 12 Gurkenhäuser, 7 Tomatenhäuser, 1 Blumenhaus, 1 Anzuchtshaus für Gurken und Tomaten und 1 Verbindungshaus. Für die Heizung wird Anzapfdampf von Haus-turbinen benutzt; er wird durch Gegenstromapparate geleitet, in denen er das Umlaufwasser für eine Warmwasserpumpenheizung erzeugt. Zur Beheizung der Treibhäuser sind bei einer Außentemperatur von  $-20^{\circ}$  bei  $1\frac{1}{2}$  Hektar Bodenfläche 9 Tonnen Dampf stündlich erforderlich. Im Gegensatz zu der üblichen Treibhausheizung ist bei den Klingenberggewächshäusern die Bedienung bequem und billig, da hier Dampf ständig zur Verfügung steht. Das ist besonders wichtig für die Übergangszeit und kalte Sommertage, wo die Temperatur häufig ganz plötzlich fällt. Besonders interessant für die Klingenberganlage ist die neben der Raumheizung angeordnete Bodenheizung, die vor allem während der Wintermonate eine günstige Erdtemperatur sichert. Dazu kommt eine künstliche Beleuchtung der Gewächshäuser, die gute Erfolge hat. Analoge Anlagen lassen sich bei jeder Energiezentrale, auch den mit Wasserkraft arbeitenden, schaffen; denn weder die Raum-, noch die Bodenbeheizung mit elektrischem Strom macht prinzipielle Schwierigkeiten. Da die Stromabgabe, nicht ausschließlich, aber doch stärker als am Tag, in die Nachtstunden fällt, ergibt sich auch noch für die Werke eine Erhöhung der Wirtschaftlichkeit.

**Informations-** Schlipfs *Praktisches Hand-*  
**mittel** *buch der Landwirtschaft*,  
herausgegeben von Theodor  
Wölfer, erschien in 25., neu bearbeiteter  
Auflage als Jubiläumsausgabe (Berlin,  
Paul Parey). Dieses Werk umfaßt alle  
Zweige der Landwirtschaft: Bodenkunde,  
Pflanzenbau, Tierzucht und landwirt-  
schaftliche Betriebslehre. Trotz dieser  
oder vielleicht gerade wegen dieser kurz

zusammengedrängten Darstellung aller praktischen landwirtschaftlichen Fragen hat es Eingang in weite landwirtschaftliche Kreise gefunden, was die hohe Auflage besonders verdeutlicht.

Helmuth Münzberg gab als 27. Heft der Flugschriften der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft eine kurze, aber sehr gut aufgebaute Zusammenfassung über die *Lupine*, ihren Anbau und ihre Verwertung. In der nur 50 Seiten umfassenden Schrift werden Düngungsfragen, Saatzpflege, Ernte und Verfütterung der Lupine an die verschiedenen Tiere ausführlich behandelt. Für den Lupinenbauer sind alle Fragen des Lupinenbaus übersichtlich behandelt.

Julius Kallmeyer veröffentlichte einen kurzgefaßten Leitfaden Landwirtschaftliche Gebäudekunde (Leipzig, J. J. Weber). Er gibt Anweisungen für praktische und zweckmäßige Erstellung von *landwirtschaftlichen Gebäuden*, Speichern, Scheunen, Ställen usw. Durch eine große Zahl von Abbildungen wird der Text illustriert. Die Schrift kann allerdings nicht ein Lehrbuch genannt werden sondern nur ein kurzer Wegweiser für den landwirtschaftlichen Praktiker.

**Totenliste** Am 4. August starb in Stuttgart *August Morgen*, früher lange Jahre außerordentlicher Professor für Agrikulturchemie und anorganische Chemie und Vorstand der Landwirtschaftlichen Versuchsstation an der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim, im Alter von 76 Jahren. Er stammte aus Ostpreußen, studierte in Halle, promovierte in Leipzig. 1877 bis 1894 war er Assistent an der Agrikulturchemischen Versuchsstation Halle. Ende 1894 kam er als Nachfolger Wolfs nach Hohenheim. Er hat zahlreiche Arbeiten aus dem Gebiet der Agrikulturchemie in Fachzeitschriften veröffentlicht. Außerdem bearbeitete er Ad. Meyers Tierernährung in 2. Auflage. Die Beschäftigung mit der Tierernährung hat er als seine Lieblingsbeschäftigung bezeichnet.

**Kurze Chronik** In den meisten bauerlichen Gebieten ist die Grünlandwirtschaft noch sehr rückständig. Dabei hat sie als Grundlage der bauerlichen Viehhaltung, besonders in höher gelegenen Gebieten, eine ganz besondere Bedeutung. Es ist daher zu begrüßen, daß, im Zusammenhang mit der seit einigen Jahren aufstrebenden Grünlandbewegung, in der Eifel unter der Leitung Theodor Remys (Bonn-Poppelsdorf) nunmehr ein neues *Grünlandfor-*

schungsinstitut eingerichtet wird.  $\diamond$  Die sogenannte *Grüne Front*, vertreten durch die Führer der Landwirtschaft Ernst Brandes, Andreas Hermes, Anton Fehr und Martin Schiele, forderte neue Maßnahmen des Reichs zur Hebung der Preise landwirtschaftlicher Produkte, vor allem Erhöhung des Futtergerstenzolls, Bereitstellung großer Mittel zur Roggenvalorisierung und Kartoffelernte-finanzierung.  $\diamond$  Am 18. und 19. September hielt der *Deutsche Landwirtschaftsrat* in Münster seine 59. Generalversammlung ab. Der Präsident Ernst Brandes entwickelte in längeren Ausführungen ein Rentabilitätsprogramm, das in den Vorschlag ausmündete die Getreidepreise durch eine zentrale Einfuhrregelung zu heben und auf einem »gerechten Niveau« zu stabilisieren. Adolf Münzinger /Hohenheim/ hielt ein Referat über die Auswirkung der Agrarkrise im kleinbäuerlichen Betrieb. Außerdem wurde unter anderem das Reichsmilchgesetz besprochen.  $\diamond$  Die landwirtschaftliche Ertragsstatistik ist noch lange nicht vollständig ausgebaut. Nicht nur stimmen die Schätzungen der pflanzlichen Ernteerträge mit den wirklichen Ernteerträgen nicht immer überein, sondern wir wissen vor allem über die *Milchproduktion* nur außerordentlich schlecht Bescheid. Es gibt nur ganz grobe Schätzungen, nach denen die durchschnittliche Milchproduktion pro Kuh in Deutschland auf 2100 Liter angegeben wird. Um diese Lücke in der landwirtschaftlichen Ertragsstatistik auszufüllen, hat der Preussische Landwirtschaftsminister das Preussische Statistische Landesamt und die Landwirtschaftskammern ersucht durch kreisweise vorzunehmende Schätzung die durchschnittlichen Milchleistungen der Kühe festzustellen. Die Erhebungen sollen später wiederholt und weiter ausgebaut werden.  $\diamond$  Nachdem lange Jahre die Gartenbaulehre an den deutschen Landwirtschaftlichen Hochschulen stiefmütterlich behandelt worden war, soll nun auch für die *Gärtnerausbildung* das Hochschulstudium ermöglicht werden. An der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin wurde Erich Maurer, bisher Generaldirektor der Späthschen Baumschulen, Professor für Pflanzenbau, Erwin Barth, Zentralgärtnerdirektor von Berlin, Professor für Gartenkunst.  $\diamond$  Zum Nachfolger Carl Krochnachers wurde an die Tierärztliche Hochschule Hannover der Tierzuchtdirektor *Hans Gutbrod* aus Würzburg als ordentlicher Professor für Tierzucht und Vererbungs-forschung berufen.

### Innenkolonisation / Otto Karutz

**Wohnsiedlung** Neben der landwirtschaftlichen Siedlung in allen ihren Formen spielt auch heute noch die Wohnsiedlung innenkoloniasatorisch eine bedeutende Rolle. Krieg und Nachkriegszeit haben das Wohnungssehd, als Wohnungsmangel und als Wohnungsverfall, immer stärker offenbar werden lassen. Alle Mühen der öffentlichen Hand helfend einzugreifen sind gescheitert, was die Vollständigkeit der Hilfe anlangt. Vom Reichsarbeitsministerium, der für den Wohnungsbau zuständigen höchsten Reichsinstanz, wurden Ende 1928 Zahlen über den Wohnbedarf und die Wohnungserstellung veröffentlicht, die erschreckend sind. Ein Fehlbedarf von 450 000 dringend notwendigen Wohnungen wurde schätzungsweise festgestellt, bei rund 16 Millionen Haushaltungen, von denen 1 Million ohne eigene Wohnung war. Man schätzte ferner, daß beim Ersatz abbruchreifer Wohnungen ein Rückstand von 300 000 blieb, und bei den überbelegten Wohnungen ein Entlastungsbedarf von 4- bis 500 000. Der in diesen Zahlen veranschaulichte Wohnbedarf wird sich in den nächsten 10 bis 12 Jahren noch erheblich verstärken; rechnet man doch für 1929 und 1930 mit einem jährlichen Haushaltungszugang von etwa je 225 000, für 1931 bis 1935 von je 250 000, für 1936 bis 1940 von je 190 000, erst danach mit einem stärkern Rückgang auf rund je 85 000. Demgegenüber steht nur ein Reinzugang an Wohnungen beispielsweise im Jahr 1927 von nicht ganz 290 000 und im Jahr 1928 von rund 310 000. Allerdings sind bei der Beurteilung dieser Zahlen folgende Tatsachen nicht außer acht zu lassen: 1. daß man in wirtschaftlichen Notzeiten wie unserer Zeit an der Deckung des Wohnbedarfs zuerst zu sparen beginnt, daß sich eben aus der Not heraus dann die zwar sozial schädliche, aber den Einzelhaushalt entlastende gemeinsame Benutzung von Wohnräumen erhält oder gar noch weiterentwickelt, 2. daß neue Kleinwohnungen wegen der durch die Steigerung der Baukosten bedingten hohen Mieten für die minderbemittelte Bevölkerung meist unerschwinglich bleiben. Die Förderung der so nötigen Wohnsiedlung (die immer noch umstrittene Frage, welche Form für sie am zweckmäßigsten ist, soll hier außer Betracht bleiben) ist, abgesehen von der Frage der verringerten Konsumkraft, heute mehr denn je ein Kapitalbeschaffungsproblem. Von einem Mangel an Arbeitskräften kann nach

den absoluten und relativen Beschäftigungszahlen im Baugewerbe nicht gesprochen werden, auch wenn man von den durch die Witterungsverhältnisse des vergangenen Winters verursachten besonderen Umständen absieht. In den Baustoffpreisen ist 1929 eine Erhöhung gegenüber dem Vorjahr nicht zu verzeichnen. Die Steigerung des allgemeinen Baukostenindex Ende Juni 1929 um 3,7 Punkte gegen den Vorjahrsdurchschnitt fällt kaum ins Gewicht. Die Kosten der Wohnsiedlungsfinanzierung bestimmen deren Entwicklung. 2 Momente sind hierbei entscheidend: das jeweilige Verhältnis der in Zwischen- und in Dauerfinanzierung investierten Kapitalmengen und die jeweilige Relation der Finanzierungskosten. Der Kapitalmangel in Deutschland nach dem Krieg und der Inflation hat das erstgenannte Verhältnis im Vergleich mit der Vorkriegszeit sehr zuungunsten der Dauerfinanzierung verschoben, wozu dann noch die allgemeine Kapitalverknappung und die geringere Rentabilität einer Wohnbaufinanzierung gegenüber sonstigen Kreditanlagen treten. Die Kostenrelation hat sich, und das ist wieder ein Zeichen, daß die Verhältnisse am Wohnungsgeldmarkt noch ungesund sind, verbessert, weil die Zinssätze in der Dauerfinanzierung stärker gestiegen sind als in der Zwischenfinanzierung, die im übrigen wegen ihrer gegenüber der Vorkriegszeit erhöhten Dauer keine eigentliche Zwischenfinanzierung mehr ist. Mit fortschreitender Kapitalneubildung in Deutschland wird sich langsam, langsam die Kapitalverknappung auch am Wohnungsgeldmarkt zurückbilden, und das Verhältnis der in beiden Finanzierungsarten investierten Kapitalmengen sich wieder zugunsten der Dauerfinanzierung verschieben, wird endlich allmählich wenigstens die alte Kostenrelation wiederkehren. Die Rückkehr zu dieser Relation fördert besonders die spezielle Form der Kapitalbildung für Wohnsiedlungszwecke in den sogenannten Bausparkassen. Daß diesen heute Sparkassenorganisation und Regierung besondere Fürsorge angedeihen lassen, ist darum von größter Bedeutung.

**Trabantenstadt** Seit diesem Frühjahr beschäftigt sich die Tagespresse, neuerdings auch die Fachpresse, lebhaft mit einem Projekt, das unter dem Namen Großsiedlung die Schaffung einer auf 5400 Haushaltungen berechneten Trabantenstadt im Süden Berlins vorsieht. In dieser planmäßig nach neuesten städtebaulichen und

bautechnischen, siedlungswirtschaftlichen und organisatorischen Gesichtspunkten zu errichtenden Großsiedlung sollen Mietsätze eingehalten werden, die etwa Friedensmietssätzen gleich groß, aber längst nicht so wertvoller Wohnungen Groß Berlins entsprechen. Die Bauplanung liegt in den Händen des Architekten Walter Gropius, die Wirtschaftsplanung in denen des Ingenieurs G. Stefan Fischer, die beide am 2. Februar 1929 beim Reichswettbewerb der Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen für die ähnliche Haselhorster Großsiedlungsplanung unter 221 Bewerbern den 1. Preis erhielten. Das hier zur Erörterung stehende Projekt soll ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel im Weg einer Auslandsanleihe finanziert werden. Rechtsträger ist der Verein Großsiedlung, der in den von ihm versandten Prospekten ankündigt, er werde anfangen den Plan auszuführen, sobald sich ihm 5400 Mitglieder angeschlossen hätten. Die Sicherung des Anspruchs auf eine Wohnung nach seiner Wahl kann jeder Interessent durch Beitritt zum Verein Großsiedlung erwerben, wobei er allein das Risiko eingeht den einmaligen Vereinsbeitrag von 25 Reichsmark zu verlieren. Verzinsung und Amortisation des für die Verwirklichung des Projekts aufzuwendenden Kapitals soll nach den Berechnungen des Vereins zu etwa  $\frac{3}{5}$  aus dem Mietertrag aufkommen, der Rest aus den Überschüssen der gemeinwirtschaftlichen Betriebe der Siedlung (Elektrizitätswerk, Fernheizung, Zentralwäscherei usw.) gedeckt werden. Der hier nur in den größten Umrissen skizzierte Plan ist von vielen Seiten skeptisch beurteilt worden. Verschiedentlich hat man ihn unter bauwirtschaftlichen und organisatorischen Kriterien scharf angegriffen. Von gewerkschaftlicher Seite zweifelte man auch besonders die Kalkulationsgrundlagen an, was den in den Betrieben der Großsiedlung zu erwartenden Umsatz und die bei seiner Berechnung verwendeten Einkommensberechnungen anlangt. Gropius und Fischer als die Väter der Großsiedlungs-idee haben mit genauen Rechnungsnachweisen temperamentvoll geantwortet. Es ist müßig in derartige Auseinandersetzungen über die Richtigkeit der Planung und der sonstigen Unterlagen der Großsiedlung einzutreten. Man kann nicht bestreiten, daß die Idee der Großsiedlung gesund und einleuchtend ist. Die Trabantenstadt als solche hat sich in Versuchen Mays in Frankfurt am Main durchaus bewährt. Eine solche Tra-

hantonsstadt, in einem Zug nach neuzeitlichen Erfahrungen errichtet, muß in der Anlage billiger werden als jede verzelte Einzelsiedlung, selbst wenn sie in ganzen Baublocks ausgeführt wird. Auch der Gedanke einen größeren Teil der Zins- und Amortisationslast auf Überschüsse der gemeinwirtschaftlich betriebenen Wirtschaftseinrichtungen abzuwälzen und so die direkt fühlbare Mietslast des Einwohners in erträglichem Rahmen zu halten ist psychologisch und wirtschaftlich zweifellos richtig. Das große Fragezeichen steht hinter der Möglichkeit der Beschaffung des Baukapitals. Ob der Verein Großsiedlung die vorgesehene Auslandsanleihe überhaupt oder wenigstens unter den Bedingungen erhält, mit denen kalkuliert worden ist, das bleibt offen. Einen schlüssigen Beweis gegen die Beschaffungsmöglichkeit dürfte niemand bringen können. Man soll nicht durch Angriffe auf die Kalkulationsgrundlagen oder dergleichen dem Plan entgegenarbeiten sondern lieber ruhig abwarten, was die Verfechter der Idee in der Wirklichkeit aus ihr werden lassen. Gelingt es dem Verein Großsiedlung den ursprünglichen Plan durchzuführen, und sei es auch mit Aufschlägen von 20 bis 25% auf die veranschlagten Mieten und die Kosten der Erzeugnisse der gemeinwirtschaftlichen Einrichtungen, dann ist jedenfalls ein neuer Weg gewiesen der Wohnnot wirksam zu begegnen.

#### Informationsmittel

Zu ihrem 10jährigen Bestehen hat die Wohnungsfürsorgegesellschaft Westfälische Heimstätte ein Buch herausgebracht, betitelt Heimstättenarbeit in Westfalen 1918 bis 1928 /Düsseldorf, Küthe & Co./. Es ist das bisher wertvollste Werk über die Arbeit der *Wohnungsfürsorgegesellschaften*. In seinem Vorwort kennzeichnet der Staatssekretär im Preußischen Wohlfahrtsministerium Adolf Scheidt kurz die bisherigen Leistungen der Wohnungsfürsorgegesellschaften dahin, daß sie ihre großen Aufgaben auf dem Gebiet der wirtschaftlichen, künstlerischen und ästhetischen Gestaltung des Wohnungsbaus immer voll erfüllt hätten, und führend sei dabei die älteste Wohnungsfürsorgegesellschaft, die Westfälische Heimstätte, gewesen. Trotz diesen Leistungen harren aber noch weitere große Aufgaben der Verwirklichung: Die Probleme der Bodenvorratswirtschaft, des nachstelligen Baukredits, der Aufstellung von großzügigen Siedlungsplanungen, der Umsiedlung, des Landarbeiterwohnungsbaus usw. können ohne tätige Mitarbeit

der Wohnungsfürsorgegesellschaften nur schwer gelöst werden. Dem Vorwort folgen zum Geleit wertvolle Äußerungen führender Männer des öffentlichen Lebens aus dem Reich und Westfalen (es seien die Carl Severings, Hans Krügers, Heinrich Hirtsiefers und des Verbandsdirektors Schmidt vom Ruhrsiedlungsverband erwähnt) und danach, immer unterbrochen von ausgezeichneten Bild- und Planwiedergaben aus der Arbeit der Heimstätte, eine Reihe von Aufsätzen über Aufgaben und Entwicklung der Wohnungsfürsorgegesellschaften im allgemeinen und der Westfälischen Heimstätte im besonderen, über ihre Stellung in der staatlichen Wohnungsreform- und Siedlungspolitik, über ihr Wirken für die praktische Wohnungsreform, schließlich über das westfälische Kleinwohnungswesen und über die Bedeutung der Westfälischen Heimstätte für seine Entwicklung. Bild und Text des Werks weisen unumstößlich nach, daß die Wohnungsfürsorgegesellschaften und besonders die Westfälische Heimstätte mit ganzer Kraft den Richtsatz wahrzunehmen suchen, den der Herausgeber Heinrich Vombock ihm voranstellt: »Und das ist der Sinn und das Ziel neudeutschen Siedelns und Bauens und damit jeder sozialen Bautätigkeit: Von der Wohnkultur der Wenigen zur Wohnkultur der Vielen!«

Ein weiterer Nachweis für die innere Wahrheit dieses Richtsatzes ist das Buch Wilhelm Schlemms *Die Ostpreußische Heimstätte /Düsseldorf, Josef Kolvenbach/*. Es ist der gewissenhafte Rechenschaftsbericht einer Gesellschaft, die 1919 unter besonders schwierigen Voraussetzungen in *Ostpreußen* ihre Arbeit begann. Schwierig sowohl in den wirtschaftlichen Grundlagen als auch durch das Fehlen der geistigen Vorbedingungen für ihre Bestrebungen innerhalb ihres Bezirks. Fehler, die begangen wurden, gibt der Bericht offen zu. Trotz allen Hemmnissen aber gewann die Ostpreußische Heimstätte nach und nach Boden auf allen ihren Arbeitsgebieten: Siedlungsplanung, Baustoffgeschäft, Finanzierung, Bautenbetreuung und Landarbeiterwohnungsbau nebst Kleinsiedlung. Die ostpreußische Bauwirtschaft ist durch die Arbeit der Heimstätte tüchtig vorangekommen, die Baukultur in Ostpreußen hat durch sie sehr gewonnen. Gerade darüber geben die zahlreichen Bilder und Pläne des Buchs guten Aufschluß. Allen Gegnern der Wohnungsfürsorgegesellschaften sollten diese beiden Bücher in die Hand gegeben werden, damit sie sich von ihnen belehren lassen.

**Totenliste** Mitte April starb in Binz nach längerer schwerer Krankheit der frühere konservative Reichstagsabgeordnete *Karl von Riepenhausen*, in seinem 77. Lebensjahr. Die Landwirtschaft und namentlich die Moorkultur rege zu fördern hat er sich lebhaft bemüht. Er war es, der den Heimstättenverein gegründet und den ersten in der Literatur nach ihm benannten Entwurf eines Deutschen Heimstättengesetzes verfaßt hat.

Im Alter von 48 Jahren starb am 13. August der Braunschweiger Oberbürgermeister *Paul Trautmann* unerwartet an Herzschwäche. 1917 wurde er Oberbürgermeister von Frankfurt an der Oder, das unter seiner Leitung aufblühte, dank seiner Bodenpolitik, die die Oderstadt bald mit einem breiten Gürtel blühender und gesunder Siedlungsvorstädte umgab. 1927 wurde Trautmann mit auf Grund seiner vorbildlichen Wohnsiedlungspolitik an die Spitze der Stadt Braunschweig berufen. Auch dort hat er in den wenigen Jahren seines Wirkens das Steuer der Boden- und Siedlungspolitik im gleichen fortschrittlichen Geist geführt wie in Frankfurt. Neben dieser örtlich gebundenen Tätigkeit wirkte er im Interesse der Gesundung des gesamten deutschen Bodenrechts als rühriges Mitglied des Ständigen Beirats für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium, in den er als Nachfolger Heinrich von Wageners berufen wurde.

**Kurze Chronik** Gelegentlich der Eröffnung der diesjährigen Deutschen Ostmesse in Königsberg in Preußen am 18. August wurde auch eine *Siedlungsausstellung* veranstaltet. Sie ist unter Förderung des Preußischen Landwirtschaftsministeriums und unter technischer Leitung zweier Beamten des Landeskulturamts in Königsberg entstanden und von nahezu sämtlichen auf dem Gebiet der ländlichen Siedlung tätigen provinziellen und privaten Gesellschaften, der Gesellschaft zur Förderung der Innern Kolonisation, dem Deutschen Archiv für Städtebau, Siedlungs- und Wohnungswesen, dem Deutschen Forschungsinstitut für Agrar- und Siedlungswesen usw., beschickt worden. Ausgehend von den speziellen ostpreußischen Verhältnissen wurden alle technischen, wirtschaftlichen, politischen und organisatorischen Probleme des Siedlungswesens, der Wasserwirtschaft und ihrer Grenzgebiete in Modellen, Bildern, Plänen und graphischen Tafeln sehr anschaulich erläutert. ◊ Die Christlichen Gewerk-

schaften haben unter Mitwirkung ihres Versicherungskonzerns mit 150 000 Mark Grundkapital die gemeinnützige Aktiengesellschaft *Deutscher Heimbau* in Berlin gegründet. Die neue Baugesellschaft hat die Aufgabe für Minderbemittelte zweckmäßige Wohnungen zu beschaffen. ◊ Die Pensionierung des Landeskulturamtspräsidenten Paul Engelkamp in Schleswig wurde der Anlaß eines größeren Revirements in der *preußischen Landeskulturverwaltung*. An die Stelle Engelkamps trat der bisherige Präsident des Landeskulturamts in Frankfurt an der Oder Julius Pagenkopf, bekanntlich der erste auf den Posten eines Landeskulturamtspräsidenten berufene Landwirt. Pagenkopfs Posten in Frankfurt an der Oder übernahm der bisherige Breslauer Landeskulturamtspräsident Hans Fechner, an dessen Stelle wiederum, zunächst kommissarisch, der Landeskulturdirektor Hermann Tangerding aus Münster berufen wurde. Diesen ersetzt in Münster der bisherige Regierungs- und Landeskulturrat Maximilian König aus dem Preußischen Landwirtschaftsministerium.

**Literatur** Die Mitglieder des Zentrums Heinrich Brüning und Friedrich Dessauer sowie Karl Sander haben unter dem Titel *Das Nationale Bauprogramm* /Berlin, Beuthverlag/ Gedanken und Anregungen ihrer Reichstagsfraktion zum Bauproblem in Deutschland veröffentlicht. Im 1. Teil behandeln unter anderen, außer dem verstorbenen Carl Sonnenschein, Brauns, Hirtsiefer, Stegerwald, Dessauer, Brüning und Lammers die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen eines Bauprogramms, während im 2. Teil bekannte Architekten wie zum Beispiel Sander, Lübbert und Knoblauch zu den technischen Grundlagen das Wort nehmen. Ist vieles, was in dem Bändchen gesagt wird, heute auch schon veraltet oder überholt, so bildet es doch eine wertvolle Erkenntnisquelle über die geistige Haltung des Zentrums in den Problemen moderner Wohnsiedlungspolitik. ◊ Eine Dissertation *Hugo Buhls* behandelt die Zeitpachtverhältnisse landwirtschaftlicher Großbetriebe in Mecklenburg-Schwerin /Achern, Mittelbadische Druckerei- und Verlagsanstalt/. Abgesehen von den einer solchen wissenschaftlichen Erstlingsarbeit meist anhaftenden Mängeln mehr formaler Natur vermittelt gerade diese Arbeit einen guten Einblick in die besondere Struktur ostdeutscher Großpachtungen.